27. Jahrgang 1979 / 2. Heft / April

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ROLF STEININGER

Ruhrfrage und Sozialisierung
in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48

DENISE ARTAUD

Die Ruhrbesetzung 1923 und das Problem der interalliierten Schulden

JOHN S. CONWAY

Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz
Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte

MARTIN BROSZAT

„Holocaust" und die Geschichtswissenschaft

DOKUMENTATION

Neue Quellen zu den Anfängen des SD
(George C. Browder)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

266/267

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke,
Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer,
Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion: Martin Broszat, Hermann Graml,
Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19,
Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Rolf Steininger . . . . Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung im Kontext anglo-amerikanischer Deutschlandpolitik 1947/48 167

Denise Artaud . . . . Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden 241

John S. Conway . . . Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte 260

MISZELLE

Martin Broszat . . . . „Holocaust" und die Geschichtswissenschaft 285

DOKUMENTATION

Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS *(George C. Browder)* . . . 299

BIBLIOGRAPHIE *21*

Diesem Heft liegen Beilagen der Verlage Stern-Verlag Janssen & Co., Düsseldorf, Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen u. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/21 51–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 33,– (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

27. Jahrgang 1979 Heft 2

ROLF STEININGER

REFORM UND REALITÄT RUHRFRAGE UND SOZIALISIERUNG IN DER ANGLO-AMERIKANISCHEN DEUTSCHLANDPOLITIK 1947/48*

Die Entscheidung über das Schicksal des Industriegebietes an Rhein und Ruhr, der ehemaligen „Waffenschmiede des Reiches", war nicht nur untrennbar verbunden mit der Entscheidung über den inneren und äußeren Aufbau Nachkriegsdeutschlands, sondern auch mit der Entscheidung über den Aufbau der europäischen Wirtschaft und damit der Nachkriegsordnung Europas insgesamt.

Die Bedeutung dieses Gebietes lassen folgende Zahlen erkennen: das Ruhrgebiet allein umfaßte 90% der Kohle, „bloodstream of Europe", wie der amerikanische Außenminister Marshall im Dezember 1947 den für Deutschland und Europa nach 1945 wichtigsten Energieträger bezeichnete[1], 72% des Gußeisens, 74% des Stahls und 69% der Walzwerkerzeugnisse, die unter Berücksichtigung der Gebietsabtrennung im Osten und ohne die Saar in Deutschland vorhanden waren[2].

Die frühe Einsicht in die Komplexität der Rhein-Ruhr-Frage führte bei den späteren Siegern schon vor Kriegsende zu einer intensiven Diskussion, bei der wechselweise der territoriale, politische oder wirtschaftliche Fragenbereich im Vordergrund stand. Aufgrund der Quellenlage sind wir bisher am besten über die Überlegungen unterrichtet, die in den USA angestellt worden sind. Am wenigsten wissen wir über die sowjetischen Vorstellungen: sie konzentrierten sich aber auf die Forderung, das Ruhrgebiet einer Vier-Mächte-Kontrolle zu unterstellen, um die Nutzung der Ruhrindustrie für Reparationszwecke sicherzustellen. Am 30. Juli 1945 legte die sowjetische Delegation auf der Konferenz von Potsdam einen entsprechenden Antrag vor[3], der jedoch nicht beraten wurde; der britische Außenminister Ernest Bevin hatte eine Behandlung mit dem Hinweis verhindert, an der Konferenz sei kein Vertreter Frankreichs beteiligt. Etwas mehr als ein

* Zu großem Dank ist der Verf. verpflichtet: den Mitarbeitern des Public Record Office, London, insbes. Mr. P. P. Mellor, für Hilfe und Unterstützung; der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Finanzierung eines Studienaufenthaltes in London; Sir Ashley Bramall (ehem. Offizier d. Militärregierung), Sir Bernard Burrows (ehem. FO [vgl. Anm. 14]), Sir Patrick Dean (ehem. Leiter d. Deutschlandabteilung i. FO [vgl. Anm. 34]) und Denis Healey, Chancellor of the Exchequer, 1946–1951 Leiter d. Internationalen Abteilung der Labour Party, für faszinierende Interviews.

1 Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FRUS), 1947, II, S. 814.

2 Die Zahlen im Memorandum d. frz. Regierung v. 1. 2. 1947; vgl. Anm. 85.

3 Public Record Office, London, Foreign Office (künftig zit.: FO), 371/46721/C4745/22/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahr später beglückwünschte ihn der amerikanische Außenminister James F. Byrnes zu diesem Schritt; hätte er in Potsdam der Beratung zugestimmt, so Byrnes am 1. September 1946, wäre den Sowjets der Zugang ins Ruhrgebiet geöffnet worden – da die Amerikaner dem Antrag wohl zugestimmt hätten – und dann wäre Westdeutschland „in a sorry position now"[4]. Intensive Planungen hat es auch auf britischer Seite gegeben, stand doch seit der Konferenz in Quebec im September 1944 fest, daß das Ruhrgebiet in der britischen Zone liegen würde[5]. Das Ruhrgebiet spielte in den eine Zeitlang angestellten Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Zerstückelung Deutschlands eine besondere Rolle. Diese Überlegungen sind jedoch nicht sehr weit geführt worden; sie wurden zugunsten einer Aufteilung Deutschlands in Zonen aufgegeben. Das aber bedeutete, auch das Rhein-Ruhrgebiet sollte ein Teil Deutschlands bleiben. Eine internationale Kontrolle war nicht vorgesehen[6]. Nach dem Wahlsieg der britischen Labour Party am 5. Juli 1945 übernahm eine Labour-Regierung die Verantwortung für die Lösung dieses Problems; ihr fiel damit in der für das künftige Schicksal Deutschlands und Europas entscheidenden Frage eine Schlüsselrolle zu.

Trotz der umfangreichen Planungen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands während des Krieges, legte dennoch nicht die britische, sondern die französische Regierung ein geschlossenes Konzept für die Lösung dieses Problems vor, das insofern folgenschwer war, als es die Beratungen und Entscheidungen der Alliierten hinsichtlich Deutschlands negativ beeinflussen sollte. Die französische Regierung schlug eine Radikallösung vor: die endgültige politische Abtrennung des Rhein-Ruhrgebietes von Deutschland. Diese seit August 1944 bekannten und danach auch öffentlich vertretenen Vorstellungen und Forderungen, die in erster Linie vom Sicherheitsbedürfnis Frankreichs bestimmt waren, sind untrennbar verbunden mit den Führern der provisorischen französischen Regierung: de Gaulle und Bidault. Ihre Überlegungen faßten sie in dem berühmten Memorandum vom 13. 9. 1945 zusammen, das Außenminister Bidault am 14. 9. 1945 auf der Außenministerkonferenz in London (11. 9.–2. 10. 1945) in Umlauf brachte. Darin hieß es u. a., Frankreich betrachte die Abtrennung des Rheinlandes und Westfalens einschließlich des Ruhrgebietes vom Deutschen Reich als „unerläßlich für den Schutz der französischen Grenze und als wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Europas und der Welt"[7].

---

[4] Bevin an FO, 1. 9. 1946, FO 371/55844/C0434/2860/18.

[5] Vgl. u. a. Economic and Industrial Planning Staff (=EIPS) /P (45) 1 v. 8. 1. 1945.

[6] Vgl. hierzu Lothar Kettenacker, Friedenssicherung als Kriegsziel. Die britische Nachkriegsplanung für Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1979.

[7] FRUS, 1945, II, 177–179; das Dokument (CFM (45) 17) ist datiert 13. 9. 1945, die Konferenzprotokolle zeigen jedoch, daß Bidault es am 14. Sept. in Umlauf brachte; vgl. auch FRUS, 1945, III, 869–871, u. Europa-Archiv 9 (1954), S. 6747. Ähnlich auch die Gespräche zwischen Truman u. de Gaulle am 22. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 709–710; Bidault-Byrnes, 23. 8. 1945, ebenda, S. 711–721, 24. 8. 1945, ebenda S. 722–724; siehe auch FRUS, 1945, Potsdam II, Dok. Nr. 1414, S. 1557–64. Original d. frz. Memoranden FO 371/46725/C8129/22/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vorschläge der französischen Regierung waren zwar, wie Bevin später formulierte, „a clear-cut, logical scheme which has the merit of finality and is free of the type of compromise that proved so unsuccessful in the Versailles settlement"[8], brachten die Briten aber dennoch in eine schwierige Situation. Auf der einen Seite befürchteten sie bei einer Verwirklichung der französischen Vorschläge politisches und wirtschaftliches Chaos in den dann abgetrennten deutschen Gebieten, auf der anderen Seite mußte auf Frankreich als einem der Stützpfeiler britischer Außenpolitik Rücksicht genommen werden; man war sich im klaren darüber, daß „if we reject their claims or whittle them down in such a manner as to deprive them of what they regard as essential to security, we can have little hope of maintaining close relations or influence with the French". Konsequenz: „They will seek their security elsewhere, probably in Moscow"[9].

Auf britischer Seite war man in der Folgezeit darum bemüht, einen Kompromiß zu finden, der 1. die französischen Wünsche berücksichtigte, 2. das deutsche Problem und – damit verbunden – britische Sicherheitsvorstellungen befriedigend löste, 3. keine Belastung des britischen Steuerzahlers involvierte und 4. aus dem Dilemma vom März 1945 herausführte, als die Delegation der Labour Party auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz einer Resolution zugestimmt hatte, die, entsprechend den Vorstellungen der französischen Sozialisten, zwar eine ökonomische Internationalisierung, nicht aber die politische Abtrennung des Ruhrgebietes vorsah[10]. Nach einem langwierigen und mühsamen Entscheidungsprozeß stand im Herbst 1946 fest, daß die Briten einer Sozialisierung der deutschen Industrie auf nationaler Ebene bei gleichzeitiger Kontrolle den Vorzug vor allen anderen Lösungen gaben. Das britische Kabinett beriet eine entsprechende Vorlage von Außenminister Bevin[11] am 21. Oktober[12].

In seiner außenpolitischen Grundsatzrede am 22. Oktober 1946 machte Bevin dann die erste öffentliche und offizielle Ankündigung im Hinblick auf die Sozialisierungspolitik für die britische Zone. „Our intention is", so betonte er, „that those industries should be owned and controlled in future by the public. The exact form of this public ownership and control is now being worked out. They should be owned and worked by the German people, but subject to such international control that they cannot again be a threat to their neighbours ... The case for

---

8 Gen 121/1 v. 11. 3. 1946, „Top Secret". CAB 129/9.

9 Ebenda, Punkte 32, 34, 35.

10 Zur Haltung der sozialistischen Parteien in der „deutschen Frage" vgl. Rolf Steininger, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 7, Bonn 1979.

11 C. P. (46) 383. CAB 129/13.

12 CABINET 89 (46), Conclusions, CAB 128/6.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the public ownership of those heavy industries was never stronger than it is in Germany today. I am satisfied that this statement by me in the House today will give hope to those Germans who never again want to see themselves the victims of these cartels and trusts which led them to disaster . . ."[13]

Noch am selben Tag wurde im Foreign Office in Zusammenarbeit mit dem Control Office der Entwurf einer Kabinettsvorlage über die zukünftige Kontrolle der Ruhrindustrie fertiggestellt. In der Frage Sozialisierung oder Internationalisierung wurde darin der Beschluß des Kabinetts vom 21. Oktober lediglich nachvollzogen und mit großer Eindringlichkeit die Sozialisierung empfohlen[14]. Internationalisierung wurde jetzt als ein „most retrograde step" betrachtet, der die britische Position in Deutschland aufs äußerste erschüttern würde, „without any real counter-balancing advantages"[15]. Die Sozialisierung sollte demnach in drei Stufen geschehen. Stufe A sah die Einsetzung deutscher Treuhänder vor; nach den Landtagswahlen sollten dann die Staatsgesellschaften gegründet werden, in die die sozialisierten Betriebe überführt werden sollten (Stufe B). Im Hinblick auf die einzurichtende internationale Kontrolle (Stufe C) hielt man es jetzt für besser, sich nicht festzulegen. „We are in control at present" – und diese Kontrolle sollte jetzt nicht ohne Zwang aufgegeben werden; bis zum Ende der Besatzungszeit sollten daher lediglich Vertreter aus den USA, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg als Beobachter zugelassen werden. Den USA, die in Zukunft die finanzielle Hauptlast der Bizone tragen würden, konnte der Beobachterstatus kaum verwehrt werden, den übrigen Mächten hatte Bevin von Anfang an eine gewisse Zusammenarbeit bei der Lösung der Ruhrfrage zugesichert. Auch die entscheidende Frage einer sowjetischen Beteiligung wurde jetzt beantwortet: in der Kabinettsvorlage wurde diese Beteiligung noch zugestanden – allerdings nur bei vergleichbaren Zugeständnissen von sowjetischer Seite, wobei jetzt nicht mehr klar war, um welche Zugeständnisse es sich im einzelnen handeln sollte; man dachte jedenfalls eher an Länder hinter dem Eisernen Vorhang als an Deutschland, „since there is probably nothing in Germany im-

[13] Parliamentary Debates, House of Commons (Hansard), vol. 427, Sp. 1522. Wie die Rede von offizieller Parteiseite bewertet wurde, wird durch die Tatsache deutlich, daß sie, zusammen mit der Rede Attlees vom nächsten Tag, von der Labour Party sogleich als Broschüre veröffentlicht wurde: „Britain's Foreign Policy". Von SPD-Seite wurde eine deutsche Übersetzung im Juli 1947 herausgegeben: Clement Attlee/Ernest Bevin, Britische Außenpolitik, Hamburg 1947.

[14] Die Vorlage wurde zwei Tage später den Kabinettsmitgliedern zugestellt. Vgl. C. P. (46) 398, 24. 10. 1946, CABINET, International Control of the Ruhr, Memorandum by the Secretary for Foreign Affairs. SECRET, CAB 129/13.

[15] Draft brief on C. P. (46) 498 by Burrows. FO 371/55408/C13118/14/18.
Sir Bernard A. Burrows, geb. 3. 7. 1910; Botschaft Kairo 1938–45; 1945–1950 FO, Acting 1. Secretary; 1947 Head of Eastern Department; 1963–66 Deputy Under-Secretary of State, FO; 1966–70 Permanent British Representative to North Atlantic Council.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

portant enough which the Russians could offer"[16]. Beim Vortrag im Kabinett am 29. Oktober schloß Staatsminister McNeil eine Beteiligung sowjetischer Vertreter jedoch aus[17].

Mehr und mehr geriet eine andere Frage in den Vordergrund, nämlich, wem in Deutschland letztlich die Besitzrechte an den sozialisierten Unternehmen übertragen werden sollten, wer also in Zukunft über die Unternehmen verfügen sollte: die Landesregierung oder eine zukünftige Zentralregierung. In diesem Zusammenhang mußte es von präjudizierender Bedeutung sein, wie bei der Wahl der Treuhänder verfahren wurde: Sollte eine Gruppe von Treuhändern ernannt werden, die im Hinblick auf Kohle und Stahl für die gesamte britische Zone verantwortlich war – so wie es der für Deutschland zuständige Minister Hynd wünschte – oder sollten drei Gruppen von Treuhändern ernannt werden, je eine für NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, bzw. nur für NRW, was implizierte, daß die Sozialisierung von Kohle und Stahl in den beiden übrigen Ländern zunächst nicht weiterverfolgt werden würde.

Hierüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Foreign Office auf der einen und dem Control Office for Germany and Austria (COGA) und Mitgliedern der Kontrollkommission auf der anderen Seite. Bevin und Hynd standen sich in dieser Frage unversöhnlich gegenüber. Als letztlich im Sinne Bevins entschieden wurde, war damit auch das Schicksal von Hynd als Deutschlandminister besiegelt. General Robertson, der stv. britische Militärgouverneur, sprach sich für Übertragung an die potentielle deutsche Zentralregierung aus. Als entscheidenden Grund führte er zwar an, nur sie werde über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, tatsächlich dürfte aber ein anderes Argument für ihn ausschlaggebend gewesen sein. Als ehemaliger Manager des Dunlop-Konzerns war Robertson zweifellos kein Befürworter der von der Labour-Regierung verfolgten Sozialisierungspolitik. Wenn sie aber schon nicht verhindert werden konnte, dann mußte sie zumindest so früh wie möglich verzögert werden: Mit einer deutschen Zentralregierung war auf absehbare Zeit überhaupt nicht zu rechnen, also auch nicht mit der Errichtung der Gesellschaften, in die die sozialisierten Betriebe überführt werden sollten, falls das Kabinett entsprechend entscheiden würde. Da das Wort der Kontrollkommission, der „Männer vor Ort", erhebliches Gewicht in London hatte, konnte der Entscheidungsprozeß in der Regel von ihnen stark beeinflußt werden.

---

[16] Ebenda. Wie in diesen Monaten die Wirtschaftspolitik der Sowjets in ihrer Zone beurteilt wurde und welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, machte ein Memorandum deutlich, das Sir William Strang am 3. 12. 1946 fertigstellte; C. P. (46) 461 v. 17. 12. 1946: Germany: Soviet Economic Policy. CAB 129/15.
Sir William Strang, 2. 1. 1893–27. 5. 1978; Berater Chamberlains; UK-Vertreter in d. EAC 22. 11. 1943; polit. Berater d. brit. Oberbefehlshabers in Deutschland 5. 5. 1945; Joint Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs 20. 19. 1947; Permanent Under-Secretary of State 1. 2. 1949.

[17] CABINET 92 (46). Conclusions of a Meeting of the Cabinet held at 10 Downing Street, S. W. 1, on Tuesday, 29th October, 1946, at 11 a. m. CAB 128/6.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Foreign Office plädierte dagegen von Anfang an für die Übertragung an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Entscheidend hierfür war das Sicherheitsmotiv. Eine Zentralregierung konnte man sich beinahe nur noch als kommunistisch beherrscht und unter russischem Einfluß stehend vorstellen; das aber wurde, wie es in der Kabinettsvorlage vom 24. Oktober hieß, als „a most serious threat to our security" angesehen[18].

Am 19. November 1946 traf die Regierung eine erste Entscheidung. Das Kabinett kam zu dem Schluß, es sei zwar möglich, den Grundsatz festzulegen, daß die Schlüsselindustrien im Namen des deutschen Volkes verwaltet werden sollten, es sei aber noch nicht möglich, „to proceed with the transfer of ownership". Es wurde festgelegt, daß die Sozialisierungspolitik zunächst auf die Stufe A beschränkt bleiben sollte, d. h. es sollten zunächst nur deutsche Treuhänder („custodians")[19] ernannt werden, die, da es noch kein entsprechendes deutsches Recht gab, die Verfügungsgewalt über die Unternehmen vom Oberbefehlshaber übernehmen sollten. Die Auswahl der Treuhänder sollte Minister Hynd in Deutschland vornehmen; nach Konsultation der drei Landesregierungen und der Militärregierung und nach Billigung durch das Kabinett sollten sie dann vom Oberbefehlshaber ernannt werden[20].

Frühjahr 1947: Protest der westeuropäischen Partner und vorläufiger Aufschub der Sozialisierung

Sichtbares Zeichen für die ernste Absicht auf britischer Seite, die Sozialisierung auch tatsächlich durchzuführen, wäre die Realisierung dieses Kabinettsbeschlusses gewesen. Er ist dennoch nicht ausgeführt worden – ein Hinweis darauf, daß bei Verwirklichung der Sozialisierungspolitik die notwendige Entschlossenheit fehlte.

Zunächst mußte eine ganze Reihe scheinbarer Unklarheiten beseitigt werden, wobei die Militärregierung offensichtlich eine Verzögerungstaktik betrieb. Für Luftmarschall Douglas war die geplante Maßnahme ein „sehr wichtiger" Schritt, bei dem man langsam vorangehen solle und bei dem nichts übereilt werden dürfe: Erstens müßten nämlich die richtigen Leute gefunden werden, zweitens müßten ihnen ihre Aufgaben genau klargemacht werden, um späteren Mißverständnissen vorzubeugen. Auch wurde um genaue Definition des Begriffs „Treuhänder"

---

[18] Vgl. Anm. 14.

[19] Im Gegensatz zu „trustees". Der Unterschied im Englischen liegt darin, daß „custody" keinerlei Rechtstitel beinhaltet.

[20] C. M. 98 (46), 19. 11. 1946. CAB 128/6. Zur ersten Phase der britischen Politik nach der Kapitulation vgl. Rolf Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5, hrsg. v. H. A. Winkler, Göttingen 1979. Dieser und der hier vorgelegte Aufsatz waren ein Kapitel in der in Anm. 10 genannten Darstellung, konnten dort jedoch aus Raumgründen nicht mehr aufgenommen werden.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebeten und um Klärung, ob sich die Sozialisierung auf Nordrhein-Westfalen beschränke. Von der Abgabe einer Erklärung in Deutschland wurde abgeraten, „until the Americans have been put fully into the picture"[21].

Das aber hielt Bevin für überflüssig. Am 8. Dezember 1946 telegraphierte er aus Washington, er habe den Amerikanern klargemacht, daß man mit der Sozialisierung an der Ruhr beginnen werde; wenn man fortfahre, sie ständig darauf hinzuweisen, könnte das „at the best embarrass them and at the worst provoke unhelpful comment or a request for us to hold our hand"[22].

Ob Bevin wirklich davon überzeugt war, mit dieser Politik Erfolg zu haben, muß zumindest bezweifelt werden; sie stieß auch im Foreign Office auf Kritik[23]. Möglicherweise befürchtete er öffentliche Widerstände in den USA. Seine Haltung läßt darauf schließen, daß er am Wert der ihm gegenüber abgegebenen amerikanischen Zusicherungen hinsichtlich der Sozialisierung selbst zweifelte. Ähnlich war auch die Reaktion der übrigen Minister. In der Kabinettssitzung am 12. Dezember war man sich einig, daß in der Sozialisierungsfrage schnelle Fortschritte erzielt werden müßten, bevor man zu sehr in den Fusionsprozeß der beiden Zonen gerate[24].

Probleme gab es noch in einem anderen Punkt: dem Verfahren bei der Auswahl der Treuhänder. Christopher Steel[25] warnte am 6. Dezember vor dem übereilten Schritt, Treuhänder zu einem Zeitpunkt zu ernennen, an dem sich General Clay, „the mainspring of the whole United States control machinery", in Washington aufhalte[26]. Während Attlee auf die Entsendung Hynds drängte, äußerte Bevin ernste Zweifel hinsichtlich des vom Kabinett am 19. November beschlossenen Verfahrens. Er hielt wenig davon, daß sich Hynd um diese Angelegenheit persönlich in Deutschland kümmern sollte; damit, so befürchtete er, werde nicht nur der ganze Vorgang unnötigerweise aufgewertet, auch die Stellung des Oberbefehlshabers werde davon ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Er befürwortete eine Initiative des Oberbefehlshabers[27].

Im Kabinett einigte man sich auf einen Kompromiß. Es wurde beschlossen, daß, bevor die Landesregierungen in der Frage der Treuhänder offiziell konsul-

[21] ARGUS 728 u. 731 v. 6. u. 7. 12. 1946. Top Secret; FO 371/55409/C15159/15190/14/18.

[22] Telegramm No. 7012; FO 371/64362/C15181/14/18.

[23] Vgl. Minute Burrows für Sargent v. 10. 12. 1946; FO 371/55409/C14917/13/18. Sir Orme Sargent, 31. 10. 1884–23. 10. 1962; 1. 2. 1946–1. 2. 49 Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs.

[24] Protokoll der Kabinettssitzung C. M. 105 (46) v. 12. 12. 1946 CAB 128/6. Am 2. 12. 1946 hatten die Außenminister Byrnes und Bevin das Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone unterzeichnet. Zu den Verhandlungen in Washington vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage, Kap. 5.

[25] Christopher Steel, 12. 2. 1903–18. 9. 1973, polit. Verbindungsoffizier zu Eisenhower 5. 12. 1944; Leiter d. polit. Abt. d. CCG (BE) 26. 11. 1945; Political Advisor to Commander in Chief 1947; Stv. Hoher Kommissar 1. 12. 1949; Botschafter in Bonn 1957–1963.

[26] Telegr. Nr. 1774 an FO; FO 371/64362/C1178/194/18.

[27] Vgl. Anm. 22. Diese Einschätzung der Lage ging möglicherweise auf General Robertson zurück, der sich zu diesem Zeitpunkt bekanntlich ebenfalls in Washington aufhielt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiert werden sollten, Hynd zuerst mit den britischen Stellen in Deutschland Kontakt aufnehmen sollte, um mit ihnen detaillierte Pläne auszuarbeiten, wie die Sozialisierung am besten durchgeführt werden konnte. Diese Pläne sollte er dann, zusammen mit entsprechenden Vorschlägen hinsichtlich der Auswahl der Treuhänder, dem Kabinett vorlegen. Es wurde vereinbart, daß Hynd eine entsprechende Erklärung der Presse übergeben sollte, *nachdem* die amerikanischen Besatzungsinstanzen in Deutschland eine entsprechende Kopie erhalten hatten[28].

Ungeklärt blieb auch nach dieser Kabinettssitzung die entscheidende Frage, die Hynd erneut angeschnitten hatte, ob nämlich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen oder eine mögliche Zentralregierung die sozialisierten Industrien übernehmen sollte. Das Zustandekommen des Kabinettsbeschlusses vom 19. November[29] war wohl nur durch die Abwesenheit Bevins zu erklären. Sir Orme Sargent vom Foreign Office hielt ihn nach wie vor für falsch, da er seiner Meinung nach auf einem bedenklichen Trugschluß basierte und für Großbritannien gefährliche Folgen haben könnte. Am 20. Dezember legte er daher folgerichtig Bevin ein Memorandum vor, in dem er noch einmal grundsätzlich zum Gesamtproblem Stellung nahm. Einzelne, nachgerade dramatisch klingende Formulierungen in dieser Stellungnahme lassen die herausragende Bedeutung erkennen, die Sargent dieser Frage beimaß. Wenn man das Problem der Ruhrindustrie nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte, d. h. größtmögliche Leistungsfähigkeit und Nutzen für das deutsche Volk wolle, dann, so Sargent, hätten jene sicherlich recht, die für eine Übernahme der nationalisierten Industrien durch die Zentralregierung plädierten. Der Trugschluß bei dieser Betrachtungsweise sei jedoch, daß die Sozialisierung als Selbstzweck gesehen werde. In Wirklichkeit sei das ursprüngliche Ziel jedoch das genaue Gegenteil gewesen – und das müsse um jeden Preis auch so bleiben –, nämlich eine zukünftige deutsche Regierung militärisch und politisch so schwach und harmlos wie nur möglich zu halten. Mit diesem Ziel vor Augen habe man sich nach Abwägung aller Möglichkeiten für die Sozialisierung entschieden, um sicherzustellen, daß das Potential der Ruhr nicht erneut von deutschen Militärs in Zusammenarbeit mit den Ruhrindustriellen und einer deutschen Regierung für kriegerische, gegen die Interessen der übrigen Welt gerichtete Zwecke mißbraucht werden könnte. Eines wolle man mit Sicherheit nicht: die Macht einer zukünftigen deutschen Regierung durch die Übernahme der sozialisierten Industrien noch vergrößern helfen. „If this were allowed to happen", so Sir Orme, „our last state would be worse than our first". Es gebe keinen Grund zu der Annahme, daß sich eine neue deutsche Regierung von anderen moralischen Kategorien leiten lassen werde als etwa Krupp vor dem Krieg. Letztlich würden dann für eine deutsche Regierung die

---

[28] Vgl. Anm. 24 sowie Telegr. Kontrollkommission an Hynd (mit Text der Presseerklärung) v. 12. 12. 1946; FO 371/55409/C15484/14/18.

[29] Vgl. oben, S. 172.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Versuchungen und Möglichkeiten, zur Vorkriegspolitik zurückzukehren, wohl nur noch größer.

Neben dem Mißbrauch der Ruhrindustrie für militärische Zwecke sah Sargent noch eine weitere Gefahr: die Eroberung jener Außenhandelsmärkte, die für den britischen Export, „and therefore to the very life of this country", von vitalem Interesse waren. Um dieser doppelten Gefahr zu begegnen, sei der Beschluß gefaßt worden, die sozialisierte Industrie einer vergleichsweise schwachen Landesregierung zu übergeben: sie sei 1. leichter als eine Zentralregierung zu kontrollieren und sie werde 2., da sie nicht wie eine Zentralregierung die Verantwortung für die gesamte Nation trage, nicht in gleicher Weise versucht sein, ihre Macht zu mißbrauchen und die Industrie unter „patriotischen" Gesichtspunkten zu entwickeln.

Das schon früher vorgebrachte Argument, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen werde von der CDU beherrscht und daher gegen eine Sozialisierung sein, ließ Sargent auch jetzt nicht gelten, da das gleiche auch bei einer Zentralregierung der Fall sein könnte. Wenn man aber notfalls auf eine nichtsozialistische Regierung Druck ausüben müsse, sei das eher bei einer schwachen Landesregierung als bei einer starken Zentralregierung möglich; das gleiche treffe auch bei der Anwendung militärischer Sanktionen zu.

Die weiteren Überlegungen Sargents machen deutlich, mit welchem Maß an Mißtrauen und Skepsis er den Deutschen und der weiteren Entwicklung in Deutschland begegnete. Die Vorstellung etwa, man könne in Deutschland wirtschaftlichen Aufbau und Demokratie miteinander verbinden, so daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk vernünftig („reasonable") und friedliebend werden könnten, und daß man auf diese Weise militärisches Abenteurertum, Weltmachtvorstellungen und Rachegefühle in Deutschland überwinden könnte, wies er kategorisch zurück: „I am sure that this is a complete misconception." Was man auch immer tun werde, um Deutschland auf einer neuen Grundlage wiederaufzubauen, „the fact will remain that for the next generation if not longer the German people will be embittered, discontented and revengeful". Solange die Widerstandskraft („spirit") der Deutschen nicht für immer gebrochen sei – „and of this there is no sign at present" –, würden sie so schnell wie möglich damit beginnen, „to liberate their country from the vasselage which we are trying to impose on them". Und dann werde sehr schnell erkennbar werden, daß die Rückgewinnung der Ruhrindustrie ihr oberstes Ziel sein werde. Die Erreichung dieses Ziels aber werde für die Deutschen das erste sichtbare Zeichen für die Wiedererringung ihrer Freiheit sein, und sie würden dann beginnen, „to work out their own destiny in true German fashion".

Die Schlußfolgerung aus dieser Einsicht war für Sargent eindeutig: „The easier therefore we make it for the German people to recover control of the Ruhr industry, the greater will be risk we run of hastening the revival of a German Government bent on rebuilding Hitler's shattered world." Man sei manchmal versucht, so fuhr er fort, sich mit dem Gedanken zu trösten, daß letztlich die Po-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litik eines Landes von ökonomischen Zwängen und Interessen bestimmt werde. Er könne nur hoffen, daß dies in Zukunft auch in Deutschland so sein und Deutschland sich friedliebend und zur Zusammenarbeit bereit zeigen werde. Allerdings hatte er seine Zweifel: „But to misquote the Bible, ‚man does not live by bread alone but by every word that proceedeth from the mouth of his own particular god – whatever that god may be' ", sei es eine bestimmte Ideologie, historisch begründete Vendetta, Rassenhaß, eine besonders bösartige Form von Patriotismus oder das unverhohlene Verlangen nach Rache und das Pochen auf Wiedererlangung bestimmter Rechte. „On the altar of any of these gods a people will often sacrifice its most obvious economic interests, nor can we dare to assume that the German people of the future will never again worship any such god, just to worship him may involve economic sacrifices or physical hardships."[30]

Zweifelsohne befand sich Sargent mit seiner Einschätzung der Lage in weitgehender Übereinstimmung mit Bevin. Auch für Bevin war das Sicherheitsmotiv das bestimmende Element seiner Deutschlandpolitik. Er war entschlossen, Hynd in die Schranken zu verweisen, der, unberührt von den Überlegungen im Foreign Office, darum bemüht war, den Kabinettsbeschluß vom 12. Dezember in die Tat umzusetzen. In der Kabinettssitzung am 6. Januar plädierte er dafür, bei der Ernennung der Treuhänder keine Verzögerung eintreten zu lassen; eine Kandidatenliste stehe zur Verfügung. In der sich anschließenden Diskussion wurde Hynd unterstützt; es sei von Vorteil, so heißt es im Protokoll, wenn die Regierung unverzüglich eine eindeutige Aktion im Hinblick auf die Sozialisierungspolitik ankündigen werde. Nach Lage der Dinge konnte das nur die Ernennung von Treuhändern sein. Am Ende dieses Tagesordnungspunktes wurde jedoch nicht Hynd, sondern Bevin aufgefordert, diese Frage zu prüfen und dem Kabinett – allerdings nach Rücksprache mit Hynd – zu berichten, ob jetzt nicht ein entsprechender Schritt unternommen werden konnte[31].

Dieser Beschluß war für Hynd eine herbe Enttäuschung, hatte er doch bereits die notwendigen Vorbereitungen für die Ernennung von Treuhändern abgeschlossen. Er ließ sich dennoch nicht entmutigen. Noch am Abend des 6. Januar wurde im COGA der Entwurf für eine Kabinettsvorlage betr. Sozialisierung fertiggestellt; für den 8. Januar hatte Bevin eine Unterredung im Foreign Office mit Vertretern von COGA angesetzt; am 7. Januar übersandte Hynd Bevin unter ausdrücklichem Hinweis auf den Kabinettsbeschluß vom 12. Dezember diesen Entwurf; ein zweites Exemplar schickte er an Attlee[32].

Hynd schlug vor, den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und ausgewählte Unternehmen des Maschinenbaus und der Chemieindustrie in der gesamten britischen Zone zu sozialisieren. Für den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie sollten unmittelbar nach einer entsprechenden Ankündigung durch den Ober-

---

[30] FO 371/64363/C3284/194/18.
[31] C. M. (47) 2 v. 6. 1. 1947. CAB 128/9.
[32] „Top Secret"; FO 371/64362/C1159/1160/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

befehlshaber Treuhänder ernannt werden, und zwar – und das sollte für das Schicksal dieses Entwurfs entscheidend werden – nicht auf Länder-, sondern auf Zonenebene, d. h. jeweils drei Treuhänder sollten für die entsprechende Industrie in der gesamten Zone verantwortlich sein. Offen blieb auch jetzt, ob die jeweilige Landesregierung oder die Zentralregierung letztlich die sozialisierten Industrien übernehmen würde. Hatte Hynd erwartet, einer Diskussion dieser Frage aus dem Wege gehen zu können, so hatte er sich geirrt: die Kritik im Foreign Office konzentrierte sich genau auf diesen Punkt. Man war dort überzeugt, das von Hynd vorgeschlagene Verfahren bei der Ernennung der Treuhänder impliziere notwendigerweise, daß diese Treuhänder „represent in embryo an authority wider than the Land Government". Wenn aber die Industrien der gesamten Zone auf diese Weise erst einmal zusammengelegt worden seien, dann werde es bedeutend schwerer sein, „to split them later into Land groups"[33].

In der Sitzung am 8. Januar mußte sich Hynd von Staatsminister McNeil sagen lassen, daß dieses Verfahren „would, in fact, be a first step towards putting the industries under the Central Government", und Bevin stellte nun unmißverständlich fest, er sei „irrevocably opposed" gegen einen solchen Schritt. Die Russen zielten seiner Meinung nach auf ein zentralistisches, von staatlicher Bürokratie beherrschtes Deutschland ab, weil sie glaubten, daß sie dieses dann unter kommunistische Kontrolle bringen könnten. Nach britischer Auffassung, die von Franzosen und wahrscheinlich auch von den Amerikanern geteilt werde, führe eine Zentralisierung jedoch zum Wiederaufstieg Deutschlands und, so Bevin, „schließlich zu Krieg". Hynd verteidigte sich so gut er konnte; die geplante Ernennung der Treuhänder sei im wesentlichen eine Propagandamaßnahme und im übrigen führe er nur einen Kabinettsbeschluß aus.

Nach längerer Diskussion einigte man sich auf die Interpretation, daß der Kabinettsbeschluß vom 12. Dezember „had not been clear". Bevin schlug dann vor, Control Office und Foreign Office sollten gemeinsam eine entsprechende Kabinettsvorlage erarbeiten, in der jedoch gewisse politische Überlegungen berücksichtigt werden müßten. So wollte er z. B. nicht den Verdacht stärken, „that we were proceeding to build up a West German Government on our own". Was die amerikanische Haltung angehe, so habe er Byrnes die britische Politik erläutert. Byrnes habe geantwortet, „while he naturally could not express approval, he noted that this was our policy". Jedoch sei es notwendig, was das Ausloten einer möglichen deutschen Beteiligung bei der Durchführung dieser Politik angehe – durch Befragen deutscher Politiker –, „to be extremely careful not to appear to be acting under American dictation"[34].

---

[33] Draft Cabinet Paper (vgl. Anm. 43).

[34] „Note of a discussion in the Foreign Office about the Socialisation of German Industries". Teilnehmer außer Bevin u. Hynd Staatsminister McNeil, der Parliamentary Under-Secretary for Foreign Affairs, Sargent, Harvey, Hall-Patch, Strang, Dean, Burrows (sämtlich FO); von COGA: Jenkins, Duncan, Oxborrow, Chaput de Saintonge, Haviland; FO 371/64362/C452/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Hinblick auf den letzten Punkt machte ein Bericht der Kontrollkommission wenig später deutlich, daß die entscheidende Voraussetzung, von der die Amerikaner ihre Zustimmung zur Sozialisierung abhängig gemacht hatten, scheinbar leicht zu erfüllen war: die Sozialisierung würde den Deutschen nicht oktroyiert werden, im Gegenteil, die Deutschen würden den ersten Schritt selbst tun. Das zumindest war das Ergebnis geheimer Gespräche, die vom 3.–6. Januar 1947 zwischen Vertretern der Kontrollkommission (Alan Flanders, ehem. Leiter d. TUC-Research Department; H. F. Schumacher) und führenden Politikern von SPD, CDU und Zentrum stattgefunden hatten. Die Initiative zu diesen Gesprächen war von der Kontrollkommission ausgegangen, die auf deutscher Seite, „particularly within the CDU", hinsichtlich der Sozialisierung sondieren und evtl. eine entsprechende deutsche Initiative vorbereiten wollte.

Dies schien besonders wichtig, da Adenauer aus seiner ablehnenden Haltung in dieser Frage kein Hehl mehr machte. Noch am 8. November hatte er Steel gegenüber unter Hinweis auf die Unterhausrede Bevins vom 22. Oktober klargemacht, daß die Deutschen eine Sozialisierung nicht wünschten. Sozialisierung bedeute mehr Bürokratie; nach dem, was das deutsche Volk in dieser Hinsicht gerade erst durchgemacht habe, wünsche es jetzt aber so wenig Bürokratie wie möglich. Steel bezeichnete Adenauer dann unter Anspielung auf dessen hohes Alter als einen Mann, der „strictly to the old school" gehöre, und kam zu dem Schluß, über die Möglichkeit einer ernsthaften Opposition der gesamten CDU in dieser Frage brauche man nicht zu sehr beunruhigt zu sein; noch gebe es ja Kaiser mit „powerful lieutenants in the Ruhr"[35]. Im Foreign Office schloß man

---

Patrick Dean, geb. 16. 3. 1909; 1939–1945 Assistant, 1945/46 Legal Advisor, FO; 1. 7. 1946–1950 Leiter d. Deutschlandabteilung d. FO; 1956–60 Deputy Under-Secretary of State, FO; 1960–64 UK-Vertreter b. d. UNO; 1965–69 Botschafter in Washington; seitdem in leit. Position in einer amerikan. Bank.

Edmund L. Hall-Patch, geb. 4. 3. 1898; 23. 5. 1946 Deputy Under-Secretary of State im FO.

Sir Oliver Charles Harvey (of Tasburgh), 26. 11. 1893–29. 11. 1968; Councellor and Principal Private Secretary to Secretary of State for Foreign Affairs 1936–39 u. 1941–43; Assistant Under-Secretary of State, FO, 1943–46; Deputy Under-Secretary of State 1946–47, Botschafter in Paris 1948–54.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit Bevin schlug Hynd vor, daß ihm die Verantwortung für politische und wirtschaftliche Fragen in Deutschland übertragen werden sollte. Dies wurde im Foreign Office mit großer Entschiedenheit abgelehnt („there will be continual conflict between the two departments and the two Ministers"); im Hinblick auf die Moskauer Außenministerkonferenz werde dies zu einer „unmöglichen Situation" führen. Statt dessen wurde vorgeschlagen, COGA aufzulösen und den Deutschlandminister, unter weitgehender Beschränkung seiner Kompetenzen, unmittelbar dem Foreign Office zu unterstellen. Vgl. die Aufzeichnungen v. 6. 1. u. 10. 1. 1947; FO 371/64246/C 6552/53/18. Als Attlee im April dieser Reorganisation zustimmte, trat Hynd zurück. Sein Nachfolger wurde Lord Pakenham, der heutige Earl of Longford, ein konvertierter Katholik. Vgl. auch FO 371/64422 (Future organisation of COGA and its relation with the Foreign Office).

[35] Telegr. Nr. 1428 v. 8. 11. 1946 an FO; FO 371/55408/C13722/14/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich dieser Analyse an; Adenauer repräsentiere nur einen Flügel der CDU, der andere Flügel sei „far more ready to cooperate in a progressive policy"[36].

Der Vorstoß, den die Kontrollkommission Anfang Januar unternahm, war von Schumacher und Kaiser gebilligt worden; sie hatten Flanders im übrigen auch Ratschläge im Hinblick auf die Auswahl der Gesprächspartner in Nordrhein-Westfalen gegeben: für die CDU waren dies Arnold (stellv. Ministerpräsident NRW), Albers (christliche Gewerkschaften, stellv. Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag) und Strunk (MdL, NRW); für die SPD Nölting (Wirtschaftsminister), Henßler (Vorsitzender SPD-Westfalen, Fraktionsvors. im NRW-Landtag), Gnoß (Vors. SPD-Niederrhein), Halbfell (Arbeitsminister), Agartz[37] und Görlinger (Vors. SPD-Mittelrhein).

Das nach Einschätzung von Flanders wichtigste Gespräch fand am Abend des 3. Januar in Düsseldorf statt[38]. Es kam dort zu vollständiger Übereinstimmung zwischen den Vertretern von SPD und CDU. Die CDU-Vertreter ließen die Idee der gemischt-wirtschaftlichen Betriebsform für die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie fallen und waren jetzt mit der SPD der Meinung, daß zumindest diese Industrien vollständig sozialisiert werden müßten. Mit Nachdruck sprachen sie sich nun für eine deutsche Initiative aus, um auch bei den Anhängern in den eigenen Reihen erst gar nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, man werde von den Briten lediglich als deren Instrument benutzt. Nölting machte dann den Vorschlag – der von den übrigen Teilnehmern sofort akzeptiert wurde –, den – ernannten – Landtag in dieser Frage einzuschalten; dort sollte eine entsprechende Resolution verabschiedet werden, jedoch lediglich als eine Prinzipienerklärung, um den konservativen Kräften keine Gelegenheit zu geben, durch lange Debatten und Untersuchungen über zukünftige Besitz- und Organisationsstrukturen die Angelegenheit zu verzögern.

Die Briten waren hocherfreut über das Maß an Gemeinsamkeit zwischen SPD und CDU. Als sie am nächsten Morgen noch einmal mit den SPD-Politikern zusammentrafen, war es daher, wie es Flanders später formulierte, „easy in this situation to present our draft resolution in German". Die SPD-Vertreter waren zweifelsohne von diesem Schritt einigermaßen überrascht. Sie akzeptierten dennoch das britische Vorhaben, nachdem der Entwurf entsprechend ihren Vorstellungen umformuliert worden war. Das betraf den ersten Satz, in dem nun deutlich wurde, daß die Deutschen selbst die Sozialisierung wünschten; dann erst folgte der Hinweis auf die Erklärung, die Bevin im Oktober 1946 im Unterhaus abgegeben hatte. Für den Begriff „Bergbau", der den Sozialdemokraten zu eng

---

[36] Aktennotiz Burrows v. 11. 11. 1946; FO 371/55408/C13720/14/18.

[37] Viktor Agartz wurde am 18. 1. 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats für Wirtschaft.

[38] Teilnehmer auf deutscher Seite: Nölting, Henßler, Arnold, Albers, Strunk. Vor Beginn der Gespräche wurden Flanders und Schumacher vom Regional Commissioner Asbury empfangen, bei dem das Unternehmen „full understanding and approval" fand.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, akzeptierten die Briten nun „Kohlenwirtschaft". Bei der Frage, an wen der Landtag seinen Appell richten sollte – Landesregierung oder Militärregierung –, wurde weitgehend die britische Formulierung übernommen; man sah zwar ein, daß ein Appell an die Landesregierung den deutschen Charakter der Initiative unterstreichen würde, erkannte aber, daß dies möglicherweise jene Tendenzen stärken würde, die die Industrien in den Besitz der Landesregierung bringen wollten, „which they all wished to avoid".

Am Nachmittag des 4. Januar informierten die Briten Agartz und Görlinger in Köln über das Ergebnis der Gespräche in Düsseldorf. Beide äußerten vorbehaltlose Zustimmung; ähnlich reagierte wenig später auch Spiecker vom Zentrum. Obwohl zunächst nicht beabsichtigt gewesen war, mit Adenauer zu sprechen – dessen Ansichten bekannt waren –, hielt man es jetzt angesichts des erfolgreichen Verlaufs der Gespräche nicht nur für einen Fehler, sondern geradezu für gefährlich, entsprechend zu verfahren und so den Eindruck zu erwecken, man habe Adenauer mit Absicht von diesen Gesprächen ausgeschlossen. Adenauer empfing die Briten sehr freundlich, die Unterredung war sehr sachlich, brachte aber nichts Neues. Schumacher und Flanders wurden lediglich in ihrem Eindruck bestärkt, daß Adenauers „entire economic and political outlook had remained unchanged since the early twenties and that he was completely out of touch with modern thought". Kaiser, der den Briten vertraulich mitgeteilt hatte, er wolle nach Köln kommen „and open a campaign against Adenauer's leadership", war scheinbar von ganz anderer Qualität.

Von besonderem Interesse war auch der Besuch bei Heinemann (Justizminister, Oberbürgermeister von Essen) am 6. Januar. Entgegen der Warnung von Agartz und Görlinger, die ihn als den wahrscheinlich gefährlichsten Gegner der Sozialisierungspolitik innerhalb der CDU und als wenig kooperativ gegenüber den Gewerkschaften beschrieben hatten, hinterließ Heinemann jetzt einen ausgezeichneten Eindruck als ein Mann, „who really understood the problems, who was not dogmatic" und der bemüht war, praktische Lösungen zu finden. Im Hinblick auf die Gewerkschaften sprach sich Heinemann für deren Beteiligung im Management aus. „We did not have the impression", so hieß es abschließend in dem Bericht der Briten, „that he would oppose public ownership."[39]

Nach dieser Reise schien also die in der Vergangenheit auf britischer Seite immer wieder geäußerte Erwartung im Hinblick auf ein mögliches Zusammengehen von SPD und linkem CDU-Flügel in der Sozialisierungspolitik mehr als gerechtfertigt zu sein, ein weiteres Zögern auf britischer Seite – etwa mit Rücksicht auf die USA – dagegen kaum noch. Daß es solche Verzögerungstendenzen im Foreign Office und in der Kontrollkommission gab, davon war zumindest Hynd überzeugt. Genauso blieb es seine Überzeugung – trotz des Berichtes von

[39] „Top Secret. Report on Visit to Land North Rhine/Westphalia" v. 8. 1. 1947; FO 371/64362/C1147/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Flanders –, daß die Regierung von Nordrhein-Westfalen „was likely to be of a C. D. U. character"[40].

Entgegen der Absprache mit Bevin legte er am 19. Januar eine eigene Kabinettsvorlage vor, offensichtlich in der Hoffnung, im Kabinett, insbesondere bei Attlee, Unterstützung zu finden. In dieser Vorlage hielt Hynd an seinen alten Positionen fest: Er erinnerte an den Sicherheitsaspekt der Sozialisierungspolitik, wies aber zugleich mahnend auf die Notwendigkeit hin, dies dürfe nicht „obscure or confuse the economic, political and psychological reasons which underly our general advocay of socialisation in Germany". Aus diesen Gründen sei es weder logisch noch gerecht, „to deny the benefits of socialisation to German industry in general by confining the plan to one region". Die Entscheidung darüber, ob Landes-, Zonen- oder Zentralregierung letztlich über diese Industrien verfügen sollten, werde allerdings besser erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz getroffen[41].

Das Vorpreschen Hynds löste im Foreign Office eine sofortige Gegenreaktion aus. Man war sich einig, daß angesichts der Bedeutung der Frage („fundamental") Bevin dem Kabinett nunmehr eine eigene Vorlage zuleiten müsse. Der Entwurf dieser Kabinettsvorlage zeigt noch einmal mit aller Deutlichkeit die grundlegenden Differenzen zwischen Foreign Office und COGA. Hynds Vorschlag hinsichtlich der Ernennung von Treuhändern für die *gesamte* britische Zone wurde jetzt als „exceedingly dangerous and contrary to our long-term policy for decentralising Germany" bezeichnet. Das Memorandum von Sir Orme Sargent vom Dezember 1946[42] wurde wörtlich in die Vorlage übernommen und um weitere Argumente ergänzt: Die Haltung Frankreichs und der kleineren westlichen Alliierten sei von größter Bedeutung. Man habe die französischen Ruhrpläne abgelehnt; um die Franzosen jedoch nicht vollständig zu enttäuschen, „we must offer them some constructive alternative as near as possible to their original conception". Würde man die Ruhrindustrie einer Zentralregierung unterstellen, dann wäre das „as far as it is possible to go from French ideas", mit schwerwie-

---

[40] Vgl. Aufzeichnung Dean v. 31. 1. 1947; FO 371/64363/C1834/194/18.
Hynd sollte recht behalten; eine gewisse Ernüchterung trat schon nach der ersten großen Sozialisierungsdebatte im ernannten NRW-Landtag am 4./5. März ein, in dem der SPD-Antrag abgelehnt wurde.

[41] „Top Secret, Socialisation of the German Basic Industries". C. P. (47) 26. FO 371/64362/C1160/194/18. Bezeichnend für die Haltung Hynds war auch die Auswahl der Treuhänder, die, so Hynd, eher nach politischen als funktionalen Gesichtspunkten vorzunehmen sei, da ihr primär politische und psychologische Bedeutung zukomme. Für den Bergbau waren vorgesehen: Lembke, Direktor der Braunkohlenwerke Braunschweig/Helmstedt („politically reliable member of SPD"); Franz Spliedt (Hamburger Gewerkschafter); J. Ernst („well-known CDU Catholic Trades Union Leader"); für die Eisen- und Stahlindustrie: A. Halbfell (NRW-Arbeitsminister); G. Heinemann (als Ergebnis des Gesprächs v. 6. 1. 1947 mit Flanders); A. Remmele (Hamburg, Konsumgenossenschaft); für weitere Ernennungen wurde u. a. Heinz Renner („much respected KPD-Leader") empfohlen.

[42] Vgl. oben, S. 174 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genden Auswirkungen auf die gesamte französische Politik „and on their general attitude towards us"[43].

Bevin selbst reagierte ebenfalls verärgert. Seit der Einrichtung des Control Office hatte es ständig Auseinandersetzungen mit Hynd gegeben: „I will have one more discussion with Hynd", notierte er an den Rand des Begleitdokuments zur Kabinettsvorlage[44]. Zu diesem Gespräch ist es dann jedoch nicht mehr gekommen. Anstelle von Bevin sprach am 30. Januar 1947 Staatsminister McNeil mit Hynd. Das Ergebnis war eindeutig: Hynd zog seine Kabinettsvorlage zurück und überließ es dem Foreign Office, eine entsprechende Vorlage zur Abstimmung im Kabinett zu bringen[45]. Am 3. Februar legte Sir Oliver Harvey Außenminister Bevin diese Vorlage[46] mit der Bemerkung vor, im Grunde genommen sei die Ernennung von Treuhändern nicht sehr wichtig; um jedoch dem wachsenden Argwohn zu begegnen, die Kontrollkommission und das Foreign Office seien gegen eine Sozialisierung – was *nicht* der Fall sei –, sei es am besten, sofort Treuhänder zu ernennen[47]. In der Sitzung des Kabinetts am 4. Februar 1947 fiel die Entscheidung gegen Hynd. Er konnte sich mit seinen Argumenten, insbesondere mit der Warnung, die Regierung von Nordrhein-Westfalen werde von konservativen Kräften beherrscht, weshalb die Übertragung großer Macht an sie jene fortschrittlichen Elemente schwäche, „whose influence it was to our interest to strengthen", nicht durchsetzen. Das Kabinett entschied im Sinne Bevins: Treuhänder für die Kohlen-; Eisen- und Stahlindustrie sollten auf Länderebene ernannt werden. Luftmarschall Douglas sollte die Landesregierungen so schnell wie möglich entsprechend informieren.

In dieser Sitzung fielen noch weitere Beschlüsse: Für die Kohlenindustrie und für die Eisen- und Stahlindustrie in der gesamten britischen Zone sollte je ein deutscher Beirat („Advisory Committee") gebildet werden, zunächst mit beratender Funktion, aber nach und nach auch mit exekutiven Funktionen. In der eisenverarbeitenden und der chemischen Industrie sollte der Oberbefehlshaber nunmehr die Kontrolle übernehmen; hier sollten Treuhänder und Beirat erst dann ernannt werden, wenn feststand, welche Unternehmen aus diesen Bereichen sozialisiert werden sollten. Die Entscheidung darüber, wie im einzelnen die Sozialisierung und das „öffentliche Eigentum" schließlich aussehen werde, wurde bis nach der Moskauer Außenministerkonferenz verschoben. In der Zwischenzeit sollte nichts unternommen werden, was darauf hindeuten konnte, daß „ownership of these industries would eventually be vested in a central German Government"[48].

[43] Draft Cabinet Paper, Socialisation of Ruhr Industries, January, 1947; FO 371/64364/C3290/194/18.

[44] Ebenda.

[45] Vgl. Aktennotiz Dean v. 31. 1. 1947; FO 371/64364/C1864/194/18.

[46] C. P. (47) 37, Secret. CAB 129/16.

[47] Aktennotiz O. Harvey: „Brief for the Secretary of State. Socialisation of the German Basic Industries" v. 3. 2. 1947; FO 371/64363/C1837/194/18.

[48] C. M. 16 (47), 4. 2. 1947. CAB 128/9.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweifellos hat es die britische Regierung mit der Sozialisierungspolitik in ihrer Zone zu diesem Zeitpunkt ernst gemeint; die Treuhänder sollten denn auch *sofort* ernannt werden. Mit dem Kabinettsbeschluß schien eine Vorentscheidung gefallen zu sein, denn die Ernennung von Treuhändern, das hatte selbst Harvey anerkannt[49], wurde als der erste Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung dieser Industrien angesehen – auch von den westeuropäischen Partnern, wie sich sehr schnell zeigen sollte. Wenn es damals Gegner der Sozialisierungspolitik im Foreign Office und in der Kontrollkommission gegeben hat, so haben es diese meisterhaft verstanden, ihre Spuren zu verwischen. In den Akten jedenfalls hat sich eine solche Gegnerschaft nicht niedergeschlagen, im Gegenteil, jede weitere Verzögerung bei der Sozialisierung wurde dort mit dem Ausdruck des Bedauerns vermerkt.

Zu den erstaunlichen Tatsachen gehört zweifelsohne auch, daß nicht etwa die USA, wie aufgrund der Entwicklung des Jahres 1946 in der amerikanischen Zone – insbesondere in Hessen – und dann wenig später auch in der britischen Zone, zu erwarten gewesen wäre, die Ausführung dieses Kabinettsbeschlusses verhinderten, sondern die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs. Ihre Vertreter lösten wenige Tage nach der Kabinettssitzung vom 4. Februar 1947 einen „Proteststurm"[50] gegen die geplante Ernennung von Treuhändern aus.

Botschafter Massigli übergab Sargent am 8. Februar eine Note, in der auf die große Gefahr hingewiesen wurde, die nach Meinung der französischen Regierung mit diesem Schritt für die Sicherheit Frankreichs verbunden war. Man befürchte, daß damit der Weg zur Sozialisierung auf nationaler Ebene und zur Übernahme der sozialisierten Industrien durch eine deutsche Zentralregierung oder die Regierung, die einmal die britische Besatzung ablöse, freigemacht werde, und daß die Deutschen dies als die moralische Anerkennung ihres Besitzrechts an der Ruhr durch die Briten interpretieren würden. So werde jede andere Regelung präjudiziert. Das aber sei um so bedauerlicher, als sich die französische Regierung wenige Tage zuvor erneut für die Internationalisierung der Ruhrindustrien ausgesprochen habe[51].

Am 17. Februar übermittelte der niederländische Botschafter in London, Baron Bentinck, den Protest seiner Regierung, der sich insbesondere gegen die Sozialisierung holländischen Besitzes im Ruhrgebiet richtete; eine Entschädigung war, wie der Baron deutlich machte, „of no interest whatever" für die niederländische Regierung[52].

Zwei Tage später teilte der Botschafter Luxemburgs Sargent mit, auch seine Regierung sei „alarmed" über die britischen Absichten[53]. Einen Tag später wie-

[49] Vgl. Anm. 47.

[50] So Burrows am 24. 2. 1947. FO 371/64364/C3357/194/18.

[51] Ebenda, C2177/194/18.

[52] Aufzeichnung Dean v. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C2868/194/18.

[53] Bei dieser Gelegenheit überreichte er Sargent ein entsprechendes Memorandum.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derholte er seinen Protest gegenüber Gilmour Jenkins (COGA)[54]. Ähnlich reagierte die belgische Regierung[55].

Im Foreign Office war man über die scharfe Reaktion der wichtigsten westeuropäischen Partner gegen die Sozialisierungspolitik zu diesem Zeitpunkt überrascht, insbesondere deshalb, weil Bevin, wie mehrfach betont wurde, ja schon im Oktober 1946 eine entsprechende Absichtserklärung im Unterhaus abgegeben hatte. Nach dem ersten französischen Protest schien man im Foreign Office zunächst geneigt, an der einmal eingeschlagenen Linie festzuhalten und die Treuhänder trotz allem zu ernennen. Dean z. B. hielt eine andere Entscheidung aus politischen Gründen für „völlig unmöglich", zumal die Amerikaner diese Entscheidung nach seiner Meinung akzeptieren würden und die öffentliche Meinung in der britischen Zone deutlich in diese Richtung tendiere[56].

Was letzteren Punkt anging, so war man im Foreign Office überzeugt, daß nach Verabschiedung des Ahlener Programms auch die Mehrheit der CDU die Sozialisierungspolitik befürwortete. Das Programm wurde als „erheblicher Triumph" des linken Flügels der CDU bezeichnet[57]; Adenauer, so urteilte selbst die Kontrollkommission wenig später, „has moved very much closer to Kaiser"[58]. Erst später sollte sich zeigen, daß dies eine Fehleinschätzung war, ebenso irrig wie die Feststellung, das Ahlener Programm, das zeige, daß alle wichtigen deutschen Politiker davon überzeugt seien, dem Chaos in Deutschland könne nicht mit laissez-faire-Methoden begegnet werden[59], stärke die britische Position außerordentlich („vastly") im Hinblick auf die amerikanische Haltung.

Über die Konsequenzen einer möglichen Verschiebung der Ernennung von Treuhändern war man sich im Foreign Office völlig im klaren: Auf der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz würden den Briten die Hände gebunden sein, und zwar durch eine Verbindung von „capitalist U. S. A., a communist Soviet Russia and a timorous France"; im Unterhaus würden erneut Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Sozialisierungsabsichten aufkommen, und in Deutschland würde man „by appearing to wobble" *den* Parteien in die Hände spielen, die ein zentralistisches Deutschland wollten – in erster Linie der KPD. Harvey war noch am 17. Februar der Meinung, man solle dies den Franzosen klarmachen

---

[54] FO 371/64364/C3297/194/18. Am 15. Februar hatte der Botschafter Luxemburgs in Washington das State Department von der „größten Besorgnis" seiner Regierung in dieser Frage unterrichtet; vgl. Telegr. No 1258 v. 26. 2. 47, ebenda, C3336/194/18.
Sir (Thomas) Gilmour Jenkins, bis Okt. 1947 Joint Permanent Under-Secretary of State in Charge of German Affairs (FO).

[55] Vgl. FO 371/64244/C3277/53/18.

[56] Aufzeichnung v. 11. 2. 1947; FO 371/64363/C2192/194/18.

[57] Aufzeichnung v. 14. 2. 1947. FO 371/64269/C2472/18. Ähnlich Burrows am 21. 2. 1947: „A notable and important victory for the left wing of the CDU whom we particularly want to encourage" (FO 371/64364/C3383/194/18).

[58] Telegr. v. 24. 2. 1947; ebenda C2946/194/18.

[59] Germany, Weekly Political Summary; Steel an Bevin, 8. 2. 1947; ebenda C2472/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und dann „sofort" Treuhänder ernennen[60]. Premierminister Attlee war der gleichen Meinung; am 17. Februar teilte er Bevin mit, daß entsprechend den Entscheidungen des Kabinetts „action may now be taken to give effect to these decisions"[61].

Orme Sargent hatte dagegen von Anfang an Zurückhaltung signalisiert. Als die Vertreter Belgiens, Hollands und Luxemburgs protestierten und die französische Regierung durch Alphand noch einmal vorstellig wurde, sah er die Gefahr eines „Western bloc", der gegen Großbritannien gerichtet sei (der Protest Luxemburgs schien ihm außerdem insofern gerechtfertigt, als Luxemburg nahezu vollständig von seiner Stahlindustrie lebte, die wiederum von deutscher Kohle abhängig war). Die Ernennung von Treuhändern war seiner Meinung nach ein „direkter Schlag ins Gesicht" der Franzosen, der sie „nasty" und „unmanageable" machen und Gegenaktionen hervorrufen könnte: „Indeed we might undermine our treaty negotiations with the French."[62] Seine Empfehlung war eindeutig: „We should go slow" und die Ernennung von Treuhändern verschieben, ohne die Sozialisierungspolitik als ganzes zu ändern oder gar in Frage zu stellen[63].

Selbst im Foreign Office wurden diese Überlegungen Sargents z. T. nur widerwillig akzeptiert. Burrows warnte am 21. Februar, eine Verschiebung werde einen „most depressing effect on the more reasonable elements in Germany" haben; sie werde ein Geschenk für kommunistische Propaganda sein und nicht ohne negative Auswirkungen auf die Landtagswahlen am 20. April und die Gewerkschaften in Berlin bleiben[64].

Hynd war völlig anderer Ansicht als Sargent; er betrachtete die Anweisung Attlees „as authority", wie Sargent bedauernd feststellte[65]. Der Konflikt war unausweichlich, die Entscheidung mußte auf höchster Ebene, d. h. von Premierminister Attlee getroffen werden. Bevin hatte seinen Beratern schon am 18. Februar mit der Bemerkung zugestimmt, das Control Office sofort zu unterrichten[66]; am 22. Februar übermittelte er dann Attlee ein entsprechendes Schreiben, in dem die Bedenken des Foreign Office noch einmal zusammengefaßt wurden. Mit grossem Nachdruck („very strongly") empfahl er, die Ernennung von Treuhändern zu stoppen[67].

Am gleichen Tag empfing Außenminister Bidault Botschafter Cooper. Im Quai d'Orsay wurde der ganzen Angelegenheit „allergrößte Bedeutung" beigemessen.

---

60 Aufzeichnung Harvey v. 12. 2. u. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C9292/C3178/194/18.

61 Schreiben Sir Norman Brook, „Top Secret"; FO 371/64244/C3277/53/18.

62 Am 14. Februar hatten die beiden Regierungen Vertragsentwürfe ausgetauscht; am 4. 3. 1947 unterzeichneten die Außenminister Bidault und Bevin sowie die Botschafter Cooper und Massigli in Dünkirchen den britisch-französischen Vertrag; dt. Text in: Europa-Archiv 2(1947), S. 637 f.

63 Vgl. die Aufzeichnungen v. 18. 2., 21. 2., 22. 2. 1947; FO 371/64244/C3277/53/18.

64 FO 371/64364/C3383/194/18.

65 Ebenda.

66 Vgl. Notiz auf Aufzeichnung Sargent v. 18. 2. 1947.

67 P. M. (47) 23; FO 371/64244/C3277/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bidault gab zu verstehen, daß eine Fortsetzung der britischen Politik als „Bruch vieler Versprechungen" interpretiert würde; die Ruhr gehöre Europa; würden ihre Industrien nationalisiert und einer deutschen Regierung übergeben, dann werde diese Regierung etwas besitzen, was keine deutsche Regierung jemals vorher besessen habe; unter solchen Umständen würde er die Rückkehr von Herrn Stinnes vorziehen. Bidault versäumte dabei nicht, auf die laufenden Bündnisverhandlungen hinzuweisen; er selbst sei zwar aus ganzem Herzen für einen Beistandspakt, werde jedoch in eine schwierige Situation geraten, wenn er gleichzeitig mit Unterzeichnung dieses Paktes in scharfer Form gegen eine Entscheidung der britischen Regierung hinsichtlich der Ruhr protestieren müsse. Bidault war, wie Cooper noch am selben Tag nach London telegraphierte, „deeply distressed about whole matter"[68].

Damit war praktisch die Entscheidung gefallen: Am 24. Februar machte sich Attlee nach einem Gespräch mit Bevin die Bedenken des Foreign Office zu eigen[69]. Am 1. März wurden die Botschafter in Paris, Washington, Brüssel und Den Haag und die Militärregierung in Berlin von der Entscheidung unterrichtet, daß die Ernennung von Treuhändern aufgeschoben worden sei[70]. Gleichzeitig wurden die Regierungen, die in London in dieser Frage vorstellig geworden waren, von Sargent um genaue Angaben über entsprechende Besitzanteile an der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Zone gebeten[71].

Die weitere Entwicklung mußte zeigen, inwieweit trotz der Entscheidung Attlees vom 24. Februar dessen Feststellung in der Kabinettssitzung am 6. März zutraf, „there was no intention of departing from the Government's settled policy for socialising these industries"[72]. Ob Attlees Entscheidung ferner die Gefahr gebannt hatte, daß Frankreich in der Ruhrfrage versuchen würde, „to gang up with the Russians"[73], mußte sich auf der Außenministerkonferenz zeigen, die am 10. März 1947 in Moskau eröffnet wurde.

---

[68] Telegr. No 166 v. 22. 2. 1947; FO 371/64363/C3009/194/18.

[69] FO 371/64244/C3557/53/18.

[70] FO 371/64364/C3478/194/18.

[71] FO 371/64364/C3488/194/18.

[72] C. M. (47) 26th Conclusions, 6. 3. 1947. FO 371/64365/C4330/194/18 u. CAB 128/9. Im Gegensatz zur Sozialisierung wurden in der Entflechtung Fortschritte erzielt. Nach der Errichtung der NGISC am 20. 8. 1946 war ihr Leiter, Harris-Burland, mit der Ausarbeitung entsprechender Pläne beauftragt worden; am 15. 10. 1946 war eine deutsche Treuhandverwaltung unter Leitung von Dr. H. Dinkelbach eingesetzt worden; nach der Verkündung des Dekartellisierungsgesetzes (Nr. 78) am 11. 2. 1947 (vgl. Amtsblatt d. Militärreg., Nr. 16, S. 412) wurde am 1. 3. 1947 mit der „OPERATION SEVERANCE" begonnen. Schon im August 1947 waren 16 (bis 1. 4. 1948: 25) Einzelunternehmen mit zusammen 78,85% der gesamten Eisen- und Stahlproduktion aus vorher bestehenden Konzernen herausgetrennt worden. Vgl. u. a. Brief for U. K. Delegation, CFM, London, November 1947. Re-organization of the Iron and Steel Industry; FO 371/65441/CK1537/156/183.

[73] Vgl. Aufzeichnung Burrows v. 21. 2. 1947; FO 371/64365/C14182/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Außenministerkonferenz in Moskau: Reorganisation der Bizone

Am 9. Dezember 1946 hatten die Außenminister der vier Großmächte in New York den Beschluß gefaßt, am 10. März 1947 erneut in Moskau zusammenzutreffen, um dort den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten[74]. Im Hinblick auf die Tagesordnung in Moskau wurden „unerwartet gute Fortschritte"[75] erzielt: Am 11. Dezember war man sich einig darüber, was man im einzelnen in Moskau besprechen wollte[76]. Als Bevin am Ende des Jahres Bilanz zog, stand für ihn fest, daß mit diesen Beschlüssen und der Unterzeichnung des Bizonenabkommens „ein neuer Abschnitt" in der Deutschlandfrage begonnen hatte.

In einer Aufzeichnung, die er für ein Gespräch mit Attlee anfertigte, wird deutlich, was er von dem neuen Abschnitt erhoffte und welche Prioritäten er dabei setzte. Von der Moskauer Konferenz erwartete er demnach zwar keine großen Fortschritte, würde aber dennoch über ihr Scheitern enttäuscht sein; noch einmal betonte er, was er für „wirklich wichtig" hielt: das Bizonenabkommen mit den Amerikanern[77]. Dieses Abkommen sollte dann auch mehr und mehr in den Mittelpunkt der britischen Deutschlandpolitik rücken. Ein Beitritt der Sowjetunion wurde dabei theoretisch zwar immer noch für möglich gehalten, entsprechend den öffentlich abgegebenen Erklärungen, allerdings von der Erfüllung sehr harter („very severe") Bedingungen abhängig gemacht[78]: er durfte den britischen Steuerzahler „nicht einen einzigen Dollar oder ein einziges Pfund mehr kosten", wie Bevin Byrnes und dem amerikanischen Militärgouverneur Clay unmißverständlich klargemacht hatte. Zunächst galt es, die eigene Zone politisch und ökonomisch zu organisieren, was auch die Fortsetzung der Sozialisierungs- und Demokratisierungspolitik bedeutete[79]. Werde die Bizone ein Erfolg, werde sich die

[74] Zur Konferenz in New York vgl. FRUS, 1946, II, S. 965–1566; FO 371/55927–29/11795/18; hier FO 371/55928/C5333/11797/18 (Telegr. Nr. 2474 v. 10. 12. 1946).

[75] So Bevin in seinem „Brief for talk with P. M. and for inclusion in Cabinet Paper", ohne Datum (Januar 1947); FO 371/64178/C822/17/18.

[76] FRUS, 1946, II, 1530 f. Schon am 7. Dezember war beschlossen worden, die Stellvertretenden Außenminister mit der Vorbereitung der Konferenz zu beauftragen. Ebenda, S. 1469 f., u. „British Record of the Eighteenth Meeting . . .": FO 371/55028/C15418/11797/18.

[77] Vgl. Anm. 75.

[78] Sie waren schon in der Kabinettsvorlage vom 17. Oktober 1946 genannt worden. C. P. (46) 383. CAB 129/13. In diesem Zusammenhang wies Bevin ausdrücklich auf ein Memorandum von Sir William Strang hin, in dem dieser die russische Wirtschaftspolitik in Deutschland analysiert hatte. Vgl. C. P. (46) 461, 17. 12. 1946. CAB 129/15.

[79] Das Urteil Bevins über die SPD in diesem Zusammenhang fiel nicht sehr schmeichelhaft aus: „I do not by any means regard Dr. Schumacher and some other elements in the SPD as entirely satisfactory and it would be a mistake to try and accomplish our ends in Germany through the SPD only while excluding the CDU and any other elements which can give valuable help". Dennoch wurden die Sozialdemokraten auch an dieser Stelle als „best

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verhandlungsposition gegenüber den Russen außerordentlich verbessern. Unter diesen Umständen, so Bevin, „we need not press on too quickly with insisting on reaching agreement with our Allies on plans for the future of Germany"[80].

Ähnlich argumentierte er in einer umfangreichen Kabinettsvorlage („a new Potsdam Agreement") vom 20. Februar. Auch hier standen die Bizone und die Bedingungen für die „wirtschaftliche Einheit" Deutschlands im Mittelpunkt, die, so die Interpretation Deans in der Vorbereitungsphase, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht von den Russen akzeptiert würden, mit dem Ergebnis, daß es dann eben nicht zu einer wirtschaftlichen Einheit kommen werde. Das wurde jedoch nicht als besonders gravierend betrachtet, da man davon überzeugt war, daß die wirtschaftliche Einheit „on other than our own terms" außerordentlich gefährlich und teuer werden würde und daß „the onus for rejection would be placed on the Russians rather than on us"[81]. Als weitere Themen für Moskau wurden die Reparationen und die Änderung des Industrieniveauplans (Erhöhung der Stahlquote auf 10 Mio. t) genannt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die in der Vorlage angestellte Analyse der langfristigen russischen Deutschlandpolitik: Nach Meinung der Briten ging es den Russen 1. um Schaffung eines Einheitsstaates mit starker Zentralregierung (die man sich nur kommunistisch beherrscht vorstellen konnte), 2. um Abbau des Industriepotentials bis zu dem Punkt, an dem Deutschland keine Gefahr mehr für Rußland darstellen würde, 3. um Entnahme von Reparationen in Höhe von 10 Mrd. Dollar, die nur durch Lieferungen aus den Westzonen erreicht werden könnten, 4. um Ausnutzen der gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland („favourable to the spread of Communist doctrine") und 5. um Teilnahme an einer Kontrolle der Ruhr (die durch die vier Besatzungsmächte durchgeführt werden sollte), um auf diese Weise zu verhindern, daß Westdeutschland „being controlled solely by the Western Powers"[82].

So spekulativ diese Analyse bleiben mußte, in einem Punkt bestand Gewißheit: die Sowjets würden in Moskau eine Viermächte-Kontrolle für die Ruhr – vergleichbar der Kommandatura in Berlin – fordern. Das zumindest war ein Ergebnis der Besprechungen der Stellvertretenden Außenminister in London gewesen: Bei der Anhörung der kleineren Nationen hatten die Vertreter von Bjelo-

---

supporters" der Briten bezeichnet. Auf ihnen ruhte trotz aller Vorbehalte die Hoffnung auf ein besseres, demokratisches Deutschland; sie waren dabei allerdings nur das kleinere Übel: „We must continue to make the best of Schumacher and Co", wie Burrows am 17. 12. 1946 nach dem Besuch der SPD-Delegation in England notierte; FO 371/55377/C15468/2/18.

[80] Vgl. Anm. 75.

[81] Aufzeichnung v. 23. 1. 1947; FO 371/64181/C1383/17/18.

[82] C. P. (47) 68, 20. 2. 1947, „Top Secret. Main Short Term Problems Confronting Us In Moscow. Summarized Conclusions and Recommendations". CAB 129/17. Vgl. auch Aufzeichnung Dean v. 12. 2. 1947 u. Aufzeichnung Harvey v. 24. 2. 1947; FO 371/64188/C 3395/17/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rußland und der Ukraine entsprechende Forderungen erhoben[83], die aus britischer Sicht „can clearly be regarded as a Russian proposal"[84].

Würde die Sowjetunion somit an ihrer schon auf der Potsdamer Konferenz erhobenen Forderung festhalten, so hatte sich die Position Frankreichs verändert. Am 1. Februar war den Regierungen in Washington, London und Moskau ein Memorandum überreicht worden, in dem jetzt die wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes gefordert wurde: Bergwerke und Industriebetriebe an der Ruhr sollten unter ein besonderes Regime gestellt und eine internationale Kontrolle eingeführt werden, das Eigentum an diesen Betrieben vollständig auf jene Nationen übergehen, die gegen Deutschland gekämpft hatten und daher auch den Friedensvertrag unterzeichnen würden; Verwaltung und Management sollten den besonders interessierten Mitgliedern dieser Nationen übertragen werden[85]. Auch wenn offiziell dementiert wurde, daß damit die Forderung nach politischer Separierung des Ruhrgebietes von Deutschland aufgegeben worden sei, wurde dies – zu Recht – von der Öffentlichkeit und den übrigen Mächten so interpretiert. In der französischen Ruhrpolitik hatte ein neuer Abschnitt begonnen. Der Vorstoß schien insofern nicht ungeschickt, als der neue Plan im Prinzip genau jenen Vorstellungen entsprach, die die Briten noch ein Jahr vorher entwickelt hatten[86], aber er hatte nun keine Chance mehr. In der Sitzung des Overseas Reconstruction Committee (O. R. C.: ein Kabinettsausschuß) am 24. Februar rückte Bevin denn auch die Perspektiven zurecht: Als man selbst die Internationalisierung vorgeschlagen habe, hätten die Franzosen auf der politischen Abtrennung des Ruhrgebietes bestanden. Inzwischen habe sich die Situation völlig verändert. Das Bizonenabkommen schließe jede internationale Kontrolle aus; die Franzosen seien entsprechend gewarnt worden, und es sei „no longer possible", den französischen Plan zu unterstützen[87].

Noch im Februar 1947 wurde Frankreich über diese Entscheidung informiert. Die Argumente, die Paris genannt wurden, waren die gleichen, die im Frühjahr 1946 zur Ablehnung des eigenen Plans geführt und nichts von ihrer Gültigkeit verloren hatten („equally valid today"), nämlich: a) das Sicherheitsproblem: die Deutschen könnten die Alliierten gegeneinander ausspielen; b) Konflikte hinsichtlich der ausländischen Besitzanteile; c) ausländischer Besitz würde unver-

---

83 FRUS, 1947, II, S. 64, 68.

84 Vgl. „Proposals for the Future of the Rhineland and the Ruhr". Februar 1947; FO 371/64367/C6624/194/18. Zu den Besprechungen der stv. Außenminister (Robert Murphy, Sir William Strang, Couve de Murville, Fjedor Gusew) in London v. 14. 1.–25. 2. 1947 vgl. FRUS, 1947, II, S. 1–112; Hinweise auf die Memoranden der einzelnen Länder ebenda, S. 41–104; FO 371/64176–89. Dt. Übersicht in: Europa-Archiv 1 (1946/47), S. 490–499.

85 Abgedruckt in: Documents Français Relatifs à L'Allemagne (Août 1945–Février 1947), Paris 1947, S. 60 f., dt. in: Europa-Archiv 1 (1946/47), S. 626–28; engl. CFM/47/M/117; FO 371/64366/C6066/194/18.

86 Vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage.

87 „Secret", O. R. C. (47) 2nd Meeting, Conclusions of a Meeting held in Conference Room ‚B', Cabinet Office ... on Monday, 24th February, 1947, at 3. 45 p. m. CAB 134/597.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meidlich zu schweren Arbeiterunruhen führen; d) Mangel an ausländischem Personal; e) Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung. Jetzt kam noch hinzu, daß die Sozialisierung die Internationalisierung ausschloß; würde aber die Sozialisierung aufgegeben, dann würde man „permanently antagonize the only democratic elements in Germany on whom it is possible to base any hope for the future"[88]. Das eigentliche Argument zielte jedoch in eine andere Richtung: Eine internationale Kontrolle, in welcher Form auch immer, hätte sowjetische Präsenz im Ruhrgebiet bedeutet, zu einem Zeitpunkt, wo sich, wie Harvey am 17. Februar notierte, Großbritannien und die USA darin einig waren, „to keep all outsiders out while we rehabilitate the Ruhr"[89].

In dem Memorandum, das dem O. R. C. vorlag, wurde dieser Gedanke weiter ausgeführt. Unter Hinweis auf die Vorschläge Bjelorußlands und der Ukraine wurde es jetzt als geradezu schicksalhaft angesehen, die Russen zumindest für die nahe Zukunft aus dem Ruhrgebiet herauszuhalten. Bevin war überzeugt, daß die Russen im Ruhrgebiet „would be mainly destructive", daß sie größtmögliche Vorteile für sich herausschlagen und gleichzeitig eine Situation schaffen wollten, die der Ausbreitung des Kommunismus dienen und so weit wie möglich die angestrebte wirtschaftliche Konsolidierung der Bizone verzögern würde. Für eine Beteiligung an der Ruhr, wenn überhaupt, müßten die Russen einen hohen Preis zahlen: „A general and effective lifting of the Iron Curtain."

Um in Moskau jedoch in diesem Punkt nicht „purely negative" aufzutreten, sollte folgende Auffanglinie aufgebaut werden: wie schon ein Jahr vorher in Paris sollte die Ruhr nicht als spezielles Problem, sondern im Rahmen des deutschen Problems behandelt werden. Würde es zur Frage möglicher Kontrollen von Industriegebieten (Ruhr, Sachsen, Berlin) kommen, wollte man vorschlagen, daß die Kontrolle von jenen Mächten ausgeübt werden solle, die in jenen Gebieten am meisten engagiert seien. Diese Politik sollte so lange verfolgt werden, wie man die Russen nicht ins Ruhrgebiet hineinlassen wollte[90]. Die Russen ihrerseits sollten auf die Kontrolle jener Gebiete beschränkt bleiben, in denen sie ohnehin schon einen beherrschenden Einfluß ausübten. Die Logik eines solchen Vorgehens war eindeutig: „It would cost us nothing to recognize this undoubted fact in return for obtaining a comparatively free hand in the West." Was die Kompetenzen einer zukünftigen deutschen Zentralregierung anging, so wurde auch hier noch

[88] „Secret" O. R. C. (47) 13, 21. 2. 1947. „The Ruhr. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs"; CAB 134/598 u. FO 371/64367/C3120/194/18.

[89] FO 371/64363/C3120/194/18.

[90] Harvey bezweifelte dagegen, auf diese Weise die Sowjetunion langfristig von der internationalen Kontrolle der Ruhr ausschließen zu können. Wenn Deutschland vereinigt sei und die britischen Bedingungen für die politische und wirtschaftliche Einheit erfüllt seien, sollte seiner Meinung nach auch die Sowjetunion beteiligt werden – allerdings nur in der Kontrollbehörde, nicht mit Truppen. Als Gegenleistung erwartete man eine entsprechende Beteiligung in der Ostzone oder sogar in Schlesien. Harvey gab jedoch selbst zu, daß dies alles „very speculative and remote" sei. Aufzeichnung v. 17. 2. 1947; FO 371/64363/C3120/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einmal betont, daß diese auch im Hinblick auf Wirtschaftsplanung in jedem Fall sehr begrenzt („strictly limited") sein müßten; nur so könne das Ruhrgebiet zum Wohle Deutschlands aufgebaut werden, ohne ein Instrument der Aggression zu werden[91].

In London wurde die Moskauer Konferenz trotz der Skepsis hinsichtlich greifbarer Ergebnisse außergewöhnlich intensiv vorbereitet. Dem O. R. C. wurden insgesamt 14, z. T. außerordentlich voluminöse Memoranden zur Beratung vorgelegt, in denen nahezu alle Aspekte der deutschen Frage bis ins Detail untersucht waren[92]. Die Beratungen im O. R. C. erfolgten am 24. und 26. Februar[93]. Ebenfalls am 26. Februar kam es zu einem umfassenden Meinungsaustausch mit H. F. Matthews, dem Leiter der Europaabteilung im State Department, und Robert Murphy (OMGUS)[94]. In nahezu allen die Moskauer Konferenz betreffenden Fragen kam es dabei zu einem „erstaunlichen Maß an Übereinstimmung". Für die Ablehnung der französischen und russischen Ruhrpläne sicherte Matthews den Briten „complete support" zu[95]. Damit wurde auch in dieser Frage die Position bekräftigt, die Außenminister Byrnes zuletzt öffentlich in seiner Rede in Stuttgart am 6. September 1946 eingenommen hatte[96].

In Moskau haben sich die negativen Erwartungen Bevins bald erfüllt: An eine Einigung in den entscheidenden Fragen (zukünftiger Staatsaufbau, Reparationen, Erhöhung des Industrieniveaus, wirtschaftliche Einheit, Grenzen, amerikanischer Plan zur Entmilitarisierung, Ruhr) war angesichts der unterschiedlichen Auffassungen von Anglo-Amerikanern auf der einen und Franzosen und

[91] Vgl. Anm. 88.

[92] Die Memoranden in CAB 134/598.

[93] CAB 134/597.

[94] Teilnehmer v. brit. Seite: Harvey (Vorsitz), Sir W. Strang, Makins, Dean, Burrows, Wilson (polit. Fragen), Lord Jellicoe (claims on Germany). Vgl. „Record of a meeting ..." Secret; FO 371/64244/C3564/53/18.

[95] Aufzeichnung Harvey v. 1. 3. 1947, ebenda. Vgl. auch Telegr. Nr. 442 (Secret), Bevin am 5. 3. 1947 an Botschafter in Washington, Lord Inverchapel; FO 371/64244/C3685/53/18.

[96] Text der Rede in: Documents on Germany, 1944–1970, Committee on Foreign Relations, United States Senate, Washington 1971, p. 59–67. Vgl. auch John Gimbel, Byrnes Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, VfZ 20 (1972), S. 39–62, der jedoch in seiner Interpretation – die Rede sei einseitig gegen die frz. Politik gerichtet gewesen – nicht überzeugt. In der Tat ist das genaue Gegenteil richtig: es ging tatsächlich um eine Neuorientierung der amerikanischen Politik, die Rede richtete sich gegen Moskau. Außenminister Bevin berichtete am 1. 9. 1946 nach einer Unterredung mit Byrnes aus Paris u. a.: „Mr. Byrnes said that United State Department and military authorities had been influenced in all their action up to now by the Morgenthau policy ... they had now come to the conclusion that this was the wrong policy, and that while Germany must be held down militarily, it was necessary in view of the policy Russia was following, that Mr. Byrnes should at a suitable date make a statement on the following lines ..." Der weitere Verlauf dieser Unterredung zeigt *eindeutig*, daß nicht Paris, sondern primär Moskau der Adressat dieser Rede war. Vgl. FO 371/55844/C10434/2860/18. Zur amerikanischen Haltung in der Vorbereitungsphase für Moskau vgl. FRUS, 1947, II, S. 221 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjets auf der anderen Seite nicht zu denken; darüber konnten auch Erfolge in weniger wichtigen Fragen nicht hinwegtäuschen.

Der Ruhrfrage kam dabei auch in Moskau „überragende Bedeutung"[97] zu; von ihrer Lösung hing zum großen Teil auch die Lösung der meisten übrigen Fragen ab, insbesondere die Frage der wirtschaftlichen Einheit, der Reparationen und des Industrieniveaus. Schon in der zweiten Verhandlungswoche machten die Außenminister die Haltung ihrer Regierungen unmißverständlich klar[98], noch ehe dieses Thema dann auf der 25. und 26. Sitzung am 10. und 11. April entsprechend der Tagesordnung behandelt wurde. Die Standpunkte waren bekannt; es wurden denn auch nur vorbereitete Erklärungen abgegeben. Bemerkenswert war lediglich, daß Molotow am 11. April zwar erneut mit aller Schärfe eine politische Abtrennung des Ruhrgebiets und Rheinlands ablehnte, aber Bidault doch insofern entgegenkam, als er eine genaue Prüfung des französischen Plans vom 1. 2. 1947 verlangte, den Bidault am Tag zuvor erneut vorgelegt hatte[99].

Zu diesem Zeitpunkt rechnete Bevin bereits mit dem Scheitern der Konferenz, und er war jetzt entschlossener denn je, die Bizone zu einem Erfolg zu machen. Die Arbeit der Bizone mußte auf einer neuen Grundlage fortgesetzt werden. Dazu war notwendig: „Greater economic co-ordination" und, daraus folgend, „closer political co-ordination" mit den Amerikanern[100]. Entsprechende Gedanken hatte er schon im Vorfeld der Konferenz entwickelt[101] und vom Kabinett am 27. Februar billigen lassen[102].

Noch in Moskau leitete er jetzt die entsprechenden Schritte ein. Bei einem Mittagessen mit Marshall am 8. April schnitt er „on his own initiative", wie es im amerikanischen Protokoll heißt, die Frage an, was im Falle eines Scheiterns der Konferenz in der Bizone zu tun sei, und er schlug vor, den Industrieniveauplan zu revidieren (Erhöhung der Stahlquote für die Bizone auf 10 Mio. t), einen Reparationsplan aufzustellen und den Deutschen „the final score against them" mitzuteilen[103]. Gleichzeitig ging es ihm darum, noch in Moskau die Vorausset-

---

97 „Crucial importance", wie es in einem zusammenfassenden britischen Memorandum heißt, das in Moskau am 21. 4. 1947 zur Unterrichtung der neuseeländischen Regierung erstellt wurde; „Secret, The Ruhr"; FO 371/64366/C6354/194/18.

98 Molotow am 17., 19., 20. März, Bidault am 18., 20., 21. März, Bevin am 19. u. 20. März. Vgl. FO 371/64193/C4612/64194/C4773/C4774/C4666/194/18; FRUS, 1947, II, S. 262, 264 ff.

99 Am 14., 15. u. 16. April wurde die Ruhrfrage erneut angeschnitten. Vgl. FRUS, 1947, II, S. 323 f., 326, 333, 347, sowie FO 371/64199/C5637/C5662/C5848/C5849/64200/C5890/C5946/64201/C6330/194/18.

100 Vgl. C. P. (47) 68 v. 20. 2. 1947.

101 Ebenda.

102 Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung in CAB 128/9.

103 „Memorandum of Conversation, by the Secretary of State", FRUS, 1947, II, S. 315 f. u. Fußnote 21, wonach Marshall Acheson bat, daß Truman Gelegenheit bekomme, seine Telegramme zu lesen, insbesondere das hier genannte. Vgl. auch das britische Protokoll „Secret, Record of Conversation between Secretary of State and Mr. Marshall"; FO 371/64246/C6526/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zungen zur Beseitigung jener organisatorischen Mängel zu schaffen, die bei der Realisierung des Bizonenabkommens aufgetreten waren und die das Experiment Bizone offensichtlich gefährdeten[104].

In dieser Frage sollte es dann zu einem „fundamentalen Gegensatz"[105] zwischen Briten und Amerikanern kommen, in dessen Verlauf die Diskussion über die Sozialisierung mehr und mehr in den Mittelpunkt rückte. Clay warnte am 11. April, die Reorganisation der bizonalen Wirtschaftseinrichtungen sei „more fundamental than appear on the surface"[106], und was die Stahlquote von 10 Mio. t angehe, so sei diese Zahl „aus dem Hut gezaubert" worden[107]. Am 14. April wandte sich Bevin direkt an Marshall: Er gab zu verstehen, daß es angesichts der offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten in Berlin möglicherweise besser sei, das Bizonenabkommen aufzukündigen und „work our own Zones separately"; er bat, Clay zu Konsultationen nach Moskau zu beordern[108]. Wenn es Bevin jemals gelungen ist, Marshall zu bluffen, dann in diesem Moment. Das Bizonenabkommen war das Fundament, ohne das die gesamte britische Deutschlandpolitik zusammenbrechen mußte, und es war weitgehend das Werk Bevins; eine Aufkündigung von britischer Seite war beinahe undenkbar. Der in deutschlandpolitischen Fragen noch relativ unerfahrene Marshall, der überdies in Moskau in einigen Fragen schlecht informiert war[109], ließ sich dennoch beeindrucken: Noch in Moskau kam es zwischen ihm und Bevin zu einer Übereinkunft hinsichtlich der zukünftigen Bizonenarbeit. Am 18. April einigten sie sich darauf, daß Clay und Robertson in Berlin entsprechende Beratungen auf der Grundlage eines britischen Memorandums aufnehmen sollten[110].

In diesem Memorandum wurde u. a. die Verlegung aller Bizonenbehörden in eine Stadt vorgeschlagen[111]. Offen blieb darin die Frage nach der Verteilung der exekutiven und legislativen Zuständigkeiten der neuen Bizonenorganisationen. Hier setzte das Mißtrauen Clays ein. Angesichts der überragenden Rolle dieses Militärgouverneurs in Deutschland war eine erneute Krise in den amerikanisch-britischen Beziehungen die Folge, zumal es Clay offensichtlich auch gelang, Marshall auf dessen Rückreise von Moskau in Berlin mit seinen Argumenten zu überzeugen[112]. Worum ging es?

---

104 Vgl. Memorandum by Major General William H. Draper (Direktor d. OMGUS-Wirtschaftsabteilung) to the Secretary of State (Marshall) v. 15. 4. 1947; FRUS, 1947, II, S. 333 f.

105 So Bevin in der Kabinettsvorlage vom 30. April 1947; vgl. Anm. 124.

106 Clay an Draper, FRUS, 1947, II, S. 472, The Papers of General Lucius D. Clay (künftig zit.: Clay Papers), 2 Bde, Bloomington 1974, Dok. Nr. 209.

107 Clay an Draper, FRUS, 1947, II, S. 476, u. Clay Papers, Dok. Nr. 210, 13. 4. 1947.

108 FRUS, 1947, II, S. 475.

109 Ebenda, S. 929.

110 Marshall an Acheson, 19. 4. 1947; ebenda, S. 357 f.

111 Vgl. Memorandum by the British Military Governor for Germany, 17. 4. 1947; ebenda, S. 479 ff.

112 Vgl. Marshall an Clay, 24. 6. 1947; ebenda, S. 931.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die Briten lag die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme der Bizone in *mehr* Planung und *mehr* Kontrolle. In Berlin hatte Robertson folgerichtig vorgeschlagen, die bizonalen Verwaltungsämter mit mehr Kompetenzen auszustatten. Clay hatte dies abgelehnt, weil die Verwaltungsämter, insbesondere das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden mit dem Sozialdemokraten Agartz an der Spitze, seiner Meinung nach in jeder Beziehung versagt hatten, was er auf das deutsche Personal zurückführte, dem er sozialistische Neigungen unterstellte und dem er mißtraute („very suspicious of the present German staff . . ., in particular of Dr. Agartz")[113]. Er betrachtete den britischen Vorstoß als den direkten Versuch, „to introduce Socialistic controls which would pave the way to the complete socialisation of the Bizonal area". Ohne politische Verantwortung der Deutschen konnten die Amerikaner einem solchen Vorgehen nicht zustimmen, das nach Meinung Clays überdies mit den amerikanischen Vorstellungen von Dezentralisierung unvereinbar war und die in der amerikanischen Zone bereits erzielten Erfolge in dieser Frage wieder zunichte machen würde[114]. Für ihn lauteten die Alternativen: a) Minimum an Kontrollen (Privatinitiative und -unternehmen sollten die Chance zur Beteiligung am Wiederaufbau erhalten); b) politische Fusion der beiden Zonen, d. h. Schaffung eines Bizonen-Parlaments und einer Bizonen-Regierung.

Die Krise war offen ausgebrochen, als Clay am Ende eines zweistündigen Gesprächs mit Sir Cecil Weir, dem Leiter der Economic Sub Division der Kontrollkommission, zu verstehen gab, daß es angesichts der gravierenden Meinungsunterschiede besser sei, wenn jede Besatzungsmacht ihre eigene Zone entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verwalte. Über den Ernst der Lage war man sich auf britischer Seite sofort im klaren: Clay hatte de facto den Bruch des Bizonenabkommens angekündigt. Genau das aber konnten sich die Briten nicht leisten. Es ist schwer zu beurteilen, ob Clay nur geblufft hat. Immerhin beharrte er in einem letzten Gespräch mit Robertson am 26. April auf seiner Haltung, worauf Robertson entgegnete, dies bedeute dann ja wohl „the breaking of Fusion"; man einigte sich darauf, die Angelegenheit den jeweiligen Regierungen zur Entscheidung weiterzuleiten. In einem geheimen Memorandum für Bevin stellte Robertson dazu zusammenfassend fest, das Bizonenabkommen befinde sich nunmehr „in suspended animation", ein höchst bedauerlicher Zustand, der wohl nicht sehr lange vor der Presse und den Deutschen verheimlicht werden könne[115].

Eine Vorentscheidung wurde von britischer Seite am Morgen des 28. April in Berlin gesucht. Wenige Stunden bevor Bevin auf dem Rückflug von Moskau in Berlin eintreffen sollte, fand dort unter Vorsitz von Luftmarschall Douglas

---

[113] Vgl. Anm. 124.

[114] Clay Papers, Dok. Nr. 215. Das von Clay in diesem Schreiben erwähnte Gespräch mit Robertson fand am 26. 4. 1947 statt.

[115] Vgl. Anm. 119.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Sitzung statt[116], in der Robertson über seine Gespräche mit Clay berichtete. Dabei wurde deutlich, daß die Mehrheit offensichtlich für die politische Fusion als Ausweg aus der Krise war. Lord Pakenham machte zwar die Vorbehalte, a) es könnte der Vorwurf erhoben werden, man beende damit die Zusammenarbeit mit den Russen, und b) die Stärkung der bizonalen Bindungen „might interfere with socialisation", vertrat aber dann selbst die Auffassung, man solle sich von keiner dieser möglichen Schwierigkeiten abschrecken lassen[117]. Bevin hatte jedoch Bedenken. Er hielt einen solchen Schritt im Hinblick auf die Außenministerkonferenz im November für verfrüht, da damit seiner Meinung nach die Chancen für eine Übereinkunft mit der Sowjetunion negativ präjudiziert würden[118]. Robertson schlug daraufhin vor, ein Konsultativ- oder Gesetzgebungsgremium aus je drei Vertretern eines jeden Landes einzurichten; dem würde Clay wahrscheinlich zustimmen. Abermals widersprach Bevin: Die Einrichtung eines Legislativorgans für die Bizone stünde im Widerspruch zu den in Moskau vereinbarten Prinzipien. Robertson entgegnete, das von ihm vorgeschlagene Gremium brauche ja nur in Wirtschaftsfragen gesetzgebende Macht zu haben[119].

Damit war die Idee des zukünftigen Wirtschaftsrates im Prinzip geboren. Bevin gab zu verstehen, daß er nichts gegen einen Konsultativrat einzuwenden habe, solange er sich im Rahmen der Moskauer Prinzipien bewege, worauf Dean als Kompromiß vorschlug, dem neuen Gremium im Falle eines Scheiterns der Londoner Außenministerkonferenz ab 1. 1. 1948 gesetzgebende Funktionen zu übertragen.

Bevin war einverstanden; für ihn war, wie er noch einmal betonte, „essential", daß die Bizone ein Erfolg wurde, und zwar „as soon as possible". Als Grundlage für eine Diskussion mit Clay einigte man sich auf folgenden Vorschlag: der zu errichtende bizonale Wirtschaftsrat sollte a) die bizonalen Behörden in allen Wirtschaftsfragen beraten und b) die Reorganisierung der Wirtschaftsstruktur in der Bizone auf der Grundlage des neuen Industrieniveauplans und des neuen Reparationsplans durchführen. Seine Anweisungen sollten, nach Billigung durch die Militärregierungen, für die Länderregierungen bindend sein. Staatssekretäre

---

[116] Es nahmen u. a. teil: Strang, Robertson, Weir (Leiter der Economic Sub-Division der Kontrollkommission), Pakenham, Hall-Patch, Dean, Playfair.

[117] „Record of a meeting in the Commander in Chief's Conference Room in Lancaster House, Berlin, at 10.30 hours on Monday, 28th April, 1947 at which certain questions affecting Germany were discussed in anticipation of the Secretary of State's arrival in Berlin from Moscow on the afternoon of 28th April"; FO 371/64367/C6502/194/18.

[118] Vgl. Anm. 119. Im Gespräch mit US-Botschafter Douglas wies er wenig später noch auf einen weiteren Aspekt hin: bei den Deutschen könnte der Eindruck entstehen, „that we were dividing Germany". Bevin am 1. 5. 1947 an Lord Inverchapel (Conversation with the new United States Ambassador, Mr. Lewis Douglas), Top Secret; FO 371/65068/CE 1863/1465/74.

[119] Vgl. „Record of Meeting Held at Sir William Strang's House in Berlin on April 28th. SECRET", mit Annex I, Bericht Robertson v. 28. 4. 1947 für Bevin; FO 371/64509/C 478/1673/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten die Leitung der bisherigen bizonalen Verwaltungsämter übernehmen. Sollte nach 10 Tagen noch nicht erkennbar sein, daß die anstehende Frage bis zum 1. Juni zwischen Robertson und Clay geklärt werden konnte, sollte die Angelegenheit auf Regierungsebene zur Sprache gebracht werden[120].

Als am nächsten Tag Robertson diesen Vorschlag Clay unterbreitete, lehnte dieser rundheraus ab. Er sah darin einen direkten britisch-sozialdemokratischen Vorstoß, mit dem auf kaltem Wege die gesamte Bizone sozialistisch umgestaltet werden sollte. In der Tat hätte die SPD in einem solchermaßen besetzten Wirtschaftsrat eine eindeutige Mehrheit gehabt; eine solche Mehrheit aber repräsentierte nach Meinung Clays nicht die Mehrheit der Wähler. Außerdem blieb er bei seiner Forderung nach voller politischer Fusion, in jedem Fall verlangte er eine „more proportional representation", als es der vorgeschlagene Wirtschaftsrat war. Clay nutzte die von den Briten ergriffene Initiative jedoch, um in Washington den Entscheidungsprozeß in der Sozialisierungsfrage voranzutreiben. Auf die seiner Meinung nach überragende Bedeutung, die die zu treffende Entscheidung für die gesamte Entwicklung in der Bizone haben mußte, wies er das Kriegsministerium in zwei Telegrammen vom 28. und 29. April hin[121]. Murphy unterstützte diesen Schritt; mit Zustimmung Clays leitete er Kopien dieser Telegramme umgehend an das State Department weiter[122], wobei er ausdrücklich darauf hinwies, daß es sich um „fundamental issues" handele, die „top level study and decision" verlangten[123].

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob Clay mit seinen Befürchtungen recht hatte, daß es sich bei dem britischen Vorstoß um eine britisch-sozialdemokratische Verschwörung handelte, die in erster Linie auf die Sozialisierung über die Grenzen der britischen Zone hinaus abzielte. Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Bevin ging es um die größere Effizienz der Bizonenbehörden, und als Sozialist glaubte er, daß mehr Planung die Antwort sei. In der Kabinettsvorlage, die er seinen Kollegen am 30. April vorlegte, werden die Sozialdemokraten mit keinem Wort erwähnt; in der Frage der Sozialisierung schien er eher darauf bedacht, Befürchtungen zu zerstreuen, denn er machte ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Sozialisierungspolitik für die britische Zone von dem geplanten Wirtschaftsrat nicht berührt werde[124]. In der Sitzung des Kabinetts am 1. Mai wurde Bevin tatsächlich auf diese Zusicherung angesprochen. Auch aus Bevins Antwort läßt sich nichts schließen, was Clays Befürch-

[120] „Basis for Discussion with General Clay. Secret". Annex 2; ebenda. Dieser „Bi-Zonal Economic Council" sollte entsprechend dem auf der Moskauer Konferenz beschlossenen „German Advisory Council" (vgl. FRUS, 1947, II, S. 439) zusammengesetzt werden (je drei vom Landtag ernannte Vertreter).

[121] Clay an Noce, Leiter der Zivilabteilung im War Department, in: Clay Papers, Dok. Nr. 215, 216, S. 341–46.

[122] FRUS, 1947, II, S. 909–914.

[123] Ebenda, S. 910.

[124] Vgl. C. P. (47) 143, 30. 4. 1947. „Top Secret. Implementation of the Fusion Arrangements in the British and United States Zones of Germany". CAB 129/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tungen gerechtfertigt hätte. Als erster Schritt, so Bevin, müsse die Frage des ausländischen Besitzanspruchs mit den Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs, die den britischen Sozialisierungsplänen mit Mißtrauen begegneten, geklärt werden. Es gebe aber Anzeichen, so Bevin sehr vorsichtig, daß die Amerikaner „might not raise objections to this policy if the ownership of the industries were vested in a Land, rather than a zonal authority"[125].

Der Kompromiß, auf den man sich schließlich einigte, wurde dann doch erst durch das Nachgeben der Briten erzielt. Am 12. Mai gaben sie zu verstehen, daß sie bereit seien, über ihren ursprünglichen Vorschlag hinauszugehen und einen Wirtschaftsrat zu akzeptieren, der zwar kein Bizonen-Parlament, aber doch eine Art parlamentarischer Versammlung sein dürfe; seine Mitglieder sollten von den Landtagen im Verhältnis der Einwohnerzahl und entsprechend den Wahlergebnissen der letzten Landtagswahl gewählt werden. Als Gegengewicht forderten die Amerikaner die Einrichtung eines Exekutivrates, dessen Vertreter von den Landesregierungen bestimmt werden sollten; die eigentlichen Exekutivbefugnisse sollten bei fünf Verwaltungen unter Leitung je eines Direktors liegen, die Direktoren auf Vorschlag des Exekutivrates durch den Wirtschaftsrat gewählt werden[126].

Nach Lage der Dinge war im Wirtschaftsrat eine „bürgerliche" Mehrheit, im Exekutivausschuß eine „linke" Mehrheit zu erwarten[127]. „Formal" oder „informal commitments" gegenüber den Sozialdemokraten, wie Murphy vermutete[128], hielten die Briten nicht davon ab, diesem Kompromiß, von dem sie die gewünschte Effizienz der Bizonenbehörden erwarteten, am 23. Mai zuzustimmen[129], auch wenn die Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Organen offensichtlich noch nicht völlig geklärt war[130]. Clay war dennoch davon überzeugt, daß „on the whole it appears sound and a step forward"[131].

Am 29. Mai, zwei Tage vor Ablauf der von Bevin gesetzten Frist, verkündeten Clay und Robertson in Berlin das „Abkommen über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung"[132]. Ausdrücklich wies Robertson in einer

---

125 Vgl. das Protokoll in CAB 128/9.

126 Murphy an Marshall, 13. 5. 1947; FRUS, 1947, II, S. 920 ff., u. Clay an Noce; Clay Papers, Dok. Nr. 221, S. 352 ff.

127 Murphy und Clay rechneten erstaunlicherweise auch im Wirtschaftsrat mit einer SPD-Mehrheit; vgl. FRUS, 1947, II, S. 923. Sie hatten daher den Briten zu verstehen gegeben, daß sie Entscheidungen des Wirtschaftsrats im Hinblick auf weitere Zentralisierung nicht akzeptieren würden.

128 FRUS, 1947, II, S. 923.

129 Vgl. den Bericht Clays an Noce; Clay Papers, Dok. Nr. 224.

130 Vgl. die Äußerung d. bay. Ministerpräsidenten Ehard, zit. in John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt 1971, S. 171. Vgl. hierzu auch FO 371/64508–64515.

131 Vgl. Anm. 129.

132 Text u. a. in: Theo Stammen (Hrsg.), Einigkeit und Recht und Freiheit, München 1965, S. 148 ff. Vgl. auch FRUS, 1947, II, S. 923 f. Offensichtlich steht der Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Ministerpräsidenten-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pressekonferenz darauf hin, daß das Abkommen nicht den Versuch darstelle, „Deutschland zu teilen"; ähnlich äußerte sich wenig später Clay vor dem Länderrat der amerikanischen Zone[133].

„He who pays the piper calls the tune"[134]: Das Ende der Sozialisierung

a) Die Kohlenkonferenz in Washington

Der Kabinettsvorlage des Foreign Office vom 30. April war als Anlage ein Telegramm von Robertson beigefügt, in dem dieser über seine Unterredung mit Clay vom 29. April berichtet hatte[135]. Demnach war die Frage der Sozialisierung „nur beiläufig" von Murphy angeschnitten worden; er hatte wissen wollen, ob die Briten beabsichtigten, „on a land basis" oder „on a broader basis" zu sozialisieren, und hatte dann deutlich zu verstehen gegeben, daß eine Lösung auf Landesebene „would be preferable from the United States point of view"[136]. Noch einmal schien damit bestätigt worden zu sein, daß bei der Durchführung der Sozialisierungspolitik nicht mit grundsätzlichen amerikanischen Einwänden zu rechnen war. Im britischen Kabinett gab es dennoch weiterhin Skepsis und auch Mißtrauen; man hätte diese Zusicherung lieber schriftlich gehabt. In der Sitzung am 1. Mai wurde Bevin denn auch gefragt, ob nicht beabsichtigt sei, das britische Festhalten an der Sozialisierungspolitik aktenkundig zu machen, „in any written communication to the United States Government"[137]. Dies behagte Bevin jetzt offensichtlich genausowenig wie wenige Monate vorher beim Abschluß des Bizonenabkommens[138]. Wiederum wurde der Gedanke im Kabinett nicht mit dem nötigen Nachdruck vorgetragen. Man begnügte sich mit der Antwort Bevins. Wenig später sollte sich aber zeigen, wie berechtigt das Mißtrauen gewesen war, das – erstaunlich genug – nicht von jenen geteilt wurde, die unmittelbar mit dieser Frage beschäftigt waren. Sie zeichnete ein geradezu naives Vertrauen in die mehr als vagen Äußerungen der Vertreter der amerikanischen

---

konferenz, die wenige Tage später in München eröffnet wurde, wie der Verf. zunächst an anderer Stelle vermutet hatte (vgl. Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, VfZ 23 (1975), S. 375–453, hier S. 401 f.); überraschenderweise sind jedoch die britischen Akten, die weiteren Aufschluß über die Konferenz geben könnten, nicht zugänglich.

133 Vgl. Europa-Archiv 2 (1947), S. 786.

134 Vgl. Anm. 197.

135 Telegr. No 681, Appendix B zu C. P. (47) 143. CAB 129/18.

136 Der Bericht Clays in: Clay Papers, Dok. Nr. 216. An dieser Unterredung hatten außerdem noch Strang, Weir (Leiter der Economic Sub-Division der Kontrollkommission), Murphy und Draper teilgenommen.

137 Vgl. Anm. 125.

138 Vgl. Anm. 24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Militärregierung in Deutschland, in erster Linie Clay und Murphy, aus. So spielte in den verschiedenen einschlägigen Beratungen, die noch bis Mitte Juni stattfanden, die amerikanische Haltung so gut wie gar keine Rolle. Noch am 28. April wurde in einer Besprechung in Berlin gesagt, in der Öffentlichkeit sei der falsche Eindruck entstanden, daß die Amerikaner gegen die britische Sozialisierungspolitik seien, „while in fact it was the other Western Powers"[139].

Auf britischer Seite ging es um ganz andere Probleme, nämlich 1. um die Ernennung von Treuhändern, 2. um die Frage, ob die Landesregierungen oder eine Zentralregierung die Verfügungsgewalt über die sozialisierten Industrien erhalten sollten, und 3. um die Entschädigung der ausländischen Besitzer. Hier gingen die Meinungen nach wie vor erheblich auseinander. Es bedurfte zahlreicher Besprechungen, bis man Bevin am 16. Juni den Entwurf eines entsprechenden Cabinet Papers vorlegen konnte – mit dem Ergebnis, daß er ihn ablehnte.

Wo lagen die Schwierigkeiten? Ad 1: In dieser Frage wurde zeitweise der Gedanke verfolgt, ganz auf die Ernennung von Treuhändern zu verzichten und statt dessen sofort mit Stufe B der Sozialisierungspolitik zu beginnen (d. h. Errichtung der Gesellschaften, von denen die Industrien übernommen werden sollten)[140]. Er wurde dann aber wieder fallengelassen; man erinnerte an die beabsichtigte psychologische Wirkung, mit der die Ernennung der Treuhänder verbunden werden sollte: man wollte sie nämlich als entschiedenen Hinweis auf die Entschlossenheit der britischen Regierung verstanden wissen, die Sozialisierung auch tatsächlich durchzuführen. Ein Verzicht werde von den Deutschen dahingehend interpretiert, „that we were in fact drawing back from our announced policy"[141]. Dieser Eindruck sollte jedoch auf keinen Fall entstehen. Ad 2: Obwohl COGA noch am 10. März mit Nachdruck darauf verwies, daß die Frage nach wie vor offen sei[142], fiel schon wenig später in Moskau praktisch die Entscheidung. Auf der 9. Sitzung der Außenminister lehnte Bevin „spontaneously" und ohne die Mitglieder seiner Delegation vorher davon zu unterrichten, eine Kontrolle der Ruhrindustrie durch eine Zentralregierung aus Gründen der internationalen Sicherheit ab[143].

Am 28. April wurde die Frage auch in der schon erwähnten Besprechung in Berlin erörtert, allerdings ohne abschließendes Ergebnis. General Robertson setzte sich jetzt – anders als noch im Herbst 1946 – für die Sozialisierung auf Landesebene ein, da dies seiner Meinung nach den Prozeß der Reorganisation der Bizonenverwaltung am wenigsten stören würde. Ein Bizonenparlament,

---

139 Vgl. Anm. 117.

140 Vgl. etwa Schreiben Dean v. 3. 3. 1947 an Burrows; FO 371/54365/C4012/194/18 und Draft Cabinet Paper v. 16. 6. 1947; FO 371/64368/C8292/194/18 (sowie die verschiedenen Vorstudien zu diesem Entwurf).

141 Ebenda (Draft Cabinet Paper).

142 Schreiben an Burrows; FO 371/64365/C4044/194/18.

143 Vgl. das Schreiben v. Hall-Patch v. 22. 3. 1947 aus Moskau an Makins (FO); FO 371/64365/C4759/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von dem er zu diesem Zeitpunkt noch ausging, würde aber eine Sozialisierung auf Bizonenebene verbieten. Sir Cecil Weir war anderer Ansicht. Kohle und Stahl waren seiner Meinung nach für die Sozialisierung „on the widest basis" reif; er war überzeugt, daß die industrialisierten Länder der Bizone dem zustimmen würden[144].

Nach seiner Rückkehr aus Moskau war Dean entschlossen, „den Stier bei den Hörnern zu packen"; er plädierte, wie schon früher, für die Sozialisierung auf Landesebene: „Je länger wir warten, um so schwieriger wird die Entscheidung", notierte er am 7. Mai; einige Deutsche hofften nämlich, daß eines Tages doch noch eine Zentralregierung die Industrien übernehmen werde, und Amerikaner, Franzosen und die kleineren westlichen Alliierten betrachteten die ganze Sozialisierungspolitik mit wachsendem Mißtrauen. Zur Bekräftigung seiner Entscheidung legte er die Aufzeichnung Sargents vom 20. Dezember[145] („a powerful minute") bei[146].

Mit dem Rücktritt von Hynd am 17. April gab es auch von dieser Seite keinen Widerstand mehr: damit war die Entscheidung für die Sozialisierung auf Landesebene „once and for all" (§ 2) gefallen[147]. Die Landesregierungen sollten aufgefordert werden, Vorschläge für die Sozialisierung der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie vorzulegen, wobei zur Bedingung gemacht wurde, daß 1. eine deutsche Behörde, die über die Landesgrenze hinaus Kompetenzen ausübte, am Besitz der Industrien nicht beteiligt werden durfte und 2. die vorgeschlagene Lösung in der Frage der Entschädigung ausländischer Besitzer akzeptiert wurde (§6).

Ad 3: Die Lösung der Frage warf besondere Schwierigkeiten auf, wie insbesondere die Sitzung vom 28. April in Berlin deutlich machte. So wies Sir Mark Turner darauf hin, daß man die Rechte der ausländischen Besitzer nicht einfach ignorieren dürfe, wenn man nicht einen „sehr gefährlichen" Präzedenzfall für eigene Unternehmen schaffen wolle, „e. g. our oil interests in the Middle East". Er empfahl, Unternehmen mit mehr als 50% ausländischem Besitzanteil von vornherein von der Sozialisierung auszunehmen. Womit aber, so fragte Playfair (Treasury), sollte man die übrigen Anteilseigner entschädigen, wenn keine Devisenreserven vorhanden waren? Er brachte dies auf die Formel, man werde wohl in eine peinliche Lage geraten, wenn man erst sozialisiere „and then find ourselves unable to produce cash compensation". Den Hinweis von Weir, man könne die ausländischen Unternehmen zur Mitarbeit zwingen, da man mit der Kohlezuteilung ein Druckmittel in der Hand habe, wies Hall-Patch mit großer Entschiedenheit zurück: Man handle lediglich als Treuhänder für andere Mächte und könne nicht willkürlich über deren Besitz in Deutschland verfügen[148]. Wie

[144] Vgl. Anm. 117.
[145] Vgl. oben, S. 174 ff.
[146] FO 371/64367/C6842/194/18.
[147] FO 371/64368/C7664/194/18
[148] Vgl. Anm. 117.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon zuvor zwei interministerielle Beratungen in London am 28. März[149] und am 25. April[150], blieb auch die Besprechung in Berlin ohne Ergebnis. Der Vorschlag von Turner hatte Vorteile, wenn es vor der Sozialisierung gelang, ausländische Besitzanteile in Deutschland mit deutschen Besitzanteilen im Ausland auszutauschen, um auf diese Weise zu einer vergleichsweisen geringen Zahl auszunehmender ausländischer Unternehmen zu kommen. Auf der anderen Seite befürchtete man Arbeiterunruhen, wenn jene Unternehmen dann nicht sozialisiert würden, und konnte sich kaum vorstellen, daß die ausgenommenen Unternehmen und sozialisierte deutsche Unternehmen erfolgreich zusammenarbeiten würden. Man fand keinen Kompromiß, wollte andererseits aber auch die Landesregierungen nicht zu sehr in ihrer Entscheidung einengen. Man beschloß daher, die Lösung des Problems den Landesregierungen zu überlassen; sie sollten zusammen mit dem Militärgouverneur und Experten der betroffenen Länder Vorschläge ausarbeiten, die die ausländischen Interessen „as far as possible" berücksichtigten und für eine „faire Behandlung" und „angemessene Entschädigung" Vorsorge trafen[151].

Die Überlegungen zu diesen drei Problemen wurden in einem Entwurf für eine Kabinettsvorlage zusammengefaßt und Ende Mai General Robertson zur Stellungnahme zugesandt[152]. Robertson antwortete am 1. Juni, und seine Antwort ist insofern von besonderem Interesse, als er darin noch einmal die Reaktion Clays abschätzte („I have also sounded Clay on the general idea"). Die Ernennung von Treuhändern – für die sich Robertson jetzt ebenfalls aussprach („a good psychological step") – würde demnach keine Schwierigkeiten bereiten; es komme alles darauf an, wie die ganze Angelegenheit präsentiert werde. In diesem Zusammenhang meldete er bei §§ 3 und 6 Bedenken an[153]; falls die Aktion in dieser Form angekündigt werde, befürchte er eine scharfe Reaktion der Amerikaner, die dies als Oktroy der Sozialisierung interpretieren würden[154]. Er wies noch einmal darauf hin, die Amerikaner hätten ihm und seinen Kollegen in der Vergangenheit mehrfach zu verstehen gegeben, daß sie einen Oktroy der Sozialisierung durch eine Besatzungsmacht nicht akzeptieren würden; wenn jedoch solche Vorschläge „emanated spontaneously from the Germans American

---

149 „Secret. Notes of a meeting . . ."; FO 371/64366/C5386/194/18.

150 „Secret. Socialisation of German Industries . . ."; FO 371/64367/C7300/194/18.

151 FO 371/64368/C7664/194/18.

152 Den ersten Teil dieser Vorlage hatte Burrows am 6. Mai fertiggestellt; FO 371/64307/C6842/194/18.

153 Die Formulierung „Once and for all" (§ 3) lehnte er selbst als zu weitgehend ab; eine solche Festlegung könne sich irgendwann in der Zukunft als „inconvenient" für die britische Regierung erweisen.

154 Er schlug dann folgende Formulierung vor, die wahrscheinlich keine „serious opposition" hervorrufen werde: „Having appointed the custodians we should then invite the respective Land Governments to consider and make recommendations on the exact form of ownership which should be applied".

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

opposition would be likely to accept the position"[155] – ein folgenschwerer Irrtum, wie sich schon bald herausstellen sollte. Auch wenn Robertson in der Vergangenheit in der Sozialisierungsfrage eher zurückhaltend taktiert hatte[156], so drängte er jetzt auf eine schnelle Aktion, um „ermüdenden" Diskussionen im Wirtschaftsrat zuvorzukommen[157].

In London wurden die Beratungen am 13. Juni mit einer letzten interministeriellen Besprechung im Foreign Office[158] abgeschlossen. Die Überlegungen Robertsons wurden in den Entwurf der Kabinettsvorlage eingearbeitet[159], den Harvey am 16. Juni Bevin vorlegte. In dem Begleitschreiben empfahl er, die britischen Vorschläge angesichts der öffentlichen Meinung in Großbritannien und in Deutschland zum frühest möglichen Zeitpunkt zu verkünden. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß die Fragen des Management und der internationalen Kontrolle gesondert untersucht würden; sie seien daher in der Kabinettsvorlage nicht berücksichtigt worden, doch sei es wichtig, dies nicht etwa zum Anlaß zu nehmen, die Vorlage aufzuhalten.[160]

Damit gab er Bevin das Stichwort, der in einer ungewöhnlich umfangreichen handschriftlichen Randbemerkung feststellte: „But this paper is inadequate and will not be accepted. We must have a complete scheme."[161]

Zu diesem „umfassenden Plan" sollte es nicht mehr kommen. Der Entwurf, den Bevin am 16. Juni zurückwies, blieb der letzte Versuch, mit der Frage der Sozialisierung noch einmal das Kabinett zu befassen. Am 20. Juni legte General Draper auf der Sitzung des Bipartite Board einen Plan zur Organisation der deutschen Kohlenwirtschaft vor, der nach Meinung von Douglas, Robertson und Weir „puts the cat amongst the pigeons"[162].

Die Amerikaner verknüpften darin die Frage des Management mit der Frage des künftigen Eigentums. Sie schlugen vor, das gesamte Eigentum an den Kohlengruben und die gesamte Verantwortung für Produktion und Management

---

155 For Jenkins from Robertson. Secret. Most immediate, 1. 6. 1947; FO 371/64368/C 7606/194/18.

156 So hatte er am 16. 2. noch auf ein mögliches Sicherheitsrisiko hingewiesen, wenn die sozialisierten Industrien in Staatshand geraten würden. Im übrigen hatte er auch die „falschen Anschuldigungen" in der Presse, er verfolge in der Sozialisierung eine Obstruktionspolitik, zurückgewiesen; FO 371/64365/C3870/194/18.

157 Vgl. Anm. 155.

158 Teilnehmer: Sir O. Harvey (Vorsitz), Makins, Hoyer-Millar, P. Dean, Chaput de Saintonge, Gifford, Burrows, J. Wilson, Fraser (alle FO); Steel, Polit. Abt. Berlin; Playfair, Miss Jennings (Schatzamt); Gunston, Bank of England; Harrison, Fuel and Power Div. Berlin; Somervell, Board of Trade; Branch, T. W. E. D.

159 „Socialisation of German Industries"; FO 371/64368/C8292/194/18.

160 „Socialisation of the heavy industries in the British Zone", 16. 6. 1947; FO 371/64369/C8593/194/18.

161 Ebenda. In der Regel beschränkten sich die Anmerkungen Bevins auf seine Paraphe; er schrieb selten mehr als drei oder vier Wörter, fast immer ohne Datum.

162 Douglas an Robertson, Secret, 21. 6. 1947; FO 371/64368/C8537/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem deutschen Treuhänder für zunächst fünf Jahre zu übertragen; dieser Zeitraum sollte für die Produktion Kontinuität sicherstellen und die Möglichkeit bieten, zur Höhe der Vorkriegsproduktion zurückzukehren. Es war weiter vorgesehen, die Treuhänderschaft so lange zu verlängern, bis das deutsche Volk „under a German Government can freely determine under stable conditions the future of coal mine ownership". Der Treuhänder sollte unterhalb einer US/UK Control Group arbeiten, im übrigen aber weitgehende Vollmachten erhalten, z. B. eine Art Vorstand („Executive Committee") einsetzen können; ein „Production Advisory Board", aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzt, sollte ihm beratend zur Seite stehen[163]. Daneben wurden noch mehr psychologische Maßnahmen vorgeschlagen, so eine eigene Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, die dem deutschen Volk, insbesondere aber dem Management in der Kohleindustrie und den Bergarbeitern, verdeutlichen sollte, daß es sich bei den Bergwerken um nationale Vermögenswerte („German asset") handle und daß maximale Produktionsziffern für den Wiederaufbau der gesamten deutschen Industrie entscheidend seien.

Mit diesem Plan wurde der direkte Versuch unternommen, die Eigentumsfrage für zunächst fünf Jahre „auf Eis zu legen"[164] und die Diskussion um eine mögliche Sozialisierung der deutschen Industrien zu beenden. Er war damit auch als Antwort auf Überlegungen des mit großem Mißtrauen betrachteten „Linkssozialisten" Agartz gedacht, die Organisation der Kohlenwirtschaft deutschen Stellen zu übertragen[165].

Der Vorstoß der amerikanischen Militärregierung in Deutschland wurde diesmal mit voller Rückendeckung der Truman-Administration unternommen. Gimbel hat den Entscheidungsprozeß auf amerikanischer Seite mit Hilfe amerikanischen Materials minutiös nachgezeichnet[166]. Zusammen mit den jetzt freigegebenen britischen Akten läßt sich ein Bild der Dramatik jener Wochen gewinnen, in denen es um die künftige wirtschaftliche und damit politische Ordnung Westdeutschlands ging. Wieder einmal hing das Schicksal Deutschlands vom Schicksal der Ruhr ab. Gimbel berichtet, daß sich der stellv. US-Kriegsminister Petersen am 12. Juni, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er an den Ver-

---

163 „Secret. Proposed German Coal Organisation"; FO 371/64368/C8544/194/18.

164 So u. a. der amt. Außenminister Acheson; FRUS, 1947, II, S. 950. P. Dean am 26. 6. 1947: „The trustee places any form of public ownership into cold storage . . ." FO 371/64368/C8544/194/18.

165 Agartz hatte der Bipartite Economic Control Group in Minden am 17. April einen Plan zur Errichtung der „Treuhandverwaltung des Norddeutschen Kohlenbergbaus" mit Sitz in Essen übergeben. Er sah die Kontrolle der Produktion, Übernahme der Besitzanteile in Treuhandschaft und Errichtung neuer Unternehmen vor. Er wurde von der Control Group als zu weitgehend zurückgewiesen. Am 5. Juni hat Agartz daraufhin einen neuen Plan vorgelegt, der die Errichtung eines „Coal Board" für die „Norddeutsche Kohlenwirtschaft" vorsah, die Eigentumsfrage aber wohlweislich ausklammerte.

166 Vgl. John Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976, S. 208 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen zur Reorganisation der Bizone teilgenommen hatte, in der Frage der Sozialisierung an Kriegsminister Patterson gewandt und dabei auch das State Department kritisiert habe[167], dessen Haltung in der Tat bisher eher indifferent bis wohlwollend gewesen war. So hatte es in den „Policy Papers" für die Außenministerkonferenz in Moskau noch geheißen, die Vereinigten Staaten sollten sich der Sozialisierung der Ruhrindustrie „by German provincial authorities" nicht widersetzen[168]. Diese Linie war auch insofern eingehalten worden, als der Entwurf der neuen Direktive 1779 festlegte, daß die Militärregierung in der Frage „öffentliches Eigentum" nur dann eingreifen sollte, wenn sicherzustellen war, daß jegliche Entscheidung „frei und durch das normale Vorgehen innerhalb einer demokratischen Regierungsform getroffen" werde[169].

Am 13. Juni bat Kriegsminister Patterson Marshall um „guidance" und „assistance" des State Department; es gelte, ein Desaster in Deutschland zu verhindern. Er erwähnte ein Gespräch, das Petersen mit Lord Pakenham geführt hatte und in dem dieser offen erklärt habe, daß die britische Regierung entschlossen sei, die Sozialisierung des Bergbaus an der Ruhr durchzuführen. OMGUS sei der Meinung, und er, Patterson, teile sie, daß in der gegenwärtigen kritischen Situation ein Maximum an Kohleproduktion, nicht aber ein Sozialisierungsexperiment erforderlich sei. Solche Experimente würden die Produktion gefährden, und er brachte dies auf die einprägsame Formel: „If my house is on fire, I do everything I can to put the fire out, I do not engage in arguments on the state of title to the house". Für ihn gab es nur eine Lösung des Problems: Auf die Briten mußte Druck ausgeübt werden, um sie zumindest zu einer Verschiebung ihrer Pläne bis zur Überwindung der gegenwärtigen Krise zu bewegen. Er schlug vor, die ganze Angelegenheit im Dreierausschuß zu klären[170].

Am 16. Juni berichtete Clay Patterson zum erstenmal von dem Treuhänderplan, der inzwischen in Berlin, wo sich auch General Noce und Botschafter Douglas aufhielten, ausgearbeitet worden war und der die Voraussetzungen schaffen sollte, die Probleme an der Ruhr zu lösen. Dafür waren nach Meinung Clays nicht Kapitalhilfen notwendig, sondern es mußte 1. die Ungewißheit im Hinblick auf die Eigentumsfrage beseitigt und den Deutschen beim Management direkte Verantwortung übertragen, 2. eine bessere Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, um Management und Bergleuten ihre gemeinsame Verantwortung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und das Wohl des deutschen

[167] „... anything goes (presumably even communism) as long as it is the result of the freely expressed will of the German people" (Gimbel, Origins, S. 208 u. S. 318, Anm. 17). So hatte das Kriegsministerium seit Januar 1947 vergeblich versucht, vom State Department eine schriftliche Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung zu erhalten. Vgl. Murphy an Marshall, 17. 6. 1947; FRUS, 1947, II, S. 925.

[168] FRUS, 1947, II, S. 223.

[169] FRUS, 1947, II, S. 928.

[170] The Secretary of War (Patterson) to the Secretary of State, 13. 6. 1947; FRUS, 1947, II, 1151 f.; zum Dreierausschuß ebenda, S. 1153.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Volkes bewußt zu machen. Darüber hinaus hielt er ganz allgemein eine Steigerung der Produktivität im gesamten Ruhrgebiet für erforderlich[171].

In einem Schreiben an Marshall faßte Murphy diese Gedanken Clays zusammen und versäumte seinerseits nicht, darauf hinzuweisen, daß „one feature of our policy" bisher nicht völlig klar gewesen sei: nämlich die Sozialisierung. Den Treuhänderplan bezeichnete er als einen ausgezeichneten Kompromiß, der zumindest teilweise die Ungewißheit beseitigen werde, die sich momentan außerordentlich negativ auf die Produktion an der Ruhr auswirke[172].

Die prinzipielle Entscheidung über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit wurde in Washington am 19. Juni im „Committee of Three" getroffen. Kriegsminister Patterson fand starke Worte und verlangte erneut, daß Druck auf die Briten ausgeübt werden müsse, um die Sozialisierungsexperimente zu stoppen oder zumindest aufzuschieben. Für Marineminister Forrestal war jede Form der Sozialisierung nur ein „opening wedge for communism", und er drängte Marshall, die ganze Angelegenheit mit den Briten „auf höchster Ebene" zu klären. Der Dreierausschuß entschied sich für „strong representations" in London[173].

Auch Marshall war nunmehr davon überzeugt, daß das britische Management an der Ruhr geradezu erbärmlich („pathetic") sei und zu einem völligen Fehlschlag geführt habe. Ohne ausreichende Ruhrkohle war aber auch das von ihm verkündete Wiederaufbauprogramm für Europa gefährdet. Er war entschlossen, britische Sozialisierungsexperimente an der Ruhr nicht zu dulden und dies den Briten klarzumachen. Auch für ihn stellte sich das Problem ganz einfach: „Time does not permit of experimentation". Am 20. Juni beauftragte er Clayton, den Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium, in diesem Sinne bei Bevin vorstellig zu werden[174].

Am selben Tag konfrontierte Draper die Briten in Berlin mit dem Treuhänderplan, der dort wie eine Bombe („this bombshell") einschlug[175]. Er zielte zwar in erster Linie darauf ab, „to block the question of socialisation"[176], berührte aber nach Meinung der Briten auch noch andere Fragen. Er stand ihrer Auffassung nach im Gegensatz zu der bisher auch von den Amerikanern verfolgten Dezentralisierungspolitik und warf unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls „very wide issues" auf[177]. In Berlin und in London fragte man sich daher, ob hinter diesem Plan lediglich Clay zu vermuten sei oder stärkerer Einfluß in Washington.

Zumindest in London gab man sich zunächst gelassen, wie eine Besprechung im Foreign Office am 23. Juni deutlich machte. Von einer Aufgabe der Soziali-

---

171 Clay Papers, Dok. Nr. 228.

172 Murphy an Marshall, 17. 6. 1947; FRUS, 1947, II, S. 924 f.

173 Minutes of a Meeting of the Secretaries of State, War and Navy. Ebenda, S. 927 f.

174 Memorandum of Conversation; ebenda, S. 929.

175 So Weir am 21. 6. 1947. FO 371/64368/C8537/194/18.

176 Ebenda.

177 Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sierungspläne war jedenfalls noch nicht die Rede. Im Gegenteil. Unter dem Traktandum „Sozialisierung der deutschen Industrie", das als erstes auf der Tagesordnung stand, kritisierte Bevin zunächst noch einmal, daß in dem Entwurf der Kabinettsvorlage die Frage des Management ausgespart worden sei; wenn er die Vorlage ins Kabinett gebe, dann wolle er seinen Kollegen auch mitteilen, wer die Industrien übernehmen werde, und er müsse dann auch in der Lage sein, überzeugend darzulegen, daß die Bergwerke von einem leistungsfähigen Management geleitet würden und die Kohlenförderung steigen werde. Harvey wies darauf hin, diese Frage sei nur deshalb ausgespart worden, um bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen keine Verzögerung eintreten zu lassen; im übrigen solle man es den Deutschen selbst überlassen, entsprechende Pläne auszuarbeiten. Er empfahl – und diese Empfehlung wurde akzeptiert –, die Angelegenheit dem Kabinett vorzulegen und dabei ganz deutlich zu machen, daß es sich bei der geplanten Ernennung von Treuhändern und bei der zukünftigen Organisation um zwei verschiedene Dinge handle. Gilmour Jenkins wußte in diesem Zusammenhang über interessante Entwicklungen im Ruhrgebiet zu berichten. Bevin hatte wissen wollen, ob Berichte zuträfen, wonach „British capitalist influence" die Führung der Betriebe an der Ruhr beeinträchtige, was Pakenham und Robertson zumindest für den Bergbau verneint hatten. Jenkins wies auf die Entflechtungspolitik und den Versuch der Unternehmer hin, Gewerkschaften durch das Angebot der Mitbestimmung in eine Front mit den Sozialisierungsgegnern zu bringen, und stellte dann fest, es gebe Anzeichen dafür, daß diese Versuche erfolgreich sein könnten; in Deutschland werde vielfach die Meinung vertreten, daß die Amerikaner bald an die Stelle der Briten rücken würden, und unter diesen Umständen würden viele Deutsche für die Zukunft eher auf amerikanisches Kapital als auf britische Sozialisierungspläne setzen. Auch deshalb sei es „imperative to make a bold announcement on socialisation soon". Als man dann auf die amerikanischen Vorschläge zu sprechen kam, wurde deutlich, daß man keine Gefahr für die eigenen Pläne sah. Bevin war überzeugt, daß die Vorschläge in Washington ihren Ursprung hatten; er wußte von einer Lieblingsidee der Amerikaner zu berichten, wonach das gesamte Ruhrgebiet in ein riesiges europäisches Pittsburg verwandelt werden sollte. Zum erstenmal zeigte er sich fest entschlossen, die eigenen Pläne schnell zu verwirklichen, „before the Americans had time to get their breath"; dem Kabinett wollte er empfehlen, die amerikanischen Vorschläge abzulehnen[178].

Noch am gleichen Tag informierte Christopher Steel Murphy informell über die Entwicklung in London: Bevin sei „außer sich" und habe beschlossen, die Sozialisierungspläne voranzutreiben. Clay und Murphy waren zunächst ratlos. Für den 24. Juni sagten sie die Teilnahme an den Beratungen über den Agartz-

[178] Record of meeting held in the Secretary of State's Office on Monday 23rd June; an dieser Sitzung nahmen teil: Bevin, Pakenham, Jenkins, Robertson, Harvey, Hall-Patch, Hoyer-Millar, Dixon, Dean, Anderson; FO 371/64246/C8715/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Plan ab, was auf britischer Seite schon dahin interpretiert wurde, daß die Amerikaner ihren Plan zurückziehen würden[179]. Nichts war jedoch falscher. Clay und Murphy spielten auf Zeit. Ihr Plan hatte offensichtlich seine Wirkung verfehlt; es galt dennoch, die Briten zu stoppen, sollte nicht ganz Westdeutschland sozialistisch werden. Das zumindest war das Schreckgespenst, das Clay in dramatischer Form am 24. Juni in einem Telegramm an Petersen erneut beschwor. Darin stellte er auch klar, wie seine bisherigen Äußerungen zur Frage der Sozialisierung tatsächlich gemeint gewesen waren. Daß Robertson und offensichtlich auch Bevin verstanden hatten, er werde eine Sozialisierung akzeptieren, vorausgesetzt, sie werde auf Landesebene und mit Zustimmung der Bevölkerung durchgeführt, bezeichnete er jetzt als „a rather liberal interpretation". Richtig sei vielmehr, daß er Robertson immer wieder gesagt habe, er halte die Sozialisierung für einen großen Fehler und bezweifle, ob die Vereinigten Staaten sie akzeptieren würden. Er habe ihm zwar auch gesagt, die Vereinigten Staaten „might accept socialisation", wenn sie auf Landesebene durchgeführt werde und Ergebnis eines „freely expressed desire" des deutschen Volkes sei; er habe jedoch nicht damit gerechnet, daß in Deutschland Bedingungen geschaffen werden könnten, die eine solche freie Willensäußerung erlaubten, *bevor* die zukünftige politische Struktur Deutschlands feststehe und eine Zentralregierung existiere.

Die Frage war, ob das auch die Auffassung Washingtons darstellte. Offensichtlich mußte jetzt geklärt werden, „what constitutes a free expression of German opinion". Unabhängig davon mußte nach Meinung Clays in der Sozialisierungsfrage eine harte Linie eingeschlagen werden oder die Sozialisierung „will in fact become the pattern for western Germany"; er bat daher dringend um Instruktion[180]. Im gleichen Sinn informierte Murphy Außenminister Marshall; mit unverhohlener Ironie bat er um „the benefit of the Department's thinking"[181].

Das Ergebnis dieses Nachdenkens lag am 27. Juni vor. Das State Department hatte beschlossen, eine britische Delegation nach Washington einzuladen[182]. Am 30. Juni suchte Douglas Premierminister Attlee auf und übergab ihm eine Botschaft des amerikanischen Außenministers, in dem dieser seine Besorgnis über die geringe Kohlenförderung an der Ruhr äußerte und um die Entsendung eines „high-level team with someone of comparable standing to Clay" bat[183].

Hatte schon Clayton wenige Tage zuvor Bevin die Vorstellungen Marshalls vorgetragen[184], so machte der neue Schritt Washingtons nach Ansicht Deans die ganze Angelegenheit noch wesentlich komplizierter[185]. Was damit gemeint war, wird deutlich, wenn man einen Blick auf die Entwicklung in Berlin wirft: Tat-

---

179 Vgl. FO 371/64369/C8611/194/18.
180 From Clay for Petersen, 24 June 1947; Clay Papers Dok. Nr. 230.
181 FRUS, 1947, II, S. 929 ff.
182 FRUS, 1947, II, S. 933.
183 FO 371/64369/C8955/194/18.
184 Vgl. FRUS, 1947, II, S. 932 f.
185 Aufzeichnung v. 1. 7. 1947. FO 371/64369/C8838/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sächlich hatten die Amerikaner, als Douglas die Einladung überreichte, im Prinzip schon das erreicht, was sie zunächst erreichen wollten: die Sozialisierung war verschoben worden. Was war geschehen?

In London und Berlin war man sich zwar von Anfang an im klaren darüber gewesen, daß der amerikanische Plan darauf abzielte, die Diskussion um die Sozialisierung zu beenden, hatte aber nicht zur Kenntnis genommen, daß es gerade in dieser Frage für die Amerikaner keinen Spielraum für einen Kompromiß gab. Es war General Robertson, der nach seiner Rückkehr aus London in Berlin als erster diesen Zusammenhang erkannte und der dann sofort bereit war, den amerikanischen Plan im Prinzip zu akzeptieren, wie Clay erleichtert nach Washington meldete. Clay berichtete weiter, Robertson sei sich dabei bewußt gewesen, daß es schwierig werde, Bevin von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen; er sei aber dennoch ganz optimistisch, daß auch die britische Regierung am Ende zustimmen werde[186].

Robertson behielt recht. In seinem Bericht an das Foreign Office, dem Luftmarschall Douglas ausdrücklich zustimmte, wies er darauf hin, daß Clay die Angelegenheit „sehr ernst" nehme und mit voller Unterstützung seiner Regierung handle. Clay hatte in der Besprechung in aller Offenheit zu verstehen gegeben, daß die Ankündigung irgendeines Sozialisierungsplans von Seiten der Briten schwerwiegende Konsequenzen haben werde; so werde es nicht möglich sein, Anleihen für den Wiederaufbau der Ruhr zu erhalten[187]. Lasse man dagegen die Sozialisierungsfrage für fünf Jahre ruhen, werde das von ungeheurem Vorteil für die gegenseitigen Beziehungen und für den Erfolg des Bizonenabkommens sein. Robertson übermittelte ferner einen von Weir und Draper ausgearbeiteten Plan („Proposed German Coal Organisation"), in den entscheidende Elemente des amerikanischen Vorschlages vom 20. Juni fast wörtlich übernommen worden waren[188]; die Eigentumsfrage wurde darin zwar nicht erwähnt, aber man war sich einig, daß der Plan eine „Verschiebung der Sozialisierung" implizierte. Die Entscheidung anzunehmen oder abzulehnen, sei, wie Robertson nicht versäumte festzustellen, „primarily a political one"[189].

Zu diesem Zeitpunkt war weder Clay noch Robertson die Entscheidung des State Department bekannt, die Briten zu Verhandlungen nach Washington einzuladen; Clay gab allerdings Robertson zu verstehen, daß seine Regierung mit Sicherheit eine solche Einladung aussprechen werde, falls man in Berlin nicht

---

186 Clay an Petersen, 28. 6. 1947; Clay Papers, Dok. Nr. 231.

187 Zu diesem Zeitpunkt war in London nur bekannt, daß es sich um eine Anleihe der International Bank handelte und um zusätzliche 500 Mio Dollar eines am. Bankenkonsortiums unter Führung der Chase Bank. Vgl. die Aufzeichnung Bevins v. 11. 7. 1947 nach Beratungen zwischen FO, Treasury und Robertson; FO 371/64370/C9452/194/18.

188 Der Text dieses Entwurfs stimmt z. T. überein mit dem Weir/Draper Paper v. 16. 7. 1947. Es fehlt der Hinweis auf das Eigentumsrecht; vgl. FRUS, 1947, II, S. 940 f. u. Fußnote 58, S. 942.

189 Telegr. Nr. 968, Secret, Most Immediate, 27. 6. 1947: FO 371/64369/C8838/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schnell zu einer Übereinkunft gelangen werde. Beide hofften auf diese schnelle Einigung, um damit den Eindruck in der Öffentlichkeit zu verhindern, daß sich in Washington die britische Regierung dem Druck der amerikanischen beugen müßte[190].

Zweifelsohne hat diese Überlegung in den Beratungen, die nach Erhalt des Telegramms Robertsons in London zwischen Hoyer Millar, O. Harvey, G. Jenkins und P. Dean stattfanden, eine Rolle gespielt. Man war sich einig, daß vor einer endgültigen Entscheidung die Sozialisierungsvorlage jetzt zunächst einmal im O. R. C. beraten werden müsse, und übermittelte Bevin, der sich zur Marshallplan-Konferenz in Paris aufhielt, eine entsprechende Empfehlung[191].

Robertson wurde unterrichtet, daß seine Unterredung mit Clay „weitgehende prinzipielle" Fragen aufgeworfen habe, die mit Bevin und dann eventuell im O. R. C. beraten werden müßten. Er werde daher in den nächsten Tagen keine Instruktionen erhalten, solle aber mit Clay noch einige technische Fragen hinsichtlich des Organisationsplanes klären[192].

Die Entscheidung fiel am 30. Juni. Wieder einmal gab die Finanzschwäche des Landes den Ausschlag. Angesichts der sich katastrophal verschlechternden Devisenlage[193] war nicht nur eine Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens zugunsten Großbritanniens unumgänglich, man mußte in Washington auch wegen einer erneuten Anleihe zur Finanzierung von Weizenlieferungen vorstellig werden, um in der britischen Zone den Kaloriensatz auf 1800 pro Person erhöhen zu können[194]. Unter diesen Umständen mußte alles vermieden werden, was die Verhandlungen in Washington präjudizieren würde oder, wie es Jenkins am 30. Juni ausdrückte, „spoil the atmosphere"[195]. Am selben Tag wies auch Sargent in einem Schreiben an Attlee auf die verschiedenen Anzeichen des amerikanischen Unwillens und die möglichen Konsequenzen hin, die die Sozialisierungen im Hinblick auf eine Übereinkunft mit den USA und auf die weitere finanzielle Unterstützung haben könnten. Es gar offensichtlich keine Alternative.

---

190 Ebenda.

191 FO 371/64369/C8895/194/18.

192 FO 371/64369/C8838/194/18.

193 Von der amerikanischen Anleihe vom Herbst 1945 in Höhe von 937 Mio. Pfund, die bis 1949/1950 ausreichen sollten, standen im Juli 1947 nur noch 250 Mio. zur Verfügung. Am 30. Juni kündigte Dalton eine drastische Kürzung der Importe von Tabak, Benzin und Zeitungspapier an; gleichzeitig wurde eine weitere Verschärfung der Fleischrationierung eingeleitet. Großbritannien befand sich in einem „dark patch", wie es H. Morrison auf dem Parteitag der Labour Party in Margate formuliert hatte; nach der Krise des Winters 1946/47 war die „Summer Crisis" des Jahres 1947 ausgebrochen. Am 20. August sah sich Großbritannien dann gezwungen, die Konvertierbarkeit des Pfund Sterling in US-Dollar zeitweilig aufzuheben. Vgl. die Zusammenfassung im „Annual Register", ed. by I. Macadam, London 1948, S. 46–61.

194 Dieses Vorhaben konnte nicht realisiert werden; der Satz blieb bei etwa 1500 Kalorien. Das absolute Minimum wurde in der Woche vom 5. 5.–11. 5. 1947 registriert: 750 Kalorien pro Erwachsenen an der Ruhr. Vgl. die Übersicht in FO 371/65403/CK767/156/183.

195 Aufzeichnung für Bevin; FO 371/64371/C10195/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einem ausführlichen Telegramm erläuterte Attlee Bevin die veränderte Situation angesichts der rapiden Verschlechterung „in our own dollar position" und schlug vor, 1. die Einladung Marshalls anzunehmen und 2. alle mit Deutschland zusammenhängenden Fragen noch einmal gründlich zu erörtern; „consideration by the Cabinet or the O. R. C. of the draft paper on socialisation should be postponed"[196].

Der geplanten Konferenz wurde sowohl in Washington als auch in London größte Bedeutung beigemessen, allerdings aus völlig unterschiedlichen Gründen. Washington erwartete eine endgültige Klärung in der Sozialisierungsfrage und wollte die Tagesordnung auf das Thema Kohle beschränken. London gedachte die Sozialisierung auszuklammern und die Tagesordnung auszuweiten – in der falschen Annahme, daß die USA mit ihrer Einladung eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik vornehmen wollten. Die Folge war hektische Betriebsamkeit in London. Auch ergaben sich schwierige Verhandlungen im Vorfeld der Konferenz, die zu erheblichen Spannungen im anglo-amerikanischen Verhältnis führten. Die Beratungen, die in den folgenden Tagen in London stattfanden, wurden von *einem* Thema bestimmt: der finanziellen Schwäche des Landes und den Konsequenzen für die britische Position in Deutschland. Die entscheidende Frage lautete: Welche Forderungen würden die USA bei der Übernahme einer größeren finanziellen Verpflichtung stellen?

Am 5. Juli legte als erster Robertson ein Memorandum vor, das den bezeichnenden Titel trug: „HE WHO PAYS THE PIPER CALLS THE TUNE". Er ging dabei von den zwei Prämissen aus, daß sich 1. die wirtschaftliche Fusion der britischen Zone mit der amerikanischen Zone entweder sofort oder aber noch vor Ablauf des Jahres 1947 zu einer politischen Fusion entwickeln werde und daß 2. der amerikanische Kongreß und das amerikanische Volk auf keinen Fall bereit seien, Geld für eine Politik auszugeben, mit der „they fundamentally disagree". Bei den „differences in policy" zwischen den USA und Großbritannien nannte er dann Zentralismus gegen Föderalismus, Kontrolle gegen Laissez faire, Währungsreform und Entnazifizierung. An erster Stelle stand allerdings „Socialization versus Private Enterprise". In keiner dieser Fragen sah er einen prinzipiellen Gegensatz. Das Thema Sozialisierung, „which attracts most publicity", verdiente seiner Meinung nach diese Aufmerksamkeit in gar keiner Weise, da das Wort „Eigentum" in Deutschland z. Zt. ohne reale Bedeutung sei: Die Militärregierung habe sowieso alles, was wichtig sei, beschlagnahmt. Sein Ratschlag für die weitere Behandlung dieser Frage spricht für sich: Entscheidend sei nicht, was getan werde, „but that which is said". Für Robertson stand fest, daß die USA durch die Einrichtung einer „special machinery" in Washington größeren Einfluß auf die Politik in der britischen Zone gewinnen wollten. Es

[196] Telegr. Nr. 1256 nach Paris: „Most immediate, Secret, Repeated to Berlin, Washington", 30. 6. 1947. FO 371/64369/C8955/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war nur ein schwacher Trost, daß dann, da die Besatzungspolitik nicht mehr „exclusively British" sei, „H. M. G. could not be help responsible either by the people of GREAT BRITAIN or by anyone else for every aspect of administration of the Zone". Auf jeden Fall sollte bei den bevorstehenden Verhandlungen darauf bestanden werden, daß in Washington – „where our influence is weaker" – nur allgemeine Richtlinien festgelegt würden und die Ausführung den alliierten Stellen in Deutschland übertragen werde, „where we speak on equal terms".

Trotz allem stand außer Frage, daß jetzt politische Ziele geopfert werden mußten. Großbritannien allerdings, so hieß es mit Nachdruck, „should not and need not accept any conditions inconsistent with her position as one of the great powers of the world"[197]. Die Sozialisierung – bzw. ihre Preisgabe – hatte nach Meinung Robertsons mit der Stellung Großbritanniens als Weltmacht offensichtlich nichts zu tun. Damit wurde schon der Weg für die nächsten Schritte vorgezeichnet.

Wie ernst jetzt auch das State Department die Sozialisierungsfrage nahm, machte am 3. Juli John Hickerson, der designierte Nachfolger von F. Matthews, Vertretern der britischen Regierung unmißverständlich deutlich („very definitely opposed to any action"). Er bewegte sich hierbei auf der gleichen Linie wie wenige Tage vorher Clay in Berlin, wies außerdem auf den amerikanischen Kongreß hin, der auf keinen Fall eine Sozialisierung hinnehmen werde, und machte dann eine Bemerkung, die erkennen läßt, wie im State Department zu diesem Zeitpunkt das Problem der „freien Willensäußerung des deutschen Volkes" gesehen wurde: Das State Department bezweifelte, ob während der Besatzungszeit eine solche Willensäußerung überhaupt „frei" sein konnte. In den osteuropäischen Ländern sei dies unter der russischen Besatzung nicht möglich, und das gleiche treffe vielleicht auch auf Deutschland zu[198].

Am gleichen Tag bemühte sich auch Douglas um weitere Informationen in der Sozialisierungsfrage. Da er verhindert war, im Foreign Office persönlich vorzusprechen, schickte er den Labour-Attaché der Botschaft, um feststellen zu lassen, wieweit Gerüchte zuträfen, daß die britische Regierung am 15. Juli die deutsche Kohlenindustrie „nationalisieren" wolle. Nach einer – wie es im britischen Protokoll heißt – „somewhat rambling conversation" über Vor- und Nachteile einer Sozialisierung, versuchte der Vertreter des Foreign Office dem amerikanischen Diplomaten den Verdacht auszureden, daß die britische Regierung „were slipping over a fast one"[199].

Die Reaktion Bevins blieb nicht aus. Er machte seinerseits Botschafter Douglas klar – von dem er erst wenige Wochen zuvor erfahren hatte, daß er 1945

---

[197] FO 371/64514/C12920/673/18.

[198] Vgl. Aufzeichnung v. 3. 7. 1947 u. Anmerkung O. Harvey v. 4. 7. 1947; FO 371/64369/C9291/194/18.

[199] Vgl. den entsprechenden Bericht, der für Bevin am 3. 7. 1947 angefertigt wurde; FO 371/64369/C9220/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Finanzberater Clays in Deutschland gewesen war –[200], daß man seiner Meinung nach, wenn die Truman-Administration das Problem der Erhöhung der Kohleproduktion auf die Frage der Sozialisierung reduzieren wolle, damit den Russen direkt in die Hände spiele[201] und die Gewerkschaften, auf deren Unterstützung er im Unterhaus angewiesen sei, verärgere[202].

In einer Besprechung am 4. Juli im Foreign Office gab sich Bevin optimistisch. Er halte es für möglich, in der Eigentumsfrage zu einem Kompromiß mit den Amerikanern zu kommen. Sie würden möglicherweise zustimmen, daß die beschlagnahmten Industrieunternehmen den ehemaligen Besitzern nicht zurückgegeben würden. Unberührt von der endgültigen Lösung der Sozialisierungsfrage sollte seiner Meinung nach zunächst die zukünftige Organisation der deutschen Kohleindustrie geklärt und das State Department um Erteilung entsprechender Instruktionen an Clay gebeten werden[203].

Seine Mitarbeiter sahen die Situation wesentlich pessimistischer. Für die alles entscheidende Lagebesprechung im Foreign Office am 9. Juli erarbeiteten sie eine Kabinettsvorlage, die dem Kabinett zwar nicht vorgelegt wurde, die aber dennoch zur Grundsatzentscheidung in der Frage der Sozialisierung führte, da sie, wie Bevin zu Beginn der Sitzung formulierte, „opened up tremendous issues involving possible concessions to the Americans". Bevin behielt dennoch seinen Optimismus: Er selbst habe „such extensive concessions" nicht in Erwägung gezogen und glaube auch nicht, daß die Amerikaner sie notwendigerweise fordern würden; für die Kohleindustrie wolle er ein leistungsfähiges Management, aber keine amerikanische Einmischung in die britische Sozialisierungspolitik. Auf seine Frage nach der Haltung Clays machte General Robertson dann noch einmal die Position des amerikanischen Militärgouverneurs ganz klar: Clay halte es für schwierig, die Frage des Management angesichts einer drohenden Sozialisierung zu klären; die Sozialisierung wolle er daher „put in abeyance for the present".

Für Bevin waren die Ausführungen Robertsons keine Überraschung mehr. Er hatte seine Entscheidung getroffen: Die Sozialisierung mußte verschoben werden.

Gegenüber seinen Mitarbeitern gab er jetzt seine Bereitschaft zu erkennen, Vorschlägen zur Änderung der Kohlenorganisation zuzustimmen, ohne daß

[200] Vgl. das Telegramm Bevins v. 1. 5. 1947 an Lord Inverchapel (Washington). FO 371/65068/CE 1863/1465/18.

[201] Was er damit meinte, erläuterte er seinen Mitarbeitern am 9. Juli. Mit der amerikanischen Forderung werde die sowjetische Anschuldigung unterstützt, die amerikanische Regierung knüpfe politische Bedingungen an die Vergabe von Marshallplan-Mitteln. Vgl. Anm. 204.

[202] Vgl. Anm. 203.

[203] Vgl. „Record of Meeting held in the Secretary of State's Office", 4. 7. 1947. Neben Bevin nahmen u. a. teil: Pakenham, Luftmarschall Douglas, Mayhew, Parlamentarischer Unterstaatssekretär, Jack Jones (M. P.), O. Harvey, E. Hall-Patch, P. Dean; FO 371/64246/C 9240/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit spätere Beratungen über die Sozialisierung, „on a high level", präjudiziert werden sollten. Mit anderen Worten: In der Eigentumsfrage sollte zunächst alles beim alten bleiben; Bevin wollte diese Angelegenheit dann später mit Aussenminister Marshall persönlich klären. Als der parlamentarische Unterstaatssekretär Mayhew zu bedenken gab, daß es in Großbritannien „strong political feelings . . . in favour of socialisation" gebe, verteidigte Bevin seine Haltung mit dem Hinweis, nicht nur die Amerikaner machten Schwierigkeiten, sondern auch Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg. Immerhin habe Marshall noch nicht das Recht der Briten in Frage gestellt, eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen.

Ob sich Bevin bei der Diskussion dieser Frage besonders wohl gefühlt hat, darf bezweifelt werden: Die Runde war sich über die Bedeutung der Entscheidung, die er getroffen hatte, im klaren. Mit Nachdruck betonte er denn auch, er könne „not allow himself to be put in the position of going back on what he had said about socialisation". Als auf seine Frage nach den Auswirkungen in Deutschland Robertson zu verstehen gab, daß die SPD enttäuscht und die CDU „unmoved" sein werde, während die Kommunisten eine Gelegenheit für „gute politische Propaganda" erhalten würden, verwies er darauf, daß der Aufschub in jedem Fall nicht von sehr langer Dauer sein werde, da er die ganze Angelegenheit schon bald in Washington mit Marshall besprechen wolle. Man war sich aber einig, daß zur Vorbereitung der Washingtoner Konferenz noch eine weitere Besprechung notwendig sei.[204]

Diese Besprechung fand schon am nächsten Tag statt. Am Vormittag des 10. Juli hatte Bevin eine Unterredung mit dem amerikanischen Handelsminister W. A. Harriman, die für Bevin völlig neue Perspektiven eröffnete, nämlich die Möglichkeit, daß die britische Delegation in Washington „might find a big change in the American attitude to the zonal problem"; die Amerikaner seien jetzt bereit zu helfen und bereiteten entsprechende Schritte vor. Unter diesen Umständen war es nach Meinung Bevins nur Zeitverschwendung, detaillierte Instruktionen für die britische Delegation auszuarbeiten; sie sollte zunächst lediglich die amerikanische Haltung eruieren und entsprechend berichten. Seine

---

[204] „Record of Meeting Held in the Secretary of State's Room in the Foreign Office on Wednesday, 9th July 1947 to Discuss Certain Aspects of Zonal Fusion. SECRET-GUARD". Teilnehmer: Bevin, Pakenham, Mayhew, Jack Jones, O. Sargent, G. Jenkins, B. Robertson, Harvey, Hall-Patch, Hoyer-Millar, Playfair, Turner, Makins, Penson, Dixon, Dean, Gilchrist; FO 371/64510/C9401/1673/18. Im weiteren Verlauf der Besprechung ging es noch einmal um die ausländischen Besitzanteile an der deutschen Industrie. Hoyer-Millar wies auf den „starken Druck" der ausländischen Regierungen hin, die nicht verstünden, warum Management und evtl. auch Eigentum den Deutschen überantwortet werden sollte, „apparently as a reward for losing the war". Bei der Frage ausländischer Investitionen in Deutschland betonten Jenkins und Harvey, dies „might prove a good influence in knitting Europe together". Bevin war jedoch, was amerikanisches Kapital anging, eher skeptisch; sein Ratschlag: man solle in dieser Frage „enter a reserve". Zum Abschluß der Besprechung wurde der neue Industrieplan für die Bizone diskutiert.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgabe sei es, das empfindliche Sicherheitsgefühl der Franzosen zu berücksichtigen und „to hold a watching brief" für die Chiefs of Staff und den Finanzminister[205].

Schon am nächsten Tag berichtete Robertson, der an dieser Besprechung nicht mehr teilgenommen hatte, man sei sich in Berlin über die zukünftige Organisation der deutschen Kohleindustrie weitgehend einig geworden[206]. Das Inkrafttreten des neuen Plans hänge nunmehr, so Robertson, von einer Lösung der Schwierigkeiten mit der US-Regierung hinsichtlich der Eigentumsfrage ab – und zwar innerhalb der nächsten vier Wochen[207].

Wie aber sollte eine Lösung aussehen, die von Bevin und der britischen Regierung ohne Gesichtsverlust auch öffentlich akzeptiert werden konnte? Das hat sich offensichtlich auch Bevin in jenen Tagen gefragt. Die Antwort war zunächst der Versuch, dieses Thema überhaupt nicht zu behandeln. Als Douglas ihm am 12. Juli den Entwurf einer Tagesordnung überreichte, in der es unter Punkt 11 hieß: „Elimination of uncertainty in the ownership status of the mines"[208], bat er, diesen Punkt zu streichen – ohne allerdings darauf hinzuweisen, daß er diese Angelegenheit später mit Marshall persönlich klären wolle –, und schlug seinerseits vor, es sollten a) die Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens, b) die Ernährungssituation und c) die Wirtschaftspolitik in der Bizone als Tagesordnungspunkte aufgenommen werden[209].

Der Vorschlag auf Erweiterung der Tagesordnung war am Tage vorher zwischen Foreign Office, Treasury und Control Commission abgesprochen worden. Aus der Aufzeichnung über diese Besprechung wird auch deutlich, daß Bevin, der ursprünglich die britische Delegation in Washington selbst hatte leiten wollen, noch weiterreichende Pläne für die bevorstehende Konferenz verfolgte. So schwebte ihm die Einrichtung eines Ausschusses vor, der im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft ähnliche Funktionen übernehmen sollte wie das Combined Civil Affairs Committee während und unmittelbar nach dem Kriege. Auf diese Weise sollte zumindest versucht werden, so weit wie möglich Einfluß auf die amerikanische Politik zu behalten, obwohl dies immer schwieriger werden mußte, wie in London nun doch erkannt wurde. Würden die Amerikaner den größeren Anteil an der Finanzierung der Bizone übernehmen, dann, so jetzt auch Bevin, würden sie gleichsam automatisch der überlegene Partner werden: „They hold the purse strings and to a large extent must control policy". Unter diesen Umständen wurde die Frage, die im Sommer 1946 gestellt worden war, immer drängender: Welche Rolle konnten die Briten überhaupt noch spielen? Die Ant-

---

205 „Record of Meeting . . . SECRET; GUARD"; ebenda, C. 9541/1673/18.

206 Vgl. den Entwurf des Abkommens v. 16. 7. 1947; FRUS, 1947, II, S. 940 f.

207 Telegramm Nr. 1042. SECRET; FO 371/64370/C9429/194/18.

208 FRUS, 1947, II, S. 935.

209 Ebenda, S. 936 f., u. Telegr. 6929, FO an Washington, 11. 7. 1947; FO 371/64370/C9432/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wort Bevins fiel auch hier jetzt zurückhaltend aus: „But we must do our best not to lose our voice in its formulation"[210].

Möglicherweise war die eher pessimistische Haltung Bevins jetzt Taktik. Die Aufzeichnung war u. a. für Handelsminister Cripps bestimmt, einem „Linken" im Kabinett und Befürworter der Sozialisierung. Der Hinweis auf die Amerikaner diente offensichtlich dazu, Kritikern an der zu erwartenden Verschiebung die Notwendigkeit dieses Schrittes deutlich zu machen und ihnen von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei ist interessant, daß das Thema Sozialisierung in dieser Aufzeichnung überhaupt nicht erwähnt wurde („not being covered in this paper")[211]. Noch gab es aber auch kein anderes paper, in dem es behandelt wurde. Daß die Sozialisierung verschoben werden würde, stand fest – jetzt kam alles darauf an, für wie lange. Bevin gab Douglas am 12. Juli zu verstehen, daß er aus innenpolitischen Gründen und im Hinblick auf Schumacher und die SPD einer Vertagung der Sozialisierungsfrage für fünf oder mehr Jahre nicht zustimmen könne. Douglas war schon zu diesem Zeitpunkt anderer Ansicht. Er hielt einen Aufschub für sehr wohl möglich und erwartete lediglich Protest von einigen „linksextremen Hinterbänklern"[212].

Entsprechend kompromißlos war denn auch die Haltung Washingtons. Die Wünsche Bevins wurden abgelehnt[213], statt dessen nannte man einen Termin, wann die englische Delegation in Washington erwartet werde: innerhalb der nächsten Woche[214]. Bevin reagierte verärgert: „This is most disappointing", telegraphierte er nach Washington; er müsse die Entscheidung des State Department zwar akzeptieren, halte es aber unter diesen Umständen nicht mehr für gerechtfertigt, eine Delegation nach Washington zu entsenden[215].

Er teilte Douglas am 16. Juli mit, wenn die Tagesordnung nicht erweitert würde, könnte das Kohlenproblem von den beiden Militärgouverneuren, unterstützt von einigen Experten, dort erörtert werden, wo diese sich gerade aufhielten, in Berlin, London oder Paris[216]. Marshall muß über diese unerwartete Reaktion einigermaßen erstaunt gewesen sein. Er hatte schon am 16. Juli auf einer Pressekonferenz verkündet, daß die Konferenz eine Woche später eröffnet werde; das State Department selbst hatte seit Tagen entsprechende Vorbereitungen ge-

---

[210] „Secret Germany". Aufzeichnung Bevin v. 11. 7. 1947 als Anlage zum Schreiben Bevin an Stafford Cripps, „Secret", v. 14. 7. 1947; FO 371/64370/C9432/194/18.

[211] Ebenda.

[212] Douglas an Marshall, 12. 7. 1947; FRUS, 1947, II, S. 937 f.

[213] Marshall an US-Botschaft, 15. 7. 1947; ebenda, S. 939, u. Bericht UK-Botschaft Washington an FO v. 15. 7. 1947; FO 371/64370/C9569/194/18.

[214] Ebenda.

[215] Telegr. Nr. 7190 v. 17. 7. 1947; FO 371/64370/C9569/194/18.

[216] Secret, Conversation with the United States Ambassador, Bevin an Lord Inverchapel, 17. 7. 1947; FO 371/64370/C9645/194/18. Ferner Marshall an Douglas; FRUS, 1947, II, S. 944 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

troffen und den Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt, daß die Konferenz tatsächlich wenige Tage später beginnen werde[217].

Jetzt war die Öffentlichkeit einigermaßen verwirrt. In der Presse wurde das britische Zögern als Anzeichen dafür interpretiert, daß, wie es Marshall formulierte, ernsthafte Differenzen zwischen den beiden Regierungen bestünden. Er bat am 17. Juli Douglas, Bevin auf die Bedeutung hinzuweisen, die man in Washington der Konferenz beimesse[218].

Vier Tage später fand in London das für die weitere Entwicklung entscheidende Gespräch statt. Als Bevin Botschafter Douglas empfing, wurde deutlich, daß sich Washington ein Nichtzustandekommen der Konferenz nicht leisten konnte. Der amerikanische Botschafter, so heißt es im Protokoll, das Bevin anfertigen ließ, „made a special appeal to me". Douglas machte diesen Appell am Ende der Unterredung, die zumindest in zwei Punkten Klarheit gebracht hatte: 1. Die Konferenz in Washington würde sich offiziell auf die Erörterung technischer Fragen betr. Kohleförderung an der Ruhr beschränken, was eine Erweiterung der Tagesordnung im britischen Sinne aber nicht ausschließen sollte; 2. Großbritannien würde, unabhängig von Beschlüssen, keine weiteren finanziellen Verpflichtungen übernehmen müssen. Unklar bleibt, welche Rolle das Thema Sozialisierung in Washington spielen sollte. Laut Protokoll ist über diese Frage zwar am ausführlichsten gesprochen worden, doch wurde kein Ergebnis protokolliert. So hat Bevin erneut mit Nachdruck die bekannten Argumente vorgetragen und Douglas gefragt, ob die USA beabsichtigten, die Kohlengruben den ehemaligen Besitzern zurückzugeben. Wenn dem so sei, könne er dies nicht akzeptieren: Die Stellung der deutschen Sozialdemokraten, die bisher kommunistischer Infiltration standgehalten hätten, würde, genau wie die der Gewerkschaften, aufs schwerste erschüttert. Er hat weiter gefragt, was an den britischen Plänen falsch sei, wonach diejenigen die Kohlengruben besitzen sollten, die in ihnen arbeiteten, und auf die Antwort von Douglas, man beabsichtige nicht, die Eigentumsfrage auszuklammern, wolle aber verhindern, daß sich die Unsicherheit in dieser Frage auf die Produktion auswirke, erwidert, genauso sei es: Die Sozialisten und viele Christdemokraten seien besorgt, daß die Gruben wieder in den Besitz der Syndikate gelangen und die Arbeiter ausgebeutet würden. Douglas hat Bevin daraufhin gefragt, ob er irgendwelche Einwände habe, wenn in Washington das Thema erörtert werde, „as to whether the uncertainty regarding ownership affected output". Die Antwort Bevins ist nicht notiert worden; das Protokoll beginnt mit einem neuen Punkt[219]. In die „Foreign Relations" ist der Bericht von Botschafter Douglas über dieses Gespräch nicht aufgenommen worden. Eine Antwort auf die Frage, was Bevin erwidert hat, wäre aber insofern von besonderem Interesse, als zumindest zu vermuten ist, daß es zu einer still-

[217] Vgl. Telegr. Nr. 3992 v. 17. 7. 1947, Botschaft Washington an FO; FO 371/64370/C9686/194/18.

[218] FRUS, 1947, II, S. 945.

[219] FO 371/64371/C9943/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schweigenden Übereinkunft zwischen Bevin und Douglas gekommen ist, wobei Bevin als Gegenleistung an finanzielle Entlastung durch die Amerikaner dachte; er wies mehrfach auf diesen Punkt hin[220]. Jedenfalls ließ Draper am 26. Juli Clay wissen, Bevin sei bereit, die Sozialisierung „auf Eis" zu legen, aber das britische Kabinett widersetze sich dem[221]. In der Tat, wenn es die Übereinkunft gegeben haben sollte, dann ist wohl zu vermuten, daß sie aus eben diesem Grund nicht ins Protokoll aufgenommen worden ist, das Bevin seinen Ministerkollegen als Kabinettsvorlage übermitteln ließ[222]. Denn als in der Sitzung des Kabinetts am 23. Juli darüber diskutiert wurde, zeigte sich, daß mit einer Zustimmung, d. h. mit einer offiziellen Preisgabe der Sozialisierungspolitik, nicht zu rechnen war. Im Gegenteil, es gab nach wie vor Minister – im Protokoll leider nicht namentlich verzeichnet –, die davon überzeugt waren, angesichts der politischen Situation in Deutschland sei es von allergrößter Bedeutung („utmost importance"), daß „there should be no departure from the United Kingdom proposal for bringing the German mines under public ownership". Im übrigen nahm das Kabinett in dieser Sitzung zur Kenntnis, daß Bevin die US-Regierung um weitere Informationen hinsichtlich der zu behandelnden Themen in Washington gebeten hatte, und ermächtigte ihn, unter Berücksichtigung dieser Information, die Entsendung einer entsprechenden Delegation nach Washington vorzubereiten[223].

Am 25. Juli trafen Bevin und Douglas erneut zusammen. Douglas bat um Einzelheiten hinsichtlich der Erweiterung der Tagesordnung. Bevin sprach von 5 Mio. t zusätzlicher Weizenlieferungen. Douglas gab zu verstehen, daß darüber genauso gesprochen werden könne wie über das Wohnungsproblem. In dem Bericht von Douglas an Unterstaatssekretär Lovett heißt es dann, er habe Bevin darauf hingewiesen, daß die Erörterung des TOP 11 „might lead to a discussion of nationalization"[224]. Bevin dagegen berichtete, er habe, nach Douglas' Mitteilung, das State Department wolle „ganz besonders" über diesen Punkt sprechen, erneut auf die SPD hingewiesen: Sie sei die einzige Partei mit „solid roots" und sie wolle die Sozialisierung; sollten die Bergwerke nicht sozialisiert werden, mache man sich alle Sozialdemokraten zu Feinden und spiele den Kommunisten direkt in die Hände. Er hoffe, daß Douglas dies Außenminister Marshall „ganz klar" machen werde[225]. Bevin hielt auch diesen Bericht für so wichtig, daß er dem König und dem Kabinett vorgelegt wurde – während Douglas diesen Teil

[220] Douglas pflichtete ihm bei, „that this was important". Bevin seinerseits machte seine Zustimmung zur Konferenz davon abhängig, daß die Tagesordnung nicht veröffentlicht werden dürfe: „there should not be any publicity of any kind", mit Ausnahme einer Erklärung, daß es sich um „technische Gespräche" handle.

[221] Gimbel, Origins, S. 213.

[222] C. P. (47)210. CAB 129/20.

[223] C. M. (47) 63rd Conclusions, 23. 7. 1947. CAB 128/10.

[224] FRUS, 1947, II, S. 945 f.

[225] Conversation with the United States Ambassador, Secret, 25. 7. 1947, Bevin an Balfour, Washington; FO 371/64371/C9943/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Gesprächs nicht einmal erwähnte. Das kann bedeuten, daß die Erwiderung Bevins wohl mehr für König und Kabinett als für Marshall bestimmt war. Den Vorwurf, er habe die Sache der Sozialisierung verraten („sold the pass"), wies er dann am 4. August im Unterhaus zwar entschieden zurück, mußte aber doch zugeben, daß man die Angelegenheit verschoben habe, „to try to get discussion of this problem"[226]. Die Frage war, wie lange diese Verschiebung gelten würde: fünf Jahre, wie die Amerikaner forderten, oder nur relativ kurz, wie Bevin am 9. Juli im Foreign Office zu verstehen gegeben hatte. Das Kabinett befaßte sich jedenfalls erst wieder am 4. November 1948 mit dem Thema Sozialisierung[227].

Das Dilemma, in dem sich die Briten zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Sozialisierungspolitik befanden, wurde auch von ihnen selbst mit aller Deutlichkeit gesehen. Zum einen gab es bereits Anzeichen dafür, daß sich amerikanisches Privatkapital auf den Ankauf deutscher Unternehmen in der britischen Zone vorbereitete. Botschafter Douglas hatte außerdem erkennen lassen, daß, wenn die USA gezwungen würden, „to pay an increasing share of the piper's expenses she will wish to call an increasingly anti-socialisation tune"[228]. Kündigte man aber andererseits den Aufschub der Sozialisierungspolitik öffentlich an, mußte mit einer äußerst feindlichen Reaktion der Sozialdemokraten, des linken Flügels der CDU und der Gewerkschaften und als Folge mit einer Verschlechterung des Arbeitsklimas und fallender Kohleproduktion gerechnet werden[229]. Frankreich sah nach wie vor in der Sozialisierung eine Bedrohung seiner Sicherheit. Im Kabinett und im Unterhaus aber wurde eben diese Sozialisierung weiter gefordert[230]. Burrows faßte die Situation folgendermaßen zusammen: „We cannot offend the Americans or we shall not get dollars; we cannot offend the Germans or we shall get no more coal; we cannot offend the French or we shall weaken

[226] Parliamentary Debates, House of Commons, Hansard, vol. 436, Sp. 1103 f.

[227] Siehe unten, S. 228.

[228] „Socialisation of German Industries", Aufzeichnung Burrows v. 31. 7. 1947; FO 371/64371/C1070/194/18.

[229] Vgl. die entsprechenden Untersuchungen von A. Flanders, „German Political Background to Socialisation of Ruhr Industries" v. 30. 7. 1947, u. D. L. Anderson, Vice-President d. Economic Sub-Commission d. CCG, „Abandonment or postponement of Public Ownership of the Ruhr Mines" v. 29. 7. 1947, u. Sitzung CCG in Berlin am 31. 7. 1947 (Teilnehmer u. a. Strang, Robertson, Weir, Flanders); FO 371/64373/C11646/194/18.

[230] Einer der schärfsten Angriffe gegen die Ruhrpolitik der Regierung kam am 4. 8. 1947 vom Labour-Abgeordneten Platts-Mills in der deutschlandpolitischen Debatte im Unterhaus. Seiner Meinung nach hatte die konservative Opposition vier Wünsche – „and all too readily we see the Foreign Secretary falling in with it" –, nämlich: „The first is that we should cancel socialisation. Can my right hon. Friend deny that that is his project in the Ruhr today? It has not been said officially, but it is accepted on our party by leaders of the United States in these matters, and I challenge my right hon. Friend to deny that we have abandoned it, or that we might almost call it abandonment . . ." Die Vorherrschaft der Ruhr sei der Preis für die weitere Hilfe der westlichen Mächte; das sei dann „the hideous terror for the rest of Europe" (Parliamentary Debates, House of Commons, Hansard, Sp. 1048 f.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

M. Ramadier's Government and forfeit French support in the Paris discussion[231]; we cannot abandon socialisation too completely or there will be an outcry in Parliament here. It seems almost impossible to find a solution reconciling all these divergent views"[232].

Diese Aufzeichnung, die als Entwurf für eine Antwort auf die dringende Bitte von Sir William Strang, dem designierten Leiter der britischen Delegation in Washington, gedacht war, wurde nicht weitergeleitet. Strang hatte nach Einsicht in das Protokoll der Kabinettssitzung vom 23. Juli um Weisung in der Sozialisierungsfrage gebeten. Jetzt wurde entschieden, daß die Richtlinien „highly restrictive" sein sollten; er wurde lediglich zu einer Erörterung der Frage ermächtigt, ob Sozialisierung oder Nicht-Sozialisierung irgendwelche Auswirkungen auf die Kohleproduktion habe, „nothing else"[233].

Als am 8. August im Foreign Office die Marschroute für die Verhandlungen in Washington festgelegt wurde, wies Bevin denn auch darauf hin, die Eigentumsfrage müsse mit Vorsicht angegangen werden. Als Begründung führte er nun – erstaunlich genug – die bevorstehende Außenministerkonferenz in London an; er habe ziemlich sichere Hinweise darauf, daß die Russen im November Kompromißbereitschaft zeigen würden. Auch wenn sie damit nur die anglo-amerikanischen Pläne zum Aufbau Westdeutschlands stören wollten, sollte dennoch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden, in der Frage der „wirtschaftlichen Einheit" zu einer Einigung zu kommen; aus diesem Grunde dürfe nichts präjudiziert werden. Es solle dennoch ein Plan ausgearbeitet werden, der die Überführung von Eigentum „in some German public authority" vorsehe, sofern die Amerikaner das Prinzip anerkennen würden, daß die Unternehmen ihren ehemaligen Besitzern nicht zurückgegeben werden sollten[234]. Genau das aber war die entscheidende Frage. Dies ist denn auch der erste Hinweis darauf, daß jetzt auch Bevin in der Sozialisierungsfrage Schwierigkeiten von Seiten der Amerikaner nicht mehr ausschloß.

Die Konferenz wurde schließlich am 12. August eröffnet. Der Leiter der amerikanischen Delegation, William Thorp, versuchte sofort, die Tagesordnung zu ändern und die Frage des „öffentlichen Eigentums" zusammen mit der des Management an erster Stelle zu beraten. Strang lehnte dies jedoch ab[235]. Nachdem es dann am 14. August zu einem kurzen Meinungsaustausch gekommen war[236], wurde am 21. August erneut über dieses Thema beraten. Die Amerikaner dräng-

---

231 Vgl. hierzu unten, S. 229 f.

232 Vgl. Anm. 223.

233 Handschriftl. Aufzeichnung v. 1. 8. 1947; ebenda. Ferner Aufzeichnung Hoyer-Millar v. 5. 8. 1947 nach Besprechung mit Sargent, Dean, Strang, Turner, Hall-Patch; FO 371/64372/C11024/194/18.

234 Teilnehmer dieser Sitzung u. a. Bevin, Strang, Turner, Hall-Patch, Burrows, Hoyer-Millar. Protokoll in: FO 371/64372/C11004/194/18.

235 Vgl. Telegr. Nr. 4455 v. 13. 8. 1947; FO 371/65399/CK173/156/18.

236 Vgl. UK – Record u. Telegr. Nr. 4484 v. 15. 8. 1947; FO 371/64372/C11291/194/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten auf eine klare Formel, d. h. auf offizielle Vertagung der Sozialisierung, während Strang, unter Hinweis auf die Unterhauserklärung Bevins vom 4. August, betonte, daß er genau dazu nicht ermächtigt sei; für die britische Regierung sei es schwierig, „to agree to any formal or express postponement"[237]. Natürlich konnte man auf inoffizieller Ebene Lösungsmöglichkeiten sondieren, zumal Strang mehr und mehr zu der Auffassung gelangt war, daß die Briten in dieser Frage durch den Abschluß des Bizonenabkommens schon seit Dezember 1946 die eigene Handlungsfreiheit zu einem großen Teil verloren hatten; er bezweifelte jetzt, ob man auch nur *einen* Schritt ohne Zustimmung der Amerikaner tun konnte[238].

Strang und Turner kamen zweimal mit Thorp und Stillwell (Special Assistant to the Under Secretary of State for Economic Affairs, Department of State) zu privaten Gesprächen zusammen, die im Gegensatz zu den offiziellen Beratungen, die nach Meinung der Amerikaner durch „stubbornness and withholding" auf Seiten der Briten gekennzeichnet waren[239], in einer freundlichen Atmosphäre stattfanden. Eine Zeitlang schien ein Kompromiß möglich zu sein: So einigte man sich zunächst darauf, daß am Schluß der Konferenz diese Frage nicht mehr öffentlich erwähnt werden sollte. Die Amerikaner erklärten sich auch damit einverstanden, daß über die Eigentumsfrage abgestimmt werden sollte, wobei zunächst offen blieb, wann, von wem und unter welchen Bedingungen abgestimmt werden sollte. Strang schlug vor, dann abstimmen zu lassen, wenn die Kohlenförderung sechs Monate lang täglich nicht unter 350 000 t gelegen habe; abstimmen solle eine „appropriate representative German authority"[240]. Den ersten Gedanken mußte er schon bald wieder fallenlassen, er blieb aber dennoch der Meinung, daß die Amerikaner möglicherweise die Fünf-Jahresfrist aufgeben würden. Die „crux" war nach seinen Worten, was sie unter „representative German authority" verstehen würden: eine Zentral-, Trizonen-, Bizonen- oder Landesregierung. Ziemlich sicher war, wie er nach dem zweiten Gespräch am 4. September nach London berichtete, daß sie „would not (repeat not) agree to a decision by a Land Government"[241]. Es wurde von britischer Seite auch der Gedanke ventiliert, statt einem Treuhänder mehreren Treuhändern („trustees") bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsfrage das Besitzrecht an den Industrien zu übertragen[242], womit wenigstens dem Namen nach etwas von dem britischen Treuhänderplan gerettet worden wäre[243].

---

[237] Vgl. UK-Record, FO 371/64373/C11573/194/18 (Wortprotokoll), Summary Minutes in: FRUS, 1947, II, S. 946 ff.; Bericht Strang in: FO 371/64372/C11467/194/18.

[238] Vgl. sein Telegr. v. 24. 8. 1977: ebenda C11409/194/18.

[239] FRUS, 1947, II S. 964.

[240] Bericht Strang v. 23. 8. 1947; FO 371/64372/C11408/194/18.

[241] Bericht v. 4. 9. 1947; FO 371/64373/C11884/194/18.

[242] Wirtschaftsrat, Gewerkschaften u. Landesregierung sollten je einen, die Militärregierung zwei ernennen; dieser Vorschlag ging auf General Robertson zurück.

[243] Vgl. oben, S. 172.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Tat ist in diesen Tagen auf amerikanischer Seite die Frage erörtert worden, ob den Deutschen nicht innerhalb der 5-Jahresfrist oder gegen Ende der Frist eine Abstimmung erlaubt werden sollte. Ein entsprechender Vorschlag ist dann auch Botschafter Douglas und Clay vorgelegt worden[244]. Insbesondere das Urteil Clays hat die Diskussion in Washington schnell beendet. Die Stellungnahme Clays macht noch einmal seine grundsätzliche Einstellung zur Sozialisierungsfrage deutlich. Da ihm, wie auch Bevin sagte, so viel Machtbefugnisse übertragen worden waren, daß er in Europa ein „liberum veto" ausüben konnte[245] und damit, wie es die „Washington Post" im Juli 1947 formulierte, „a law unto himself" war, hing die weitere Entwicklung in hohem Maße von ihm ab. Clay vertrat noch einmal mit Nachdruck die Meinung, daß die Sozialisierung einer Industrie von nationaler Bedeutung, von der die Existenz des ganzen Volkes abhing, nicht die Angelegenheit nur des Landes sein konnte, in dem sich diese Industrie befand, sondern Sache des ganzen Volkes sein mußte. Er hielt eine Entscheidung auf Landesebene unter instabilen ökonomischen und politischen Bedingungen, zu einem Zeitpunkt, wo weder die Grenzen des neuen Staates feststanden noch bekannt war, „who the German people will be who must depend upon the Ruhr", für unmöglich; es war für ihn geradezu „unthinkable", einer Sozialisierung der für die Nation lebenswichtigen Ruhrindustrie auf Landesebene zuzustimmen. Es sei „recognized", daß die Briten der SPD genau dies versprochen hätten, aber das Versprechen sei einseitig gewesen[246].

Als Kompromiß für die Verhandlungen in Washington schlug er vor, den Deutschen die Abstimmung über die Sozialisierung zu genehmigen, wenn zwei Bedingungen erfüllt waren: 1. die Deutschen mußten in der Lage sein, „to vote as a people"; 2. Großbritannien und die USA mußten darin übereinstimmen, daß die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen stabil genug waren, „to permit a free expression from the German people". Es fehlte auch nicht der Hinweis, daß die CDU im Wirtschaftsrat eine schwache Mehrheit habe und daß es ein großer Fehler sei, anzunehmen, die extremen Sozialisten repräsentierten den Mehrheitswillen in Deutschland[247].

Aus seiner Haltung machte Clay in jenen Tagen auch öffentlich kein Hehl. Als er am 14. August auf einer Pressekonferenz in Berlin auf die neue Direktive 1779 angesprochen wurde, antwortete er, die Deutschen könnten seinetwegen über „socialization, nationalization or any other ‚zation'" soviel reden wie sie wollten, denn diskutieren sei gesund, aber neue und noch nicht erprobte Metho-

---

244 Vgl. FRUS, 1947, II, S. 950 ff. Douglas war der Meinung, daß das Festhalten an der Frist keine Rückwirkungen auf die englische öffentliche Meinung haben werde.

245 Vgl. seine Aufzeichnung v. 11. 7. 1947; FO 371/64370/C9432/194/18.

246 Interessanterweise wurde in den FRUS, 1947, II, S. 1062, dieses Wort durch „believed" ersetzt. Vgl. auch die Anm. in Clay Papers, S. 412.

247 Clay an Royall (Kriegsminister), Noce, Draper, 25. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1059–63. Clay Papers, Dok. Nr. 253.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sollten beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht angewendet werden[249].

Einer seiner engsten Mitarbeiter, Joe Keenan (AFL)[249], versuchte unterdessen, einflußreiche Sozialdemokraten in der britischen Zone für den amerikanischen Treuhänderplan zu gewinnen, z. B. Bürgermeister Brauer in Hamburg, der aus amerikanischem Exil zurückgekehrt war, und den Vorsitzenden der Hamburger Gewerkschaft, Kummernuss; Keenan bot als Gegenleistung eine amerikanische Garantie von 1800 cal. täglich an und stellte bei Ablehnung die Kürzung der Lebensmittelimporte in Aussicht[250]. Gleichzeitig wurde in den USA eine umfassende Propagandaaktion gegen die Sozialisierungspläne an der Ruhr und für den Treuhänderplan eingeleitet. In der „New York Herald Tribune" erschien z. B. am 19. 8. 1947 eine ganzseitige Anzeige, in der, was andere Zeitungen nachdruckten, vom Präsidenten der einflußreichen McGraw-Hill Publishing Company unter der Parole „THE RUHR – valley of decision" auf die überragende Bedeutung der Ruhr für Europa und Amerika hingewiesen wurde[251].

Unter diesen Umständen war eine Einigung in Washington nicht möglich. Das Verhandlungsklima verschlechterte sich zusehends. Die Briten legten der Konferenz am 26. August ein Dokument vor, in dem sie auf schnelle Aufnahme von Verhandlungen zur Revision der Finanzklausel des Bizonenabkommens drängten. Gleichzeitig gab es weitere Schwierigkeiten bei der Ausfüllung des Weir-Draper-Abkommens über die Kohlenorganisation (insbesondere über die Frage, ob ein Amerikaner an der Spitze der geplanten US/UK-Control Group stehen sollte)[252].

---

[248] Der entsprechende Auszug in: FO 371/64372/C11245/194/18.
Alles kam darauf an, Zeit zu gewinnen, denn, so Clay, als er im Oktober, nachdem die prinzipiellen Entscheidungen gefallen waren, die neue Direktive kommentierte: „Time is on our side. If we can thus defer the issue while free enterprise continues to operate and economic improvement results, it may never even become an issue before the German people". Clay an Draper, 20. 10. 1947; zit. in: Gimbel, Origins, S. 216. Vgl. auch Clays Rede vor dem Länderrat, ebenda, S. 217.

[249] Den die Briten als Clays „henchman" bezeichneten; FO 371/64372/C11373/194/18.

[250] Der Kommentar auf britischer Seite hierzu: „wicked and monstrous performance"; FO 371/64372/C11222/194/18.

[251] Darin hieß es u. a.: „For Americans and for American business the most important single spot on earth today is the Ruhr Valley . . ." Aufgrund britischen Mißmanagements und Devisenschwäche werde jetzt amerikanisches Kapital für den Wiederaufbau in das Ruhrgebiet fließen, „therefore we should supervise it . . . There is a sound old rule that he who pays the piper shall call the tune". Die Briten wurden scharf kritisiert, weil sie versucht hätten, ihre Form des Sozialismus zu exportieren, „which is making such dubious record at home". US-Kapital, US-Arbeit „and statesmanship" müßten sich der Ruhr annehmen: „We had better do it if we love our children", denn ein Vakuum würde von den Russen gefüllt werden. Kommentar d. Board of Trade: „A particularly vicious type of publicity". Vgl. FO 371/65493/CK1033/156/183 u. 64372/C11419/C15165/194/18.

[252] Vgl. FO 371/65404–65417.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 8. September war die amerikanische Seite entschlossen, die Konferenz am nächsten Tag zu beenden, „entweder mit oder ohne Abkommen"[253]. Die Konferenz wurde dann am 10. September abgeschlossen[254]. Obwohl Draper noch am letzten Tag in der Eigentumsfrage einen Vorstoß bei Strang unternahm[255], gelang es den Briten, dieses Thema aus dem Konferenzbericht herauszuhalten, woraus Bevin im Kabinett dann den Schluß zog, daß „the report did not in any way prejudice the position of His Majesty's Government with regard to the future ownership of the Ruhr mines"[256]. Die gegenseitigen Positionen waren dennoch klar: Mit einer *offiziellen* Verschiebung oder Aufkündigung der Sozialisierungspolitik von britischer Seite war zwar nicht zu rechnen, gleichzeitig stand aber fest, daß mit der neuen Kohlenorganisation, die am 18. November in Kraft trat[257], der Einfluß der Amerikaner an der Ruhr institutionalisiert worden war und daß dort ohne oder gar gegen sie keine Entscheidung mehr getroffen werden konnte, daß ferner die Amerikaner den Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht als *das* repräsentative Organ betrachteten, das über die Ruhrindustrie bestimmen konnte, ganz abgesehen von dem Zeitpunkt, zu dem eine solche Entscheidung getroffen werden würde.

Angesichts dieses Sachverhalts stellte sich die Frage, ob das anglo-amerikanische Klima nicht verbessert worden wäre, wenn man sich über die stillschweigende Zustimmung hinaus zu einer offiziellen Verschiebung der Sozialisierung nach Einsetzung von Treuhändern, entsprechend dem Vorschlag von General Robertson, verstanden hätte. Dieser Gedanke ist dann auch von Dean, der in der Vergangenheit zu den überzeugtesten Befürwortern der Sozialisierung gehört hatte, Ende September ventiliert worden. Für ihn stand fest, daß die Amerikaner einer Abstimmung über die Sozialisierung nur nach ihren Vorstellungen zustimmen würden („we have been left in no doubt whatsoever"). Da Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen aber nicht in der Lage sei, „to ignore the Americans and simply push on with socialisation" – ganz abgesehen davon, daß es „sehr zweifelhaft" sei, ob man aufgrund des Bizonenabkommens überhaupt das Recht dazu habe –, schlug er am 20. September in einem „Entwurf für eine mögliche Übereinkunft mit den Amerikanern" vor, die Entscheidung über die Eigentumsfrage einer deutschen Zentralregierung zu übertragen; komme es nicht zu einer solchen Regierung, solle die Entscheidung von einem „freely elected bi-zonal government, or, should the French accede to the Agreement by the tri-zonal government" getroffen werden. In jedem Fall müßten vier Bedingungen erfüllt sein: 1. das Sicherheitsproblem muß befriedigend gelöst sein;

---

253 FRUS, 1947, II, S. 958.

254 Vgl. den Bericht von Strang und Thorp in: FRUS, 1947, II, S. 959 ff.; auch als C. P. (47) 261, CAB 129/21.

255 FO 371/64373/C12644/194/18.

256 C. M. 76 (47), CAB 128/10.

257 Vgl. FO 371/65419/CK1533/524/183. An diesem Tag wurde auch die im Juli 1945 eingerichtete North German Coal Control (NGCC) aufgelöst.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. „public ownership" auf Landesebene muß als mögliche Lösung zugestanden werden (oder zumindest nicht ausgeschlossen sein); 3. die Kohlengruben dürfen ihren früheren Besitzern nicht zurückgegeben werden; 4. ausländische Besitzanteile müssen abgesichert sein. Es sei „völlig klar", so notierte Dean, daß dieser Vorschlag „amounts to the temporary postponement of our policy of socialisation". Es werde nicht leicht sein, dies dem Parlament klarzumachen, und in Deutschland werde sehr wahrscheinlich die extreme Linke stärker werden, was sich nachteilig auf die Produktion und auf den Einfluß der „more reliable political elements" auswirken müsse. Dennoch stimmten auch Strang, Harvey und Jenkins dem Plan zu. Bevin konnte sich jedoch nicht entscheiden: „I must give more thought to this", notierte er an den Rand der Vorlage[258].
Als Ergebnis seines Nachdenkens kam es nicht zu einem öffentlich verkündeten Aufschub der Sozialisierung, obwohl die Briten de facto zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Sozialisierungspolitik gescheitert waren. Seit dem Frühjahr 1946 waren sie nicht einen Schritt in dieser Frage vorangekommen – und nun diktierten ihnen die USA die Bedingungen.

b) Die Revision des Bizonenabkommens

Die prekäre finanzielle Situation Großbritanniens engte den ohnehin geringen Spielraum der britischen Politik mehr und mehr ein, was bei den Verhandlungen über die Revision des Bizonenabkommens, die im Oktober begannen und am 17. Dezember 1947 mit der Änderung einzelner Bestimmungen des alten Abkommens abgeschlossen wurden, besonders deutlich wird. Das Thema Sozialisierung spielte in diesen Verhandlungen keine Rolle mehr. Auf britischer Seite wurde es lediglich einmal in einer der vorbereitenden Besprechungen für die Konferenz in Washington am 25. September 1947 von Bevin angeschnitten. Er sprach sich erneut für die Sozialisierung aus, wünschte aber nicht, „to press the issue at the risk of prejudicing the outcome of the negotiations over the dollar committment". Zu diesem Zeitpunkt war Bevin der Meinung, daß man nach Abschluß eines solchen Abkommens mit den Amerikanern noch einmal über dieses Thema sprechen könne, und daß es dann möglich sein werde, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß auszuhandeln[259]. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht mehr statt. Die Prioritäten für die bevorstehende Konferenz sahen anders aus: „Main objective" sei es, so Bevin am 25. September, sicherzustellen, „that the Americans took over the whole dollar committment"[260].

Als die Beratungen in Washington begannen, legte Sir William Strang die britischen Vorschläge dar: 1. Die britische Regierung erklärt sich noch einmal

[258] „Socialisation of Coal-mining Industry in the Ruhr"; FO 371/643/C12745/194/18.
[259] Vgl. „Germany Meeting in the Secretary of State's Office", 25. 9. 1947, Secret: FO 371/64514/C12744/1673/18.
[260] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Konvertibilität von Pfund Sterling in Dollar bereit – allerdings „limited for all time" bis zu einer Höhe von 40 Mio. Dollar; 2. Abschluß eines bilateralen Handelsabkommens zwischen der Bizone und den Ländern des Sterling-Blocks – als Bedingung für das Angebot, für das Jahr 1948 Waren im Werte von 17,5 Mio. Pfund zu liefern; 3. für den britischen Vertreter im Bipartite Board in allen Streitfragen „equal voice with his American colleague".

Am 25. Oktober 1947 lehnte die amerikanische Delegation die britischen Vorschläge ab. Sie verlangte unbegrenzte Konvertibilität von Dollar und Pfund Sterling und machte klar, daß die Annahme des dritten Vorschlags dem britischen Oberbefehlshaber ein Vetorecht einräumen würde, das „would nullify the power of voting rights", die zu fordern die USA aufgrund der größeren finanziellen Last ein Recht hätten[261]. Gleichzeitig erhob die Delegation die Forderung nach dem Entscheidungsrecht in Außenhandelsfragen: Das Stimmrecht in der Joint Export Import Agency (JEIA) solle dem finanziellen Anteil der jeweiligen Regierung entsprechen. Den Vorschlag hatte Clay schon am 29. September gegenüber seinem britischen Kollegen gemacht[262]; er lief auf die Kontrolle des Bizonenaußenhandels durch die Amerikaner hinaus. Die Krise war da, noch ehe die Verhandlungen richtig begonnen hatten. Mit Nachdruck wies Bevin auf die außerordentlich schwierige Situation hin, in der sich die britische Regierung aufgrund der finanziellen Lage befinde und in der es unbedingt erforderlich sei, „to cut down the drain of dollars which are at the present time pouring out of every pore". Indes waren „less rigorous" Vorschläge der Amerikaner offensichtlich nicht zu erwarten – am 30. Oktober erhielt Strang Instruktionen, die amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren[263].

Über die einzige Alternative zu dieser Entscheidung, den Abbruch der Konferenz in Washington, hatte sich Bevin schon am 17. Oktober 1947 in einer geheimen Studie gegenüber Attlee geäußert – und dies kategorisch abgelehnt. Seiner Meinung nach würde der Zusammenbruch der Verhandlungen auch das Ende der Bizone bedeuten. Abgesehen von politischen Konsequenzen „of a very far-reaching nature", wäre Großbritannien dann in jeder Hinsicht wieder allein für seine Zone verantwortlich; da man jedoch nicht in der Lage sei, „to shoulder this burden", bliebe nur eine Alternative übrig: „to abandon Germany altogether"[264]. Damit stellte sich das gleiche Problem wie schon im November 1946[265]. Wie damals war dieser Schritt auch jetzt für Bevin „out of the question", wobei er noch überzeugendere Gründe als 1946 anführen konnte: Bei einem Rückzug

---

261 Telegramme Nr. 5954 u. 5938; FO 371/65076/CE4459/1465/74.

262 Vgl. Telegramm Nr. 1381; FO 371/64514/C12770/1673/18.

263 Vgl. Telegr. Bevin v. 30. 10. 1947 an Strang sowie „Cabinet. Balance of Payment. Overseas Reconstructions Committee", Sitzung v. 28. 10. 1947, Secret; FO 371/65076/C4458/C4518/1465/74.

264 „Immediate", Prime Minister; Fusion Agreement: Washington Talks. Secret, 17. 10. 1947; P. M. (47) 149.

265 Vgl. Steininger, Die Rhein-Ruhr-Frage.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus Deutschland sei zu bezweifeln, daß sich die Chancen, Marshallplan-Hilfe zu bekommen, vergrößern würden[266].

Dennoch war auch Bevin mehr und mehr von der amerikanischen Unnachgiebigkeit enttäuscht. Unter Hinweis auf die vorgeschlagene JEIA-Lösung, die den Amerikanern das Übergewicht in dieser Behörde sichern würde, gab er am 30. Oktober Botschafter Douglas zu bedenken, ob es denn klug sei, daß die USA auf dieser Bedingung beharrten, und warnte vor möglichen Konsequenzen: Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Außenministerkonferenz und der negative Eindruck in der britischen Öffentlichkeit, „that we had sold our soldiers in Germany to American control"[267].

Parallel zu dem Vorstoß Bevins lief eine zuvor im Foreign Office beschlossene Aktion in Washington. Außenminister Marshall sollte noch einmal auf die schwierige Situation Großbritanniens hingewiesen werden. Die Gelegenheit ergab sich am 31. Oktober. Botschafter Lord Inverchapel versicherte Marshall, daß die britische Regierung das Äußerste tue, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, „and could do no more". Über die Reaktion Marshalls berichtete Inverchapel: „The subject was new to him and he listened sympathetically. In reply to my special plea that he should move his people to make a less rigorous approach to it, to take our present financial embarrassments into wider consideration and try to meet us, he said that he would look into the matter and see what could be done"[268].

Die Haltung der amerikanischen Delegation änderte sich jedoch nicht, wobei erstaunlich ist, daß man auf amerikanischer Seite überzeugt war, die Briten wohlwollend zu behandeln. Die nachgiebige Haltung, so wurde dem Kongreß gegenüber argumentiert, sei notwendig gewesen, „for maintaining our status as partners with the U. K. in Germany"[269]. Wäre es nach dem Kongreß gegangen, hätte das Abkommen in wesentlichen Punkten anders aussehen müssen. Der Druck einzelner Ausschüsse wurde von Tag zu Tag stärker („very strong"). Man war der Meinung, daß die Regierung bei den Verhandlungen nicht hart genug mit den Briten umgegangen sei, daß der Vorsitz in der Ruhrkohlen-Control Group hätte gefordert werden müssen[270], daß die USA entsprechend dem größeren Finanzanteil die Wirtschaft in der Bizone noch über JEIA und Joint Foreign Exchange Agency hinaus kontrollieren sollten. Ein entsprechender Vorstoß zur Änderung des Paragraphen 5 – drei Tage vor Unterzeichnung des Abkommens[271] – begegnete jedoch in London eisiger Ablehnung. Strang erhielt am 16. Dezember von Bevin die Anweisung, den Amerikanern, sollte dieser Vorstoß in irgendeiner

---

266 Vgl. Anm. 264.

267 Fusion Talks in Washington. Aufzeichnung P. Dean v. 30. 10. 1947; FO 371/65076/CE 4536/1465/74.

268 Telegramm Nr. 6081 v. 31. 10. 1947; ebenda, CE 4554/1465/74.

269 Telegramm Nr. 6981 v. 13. 12. 1947; ebenda, CE 5012/1465/74.

270 Vgl. Telegramm Nr. 6981 u. 6985, Basic, v. 13. 12. 1947; ebenda, CE 5012/5014/1465/74.

271 Telegramm Nr. 7006 v. 14. 12. 1947 an FO; ebenda, CE 5038/1465/74.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weise weiterverfolgt werden, klarzumachen, „that to raise this issue now would be extremely bad for Anglo-American relations and play into the hands of other parties"[272].

Trotzdem spiegelte das am 17. Dezember 1947 unterzeichnete Fusionsabkommen die Realitäten in der Bizone wider. Die USA konnten nun auch de jure die Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflussen; ohne sie lief nichts mehr. Dennoch suchten die Briten auch in der Folgezeit hartnäckig zu retten, was noch zu retten war. Sie ließen die Landesparlamente in dem Glauben, Sozialisierung auf Landesebene sei noch möglich. Vielleicht hofften sie auch selbst, daß sich die USA einem überwältigenden „Volksvotum" beugen würden. Sie verfolgten damit eine Taktik, die ähnlich schon im August 1947 ventiliert worden war. Damals war gefragt worden, ob es nicht am besten sei, gerade im Hinblick auf die Amerikaner und deren Demokratieverständnis, „to play the democratic card", d. h. den Deutschen die Initiative zu überlassen und sie zu einer Abstimmung zu bewegen, deren Ergebnis für die Briten und dann auch für die Amerikaner akzeptabel sein konnte. Es kam noch ein anderer Gedanke hinzu: Die Briten waren zeitweise der Meinung, daß die amerikanische Seite, insbesondere der Kongreß, „not so much the thing as the word" ablehne: „public ownership" ja, „socialisation" nein[273]. Das war zwar Illusion, aber seit Herbst 1947 wurde auf britischer Seite öffentlich und in den Beratungen mit den Amerikanern fast nur noch der Begriff „public ownership" benutzt.

Die offizielle Bankrotterklärung erfolgte im Herbst 1948. Am 23. August 1948 mußte die britische Militärregierung einem vom Düsseldorfer Landtag verabschiedeten Gesetz[274] die Genehmigung versagen und dies im Sinne der amerikanischen Interpretation vom Sommer 1947 und konträr zu ihrer bis zu diesem Zeitpunkt vertretenen Haltung damit begründen, „daß die Frage der Sozialisierung der Kohlenindustrie von einer deutschen Regierung und nicht von einer Landesregierung behandelt werden sollte": „Wenn eine repräsentative und aus freier Wahl hervorgegangene deutsche Regierung gebildet ist, steht es ihr frei, diese Frage zu lösen."[275]

---

[272] Telegramm Nr. 13046 v. 16. 12. 1947; ebenda.

[273] Vgl. die Bemerkungen in: FO 371/64371/C10195/194/18.

[274] Das Gesetz zur Sozialisierung der Kohleindustrie in Nordrhein-Westfalen war ordnungsgemäß zustandegekommen. Der Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion (NRW-Landtagsdrucksache II 69) war in der Schlußabstimmung des Landtages mit einer großen Mehrheit von SPD, KPD und Zentrum gegen die FDP, bei Stimmenthaltung der CDU, am 6. 8. 1948 angenommen worden; vgl. Stenogr. Berichte v. 6. 8. 1948, S. 987.

[275] Vgl. das von „W. H. A. Bishop, Major-General, Acting Regional, Commissioner" unterzeichnete Schreiben der britischen Militärregierung v. 23. 8. 1948 (NRW-Landtagsdrucksache II 631). Im August 1947 sollte bei der Ablehnung d. Sozialisierungsgesetzes, das der Landtag von Schleswig-Holstein am 6. 8. 1947 angenommen hatte, der Landesregierung eine ähnliche Begründung von der Militärregierung gegeben werden. Dazu hatte es im FO geheißen, daß eine solche Begründung „directly conflicts with our ideas on the subject" (FO 371/64372/C11037/194/18).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damit und mit dem anglo-amerikanischen Entflechtungsgesetz Nr. 75 vom 10. November 1948, wonach „the question of the eventual ownership of the Coal and Iron and Steel Industries should be left to the determination of a representative freely elected German government"[276], wurde die britische Niederlage in der Sozialisierungspolitik auch öffentlich eingestanden, wenngleich man der britischen Regierung zubilligen muß, daß sie wenigstens auf dieser Formulierung so hartnäckig bestanden hatte, „as to have prevented agreement without its conclusion", wie Clay Draper berichtete[277].

Auf britischer Seite wurde denn auch das Ergebnis in der Sozialisierungsfrage nicht als Niederlage, sondern als Erfolg gewertet, wie die Sitzung des Kabinetts am 4. November 1948 deutlich macht. Zum erstenmal seit dem 1. Mai 1947 stand das Thema „Sozialisierung der Grundstoffindustrien" im Zusammenhang mit dem Entflechtungsgesetz wieder auf der Tagesordnung. Bevin erläuterte ein Memorandum[278], das sich auf die entsprechende Vereinbarung[279] zwischen Clay und Robertson bezog, wobei er betonte, daß mit „freely-elected German Government" auch eine westdeutsche Regierung gemeint sei, falls es nicht zu einer gesamtdeutschen Regierung komme. Er glaube, so fuhr Bevin fort, daß das Abkommen „carried out the policy approved by His Majesty's Government at the time of the fusion of the British and American Zones" – wobei im Kabinettsprotokoll auf die Sitzung des Kabinetts am 1. Mai 1947 verwiesen wird –, und er beabsichtige daher, Robertson entsprechende Instruktionen zur Unterzeichnung des Abkommens zu geben „subject to his colleagues' view".

Vom Erfolg so überzeugt wie Bevin war allerdings nur ein Teil seiner Kollegen, der sich in der kurzen Diskussion für die Vereinbarung aussprach und Befriedigung („gratification") über die Bereitschaft der amerikanischen Regierung äußerte, eine Übereinkunft zu akzeptieren, „which did not preclude the eventual socialisation of these industries". Eine zweite Ministergruppe wünschte dagegen noch mehr Zeit, um das vorgelegte Memorandum zu prüfen, „particularly in view of the political interest which the agreement would arouse in this country".

Attlee beendete die Diskussion mit dem deutlichen Hinweis, er werde Bevin zur Übermittlung entsprechender Instruktionen an Robertson ermächtigen, falls nicht bis 19.00 Uhr einer der Minister ihm gegenüber den Wunsch geäußert habe, noch weiter über dieses Thema zu diskutieren. Sollte das der Fall sein, werde er für den nächsten Tag eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen[280]. Wie aus einer Fußnote des Kabinettsprotokolls hervorgeht, wurde eine solche Sitzung dann jedoch nicht mehr für notwendig erachtet, und am 5. wurde Bevin von

---

[276] Text des Gesetzes in: Stahltreuhändervereinigung (Hrsg.), Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, München/Berlin 1954, S. 319.

[277] Clay an Draper, 4. 12. 1948, Clay Papers, Dok. Nr. 599.

[278] C. P. (48) 251 v. 3. 11. 1948. CAB 128/13.

[279] Vgl. Anm. 276.

[280] C. M. 68 (48) v. 4. 11. 1948. CAB 128/13.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Attlee ermächtigt, General Robertson die erforderlichen Instruktionen zu geben[281].

Auf dem Weg zur Bundesrepublik

Verfolgt man die Beratungen über die Ruhrfrage, so fällt auf, daß, nachdem einmal die Entscheidung zugunsten der Sozialisierung gefallen war, das Problem der eigentlichen Kontrolle bis zum Sommer 1947 nur noch am Rande erörtert wurde. Der Grund hierfür war „almost entirely political"[282]: Die Briten wollten die Sowjets aus dem Ruhrgebiet fernhalten. Sie lehnten aus diesem Grund auch die französischen Pläne für eine Internationalisierung der Ruhr als undurchführbar ab.

Der Marshallplan gab auch hier den Anstoß zum Überdenken der Position. Ohne die Beteiligung der Westzonen war dieser Plan, der für Großbritannien lebenswichtig war, zum Scheitern verurteilt. Allein die Förderungs- und Exportsteigerung von Ruhrkohle war, worauf dann im Schlußbericht der Marshallplan-Konferenz der sechzehn Nationen in Paris (12. 7. -22. 9. 1947) ausdrücklich hingewiesen wurde, „in der Tat ein wesentlicher Faktor des Wiederaufbaus von Europa". Darüber hinaus galt es, Kohle und Koks gerecht unter *die* Länder zu verteilen, die für ihre Versorgung vom Ruhrgebiet abhängig waren[283]. Diese Abhängigkeit mußte aber in den betroffenen Ländern die Sicherheitsfrage erneut mit aller Schärfe aufwerfen, eine Tatsache, der Großbritannien Rechnung zu tragen hatte, sollten die Verhandlungen in Paris nicht mit einem Fehlschlag enden. Es ging letztlich darum, wie es Orme Sargent formulierte, „to save the Marshall Plan"[284].

Um dieses Ziel zu erreichen, war Großbritannien bereit, unter den veränderten weltpolitischen Verhältnissen des Sommers 1947 das Gespräch über eine internationale Kontrolle wieder aufzunehmen. Die britische Regierung übernahm die Initiative, nachdem der Leiter der britischen Delegation in Paris, Sir Oliver Franks, das Foreign Office hatte wissen lassen, daß die Konferenzteilnehmer – nicht nur Frankreich – eine internationale Kontrolle der Ruhrindustrie befürworteten und daß sich ein entsprechender Hinweis außerordentlich positiv auf das Ergebnis der Konferenz auswirken würde[285].

281 Ebenda.

282 „Internationalisation of the Ruhr". Aufzeichnung v. September 1947; FO 371/64373/C15701/194/18.

283 Vgl. Die Wiedergesundung Europas. Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der sechzehn Nationen, Oberursel 1948 (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd.4), S. 30: „Erklärung der beteiligten Länder, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben".

284 „Proposed International Control of the Ruhr". Aufzeichnung v. 19. 8. 1947: FO 371/64372/C11373/194/18.

285 Vgl. Aufzeichnung Hoyar-Miller v. 18. 8. 1947; ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In London wurde daraufhin eine Formel ausgearbeitet, die, wie es hieß, zum Erfolg der Konferenz beitragen und zeigen sollte, daß man an die ökonomische Integration Europas glaube[286]. Die neue Richtlinie wurde vom „European Economic Co-operation-Committee of Ministers" am 8. 8. 1947 gebilligt[287]. Um nicht „vollkommen negativ" in Paris auftreten zu müssen, sollte die britische Delegation die Erklärung abgeben können, daß es von größter Bedeutung („first importance") sei, die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, „with some form of public ownership", einer internationalen Kontrolle zu unterstellen, um die Nutzung zum Wohle ganz Europas, einschließlich Deutschlands, sicherzustellen. Vor Abgabe dieser Erklärung wollten die Briten allerdings die amerikanische Zustimmung einholen, da man durch das Bizonenabkommen zu gemeinsamer Verantwortung verpflichtet sei[288].

Zu diesér Zustimmung war das State Department nicht bereit; den Anlaß für die Ablehnung lieferte Bidault. Fast gleichzeitig mit dem britischen Vorstoß in Washington hatte nämlich der französische Außenminister im Gespräch mit Clayton zum erstenmal zu verstehen gegeben, daß die französische Regierung ihre Pläne hinsichtlich der Abtrennung der Ruhr bzw. Internationalisierung der Ruhrindustrie aufgegeben habe und daß für Frankreich auch die Frage des Managements bzw. das Problem Sozialisierung oder Privatbesitz nicht mehr von Interesse sei. Frankreich müsse aber darauf bestehen, daß der Zugang zu den Produkten der Ruhr für ganz Europa offen und nicht wie vor dem Krieg von der Entscheidung der Deutschen allein abhängig sei[289]. Dieser Vorschlag, der im Prinzip den Vorstellungen des State Department entsprach, fand in Washington Zustimmung. Man war dort bereit, über die für seine Realisierung notwendige Errichtung einer internationalen Kontrollbehörde zu sprechen, man war aber nicht bereit, sich weiter von Frankreich erpressen zu lassen. Als Erpressung wurde der französische Versuch gewertet, von einer Errichtung dieser Behörde entsprechend den französischen Bedingungen die Zustimmung Frankreichs zu dem zwischen Clay und Robertson ausgearbeiteten Industrieniveauplan für die Bizone, der eine Erhöhung der Produktion auf 90 bis 95% des Standes von 1936 vorsah, abhängig zu machen.

So waren die Amerikaner zwar bereit, Vertreter Frankreichs an den abschliessenden Gesprächen, die am 22. August 1947 in London beginnen sollten, teilnehmen zu lassen und ihnen jede Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes zu

---

[286] Vgl. Anm. 284 und „The Ruhr": Gen 191/7 u. Aktennotiz Hall-Patch v. 8. 8. 1947; FO 371/64372/C11548/194/18.

[287] Gen 192/2. Meeting. CAB 130/27.

[288] Telegr. Nr. 8003 v. 9. 8. 1947. Secret; FO 371/64371/C10820/194/18. Ein Vertreter d. brit. Botschaft wurde am 11. 8. 1947 im State Department vorstellig; FRUS, 1947, II, S. 1037, Fußnote 89.

[289] Clayton an Marshall, 7. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1022 ff. Zum Entscheidungsprozeß auf französischer Seite vgl. Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977, S. 122 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geben, andererseits wurde Douglas am 12. August angewiesen: „You should make it clear that in the absence of fusion of the French zone with the US and UK zones, the US and UK are responsible for and will take final decision on all matters regarding the bizonal area."[290]

Gespräche zwischen Douglas, Bevin und Sargent machten deutlich, daß die britische Anfrage in Washington irrtümlich als Antwort auf dieses französische Manöver interpretiert worden war; tatsächlich waren sich Foreign Office und State Department in der Ablehnung weiterer französischer „Erpressungsversuche" einig und nicht bereit, Frankreich zuzugestehen, „to veto further progress". Die Warnung, die Bidault in Paris gegenüber Douglas geäußert hatte, bei Nichterfüllung der französischen Bedingungen komme es möglicherweise zu einer Regierungskrise, die dann den Kommunisten in die Hände spiele, wurde diesmal als „a good deal of bluff" zurückgewiesen.

Nach Meinung Bevins war unter diesen Umständen die Zeit noch nicht reif, die aufgrund der Marshallplan-Konferenz unternommene Initiative in der Frage der internationalen Kontrolle der Ruhrindustrie weiterzuverfolgen[291]. Der Industrieniveauplan hatte sowohl nach amerikanischer als auch britischer Auffassung nichts mit der von Frankreich gewünschten Ruhrkontrolle zu tun; der Preis für die Befriedigung französischer Sicherheitsbedürfnisse war bedeutend höher: die Fusion der französischen Zone mit der Bizone und das Einschwenken auf die anglo-amerikanische Deutschlandpolitik[292].

Auf der Marshallplan-Konferenz wurde offiziell keine Erklärung hinsichtlich einer internationalen Ruhrkontrolle abgegeben. Bidault wurde am 19. August von Douglas, Caffery (am. Botschafter in Paris) und Clayton davon unterrichtet, daß die Gespräche über die Ruhrfrage nicht fortgesetzt würden[293]; zu einer „some more appropriate time" wolle man aber gern die französischen Ruhrvorschläge wohlwollend prüfen. Bidault war zwar zunächst sehr enttäuscht und sogar verärgert, wurde aber dann durch die Zusicherung versöhnt, man wolle dem State Department empfehlen, daß die Gespräche „so bald wie möglich" nach der Londoner Konferenz aufgenommen werden sollten[294].

---

290 Marshall an Douglas, 12. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1028.

291 Vgl. die Protokolle über diese Gespräche in: FO 371/64372/C11372/C11373/194/18.

292 In einer Besprechung im Foreign Office am 8. 8. 1947 hatte Bevin dies deutlich zu verstehen gegeben. Er hatte u. a. gesagt, „if the French Government showed a desire to combine their Zone with the Anglo-U. S. Zone, he would be prepared to consider favourably the establishment of some sort of international supervisory body to control the Ruhr industries"; Protokoll dieser Sitzung in: FO 371/64372/C11004/194/18.

293 Douglas, Caffery und Clayton hatten in der Woche zuvor ohne Auftrag und Kenntnis ihrer Regierung und „entirely private" Gespräche mit Bidault, Alphand und Monnet geführt, in denen hinsichtlich der Ruhrkontrolle weitgehend Übereinstimmung erzielt worden war; die Franzosen hatten zunächst einen sehr weitreichenden Plan vorgelegt, der eine anglo-frz. Behörde vorsah, die auch Sanktionsbefugnisse haben sollte. Es war dann ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet worden.

294 Caffery an Marshall, 19. 8. 1947; FRUS, 1947, II, S. 1041 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Zeitpunkt bestimmte die französische Regierung selbst. Was seit der Beteiligung Frankreichs am Marshallplan, trotz der Absage der Sowjetunion, allgemein erwartet wurde, trat dann wenig später ein. Bidault informierte Staatsminister McNeil Anfang Oktober 1947 von der Entscheidung der französischen Regierung, „finally to come off the fence on our side", wie McNeil nach London berichtete[295]. Damit waren die Weichen für die bevorstehende Außenministerkonferenz in London gestellt. Es galt nun, mit den Franzosen ein „ ‚program of collaboration' " auszuarbeiten, wie ein Mitarbeiter im Foreign Office das Bemühen bezeichnete, eine gemeinsame Linie der drei Westmächte für diese Konferenz zu finden[296]. Auch dabei zeigte sich, daß die Sicherheitsfrage für Frankreich nichts von ihrer überragenden Bedeutung verloren hatte und daß die französische Regierung mehr an einer permanenten Kontrolle der Ruhr als an einer Fusion ihrer Zone mit der Bizone interessiert war. Der Generaldirektor des Quai d'Orsay, Chauvel, wies am 20./21. Oktober 1947 in Gesprächen mit Bevin, Sargent und Harvey auf das französische Sicherheitsbedürfnis hin. Er übergab einen Plan zur Kontrolle der Ruhr, der im ersten Teil eine Änderung des Abkommens über die Errichtung der „Deutschen Kohlebergbauleitung" vorsah. Demnach sollten zwei Generaldirektoren ernannt (je einer für die Ruhr und das Aachener Revier) und die Befugnisse der Alliierten Kontrollgruppe präzisiert und erweitert werden. Im zweiten Teil wurde die Errichtung einer internationalen Behörde mit weitreichenden Vollmachten vorgeschlagen, die die Kohle- und Koksproduktion verteilen sollte. In diese Behörde sollten die USA, Großbritannien, Frankreich, die Beneluxländer und West-Deutschland Vertreter entsenden[297]. Bevin gab zu verstehen, daß es möglich sein werde, die französischen Wünsche zu erfüllen, allerdings „within the framework of trizonal fusion"[298].

---

[295] Vgl. die Aufzeichnung v. 20. 10. 1947. Secret; FO 371/64373/194/18.

[296] Notiz v. 31. 10. 1947; FO 371/64373/C15074/194/18.

[297] Dieses Memorandum hatte Bidault am 8. Oktober Marshall überreicht; FRUS, 1947, II, S. 683 ff.

[298] Vgl. Aufzeichnungen O. Harvey v. 20. u. 21. 10. 1947; FO 371/64629/C13658/C13793/13613/18.
Über die Form der internationalen Kontrolle hatte man sich auf britischer Seite ebenfalls Gedanken gemacht. Im September hieß es in einem Memorandum, die in der Vergangenheit vorgesehene Kontrolle sei „purely negative" gewesen, nämlich lediglich auf die Überwachung der Deutschland auferlegten Produktionsbeschränkungen ausgerichtet. Einer zukünftigen Kontrollbehörde (USA, UK, Frankreich, Beneluxländer, deutsche Treuhänder) wurden jetzt aber außer Kontrollaufgaben „more positive functions" zugewiesen, nämlich dafür Sorge zu tragen, daß die Ruhrindustrie die sich aus dem Marshallplan ergebenden Aufgaben erfüllen konnte; das betraf sowohl die Produktion als auch die Aufteilung von Kohle, Koks und Stahl. Eine Beteiligung der Sowjetunion wurde von deren Teilnahme am Marshallplan – die Molotow am 2. Juli abgelehnt hatte – und der Herstellung der „wirtschaftlichen Einheit" Deutschlands abhängig gemacht, was einem Ausschluß gleichkam.
Die Argumente, die z. T. in der Vergangenheit gegen die ökonomische Internationalisierung vorgebracht worden waren, hatten auch jetzt nichts von ihrer Gültigkeit verloren:

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Londoner Außenministerkonferenz, die am 25. November 1947 begann, wurde auf westlicher Seite eher als lästige Pflichtübung denn als reale Möglichkeit gesehen, mit der Sowjetunion noch zu einer Einigung in der deutschen Frage zu kommen. Bidault sah schon Anfang Oktober wenig Chancen für einen Erfolg[299]. Bevin äußerte in der Kabinettssitzung vor Beginn der Konferenz, er sei nicht sehr optimistisch. Sollten sich seine Befürchtungen bestätigen, werde er das Kabinett bitten müssen, „to consider a fresh approach to the main problems of our foreign policy"[300].

Einen Tag zuvor hatte er dem O. R. C. ein Memorandum vorgelegt, in dem zum erstenmal ausgesprochen wurde, daß eine Einigung der Konferenz über die Herstellung der „wirtschaftlichen Einheit" Deutschlands – und damit war die politische Einheit gemeint – im Widerspruch zu den britischen Interessen stünde. Die Nachteile, die gegenüber den Vorteilen überwogen, wurden aufgezählt: u. a. hieß es, das Hauptziel der Russen bestehe darin, „to penetrate the Ruhr both politically and commercially"[301].

Auf der Konferenz selbst wurde die Ruhrfrage nur von Molotow angeschnitten, nachdem Bidault am 28. November von Marshall daran erinnert worden war, daß eine internationale Kontrolle unvermeidlich auch die Teilnahme der Sowjetunion an einer solchen Kontrolle impliziere[302]. Bidault verstand den Hinweis. Am 9. Dezember betonte er, er messe einer internationalen Kontrolle der Ruhr Bedeutung bei, allerdings als unerläßlicher Teil eines Friedensvertrages[303] – an den zu diesem Zeitpunkt niemand mehr glaubte. Als Molotow am 12. Dezember die Forderung nach einer Vier-Mächte-Kontrolle wiederholte, wurde die Dis-

---

Würden sich z. B. die ausländischen Vertreter in der Behörde nicht in erster Linie von den Interessen ihres jeweiligen Landes leiten lassen? Dazu hieß es jetzt, man hoffe, daß genau das nicht eintreten werde und daß die Behörde dafür sorgen werde, daß die Industrien in einer Weise geführt würden, „which would already have been agreed by their respective Governments" (vgl. Anm. 282). Diese Form der Kontrolle übernahm Elemente des E. I. P. S.-Plans vom März 1946, den Bevin nie wirklich aufgegeben hat. So hatte er auf dem Parteitag der Labour Party im Mai 1947 den Gedanken geäußert, bei entsprechend hohem ausländischen Besitzanteil an der Ruhrindustrie eine internationale Behörde – zunächst für die Kohlenwirtschaft – zu schaffen (unter Beteiligung von Vertretern d. dt. Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Landtage). Wenn man auf diese Weise Franzosen, Luxemburger, Belgier, Holländer, Amerikaner und Briten zur Zusammenarbeit in der Ruhr bringen könnte, dann, so Bevin, „we would thus integrate the economy of the west to serve Europe as a whole" (Aufzeichnung Henniker für O. Harvey v. 30. 5. 1947; FO 371/64368/C8035/194/18).

299 Vgl. FRUS, 1947, II, S. 684.

300 Cabinet Conclusions (47) 90th Meeting; FO 371/64368/C15188.

301 Top Secret. O. R. C. (47) 50, 22. 11. 1947. Germany, „Economic Unity". CAB 134/599. Das O. R. C. billigte dieses Memorandum auf seiner 8. Sitzung am 24. 11. 1947. Top Secret. Minute 7, Confidential Annex. CAB 134/597.

302 Memorandum of Conversation; FRUS, 1947, II, S. 739.

303 FO 371/64646/C15773/15099/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kussion darüber verschoben[304]. Man hatte sich nichts mehr zu sagen. Bevin war es gleichgültig, ob die Konferenz an Verfahrens- oder Sachfragen scheitern würde; Parlamentsabgeordnete hatten ihm zu erkennen gegeben, daß sie von dem sinnlosen und teilweise unwürdigen Schauspiel, das diese Konferenz bot, „angewidert" waren[305].

Vom Verlauf der Beratungen und der Art und Weise, wie die Konferenz zusammenbrach, wurden, trotz der niedrigen Erwartungen, die Amerikaner überrascht. Die US-Regierung hatte keine klaren Vorstellungen darüber, was nach dem Scheitern der Konferenz geschehen sollte[306] – zumindest war dies der Eindruck der Briten. Sie übernahmen denn auch die Initiative, die zu den entscheidenden Gesprächen am 17. und 18. Dezember führte. Den Briten ging es darum, noch in London für anglo-amerikanisch-französische Deutschlandgespräche eine gemeinsame Arbeitsbasis zu schaffen; sie wollten auf das Scheitern der Konferenz so reagieren können, daß die Sowjetunion daran gehindert wurde, in der Deutschlandpolitik die Initiative zu übernehmen, „in a manner which might be very embarrassing to us", wie es Sargent formulierte[307]. Kernpunkt der britischen Überlegungen war die Errichtung einer provisorischen Zentralregierung (am 8. Dezember zumindest theoretisch noch für ganz Deutschland, danach nur noch für die Trizone) innerhalb der nächsten vier bis sechs Monate (!) mit all den dazu notwendigen Schritten (Ausarbeitung einer Verfassung, vorheriger Erweiterung des Wirtschaftsrats in Frankfurt etc.). Bedenken, daß die Landesregierungen „are delicate plants which might wither away under the shadow of a Central Government", galten nun nicht mehr; dies war ein Risiko, das „could be taken safely", zumal General Robertson versichert hatte, in den Ländern, insbesondere in Bayern und Niedersachsen, existiere ein „abundant healthy patriotism"[308].

Es ging darum, ein demokratisches und wirtschaftlich wie politisch gefestigtes Westdeutschland zu organisieren, das der Ostzone überlegen sein sollte, was auch immer die Russen dort erreichen mochten[309], und zwar so überlegen, daß es gelingen würde, wie es an anderer Stelle einmal hieß, „to attract Eastern Germany away from the Russians by our success"[310].

Von deutscher Seite war dabei mit den geringsten Schwierigkeiten zu rechnen. Christopher Steel beschrieb die Stimmung der Westdeutschen sicherlich richtig, als er am 17. Dezember aus Berlin telegraphierte, sie seien nun „psychologically

---

304 Ebenda, C15917.

305 FRUS, 1947, II, S. 754.

306 Vgl. das Begleitschreiben von O. Sargent v. 8. 12. 1947 für Bevin (mit zwei Memoranden). Top Secret; FO 371/64250/C16198/53/18.

307 Ebenda. Man erwartete die Errichtung einer ostdeutschen Regierung, die möglicherweise für sich in Anspruch nahm, für ganz Deutschland zu sprechen, „in a very short time".

308 Ebenda.

309 Ebenda. Ferner Besprechung im FO am 16. 12. 1947. Top Secret; FO 371/64250/C16171/53/18.

310 Aufzeichnung FO v. 9. 12. 1947; FO 371/64248/C15075/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ready for bold moves"; er äußerte die Hoffnung, daß die Westmächte nicht wieder eine Chance verpassen würden, „as we did immediately after the capitulation"[311].

Der größte Unsicherheitsfaktor blieb Frankreich, dessen Zustimmung nur mit einem Maximum an Sicherheitsgarantien erkauft werden konnte[312]. Hier war, wie Bidault betonte, nach wie vor die Ruhr der Schlüssel zu dem Problem[313]. In seinem Gespräch mit Marshall am 17. Dezember kam die Ruhr praktisch in jedem Satz vor („exuded from every sentence")[314]. Die Amerikaner waren dann auch angesichts der neuen Situation bereit, den Franzosen noch vor Bildung einer deutschen Regierung die Einrichtung einer Kontrolle im Ruhrgebiet zuzugestehen, was allerdings auf energischen Widerstand General Clays stieß. Seiner Meinung nach war es außerordentlich unklug, frühzeitig irgendwelche Verpflichtungen einzugehen. In einigen Jahren, so gab er zu bedenken, könnte sich die Lage vollständig geändert haben; in Frankreich würden vielleicht die Kommunisten regieren oder „we shall want to use the Ruhr as an armament factory for western allies"[315].

Unterstützung erhielt Clay von den Briten, die nach wie vor eine separate Behandlung der Ruhr entschieden ablehnten. Die Ruhr war in ihren Augen Teil des Gesamtproblems: Fusion der Bizone mit der französischen Zone und Bildung einer westdeutschen Regierung; eine gesonderte Behandlung würde in Deutschland als Schritt auf dem Weg zur politischen Abtrennung interpretiert werden und zu Unruhen führen[316]. Als Bevin seinem amerikanischen Kollegen am 18. Dezember die Einrichtung eines anglo-französischen Ausschusses vorschlug, sollte dieser seiner Meinung nach denn auch nicht nur das Ruhrproblem erörtern, sondern „the whole gamut of problems"[317].

Aufgrund der britischen Initiative begannen am 23. Februar 1948 in London deutschlandpolitische Gespräche zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich (seit dem 26. Februar nahmen auch die Vertreter der Beneluxländer teil).

---

311 Telegr. Nr. 1794; FO 371/64277/C16122/76/18. Vgl. auch den vertraulichen Bericht von Hans Kroll, Leiter des beim NRW-Ministerpräsidenten eingerichteten „Sonderreferates F" und außenpolit. Berater des Ministerpräsidenten (1958–1962 Botschafter in Moskau) v. 16. 12. 1947: „Die Lage nach dem Scheitern der Londoner Konferenz"; HStA Düsseldorf, NW 53–72.

312 Eine Zeitlang wurde dabei auch an einen Drei-Mächte-Vertrag zur Entmilitarisierung Deutschlands gedacht. Vgl. C. P. (47) 326, 10. 12. 1947. Top Secret, Cabinet, Possibility of a Three-Power Treaty on German Disarmament.

313 Memorandum of Conversation, Bidault-Douglas, 17. 12. 1947; FRUS, 1947, II, S. 811.

314 Ebenda, S. 820.

315 Aufzeichnung Robertson für Bevin v. 18. 12. 1947 über Gespräch mit Clay; FO 371/64250/C16398/53/18.

316 In diesem Sinne wurde Douglas am 16. 12. 1947 von Hall-Patch unterrichtet. Douglas hatte am 13. 12. vorgeschlagen, die Ruhrfrage „sofort" zu erörtern; Vgl. FO 371/64373/C 16001/194/18. Zur Reaktion Douglas gegenüber Bidault vgl. FRUS, 1947, II, S. 811.

317 Ebenda, S. 817. Die Protokolle der anglo-amerikanischen Gespräche auch in: FO 371/64250/C16389–95/53/18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ruhrfrage blieb eines der zentralen Probleme. Von ihrer Lösung hing der Gesamterfolg der Verhandlungen und damit die Ausarbeitung eines Konzepts ab, das die Errichtung eines fest ins westliche Lager integrierten westdeutschen Staates ermöglichte. Von Anfang an stand außer Frage, daß die Kontrolle der Ruhr in irgendeiner Form sichergestellt werden müsse. Unklar war aber, wie die Kontrolle im einzelnen aussehen sollte.

Sir William Strang erläuterte in einem Vorgespräch mit Douglas noch einmal die britische Haltung hinsichtlich einer langfristigen Lösung[318], die er dann in der (3.) Sitzung am 26. Februar „tentatively" vortrug. Demnach hielt es die britische Regierung zwar für unmöglich, ein detailliertes Programm für eine langfristige Kontrolle der deutschen Schwerindustrie auszuarbeiten, sie zeigte sich aber „opposed to separation of Ruhr and to international management or [international] ownership" und trat andererseits ein für „German public ownership of selected heavy industries" und für „some system of international control of Ruhr" (durch die drei westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Länder), wobei der Umfang der Kontrolle noch nicht festzulegen sei, da dies vom „entire content [of] peace treaty" abhänge. Was die Kontrolle während der Besatzungszeit betraf, so unterstrich Strang den Standpunkt seiner Regierung, daß dies primär die Verantwortung der Besatzungsmächte sei, „from which they could not divert themselves"[319]. Für die Lösung der Besitzverhältnisse in der Ruhrindustrie schlug er, „in order avoid danger German Socialists would be driven into arms of Communists", den schon erwähnten Treuhänderplan vor[320].

Die französische Regierung konkretisierte ihre Vorstellungen am 27. Februar[321]. Am 28. Februar versuchte Massigli, seinen Verhandlungspartnern die Pariser Lösung u. a. mit dem Argument schmackhaft zu machen, sie sei das Mittel „for keeping Soviet influence out", wobei er nicht vergaß, auf kommunistische Zellen im Ruhrgebiet hinzuweisen, die in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hätten und immer noch stark seien[322].

Die amerikanischen Prioritäten sahen jetzt anders aus. Wenn eine Kontrollbehörde errichtet werden solle, dann müsse sie, wie Douglas am 28. Februar deutlich machte, so beschaffen sein, „that Western Germany and Western Europe would be effectively integrated". Sie dürfe auch keinen Strafcharakter haben, damit nicht Bedingungen in Deutschland geschaffen würden, die sie alle zu verhindern wünschten und die lediglich die Verhandlungsposition der Sowjets stärken würden. Die Behörde müsse im Gegenteil den Deutschen das Gefühl geben, sie seien „part of Western Europe instead of turning them east"[323]. Für die USA

---

318 Erstens informelles Gespräch zwischen US- und UK-Delegation am 20. 2. 1948 im India Office. Bericht Douglas an Außenminister Marshall; FRUS, 1948, II, S. 77.

319 FRUS, 1948, II, S. 93 f.

320 FRUS, 1948, II, S. 100.

321 FRUS, 1948, II, S. 97 f.

322 FRUS, 1948, II, S. 98.

323 FRUS, 1948, II, S. 99.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte die wirtschaftliche Integration Westeuropas unter Einschluß Westdeutschlands absolute Priorität. Botschafter Douglas deutete sehr vorsichtig eine Form der Kontrolle an, die in der Kontur den Schuman-Plan vorwegnahm: Er schlug vor, „that international regime might look toward inclusion not only Ruhr but also similar industrial regions of Western Europe"[324]. Für die USA ging es ferner darum, noch zwei weitere Vorstellungen in den Beratungen zu realisieren: Die zu errichtende Kontrollbehörde sollte ihre Arbeit erst nach dem Ende der Besatzungszeit aufnehmen[325]. Außerdem wollte Washington sicherstellen, „that the controlling voice of the US, arising out of its heavy financial contribution should be preserved"[326], damit die amerikanischen Investitionen (etwa 1 Mrd. Dollar bis Ende 1947) effektiv geschützt werden konnten[327].

In der vierten Sitzung der Londoner Konferenz einigten sich die Delegationen darauf, einen Ausschuß (USA, Großbritannien und Frankreich je einen Vertreter) einzusetzen, „to consider and report on the problem of establishment of international regime for Ruhr mining and steel industries"[328]. Nach sechs Sitzungen legte dieser Ausschuß den Delegationen am 4. März einen ersten Bericht vor. Als Zugeständnis an Frankreich konnte die Bestimmung gewertet werden, daß die Kontrollbehörde „so schnell wie möglich, mindestens noch vor der Errichtung einer vorläufigen deutschen Regierung", eingerichtet werden sollte[329]. Dies war ein Punkt, der mit dazu führte, daß General Clay „was shocked at the agreement". Erläuterungen von Murphy trugen dazu bei, daß sich seine Einwände verringerten[330]. Botschafter Douglas hatte nämlich am 6. März in einem Telegramm an Außenminister Marshall erläuternd darauf hingewiesen, es sei völlig klar gewesen, daß der Passus „ 'as soon as possible and at least prior to' means immediately prior to, even one day prior to, the establishment of a provisional government"[331]. Den Briten war es nicht gelungen, eine Bestimmung über die Regelung der Eigentumsfrage aufnehmen zu lassen.

Das zum Abschluß der ersten Phase der Verhandlungen am 6. März veröffentlichte Kommuniqué kündigte die Einrichtung einer internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets an[332]. In der zweiten Phase der Londoner Konferenz, die am 20. April begann, wurde das Dokument über die Ruhrkontrolle nicht mehr we-

---

324 Ebenda.

325 Ebenda.

326 Douglas am 13. 5. 1948 an Marshall; FRUS, 1948, II, S. 245.

327 Darüber hatte sich General Clay schon am 3. 11. 1947 Gedanken gemacht: „... the establishment of an international body to control the Ruhr in the face of the American investment would completely divest us of the financial controls essential to the protection of our investment" (Clay Papers, Dok. Nr. 288).

328 FRUS, 1948, II, S. 100 u. S. 124, Anm. 2.

329 Ebenda, S. 135 ff.

330 Clay Papers, Dok. Nr. 341.

331 FRUS, 1948, II, S. 136.

332 Ebenda, S. 143.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sentlich geändert. Am Nachmittag des 27. Mai einigten sich die Delegationen auf den endgültigen Text[333].

Die Vereinbarung über die Ruhr gehörte zum Kern der „Londoner Empfehlungen", die die Errichtung eines westdeutschen Staates vorsahen. Sie bildeten ein geschlossenes Ganzes, bei dem es nur Zustimmung oder Ablehnung gab, wobei lediglich Frankreich als Unsicherheitsfaktor galt. Im Gegensatz zu den übrigen fünf Regierungen galt es keinesfalls als gesichert, daß die französische Regierung der Vereinbarung von London zustimmen würde. Eine Ablehnung hätte aber nicht nur den vorläufigen Zusammenbruch der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik hinsichtlich der „großen" Lösung bei der Bildung des neuen Staates, d. h. unter Einschluß der französischen Zone, bedeutet, sondern nach Meinung Außenminister Marshalls auch zu „serious repercussions on public opinion" in den USA geführt; eine derartige Situation „would offer dangerous encouragement to Soviet Govt [Government], and would benefit no one but Communists"[334].

Die Befürchtungen bestätigten sich nicht; auch die französische Nationalversammlung billigte das Londoner Verhandlungsergebnis. Damit war der Weg frei zur Errichtung eines neuen deutschen Staates.

Zusammenfassung

Am Ende der Entwicklung stand eine Lösung, die den langfristigen Zielen der britischen Politik weitgehend entsprach. Diese Ziele waren in starkem Maße vom Sicherheitsbedürfnis Großbritanniens bestimmt. Außenminister Bevin brachte dies Anfang 1947 einmal auf folgende Formel: „If we had to define in a single word our aims with regard to Germany security would be this word"[335]. Unter diesem Aspekt zielte die britische Deutschlandpolitik darauf ab: 1. in Deutschland politische Verhältnisse zu schaffen, die die Welt vor einer Neuauflage deutscher Diktatur und aggressiver Politik sicherten; 2. in Deutschland ökonomische Verhältnisse zu schaffen, die Deutschland und der übrigen Welt zum Nutzen gereichten, ohne daß damit gleichzeitig die wirtschaftlichen Grundlagen für eine aggressive Politik gelegt wurden; 3. in Deutschland ein parlamentarisches System zu errichten, das die Realisierung dieser Absichten am ehesten ermöglichte und das, wenn es von den Deutschen akzeptiert wurde, die beste Gewähr für eine dauerhafte Lösung bot; 4. ein Deutschland zu schaffen, das nach Westen orientiert war; 5. den Einfluß der Sowjetunion so weit wie möglich auf den Osten zu beschränken; 6. Frankreich den Wiederaufstieg und eine Position

---

333 Ebenda, S. 285 ff., S. 290 f.

334 Marshall am 7. 6. 1948 an am. Botschaft in Paris; FRUS, 1948, II, S. 320.

335 O. R. C. (47) 16, 24. 2. 1947 „Secret. The Political Organisation of Germany". CAB 134/598.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als stabiles Mitglied der westlichen Demokratien zu ermöglichen; 7. die USA zum frühest möglichen Zeitpunkt fest an Europa zu binden.

Bei der Erreichung dieser Ziele fiel dem Ruhrgebiet aufgrund seiner herausragenden Bedeutung von Anfang an eine besondere Rolle zu. Die Entscheidung zur Sozialisierung der Schlüsselindustrien wurde von sicherheitspolitischen Überlegungen bestimmt. Ideologische Gründe spielten nur eine untergeordnete Rolle. Es ging keineswegs darum, das britische Sozialismusmodell zu exportieren und „to ram socialisation down the Germans' throats".[336]

Es existierte, auch als die Sozialisierung dann im Oktober 1946 öffentlich angekündigt wurde, kein systematisch ausgearbeitetes Sozialisierungskonzept, das mit Energie in die Tat hätte umgesetzt werden können. Zunächst galt es, grundsätzliche Differenzen zwischen dem „linken" Deutschlandminister Hynd und dem Foreign Office über die Art und Weise der Sozialisierung aus dem Weg zu räumen. Die ersten Schritte, die dann über die Absichtserklärungen hinausgehen sollten, scheiterten zunächst nicht an den USA, sondern am Einspruch der westeuropäischen Partner, insbesondere Frankreichs, erst später am amerikanischen Widerstand.

Die USA interessierten sich von Anfang an für ein Mitspracherecht in der britischen Zone, insbesondere im Ruhrgebiet. Auch für sie war das Ruhrgebiet der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas und am schlechtesten geeignet für Sozialisierungsexperimente. Im Sommer 1947 schwenkte das State Department, das bis dahin in der Sozialisierungsfrage eine eher indifferente bis wohlwollende Haltung eingenommen hatte, auf die harte Linie des War Department ein. Dem massiven Druck der Amerikaner mußten sich die Briten beugen, die Sozialisierung wurde „auf Eis gelegt", d. h. Großbritannien war praktisch mit seiner Sozialisierungspolitik gescheitert. Die Revision des Fusionsabkommens vom 17. 12. 1947 besiegelte endgültig und für alle sichtbar die Dominanz der USA in der britischen Zone.

Großbritannien war am stärksten von allen Besatzungsmächten an der Einhaltung des Potsdamer Abkommens und damit an der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit interessiert. Das Nichtzustandekommen dieser Wirtschaftseinheit trug entscheidend dazu bei, daß die britische Zone zu einer Belastung für Großbritannien wurde. Schon seit dem Frühjahr 1946 wurde daher die britische Deutschlandpolitik in hohem Maße von der eigenen finanziellen und ökonomischen Schwäche bestimmt. Der Ausweg war das Zusammengehen mit den USA, auch wenn das in einzelnen Bereichen, etwa der Sozialisierung, die Aufgabe einer eigenständigen Politik bedeutete.

Aus britischer Sicht schien dieser Preis nicht zu hoch zu sein. Überdies gelang es der britischen Politik trotz allem, in wichtigen Bereichen, etwa beim Wirtschaftsrat, der Revision des Industrieniveauplans oder der Londoner Sechs-

---

[336] Brief for the U. K. Delegation, CFM, London, November 1947. Re-Organisation of Iron and Steel Industry; FO 371/65441/CK1537/156/183.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mächte-Konferenz, als „Partner" der USA Positionen zu halten oder gar die Initiative zu ergreifen. Vor allem aber wurde das Problem der Sicherheit im Sinne Großbritanniens gelöst und Frankreich zum – wenn auch schwierigen – Partner in der Deutschlandpolitik gewonnen. Somit wurde der Erfolg der Bizone – erreicht unter Ausschluß der Ostzone – zur Basis anglo-amerikanischer Kooperation in Deutschland und Europa und schuf die Voraussetzungen für die Erreichung der langfristigen Ziele Großbritanniens in Deutschland.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DENISE ARTAUD

DIE HINTERGRÜNDE DER RUHRBESETZUNG 1923

Das Problem der interalliierten Schulden

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Streitkräfte im Jahre 1923 wird zumindest in einem Aspekt von der Geschichtsschreibung einhellig bewertet: alle sind der Ansicht, daß sie ein wichtiger Wendepunkt in der europäischen Geschichte war. Ihre Aufhebung bedeutete in der Tat die Aufgabe der Politik der Stärke gegenüber Deutschland, das Ende einer eigenständigen Außenpolitik Frankreichs, den Beginn des amerikanischen Einflusses auf den Wiederaufbau Europas mittels Dawes-Plan und Bank-Darlehen, aber auch eine Verbitterung des deutschen Nationalgefühls, deren Auswirkungen eine deutsch-französische Versöhnung nicht gerade erleichterten.

Andererseits gehen die Meinungen über die Gründe dieser Besetzung weiterhin stark auseinander. Für einen – allerdings immer mehr schwindenden – Teil war die Entscheidung Poincarés vom Druck der Geschäftswelt beeinflußt, ja veranlaßt worden. Oder sie sei durch seine juristische Engherzigkeit verursacht gewesen, durch seine Weigerung, sich neuen Situationen anzupassen und damit auch zu begreifen, daß die gesamte 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzte Reparationssumme revidiert werden müßte.

Nach anderer Auffassung wiederum war diese Besetzung seit 1919 vorbereitet und angestrebt worden, als Ausdruck und Teil einer Rheinland-Politik, die auf eine Auflösung des Deutschen Reiches hinzielte[1].

Sicher kann man die Existenz einer solchen Rheinland-Politik in gewissen führenden Kreisen Frankreichs ebensowenig leugnen wie den weit vor 1923 liegenden Ursprung der Idee einer Besetzung des Ruhrgebietes. Aber einesteils scheint diese Rheinland-Politik im Herbst 1923, als der passive Widerstand zu zu Ende war, sehr viel mehr Gewicht gehabt zu haben als ein Jahr früher, als Poincaré die Besetzung der Ruhr ins Auge faßte[2]. Andernteils muß noch gezeigt werden, warum sich der Gedanke eines Rückgriffs auf die Gewalt gerade im Jahre 1923 aufdrängte. Die große Schwäche der eben aufgezeigten Interpretationen liegt aber darin, die Ruhr-Affäre auf einen simplen deutsch-französischen Konflikt zu reduzieren, während sie sich doch offensichtlich unter einem sehr viel

---

[1] Vgl. insbesondere Ludwig Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawes Plan, Göttingen 1971; Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

[2] Über die französische Rheinlandpolitik siehe Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 novembre 1918–10 janvier 1925, de l'exécution à la négociation, Paris 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiterreichenden Aspekt abspielte: den Anstrengungen Frankreichs, seine Rolle als Großmacht wiederzugewinnen, nicht nur Deutschland gegenüber, sondern auch gegenüber England und den Vereinigten Staaten. So kann die Entscheidung Poincarés nicht isoliert werden von einer Gegebenheit, die die französischen Staatsmänner dieser Periode ständig beschäftigte und die trotzdem oft von den Historikern vergessen wird, nämlich der Frage der interalliierten Schulden. In diesem Aufsatz soll die von Poincaré im November 1922 getroffene Entscheidung zugunsten einer gewaltsamen Aktion im Zusammenhang mit jener Frage untersucht werden.

Das Scheitern der Londoner Konferenz (August 1922)

Die politische Krise, die zur Ruhrbesetzung führte, begann im Juli 1922 mit der deutschen Forderung nach einem neuen Moratorium für die Reparationszahlungen. Im Laufe der folgenden Monate, besonders während der Konferenz in London, erhob sich in den interalliierten Verhandlungen neben der Frage der Bedingungen, unter denen dieses Moratorium gewährt werden sollte, auch das Problem der Höhe der Reparationen. Für eine wachsende Zahl von Beobachtern war es nämlich offensichtlich geworden, daß die 1921 in London festgesetzte Summe von 132 Milliarden Goldmark die Zahlungs- und Transferkapazität Deutschlands überstieg, und vor allem, daß die Höhe dieses Betrages eine schnelle Abwicklung der Reparationszahlungen durch Aufbringen der Kapitalien ausschloß. Besonders dieser letzte Umstand wurde mit Eklat herausgestellt durch das Anleihe-Komitee, das, von Repräsentanten der amerikanischen, englischen, französischen, deutschen und niederländischen Zentralbanken gebildet, den Auftrag hatte, die Bedingungen für die Auflage einer Anleihe durch Deutschland zu untersuchen, und das am 10. Juni ohne Ergebnis auseinander gegangen war.

Die Haltung des französischen Repräsentanten in diesem Komitee, der als einziger dagegen war, daß seine Kollegen und er selbst die Möglichkeit einer eventuellen Reduzierung der Reparationen untersuchten, ist eines der Anzeichen, die glauben machten, daß die französische Regierung, und vor allem Poincaré, zu dieser Zeit unerbittlich gegen eine Änderung des Zahlungsplanes von 1921 eingestellt gewesen sei. Die französischen Dokumente zeigen allerdings, daß davon in Wirklichkeit nicht die Rede sein kann. Das Finanzministerium, dem Poincaré schließlich recht gab, akzeptierte durchaus die Idee einer wesentlichen Reduzierung der Reparationen, unter der Bedingung, daß sie von einer entsprechenden Reduzierung der interalliierten Schulden begleitet werde. Warum diese Verbindung? Um dies zu erklären, muß an das Gewicht der Kriegsschulden für Frankreich erinnert werden und an die darauf abgestellten leitenden Prinzipien der französischen Politik seit 1919.

Obwohl die Gesamtsumme der französischen Kriegsschulden erst 1926 durch Konsolidierungsabkommen mit der britischen und der amerikanischen Regierung

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Summe auf etwa 65 Milliarden reduzieren. Nun beliefen sich, durch einen seltsamen Zufall, die Personenschäden, die interalliierten Schulden und die C-Obligationen des Reparationszahlungsplans[9] auf ungefähr die gleiche Ziffer: 71 Milliarden Goldmark. Tannery machte infolgedessen den Vorschlag, die Bons der C-Obligationen gegen die interalliierten Schulden aufzurechnen. Die Schwierigkeiten dieses Projekts sah er aber durchaus: die französischen Schulden betrugen weniger als 52% der Gesamtsumme der interalliierten Schulden. Frankreich würde mit den C-Bons einen niedrigeren Prozentsatz haben, als es nach dem Abkommen von Spa zu erwarten hatte. Zur Kompensation schlug Tannery vor, für Frankreich 66% des Gesamtbetrags der A- und B-Obligationen zu verlangen. War das aber für Großbritannien annehmbar, dessen Prozentsatz dadurch im gleichen Maße reduziert werden würde? Ebenso war es wenig wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten die C-Bons als Schuldenzahlung sofort akzeptieren würden. Trotzdem regte Tannery eine Verständigung zwischen allen Schuldnern der USA und Deutschland an, um auf die Washingtoner Regierung Druck auszuüben, sowie den Abschluß einer vorläufigen Übereinkunft zwischen den Europäern, die einen Austausch der C-Bons im Verhältnis der intereuropäischen Schulden vorsehen sollte.

Die Note Tannerys scheint den Finanzminister Lasteyrie stark beeinflußt zu haben. Er erbat eine Stellungnahme der Morgan-Bank zu einem eventuellen Austausch der C-Bons und der interalliierten Schulden, und Parmentier, der im Sommer 1922 nach Washington fuhr, um mit der World War Foreign Debt Commission[10] zu verhandeln, hatte in seinen Akten eine Aufzeichnung über die Notwendigkeit, die deutsche Schuld auf einen Betrag zurückzuführen, der seine Kommerzialisierung erlauben würde: 45 Milliarden Goldmark gemäß den britischen Forderungen, 65 Milliarden gemäß den französischen. Diese Reduzierung müßte selbstverständlich durch den Austausch und die Annullierung der C-Bons und der interalliierten Obligationen kompensiert werden[11].

Man war im Finanzministerium offensichtlich auf der Suche nach einem Kompromiß, der einen Ausgleich erlaubte zwischen den Interessen Frankreichs und der Notwendigkeit, durch eine Reduzierung der Reparationen den internationalen Finanzkreislauf wieder anzukurbeln. Aber diese Projekte stießen am Quai d'Orsay auf große Bedenken. Der stellvertretende Direktor der Handelsabteilung, Seydoux, wußte durch Logan, den offiziellen Repräsentanten der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, daß man in Amerika den Austausch

---

[9] Der 1921 in London vereinbarte Zahlungsplan sah eine Aufteilung der Reparationen in A-, B- und C-Obligationen vor; vgl. Carl Bergmann, Der Weg der Reparation, Frankfurt 1926, S. 102.

[10] Über die aus Vertretern des Kongresses und der Regierung zusammengesetzte amerikanische World War Foreign Debt Commission vgl. Dieter Bruno Gescher, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924, Bonn 1956, S. 102.

[11] Lamont an Morrow, 5. 5. 1922, in: Morrow Papers (Amherst College), Dossier Lamont; Aufzeichnung im Dossier Parmentier, AF F 30/784.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der Auslandswerte vermindert. Aber die Ausgewogenheit der Haushaltsrechnung wurde peinlich eingehalten. Angesichts des Anschwellens der für den Wiederaufbau notwendigen Einfuhren und der Devisenausgänge, die durch die Tilgung der als Handelsschulden behandelten Kriegsschulden entstanden, ergab sich ein Devisenabfluß, der bis zum Beginn der 30er Jahre sehr beträchtlich blieb[6].

So konnte die Rückerstattung der Kriegsschulden für die Ausgewogenheit der Zahlungsbilanz und die Geldwertstabilität bedrohlich werden. Denn ohne stabile Währung, schrieb Jacques Seydoux 1926[7], ist keine „aktive Außenpolitik" möglich. Im übrigen würde die Höhe der Rückzahlungen, wenn alles so bliebe, die Wiederbelebung der Darlehensgeschäfte im Ausland bremsen. Wenn man sich an den Einfluß erinnert, den die russischen Anleihen auf die französische Diplomatie am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatten, so begreift man schnell, daß die Rückzahlung der Kriegsschulden, wie man es auch betrachtet, die Chancen einer „aktiven Außenpolitik" verringern konnte, während England, gleichermaßen geschwächt, seine Aktionsmöglichkeiten sehr wohl behielt und die Vereinigten Staaten ihre finanzpolitische Lehrzeit durchmachten.

Aus allen diesen Gründen verkündete die französische Regierung ab 1919 sehr deutlich, daß sie ihre Schulden nicht abstreite, aber sie nicht bezahlen könne, bevor sie nicht selbst durch Deutschland entschädigt worden sei. Das ist die These von der Priorität der Reparationen vor den Schulden; und die Konsequenz dieser These ist ganz offensichtlich, daß man die Reparationen nicht kürzen könne, ohne die Schulden zu reduzieren.

Die konkrete Anwendung dieser Prinzipien findet man in einer Note, die Tannery, der Chef der Deutschlandabteilung im Finanzministerium, am 30. Januar 1922 vorgelegt hat[8]. Ausgangspunkt dieser Note sind nicht die deutschen Schwierigkeiten, 132 Milliarden Goldmark zu überweisen, sondern das Unvermögen Frankreichs, seinen Anteil (52%) in Gänze aufzunehmen. Die Aufnahmekapazität Frankreichs, sei es in Bargeld oder Produkten, zugrundelegend, schlug er vor, die Reparationen auf etwa 68 Milliarden Goldmark zu verringern. Auf anderem Wege kam er ebenfalls zu einer solchen Summe, die politisch sehr viel leichter zu rechtfertigen war: von den 132 Milliarden Goldmark, die man Deutschland auferlegt hatte, betrafen 71 Milliarden Personenschäden und 61 Milliarden materielle Schäden. Wenn man nun nur die Schäden an Gütern und die Kriegsschuld gegenüber Belgien in die Reparationen einbezog, könnte man

[6] Von 1919 bis einschließlich 1929 hat die französische Regierung 2.322 Millionen Dollar an Handelsschulden zurückerstattet, d. h. für Anleihen, die zwischen 1914 und 1918 bei Banken und neutralen Regierungen aufgenommen worden waren; Archives du Ministère des Finances (künftig zit.: AF) F 30/1438.

[7] Aufzeichnung Seydoux vom 17. 11. 1926; Archives du Ministère des Affaires Etrangères (künftig zit.: AE) B 14–11, XVII. Jacques Seydoux war stellvertretender Direktor der Handelsabteilung im Außenministerium, bevor er 1924 stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung wurde.

[8] Note Tannerys vom 30. 1. 1922; AE, papiers Millerand, dossier 19.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

endgültig festgesetzt wurde, kannte man in Paris ihre ungefähre Höhe – 1919 waren es 5,5 Milliarden Dollar[3]. Man war sich auch im klaren darüber: wenn man von London und Washington keine Zahlungserleichterungen bekommen, oder noch besser eine Verringerung des Schuldenkapitals bewirken könnte, dann würden die inneren und äußeren Finanzverhältnisse Frankreichs erheblich belastet werden, vor allem die inneren Finanzen. Die Psyche der Masse und die Schwäche des französischen Finanzmarktes machten es unmöglich, die Kriegsschulden durch eine interne Staatsanleihe aufzubringen. Eine Auslandsanleihe schien ebenso aussichtslos, nachdem der Keynes-Plan, der dies vorgesehen hatte, von der amerikanischen Regierung im März 1919 verworfen worden war. Die Schulden hätten folglich mittels eines sofortigen fiskalischen Eingriffs zurückerstattet werden müssen. Nun hatte Frankreich aber, im Vergleich zu Deutschland, das während des Krieges keine Auslandsverschuldung eingegangen war und dessen innere Verschuldung sich durch die Inflation verflüchtigte, beträchtliche innere Staatsschulden und demzufolge eine sehr schwere Steuerbelastung. Sie wegen der Rückzahlungen an die Alliierten und Assoziierten noch zu erhöhen, wäre für die öffentliche Meinung kaum erträglich gewesen und vielleicht sogar gefährlich, wenn sie sich auf die Exportpreise auswirkte. Nach Ansicht der französischen Regierung, wie auch mancher amerikanischer Wirtschaftswissenschafter[4], denen zufolge die Reparationszahlungen gerade nur das fiskalische Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland wiederherstellen würden, müßte, damit die Kriegsschulden nicht zu sehr ins Gewicht fallen, jede Reduzierung der Reparationen logischerweise von einer Reduzierung der Kriegsschulden begleitet werden.

Die Rückzahlung der Kriegsschulden brachte auch heikle Probleme hinsichtlich der Außenfinanzwirtschaft mit sich. Tatsächlich waren die französischen Devisenbestände von 7 bis 8 Milliarden Dollar im Jahre 1914 auf höchstens 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1919 zusammengeschmolzen[5]. Da sich die Kriegsschulden auf mindestens 5,5 Milliarden Dollar beliefen, war es ausgeschlossen, sie zu begleichen. Dazu kam, daß die französische Außenhandelsbilanz seit 1865 traditionell defizitär war. Die unsichtbaren Eingänge waren durch die Reduzie-

[3] Nach H. E. Fisk, The Inter-Ally Debts. An Analysis of War and Post-War Public Finance 1914–1923, New York 1924. Knappe Darstellung des Problems der interalliierten Schulden nach dem Ersten Weltkrieg in deutscher Sprache bei Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919–1929 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfram Fischer, Bd. 3), München 1978. Zum allgemeinen Rahmen des Problems vgl. jetzt auch Denise Artaud, La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe 1917–1929, 2 Bde., Paris (Libr. Champion) 1978.

[4] Poincaré an Saint-Aulaire, 29. 6. 1923, in: Documents relatifs aux notes allemandes des 2 mai et 5 juin 1923, Paris 1923; Alpha (Pseud.), Reparations and the Policy of Repudation, An American View, in: Foreign Affairs Vol. I, No. 1, Sept. 1923, S. 55–83.

[5] Die französischen Auslandsinvestitionen beliefen sich im Jahre 1914 auf 45 Milliarden Franc in Gold nach H. Moulton. The French Dept Problem, Washington 1925, dagegen auf nur 38 Milliarden nach den Ausführungen von M. Lévy-Leboyer auf dem Kongreß der Wirtschaftshistoriker in Paris im Oktober 1973.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der C-Bons und der interalliierten Schulden als „lächerlich" beurteilte[12]. Darüberhinaus blieb Seydoux überzeugt davon, daß es nur Böswilligkeit war, die Deutschland davon abhielt, zu zahlen. Auch als Delacroix, der belgische Delegierte in der Reparationskommission, die Annahme eines Plans vorschlug, der dem des Finanzministeriums ähnlich war (Verzicht auf die Kriegsschulden und auf den britischen Anteil der Reparationen, Anleihe von 40 Milliarden Goldmark), erwiderte Seydoux, daß Frankreich und Belgien kein Interesse daran hätten, die Initiative zu ergreifen. Alle Pläne, die eine Reduzierung der Reparationen vorsähen, würden so sehr den Interessen der deutschen Industriellen und der amerikanischen Bankiers dienen, daß man sich unbedingt davor hüten müsse. Für Frankreich und Belgien sei es das klügste, abzuwarten und die Pfänder zu behalten, die sie besitzen[13].

Zwischen den divergierenden Positionen des stellvertretenden Direktors seiner Handelsabteilung und seines Finanzministers scheint Poincaré sich aber für die zweite entschieden zu haben. Als am 7. August die Londoner Konferenz begann, die über die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland zu befinden hatte, drückte der Ministerpräsident die Hoffnung aus, daß man durch eine entsprechende Nutzbarmachung der C-Bons eine angemessene Regelung der interalliierten Schulden erreichen könne. Wenn die Note Balfours nicht darauf abgestellt gewesen wäre, hätte er, so versicherte er, nachdrückliche Vorschläge in diesem Sinne gemacht[14].

Die Balfour-Note, am 1. August an alle Schuldner Englands gerichtet, ist wohlbekannt. Die britische Regierung erinnerte daran, daß sie bereit sei, alle Schuldforderungen, die sie in Europa habe, zu erlassen, wenn die Vereinigten Staaten dasselbe täten. Da aber die Haltung der amerikanischen Regierung eine solche Politik verbiete, sehe sich die Londoner Regierung gezwungen, von ihren eigenen Schuldnern Maßnahmen zur Rückzahlung zu verlangen, wobei sie ausdrücklich von ihnen und Deutschland nur die Beträge verlange, die sie zur Rückzahlung an ihre eigenen Gläubiger, die USA, benötige. Auf den ersten Blick wirkt diese Note generös, weil Großbritannien höhere Forderungen als eigene Schulden hatte und da das vorgeschlagene Verfahren auf eine Reduzierung seiner Aktivschulden hinauslief. Studiert man aber den Kontext dieser Note und ihren Sinn, so wird verständlich, warum sie zu einer Verhärtung der Haltung des französischen Ministerpräsidenten führen mußte.

Die Absendung der Balfour-Note stand in ursächlichem Zusammenhang mit der am 7. Juli von der britischen Regierung getroffenen Entscheidung, eine Mission nach Washington zu schicken, um die Kriegsschulden zu konsolidieren. Aus den britischen Akten ist zu entnehmen, daß diese Entscheidung von zweierlei Beweggründen bestimmt wurde: Einesteils war es notwendig, das Pfund Ster-

---

[12] Aufzeichnung Seydoux vom 15. 3. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 20.

[13] Aufzeichn. Seydoux vom 23. 6. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 21.

[14] Etienne Weill-Raynal, Les réparations allemandes et la France, Bd. II, Paris 1947, S. 201.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ling zu stabilisieren, was unmöglich war, solange die enorme Aktivschuld zugunsten der amerikanischen Regierung bestand. Diese Stabilisierung erforderte aber die Zusammenarbeit mit dem Federal Reserve System[15], eine Kooperation, die wenig wahrscheinlich war, solange die Kriegsschulden nicht festgelegt waren. Im übrigen waren diese Schulden ein Hindernis für die politische Zusammenarbeit der Amerikaner, die jedoch für eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung Europas sehr wesentlich gewesen wäre. Während eines Essens mit den wichtigsten Mitgliedern des britischen Kabinetts, das am 5. Juli in der Downing Street stattfand, erklärte der Botschafter der Vereinigten Staaten, Harvey, daß die Unterzeichnung eines Abkommens über die Schulden die im Laufe des vorangegangenen Winters während der Washingtoner Flotten-Konferenz geknüpfte anglo-amerikanische Verständigung noch fester schmieden würde; die britischen Minister waren von dieser Perspektive ganz offensichtlich fasziniert[16].

Die Entscheidung, die Kriegsschulden zu konsolidieren, war ein bedeutender Wendepunkt in der englischen und ohne Zweifel auch in der europäischen Politik. Seit 1919 schien Großbritannien, gleichzeitig Gläubiger und Schuldner, zwischen diesen beiden Rollen geschwankt zu haben, wenn es auch schon eher zur ersteren neigte. Aber 1922 schöpften die britischen Politiker Hoffnung, daß ihr Land trotz der Kriegsverluste und der Höhe des zu zahlenden Preises durch die Verständigung über die Kriegsschulden mit den USA zu einem weltweiten gemeinsamen Kondominium gelangen könnte. England ging nun endgültig in das Gläubigerlager über. Somit hatte man künftighin in London auch wenig übrig für französische Pläne – wie den von Tannery –, die eine Absprache unter allen europäischen Staaten, einschließlich Deutschlands, vorsahen, um auf die USA Druck auszuüben.

Insofern stand die Balfour-Note, als Folge der Entscheidung vom 7. Juli, sowohl ihrem Sinne wie ihrem Anlaß nach den französischen Plänen genau entgegen. Denn statt den Zusammenhalt zwischen den Alliierten enger zu knüpfen, stellte sie England in die Position eines Schiedsrichters über die Alliierten und Deutschland, die sie wechselseitig haftbar machte für die Summen, die England zur Rückzahlung seiner Schulden brauchte. Wie Keynes zeigte[17], war das eine absurde Lösung, denn je weniger Deutschland zahlen würde, umso schwerer würde es Frankreich treffen.

Darüberhinaus kehrte die Balfour-Note wieder zu der Auffassung zurück, die von Deutschland bezahlten Summen vorrangig für die Rückzahlung der Kriegsschulden zu verwenden. Das, was England vereinnahmte, würde an die

---

[15] Federal Reserve System ist die zentrale Bank- und Kreditorganisation der Vereinigten Staaten.

[16] Public Record Office (künftig zit.: PRO), Cabinet Meeting 7. 7. 1922, Cab. 23/30, FO 4624/236/45.

[17] John Maynard Keynes in: The Nation, 24. 1. 1925.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

USA weitergereicht. Das Geld, das Frankreich erhielt, sollte zwangsläufig teilweise oder ganz zur Deckung der französischen Schulden gegenüber London und zweifellos auch der gegenüber Washington dienen. Die Note Balfours stellte also in gewisser Weise eine Priorität der Schulden gegenüber den Reparationen im eigentlichen Sinne (Reparationen der Schäden) her, während die französische These genau das Gegenteil bezweckte.

Das veranlaßte Poincaré, in London sehr nachdrücklich aufzutreten. Die Balfour-Note, so sagte er am 7. August im wesentlichen, versperre den Weg zu einer Reduzierung und damit zu einer Mobilisierung der deutschen Schuld. Wenn man Deutschland praktisch verbiete, sich durch Anleihen zu entlasten, so müsse man es durch Zwangsmittel zum Zahlen bringen, durch Kontrollen und Faustpfänder. Quintessenz der Äußerungen Poincarés gegenüber der britischen Regierung war also: entweder macht England in der Schuldenfrage ausreichende Konzessionen, um eine den Interessen Frankreichs entsprechende Regelung der Reparationen zu erlauben, oder es geht das Risiko ein, daß Frankreich auf eine isolierte Aktion zurückgreift. Denn die Drohung mit einer isolierten Aktion war vom französischen Ministerpräsidenten nicht nur der deutschen Regierung gegenüber als Druckmittel gedacht, sondern gleichermaßen, um die Londoner Regierung zu einem Vergleich zu bringen. „Ich denke nicht daran, England mit leeren Händen gegenüberzutreten und ihm zu sagen, ich könne nichts machen!", erklärte er im außenpolitischen Ausschuß des Senats am 7. Juni. „So hat man es seit zwei Jahren ständig getan; die Presse hat das zu oft wiederholt, ebenso wie gewisse Politiker. Wenn England weiß, daß wir ohne es gar nichts tun können, dann wird es uns überall hinbringen, wo es will."[18]

Mit anderen Worten, Poincaré blieb dem Prinzip des Vorrangs der Reparationen vor den Schulden treu, das alle französischen Regierungen vor ihm vertreten hatten. Aber durch die Erfahrung gewitzigt, glaubte er im Unterschied zu seinen Vorgängern, daß der Einsatz zu bedeutend sei, als daß es ihm gelingen könne, seine Gesprächspartner durch seine Überredung zu überzeugen. Es schien ihm also notwendig, wie immer in internationalen Angelegenheiten, bereit zu sein, auf die ultima ratio zurückzugreifen, auf die Waffengewalt. Aber wurde diese Sprache im August 1922 von der britischen Regierung verstanden? War sich diese des Ernstes der französischen Situation bewußt und der Notwendigkeit, Konzessionen zu machen, wenn sie den Bruch vermeiden wollte? Hat sie im bejahenden Fall begriffen, daß das beste Mittel, Frankreich zu beruhigen, ein Übereinkommen in der Schuldenfrage wäre?

Die Beratungen des britischen Kabinetts vom 10. August über die Modalitäten eines Deutschland zu gewährenden Zahlungsaufschubs sind darüber sehr aufschlußreich. Nur Lord Curzon, der Außenminister, verlangte, daß die britische Regierung ihr Möglichstes tun solle, um einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Denn in diesem Fall würde Frankreich von Belgien, Italien und der

[18] Archives du Sénat (zit. mit spezieller Genehmigung).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kleinen Entente unterstützt werden und damit imstande sein, Europa seine Politik zu diktieren. England würde dann von neuem so schwere Stunden erleben, wie vor dem Abschluß der Entente Cordiale. Aber nach Meinung des Premierministers, dem der Schatzkanzler und der Lordkanzler zustimmten, würde England nicht isoliert bleiben. Die Vereinigten Staaten, Italien und sogar die Sozialisten und die Flamen in Belgien würden es unterstützen. Im übrigen wäre die Aktion Poincarés nicht durch wirtschaftliche oder finanzielle Notwendigkeiten motiviert, sondern durch parteiische Beweggründe, von dem Wunsch, in Europa eine französische Oberherrschaft zu errichten. Die Sache sei schließlich zu wichtig, als daß England nachgeben könne[19].

Das Kabinett entschied also, dem französischen Standpunkt keine wichtigen Konzessionen zu machen, was geradewegs zum Scheitern der Londoner Konferenz führte. Sie ging am 14. August auseinander, ohne wesentliche Beschlüsse gefaßt zu haben, ja sogar ohne zu einer Übereinkunft über die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland gelangt zu sein. Aber man beschloß, im November erneut zusammen zu kommen, wenn die von den europäischen Regierungen zwecks Konsolidierung ihrer Schulden nach Washington entsandten Missionen zurück und somit die amerikanischen Absichten besser bekannt sein würden[20]. Dieser Beschluß illustriert sehr gut die bremsende Rolle, die das Problem der interalliierten Schulden in der Reparationskrise des Sommers 1922 spielte. Eine zweite Beratung im britischen Kabinett am 14. August zeigte übrigens, daß London entgegen den im Juli gehegten Hoffnungen – als man entschied, dem amerikanischen Schatzamt die Schulden zurückzuzahlen – weit davon entfernt war, eine größere Manövrierfreiheit zur Regelung der europäischen Situation wiederzugewinnen. Denn nun war die britische Regierung hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, ihren Partnern substantielle Vorschläge zu machen, um sich keinen Vorwürfen seitens der öffentlichen Meinung im eigenen wie im Auslande auszusetzen, und dem Unvermögen, irgendetwas Ernsthaftes vorzuschlagen; denn sie riskierte dadurch einen wesentlichen Trumpf zu verlieren, der ihr dann tragischerweise auf dem internationalen Schachbrett fehlen könnte, wenn sich die Auseinandersetzungen über die europäische Ebene hinaus ausweiten, das heißt die Vereinigten Staaten einbeziehen würden.

Diese halbe Lähmung des britischen Kabinetts äußerte sich zunächst in der Entscheidung, mit den Vereinigten Staaten gemeinsames Spiel zu machen, gewissermaßen „in den Klub der Gläubiger" einzutreten. Aber sie hatte andere Gründe, insbesondere eine falsche Einschätzung des Charakters von Poincaré. Man war in London nahe daran zu glauben, der französische Ministerpräsident bluffe nur. Außerdem waren Lloyd George und andere Mitglieder des Kabinetts der Meinung, ein etwaiger Bruch wäre für Großbritannien weniger nachteilig als für Frankreich. Seit 1919 sei man nur von einer Konzession zum anderen Kompromiß

---

[19] PRO, Cab. 23/30.

[20] E. Weill-Raynal, a. a. O., S. 223.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegangen. Es würde ohne Zweitel ganz gut sein, Frankreich endlich einmal in die Enge zu treiben und ihm so seine Grenzen, nämlich die Unmöglichkeit eines Alleingangs, zu zeigen. Man könnte meinen, die britische Regierung richtete sich absichtlich auf eine Politik des Schlimmsten ein. Tatsächlich wäre es richtiger zu sagen: sie war zweifellos überzeugt, das Schlimmste würde nicht eintreten, da sie die Trümpfe und den Willen zum Gegenangriff auf der anderen Seite weidlich unterschätzte. Wenn man sich aber weigert, das Unglück abzuwenden, riskiert man dann nicht, es umso sicherer hereinbrechen zu lassen?

Von der Londoner zur Pariser Konferenz (August 1922–Januar 1923)
Die französisch-britische Uneinigkeit über die Prozentsätze von Spa

Wenn die britische Regierung blind und taub war gegenüber den französischen Forderungen, so stieß die englische Haltung in Paris kaum auf mehr Verständnis. Die Balfour-Note enthielt für die Schuldner der USA tatsächlich nur Nachteile. Denn Großbritannien hatte gegenüber den Alliierten und Deutschland Forderungen von 68 Milliarden Goldmark und es schuldete den Vereinigten Staaten ungefähr 20 Milliarden Goldmark. Indem es von seinen Schuldnern nur soviel zurückforderte wie es zur Deckung seiner eigenen Schulden brauchte, gewährte Großbritannien de facto einen Nachlaß von zwei Dritteln seiner Forderungen. Aber in Paris sah man die Dinge aus einem ganz anderen Blickwinkel. Der Tenor der Note, so unterstrich man, sei ganz und gar unannehmbar. „Die britische Regierung benimmt sich wie ein amerikanischer Steuereintreiber und wir sind seine Geiseln", schrieb „Le Temps" am 3. August. Jacques Seydoux zufolge war es unzulässig, daß die britische Regierung die Alliierten, Deutschland und Rußland auf die gleiche Stufe stellte, zumal die Zahlungsunfähigkeit des letzteren notorisch sei. Mit echt cartesianischer Logik, die das britische Kabinett sicher nicht bedacht hatte, trieb Seydoux die Note bis zu ihren letzten Konsequenzen, um sie umso besser ablehnen zu können. Wenn die Reparationen, wie alle anderen britischen Forderungen, um zwei Drittel gekürzt würden, würde der Anteil Frankreichs auf 23 Milliarden Goldmark zurückgestutzt werden. Frankreich würde dann nicht einmal die Mittel wiedererlangen, die es für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgegeben hat (25 Milliarden Goldmark), und obendrein behielte es seine Schuldenlast gegenüber den USA, während Großbritannien entlastet wäre[21]. In gewissem Maße unterstellte Seydoux damit der Note Balfours einen Sinn, den sie offensichtlich nicht enthielt. Aber weil die britische Regierung mit dieser in erster Linie für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmten Note nur die globale Reduzierung ihrer Forderungen im Auge hatte, hat sie verschwiegen, auf welche Weise sie diese Reduzierung durchzuführen

[21] Aufzeichn. Seydoux vom 3. und 17. 8. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 22.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedachte. Damit hat sie in Europa allem Argwohn die Schleusen geöffnet. Die Kommentare von Seydoux sind dafür nur ein gutes Beispiel.

Die offizielle Antwort Poincarés vom 1. September auf die englische Note warf der britischen Regierung vor, die Solidarität der Kriegszeit gebrochen zu haben, und formulierte die französischen Gegenvorschläge: Einberufung einer interalliierten Konferenz, die die Schulden und die Reparationen gemeinsam regeln sollte. Frankreich würde hierbei bereit sein, auf alle Forderungen gegenüber Deutschland zu verzichten, die über das für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendige hinausgingen, vorausgesetzt, daß die Priorität der Reparationen über die Schulden anerkannt werde und daß man bei diesen eine den Kriegslasten angemessene Aufteilung vornehme[22].

Seit 1919 war die Formel „angemessene Aufteilung der Kriegslasten" im französischen politischen Sprachgebrauch eine harmlose und geschickte Umschreibung für die Forderung nach Annullierung der Schulden. Die Antwort Poincarés zeigt also, daß Frankreich es akzeptieren würde, die Reparationen zu kürzen – bis auf 55 oder 65 Milliarden Goldmark[23] –, wenn Großbritannien gleichermaßen auf die Rückzahlung der Pensionskosten verzichtete und die Schulden annulliert würden. Die französischen Vorschläge hinsichtlich der Reparationen waren also als Basis für eine Diskussion durchaus geeignet. Mit einer Zustimmung zur Annullierung der Schulden hätte Großbritannien die europäischen Finanzprobleme zweifellos aus der Sackgasse führen können. Es hätte vor allem die Gelegenheit gehabt, die französische Regierung „in die Enge zu treiben", indem es von ihr den Nachweis verlangte, daß die Reparationen nur dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dienten und in keiner Weise als Mittel für die Errichtung einer französischen Vorherrschaft über Deutschland und das Ruhrgebiet verwendet würden. Andererseits forderte Poincaré mit seiner Antwort auf die Balfour-Note die britische Regierung auf, sich nicht mehr mit Absichtserklärungen zu begnügen, sondern zum Handeln überzugehen. Er erinnerte sie besonders daran, daß die Zusammenkunft einer interalliierten Konferenz über die Schulden und Reparationen, die man im Prinzip im August vereinbart habe und die die französische Regierung erneut offiziell vorschlage, von ihr abhänge.

Aber in London empfand man die französische Antwort als „sehr unangenehm", man war mehr als je auf Zeitgewinn bedacht. Im Herbst 1922 beschleunigte sich der Sturz der Mark[24] und die finanzielle Katastrophe in Deutschland schien unmittelbar bevorzustehen. Bei dieser Perspektive schien es illusorisch und verfrüht, eine Übereinkunft über eine definitive Reparationssumme und damit auch über die Schulden abzuschließen. Jetzt auf Rechte aus früheren Verträgen oder auf die während des Krieges gewährten Darlehen zu verzichten, hieße für

[22] Die Antwort Poincarés an die britische Regierung wurde in der Presse veröffentlicht, vgl. Le Temps vom 3. 9. 1922.

[23] Die Berechnungen in den französischen Akten bewegen sich gewöhnlich zwischen diesen beiden Ziffern.

[24] Im Juni 1922 bekam man für einen Dollar 493 Mark, im Oktober schon 4 000 Mark.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die britische Regierung „die Beute ins Nichts zerrinnen lassen", wie sich Bradbury[25], der britische Delegierte bei der Reparationskommission, ausdrückte. Denn der deutsche Kredit sei so tief gefallen, schätzte er, daß man, um ihn wieder herzustellen, die Reparationen auf 25 Milliarden Goldmark reduzieren müsse. Das würde für Frankreich unannehmbar sein und wäre obendrein für die Alliierten ein schlechtes Geschäft: wenn Deutschland eines Tages wieder auf eigenen Beinen stehe, könnte es sehr viel mehr bezahlen. Mit anderen Worten: akzeptiere man, wie Poincaré vorschlug, daß die Reparationen auf 40 Milliarden Goldmark[26] reduziert werden sollten, und verzichte man als Gegenleistung auf die Schuldforderungen Großbritanniens und seinen Anteil an den Reparationen, so würde das für die britische Regierung einerseits eine ungenügende Konzession sein, weil es nicht ausreichen würde, den deutschen Kredit wieder hochzubringen, und zugleich eine übermäßig hohe Konzession, weil es sie bei den entscheidenden Verhandlungen über die Regelung der Schulden und Reparationen der Zahlungsmittel berauben würde. Diese Regelung würde erst möglich sein, wenn sich die deutsche Situation wieder gefestigt habe und eine Wandlung der amerikanischen Regierung, deren erste Anzeichen Bradbury zu erkennen glaubte, die Annullierung der Schulden erlaube.

Daraus ergeben sich mehrere wesentliche Gesichtspunkte: einesteils weigerte sich die britische Regierung – ganz genau so wie die französische übrigens – vorzeitig auf Rechte aus internationalen Abmachungen zu verzichten, nicht aus juristischem Denken, wie man es oft von Poincaré angenommen hat, sondern mit Rücksicht auf den Charakter der internationalen Beziehungen. Solange die Beziehungen zwischen Staaten auf dem guten Glauben beruhten – das war zwischen Frankreich und England ein Postulat während der zwanziger Jahre –, schloß die Berufung auf die aus seinem offiziellen Engagement hergeleiteten Rechte die Anwendung anderer Druckmittel aus, seien sie nun finanzieller oder militärischer Art. Andererseits schien die diplomatische Situation im Herbst 1922 blokkiert zu sein: sowohl durch Deutschland, das sich weigerte, die erforderlichen Anstrengungen für die Sanierung seiner Finanzen und die Bezahlung seiner Schulden zu machen, und durch die Vereinigten Staaten, die sich der Annullierung ihrer Schuldforderungen widersetzten. Während man also in London fortfuhr, die Chancen eines Wandels der amerikanischen Haltung abzuschätzen, war man in Paris mehr und mehr entschlossen, notfalls mit Gewalt Deutschland dazu zu bringen, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen.

Tatsächlich hatte das Unvermögen Englands, das finanzielle Durcheinander rasch zu klären, indem es die Frage der Schulden und Reparationen im Ganzen

[25] Bradbury an Bonar Law, 23. 10. 1922, PRO FO 371/7486.

[26] Diese Ziffer von 40 Milliarden, die geringer ist als normalerweise in den französischen Dokumenten genannte Summen, hat Bradbury wohl bei den Besprechungen innerhalb der Reparationskommission aufgenommen. Sie bestätigt jedenfalls, daß die französische Regierung sehr wohl eine Reduzierung der Reparationen akzeptierte.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anging, eine Verhärtung der französischen Politik zur Folge. „Im Grunde gibt es für Sie zwei wesentliche Probleme, die interalliierten Schulden und die Ruhr", meinte der italienische Botschafter in Paris, Baron Avezzana, zu Seydoux[27]. Weil sie keinen Ausweg aus ihren finanziellen Problemen durch die Regelung ihrer Auslandsverschuldung fand, sah sich die französische Regierung unvermeidlich auf die einzige Lösung hingetrieben, die ihr zu bleiben schien: die Pfandnahme. Am 16. Oktober gab Poincaré dies dem Botschafter in London, Saint-Aulaire, zu verstehen, wobei er erneut bekräftigte, daß er den britischen Wunsch nicht akzeptieren könne, die Konferenz über die interalliierten Schulden, die in Brüssel zusammentreffen sollte, bis zur Rückkehr aller Finanzmissionen aus Amerika zu verschieben. „Wir können diese Ausflüchte nicht annehmen ... Wenn sie [die britische Regierung] sich zu der von uns seit August verlangten Konferenz nicht bereit zeigt, muß sie damit rechnen, daß wir in eine von ihnen wie von uns gleicherweise befürchtete Lage gedrängt werden: wir wären gezwungen, allein zu handeln, weil sich unsere Alliierten nicht rechtzeitig mit uns verständigen wollten."[28]

Noch andere Faktoren führten zur Verhärtung der französischen Politik. Beim Studium der Akten Millerands[29] kann man eindeutig feststellen, daß die ab November in den Elysée-Palast gelangenden Berichte und Ratschläge alle die Notwendigkeit betonen, die Situation durch einen Kraftakt zu lösen. Die wachsende Überzeugung, daß Großbritannien eine globale und zufriedenstellende Verständigung über die Schulden und Reparationen verweigern werde, schien schwerer zu wiegen als etwaige ernsthafte Befürchtungen über den Ausgang einer Besetzung der Ruhr. In den letzten Tagen des November entschied sich der Ministerpräsident, den Schritt zu wagen: die Besetzung des Ruhrgebiets schien ihm das einzige Mittel, den Widerstand seiner Gegner zu brechen, denjenigen Großbritanniens inbegriffen. Dieser Gesichtspunkt geht aus einer französisch-belgischen Unterredung am 25. November klar hervor. Poincaré erläuterte die Vorteile einer gewaltsamen Lösung und fuhr fort: Frankreich werde sich der Kohle bemächtigen, die ein ausgezeichnetes Pfand sei, denn „wir rühren damit an die Interessen der Engländer, die Angst vor der deutschen Konkurrenz haben"[30].

Aber es vergingen mehr als sechs Wochen zwischen dem Entschluß Poincarés – der anhand der Papiere Millerands auf die letzten Tage des November 1922 datiert werden kann – und dem Eindringen der französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet. Während dieser Zeit hat der französische Ministerpräsident zweimal den britischen Premierminister Bonar Law getroffen, zuerst in London, dann in Paris. Da erhebt sich die Frage, ob sich bei diesen letzten

---

[27] Aufzeichn. Seydoux vom 22. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

[28] Poincaré an Saint-Aulaire, 16. 10. 1922, ebenda.

[29] Ebenda, Dossiers 23 und 24.

[30] Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Poincaré, Theunis und Jaspar, 25. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begegnungen ein Dialog unter Tauben abspielte, oder ob nicht doch, angesichts der dringenden Gefahr, der Graben zwischen Franzosen und Briten allmählich zugeschüttet wurde.

Man muß wohl vorweg feststellen, daß Poincaré bei dieser Fahrt nach London zweifellos weniger zur Versöhnung geneigt war als im August. Am 5. Dezember prüfte er mit dem Finanzminister die Vorschläge, die auf der Konferenz in London unterbreitet werden sollten und da mußte er sich entscheiden zwischen den Plänen der Rue de Rivoli und denen des Quai d'Orsay[31]. Der Finanzminister legte ihm eine von Tannery vorbereitete Note vor, die von Kleinigkeiten abgesehen, den Grundzügen der Note vom 30. Januar folgte[32]: die deutsche Schuld sollte auf 50 oder 75 Milliarden Goldmark reduziert werden, je nachdem, ob alle oder nur die intereuropäischen Kriegsschulden annulliert würden; die Prozentsätze von Spa sollten zugunsten Frankreichs geändert werden. Seydoux betonte in seinem Vermerk vom 30. November erneut die Priorität der zerstörten Gebiete vor der Schuldenfrage und ließ das Prinzip einer Kompensation zwischen Schulden und Reparationen nur gelten, wenn die A- und B-Obligationen vorher beglichen worden seien. Denn der stellvertretende Direktor der Handelsabteilung fürchtete immer, daß Frankreich von seinen Alliierten im Stich gelassen werden könnte, wenn es darum ging, Deutschland zu zwingen, gekürzte Summen zu bezahlen, die fast ausschließlich Frankreich zugute kommen würden[33].

So zeigte sich aufs Neue der Gegensatz zwischen dem Finanzminister und Seydoux. Der erstere suchte nach einer Gesamtregelung durch eine spürbare Veränderung des Zahlungsmodus von 1921 und der Prozentsätze von Spa, während der Vertreter des Quai d'Orsay gegenüber einer Reduzierung der Reparationen zurückhaltend blieb und aus Furcht vor einer schließlichen Isolierung Frankreichs die bestehenden Abmachungen aufrecht erhalten wissen wollte. Poincaré stellte sich nun am 5. Dezember ohne Umschweife auf die Seite von Seydoux. Solange über den Kern des Problems zwischen den Alliierten keine politische Einigung zu erzielen war, hielt er es für unnütz, neue Kalkulationen vorzuschlagen, wie es der Finanzminister wünschte. Er forderte, sich doch den Realitäten zu stellen: „Wir gehen nach London, um eine Liquidation der interalliierten Schulden zu verlangen; man wird uns sagen, das sei unmöglich. Wir werden dann verlangen, Deutschland zu veranlassen, Kredite aufzunehmen; man wird uns sagen, das sei unmöglich. Nun, dann kehren wir zurück und gehen daran, unsere eigene Politik zu machen. Es ist also unnütz, unter diesen Bedingungen Zahlen vorzutragen."[34]

Als die vier Chefs der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und Italiens am 9. Dezember in London zusammentrafen, machte Poincaré den-

[31] In der Rue de Rivoli befindet sich das französische Finanzministerium, am Quai d'Orsay das Außenministerium.

[32] Note Tannerys vom 1. 12. 1922, AF, F 30/1360.

[33] Note Seydoux vom 30. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

[34] Aufzeichn. über die Besprechung am 5. 12. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch offiziell den Vorschlag, die Bons der deutschen C-Obligationen und die interalliierten Schulden gegeneinander aufzurechnen, sei es indem die französische Regierung sich verpflichte, ihre Schulden aus den Erträgen der liquidierten C-Bons zu begleichen, oder indem sie sofort an ihre Gläubiger einen der Summe der Schuld entsprechenden Anteil an den C-Bons abtrete. Diesen Vorschlag lehnte Bonar Law ab, nicht, wie er betonte, wegen mangelnder Großzügigkeit, sondern weil Großbritannien ebenso große finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu meistern habe wie Frankreich sie durchmache. Die in England herrschende Arbeitslosigkeit sei auf die hohen Steuern zurückzuführen und diese wiederum seien zu einem großen Teil durch die Last der Schulden Englands verursacht. Diese könnten gewissermaßen den Zerstörungen in Frankreich gleichgesetzt werden[35]. Großbritannien könne deshalb keinen Plan akzeptieren, der die Rückzahlung seiner Schulden gegenüber den USA ihm allein auflasten würde. Immerhin erklärte sich Bonar Law bereit – und damit wich er vom Inhalt der Balfour-Note ab –, zuzugestehen, daß Großbritannien weniger von seinen Alliierten und von Deutschland erhalte als es für die Rückzahlung an die USA nötig habe. Das ist sicher eine bedeutende Konzession, aber es bleibt die Frage, ob sie im Detail der Kalkulationsvorschläge ausreichend war, um den Graben zwischen der französischen und der britischen Position zu überbrücken. Das Studium des Plans von Bonar Law – der von Bradbury ausgearbeitet wurde – wird das erweisen. Tatsächlich trennten sich die Alliierten in London ohne formelle Beschlüsse und kamen am 2. Januar in Paris wieder zusammen. Nun war es Bonar Law, der der Konferenz bei Beginn einen Plan vorlegte – der so kompliziert war, daß Carl Bergmann dazu sagte: „Ich möchte lieber die Reparationen zahlen als den Plan Bonar Laws verstehen."[36] Wir werden trotzdem versuchen, seine hauptsächlichsten Bestimmungen zu erklären, und vor allem sehen, was sich daraus für Frankreich und Großbritannien ergab.

Der britische Vorschlag sah vor, Deutschland die Zahlung zweier Serien von Obligationen in Höhe von 50 beziehungsweise 17,3 Milliarden Goldmark zur Auflage zu machen. Die Obligationen der ersten Serie sollten zu 20% (10 Milliarden) zur Bezahlung der Besatzungskosten und zur Bereinigung von Forderungen zwischen den Alliierten dienen. Der Rest (40 Milliarden) sollte nach den Prozentsätzen von Spa verteilt werden, wobei jedoch gewisse Teile von Belgien, Italien und Frankreich zugunsten Englands wieder abgetreten werden sollten, das im Austausch damit seine Kriegsschuldforderungen annullieren würde. Ferner würde England das Gold, das ihm während des Krieges zur Deponierung anvertraut wurde, als Gegenleistung für die Darlehen, die es vor Kriegseintritt der USA gewährte, behalten. Darüberhinaus sollte es das Recht erhalten, nach

[35] „Man müsse sich fragen", erklärte der Premierminister, „ob die Schulden nicht selbst einen Verlust darstellen, der in die Reparationen einbezogen werden sollte." Vgl. Weill-Raynal, a. a. O., S. 312 ff.

[36] Zitiert bei Jacques Seydoux, De Versailles au Plan Young, Paris 1932, S. 193. Siehe auch die knappe Darstellung des Plans bei Bergmann, a. a. O., S. 206 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigenem Ermessen die Reparationsleistungen der anderen ehemaligen Feindstaaten (Österreich, Ungarn, Bulgarien) zu regeln. Was die Obligationen der zweiten Serie betraf (17,3 Milliarden), so sollten sie nach Emittierung zwar entsprechend den Prozentsätzen von Spa verteilt, durch Wiederabtretung aber tatsächlich zur Zahlung der Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten verwendet und deshalb zwischen den verschiedenen Schuldnern im Verhältnis ihrer Schulden verrechnet werden.

Konkret gewährte dieser Plan, den Erläuterungen von Bradbury zufolge[37], England 14,1 Milliarden Goldmark (nach aktuellem Wert), während die englischen Schulden gegenüber den USA 20 Milliarden Mark betrugen. Nach dem britischen Experten deckte der Plan Bonar Laws folglich 70% der britischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten ab, vielleicht bis zu 90%, wenn die amerikanische Regierung die Schulden ihrer anderen Schuldner reduzieren und wenn demzufolge Großbritannien einen größeren Teil der Obligationen der zweiten Serie bekommen würde.

Frankreich seinerseits würde aus den Obligationen der ersten Serie 16,43 Milliarden Goldmark und aus denen der zweiten 3,15 Milliarden, also insgesamt 19,58 Milliarden (nach aktuellem Wert) erhalten. Frankreich würde demnach nur 65% der Beiträge bekommen, die es bisher schon in den Wiederaufbau gesteckt hatte, und nichts für die weiteren Ausgaben. Seine Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten würden zu weniger als 20% abgedeckt werden[38]. Der Plan Bonar Laws bedeutete also eine Veränderung der Prozentsätze von Spa zugunsten Großbritanniens; obwohl er der französischen These einer Priorität der Reparationen gegenüber den Schulden Rechnung trug, hatte er keine Chance, in Paris akzeptiert zu werden. Darüberhinaus verlangte die britische Regierung die Abtretung der während des Krieges in England deponierten Goldvorräte, was den Vereinbarungen von Calais und Boulogne widersprach und für die französischen Politiker unannehmbar schien: wenn dieses Gold nicht mehr zu den Reserven der Banque de France gerechnet würde, wäre ein neuer Kurssturz des Franc zu befürchten[39]. Wenn man schließlich England allein die Regelung der Reparationen Österreichs, Ungarns und Bulgariens überließ, so war zu befürchten, daß es das benützen würde, um seinen finanziellen Einfluß in diesen Ländern auszuweiten.

Der Plan Bonar Laws war also nicht, wie Bradbury schrieb[40], der äußerste Punkt, bis zu dem die englische Regierung Poincaré entgegenkommen konnte,

---

[37] Bradbury an Baldwin, 15. 12. 1922, PRO, FO 371/7490.

[38] Das ist nur eine Annäherungsrechnung, da die französischen Schulden noch nicht genau festgesetzt waren. Hinsichtlich der britischen Schulden ging Bradbury aber gleicherweise vom Nominalkapital der Schulden aus, ohne deren Reduzierung durch die Konsolidation zu berücksichtigen.

[39] Logan an das State Department, 5. 1. 1923, Library of Congress, Washington, Nachlaß Fletcher, Box 9.

[40] Bradbury an Baldwin, 15. 12. 1922, PRO, FO 371/7490.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern eine Replik auf die von diesem eventuell zu erwartenden Vorschläge. Wenn ein Eindringen in das Ruhrgebiet, von London aus gesehen, den ersten Schritt in Richtung einer französischen Hegemonie über Europa bedeutete, so könnte der Plan Bonar Laws ebenso als Mittel zur Wiederherstellung der britischen Vormachtstellung gelten, indem er Großbritannien die Wiedergesundung seiner Währung und finanzielle Einflußnahme in Mitteleuropa ermöglichte. So hat man ihn jedenfalls in Paris aufgefaßt[41].

Wir wollen auf die französische Antwort auf den Plan Bonar Laws nicht näher eingehen[42]. Der eben gegebene Hinweis auf einige Aspekte des britischen Plans genügt, um die Unvereinbarkeit der Positionen Londons und Paris' zu zeigen. Am 4. Januar konstatierten die beiden Regierungschefs ihre Nichtübereinstimmung. Die Konferenz von Paris ging auseinander. Acht Tage später drangen die französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet ein. Man verstehe uns richtig. Wir behaupten keinesfalls, die Ruhrbesetzung sei *ausschließlich* darauf zurückzuführen, daß Paris und London keine Übereinkunft über die interalliierten Schulden finden konnten. Das würde bedeuten, die anderen Elemente der französischen Politik, die dabei doch auch eine Rolle spielten (Rheinlandpolitik, Bedarf an verkokbarer Kohle für die französische Industrie) zu gering zu achten, selbst wenn in manchen Darstellungen ihre Bedeutung übertrieben worden ist. Aber ganz offensichtlich fiel das Problem der interalliierten Schulden bei der Entscheidung Poincarés und dem Bruch im Januar 1923 stark ins Gewicht, direkt wie indirekt, indem dadurch die britischen Absichten aufgedeckt wurden. Denn die französisch-britischen Meinungsverschiedenheiten entstanden nicht nur wegen der Bedingungen, unter denen man Deutschland einen Zahlungsaufschub gewähren könnte, sondern hauptsächlich über der Frage einer eventuellen Reduzierung der Reparationen. Nun zeigen aber die französischen Akten klar, daß die Pariser Regierung einer solchen Reduzierung nicht grundsätzlich feindlich gesinnt war, wenn man einen *modus vivendi* in der Frage der Schulden fände.

Sicher wird man einwenden können, Poincaré hätte den Vorschlag eines Austausches der Bons der C-Obligationen mit den interalliierten Schulden nur gemacht, weil er wußte, daß ihn die Engländer nicht annehmen konnten. Der Vorschlag hätte also nur als Tarnung gedient für die Absichten des Ministerpräsidenten, sich der Ruhr zu bemächtigen, wozu er von den extremistischen Kräften Frankreichs gedrängt wurde. Aber dieser Hypothese steht die Haltung des Finanzministers entgegen, der sich diese Lösung ohne Hintergedanken zu eigen gemacht hatte, da er mit der Reduzierung und Aufbringung der Reparationen einen schnellen Eingang neuer Geldmittel erhoffen konnte und sie ihn der Sorge wegen der Schulden entband. Poincarés bisherige Haltung und sein Charakter schließen die Annahme aus, er habe die Vorschläge seines Finanzministers auf die leichte Schulter genommen und nur als Vorwand, um Zeit zu gewinnen.

---

[41] Poincaré an Jusserand, 5. 1. 1923, AE (Bestand in Neuordnung begriffen).

[42] Vgl. die Darstellung bei Weill-Raynal, a. a. O., S. 346 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenfassend kann man anhand der französischen und britischen Akten wohl feststellen, daß die Ursache der Streitigkeiten zwischen Frankreich und Großbritannien nicht in der Notwendigkeit einer Reduzierung der Reparationssumme lag, auch nicht im Ausmaß dieser Reduzierung, sondern in der Art und Weise wie unter dem Blickwinkel einer Revision der Prozentsätze von Spa die Opfer verteilt werden sollten: der britischen These des Vorrangs der Schulden stand die französische These der Priorität der Reparationen für die zerstörten Gebiete entgegen. Denn worauf Frankreich und England hinzielten, mit Leidenschaft, kann man sagen, war die Wiedergewinnung der Grundlagen ihrer Vorkriegsmacht, um die Dynamik, das Wachstum, ja sogar den Imperialismus des Jahrhundertanfangs wieder aufnehmen zu können. Dem standen nun in Frankreich die Belastungen durch die zerstörten Gebiete und die Auslandsschulden im Wege, in England die Schwäche des Pfundes und der Niedergang der Finanzmacht der City, das heißt die Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Aus diesen Schwierigkeiten gab es nur einen Ausweg: vom Besiegten oder unter Umständen von den alten Verbündeten die zum Ausgleich dieses Nachteils notwendigen Summen zu fordern. Wenn aber Deutschland durch seine Zahlungen nicht allen Genüge tun könnte, wie dann den kleinen Kuchen aufteilen zwischen allen Berechtigten, deren Appetit durch den Sieg und die erwachsenen Bedürfnisse gestiegen war?

Zu diesen Grundgegebenheiten kamen die Besonderheiten des Jahres 1922 hinzu; vor allem die Menschen und ihr Charakter. Lloyd George gab sich der Illusion hin, Poincaré bluffe, und als im Dezember sein Nachfolger Bonar Law begriff, daß er einen Schritt des Entgegenkommens machen müsse, tat er das nur mit großer Knausrigkeit. Da war es überdies – infolge einer fatalen Überschneidung der Geschichte – zweifellos zu spät: Poincaré, der sicher bis zum Sommer, vielleicht auch noch im Herbst den Dialog mit London gesucht hatte, wollte im Dezember nur noch mit einem Pfand in der Hand verhandeln, einem Pfand, das in gewisser Weise gleichwertig war mit dem, das Großbritannien mit den Schuldforderungen gegenüber Frankreich besaß. Um ihn zum Verzicht auf dieses Pfand zu bewegen, hätte es seitens Englands exorbitanter Konzessionen bedurft, eine bedingungslose Kapitulation vor den französischen Forderungen, die offenbar unvereinbar war mit der „britischen Würde".

Schließlich muß man die Gewichtigkeit der amerikanischen Politik in Betracht ziehen. Nach der World War Debt Funding Act vom Februar 1922 und der seitens der amerikanischen Regierung an ihre Schuldner gerichteten Bitte, zur Konsolidierung ihrer Schulden nach Washington zu kommen, konnte die britische Regierung nicht mehr die Verzögerungstaktik weiterverfolgen, die sie seit 1919 betrieben hatte. Entweder mußte sie sich mit den Alliierten und Deutschland zusammentun, um auf die amerikanische Regierung Druck auszuüben und auf diese Weise eine Reduzierung der Schulden zu erreichen. Oder sie entschied sich, aus den von uns genannten Gründen, für den umgekehrten Weg einer Allianz mit den Vereinigten Staaten, was ihr aber für eine Klärung der Situation aus-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reichende Konzessionen verbot. So ist der Wendepunkt, den die Ruhrbesetzung des Jahres 1923 markiert, nur der Reflex einer anderen, entscheidenderen Wendung, die mit der englisch-amerikanischen Annäherung auf der Flottenkonferenz im Februar 1922 begann und im Juli mit dem Entschluß zur Konsolidierung der Kriegsschulden fortgeführt wurde. Von diesem Datum ab wurden die Vereinigten Staaten durch die Schuldenfrage direkt oder indirekt veranlaßt, die Geschichte Europas zu beherrschen, und die deutsch-französischen Beziehungen entwickelten sich von nun an nicht nur im europäischen Kontext, sondern in einem „atlantischen" Rahmen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN S. CONWAY

FRÜHE AUGENZEUGENBERICHTE AUS AUSCHWITZ GLAUBWÜRDIGKEIT UND WIRKUNGSGESCHICHTE

Die Ausrottung des europäischen Judentums während des Zweiten Weltkrieges war der größte Völkermord, der jemals in der Geschichte planmäßig organisiert und ausgeführt wurde. Warum aber war so wenig darüber bekannt und warum wurde auch das wenige kaum geglaubt? Warum wurde so wenig getan, um diese entsetzliche Vernichtung zu verhindern? Nach der Niederlage des Nazismus unternahmen es Überlebende, Verfolgtenanwälte, Journalisten und Historiker, den Vernichtungsprozeß von seinen propagandistischen Anfängen bis zu seinem grauenvollen Ende peinlich genau zu beschreiben. Doch warum werden solche Schilderungen immer noch als Legenden ausgegeben? Die Geheimhaltung der „Endlösung" ist nur eine Teilantwort. Spätestens 1944 war genug darüber bekannt. Während des Krieges dominierten jedoch Unglauben und Skepsis gegenüber sogenannten Greuelgeschichten. Selbst authentische Augenzeugenberichte wurden damals ungläubig zurückgewiesen und in späteren Jahren als lügnerische Machwerke oder als politisch motivierte Fälschungen denunziert. Die Enthüllungen von 1944 über die Massenmorde in Auschwitz bieten ein eindrucksvolles Beispiel für derartige Verhaltensweisen. Obgleich der Name Auschwitz seither ein Synonym für die Barbarei und die Grausamkeiten des Nazismus geworden ist, gibt es immer noch Autoren, die behaupten, es handele sich bei allem um einen bösartigen Schwindel. Anscheinend bedarf es daher immer noch einer Klärung der Frage, wie die Wahrheit über Auschwitz bekannt und wie sie in der breiteren Öffentlichkeit aufgenommen wurde. Waren die persönlichen Erfahrungen von Häftlingen ein glaubwürdiger, unwiderlegbarer Beweis für den Massenmord am Judentum oder mußten und müssen sie als übertriebene Greuelgeschichten angezweifelt werden? Sind sie ein Propagandaprodukt der Kriegszeit oder gar eine Nachkriegserfindung aus politischen Nützlichkeitserwägungen?

Im Herbst 1942 begannen in Deutschland Berichte über von den Nazis in den besetzten osteuropäischen Gebieten gegen Polen, Russen und Juden begangene Greueltaten zu kursieren. Die Mehrzahl der Deutschen wertete sie, fest im Griff der von der Partei gesteuerten Medien, als Fälschungen der feindlichen Propaganda. Auch einige mit empfindlicherem Gewissen betrachteten sie als haltlose Gerüchte und beruhigten sich mit einer der folgenden zwei Erklärungen: Solche Berichte waren entweder zu übertrieben, um glaubhaft zu sein, zumal sie völlig im Gegensatz zum deutschen Charakter standen; wenn sie aber glaubwürdig waren, so konnte es sich nur um vereinzelte Akte handeln, von übereifrigen Untergebenen gegen die Befehle der Führung verübt. „Wenn das der Führer wüßte" – so ging der Refrain, mit dem gutgläubig-bequem unterstellt wurde, daß Hitler

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

solchen Unregelmäßigkeiten schon Einhalt gebieten würde. Selbst in alliierten und neutralen Ländern, wo die Bereitschaft, an Hitlers gute Absichten zu glauben, fehlte, standen dem Durchschnittsbürger keine Mittel zur Verfügung, zwischen absichtlich verbreiteten Geschichten über feindliche Greueltaten und wahrheitsgetreuen Berichten über die Leiden der Nazi-Opfer zu unterscheiden. Nach den hysterischen Ausbrüchen des Ersten Weltkrieges, als zum Beispiel deutsche Truppen beschuldigt worden waren, belgischen Kindern die Gliedmaßen abgehackt zu haben, hatte sich gegenüber allen derartigen nicht verifizierbaren Berichten eine an sich vernünftige Skepsis durchgesetzt. Allerdings: selbst wenn es sich um verbürgte Fälle handelte, konnte oder – wahrscheinlicher – wollte die Mehrheit nicht glauben, was sie erfuhr.

Aus diesem Grunde sind jene Illusionen nicht vor dem Frühjahr 1945 aufgegeben worden. Die bei der Besetzung Deutschlands gemachten Entdeckungen über die Konzentrationslager und das beim Nürnberger Prozeß vorgelegte Belegmaterial waren dann aber unanfechtbare Beweise für die Brutalitäten der Nazis und ihren Plan zum Völkermord an den Juden. Eine Welle moralischer Entrüstung überschwemmte die Welt. Doch zumindest bei einigen Menschen war sie von Gewissensbissen begleitet, weil man früheren Hinweisen auf solche Greuel nicht geglaubt und noch weniger dagegen unternommen hatte. Die Menge der folgenden Literatur über Auschwitz und andere Vernichtungslager bewies nur, daß die Verderbtheit der Nazis sogar noch extremer war, als selbst viele Anti-Nazis es für möglich gehalten hatten. Die Skepsis der Kriegszeit erschien nunmehr nicht nur als unverantwortlich, sondern auch als schuldhafte Pflichtvergessenheit, die mögliche Anstrengungen zur Rettung vereitelt hatte. Die dadurch entstandene Verwirrung trug wenig zur Lösung der Frage bei, wie Wahrheit und Lüge unter den Bedingungen des totalen Krieges unterschieden werden können oder wie der wahre Kern einer zuverlässigen Information aus den beinahe unvermeidlichen Verdrehungen und Übertreibungen politischer Propaganda herausgeschält werden kann.

Die daher nicht restlos ausgeräumten Zweifel an der Echtheit der Quellen samt einer Reihe höchst dubioser persönlicher und politischer Motive waren der Grund dafür, daß Gelegenheitsschriftsteller in den letzten dreißig Jahren mit der Behauptung hervortraten, die Berichte über diese Ungeheuerlichkeiten im allgemeinen und den jüdischen Holocaust im besonderen seien plumpe Übertreibungen. Zwei kürzlich erschienene Bücher, David Irvings „Hitler's War" (Viking Press, New York 1977) und A. R. Butz' „The Hoax of the Twentieth Century"[1], stellen wieder einmal die allgemein anerkannte Meinung über die Judenvernichtung durch die Nazis in Frage, wenn auch mit einer ausführlicheren und anscheinend gelehrteren Untersuchung der Originalquellen, als dies bei frü-

[1] A. R. Butz, The Hoax of the Twentieth Century, Historical Review Press, Chapel Ascote, Ladbroke, Southam (Warwickshire) 1976; The Noontide Press, Torrance (Cal.) 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heren Versuchen der Fall war. Beide behaupten, durch den Wust der auf Hörensagen beruhenden „Beweise", der politisch motivierten Fälschungen und der polemischen Literatur aus den Jahren nach 1945 gedrungen zu sein und die Falschheit der gängigen populären Ansichten aufgedeckt zu haben.

David Irvings Buch ist ein massiver und nicht eben subtiler Versuch, die Alibi-Behauptung, Hitler habe von der Judenvernichtung nichts gewußt, wiederzubeleben. Irving erklärt, Hitler sei von der Führung des Krieges zu sehr in Anspruch genommen gewesen, als daß er sich mit eventuellen Exzessen seiner Paladine hätte beschäftigen können. Das Hauptargument ist negativer Natur: das Fehlen eines von Hitler unterzeichneten, die „Endlösung" autorisierenden Dokuments. Nach peinlich genauer Prüfung der noch vorhandenen Aufzeichnungen und nach Interviews mit Überlebenden aus Hitlers Umgebung kommt Irving zu dem Schluß, daß Hitler bis 1943 weder von den Massenmorden am europäischen Judentum gewußt noch sie gebilligt habe:

> „Hitlers eigene Rolle bei der Endlösung der Judenfrage ist niemals untersucht worden. Deutsche Historiker ... entwickelten plötzlich gewaltige Vorurteile, wenn es um Hitler ging: sie trafen Feststellungen, schufen Legenden und sprachen schuldig, ohne sich auf den geringsten historischen Beweis stützen zu können. Britische und amerikanische Historiker folgten ihrem Beispiel. Andere Schriftsteller zitierten sie. Dreißig Jahre lang beruhte unsere Kenntnis von Hitlers Anteil an den Greueln auf dem geistigen Inzest zwischen den Historikern."[2]

Andererseits leugnet Irving nicht, daß diese Verbrechen stattgefunden haben. Er glaubt vielmehr, daß die Last der Schuld an dem blutigen Judenmassaker bei einer großen Anzahl Deutscher liege, von denen viele noch am Leben seien, und nicht einfach bei einem „verrückten Diktator". Hauptsächlich Heinrich Himmler müsse die Ermächtigung zur Vernichtung der unerwünschten Juden angelastet werden, wenn es auch seine Untergebenen und andere hohe Funktionäre, etwa die Gauleiter im Osten, gewesen seien, die das Programm durch die „Liquidierung" aller arbeitsunfähigen Juden auf die Spitze trieben und die Massenvernichtung in den Gaskammern der Vernichtungslager, die eigens für diesen Zweck gebaut worden waren, sanktionierten. Irvings Versuch, den Führer zu „entdämonisieren", seine Behauptung, Hitler sei in seinen abgelegenen Hauptquartieren tatsächlich abgekapselt gewesen, und seine Versicherung, Hitlers engste Berater hätten um ihn herum eine Mauer des Schweigens errichtet, um ihn daran zu hindern, das, was den Juden geschah, zu erfahren, wären glaubhafter, wenn nur die Frage von geringerer Bedeutung wäre. Doch sie war es nicht. Die „Ausrottung" der Juden gehörte zu Hitlers obersten Lebenszielen. Angesichts der absoluten Vorrangigkeit, die die Judenfrage für Hitler hatte, ist es unzulässig, aufgrund einer winzigen Bemerkung auf einem von Himmlers Telefon-Notizblöcken zu unterstellen, Hitler habe die so getreulich in seinem Namen ausgeführten

[2] D. Irving, Hitler's War. New York 1977, S. XIII.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massenvernichtungen nie beabsichtigt. Und das lahme Zugeständnis, daß Hitlers „offenkundiges Zögern, der Vernichtung von Europas Juden zuzustimmen, ein Geheimnis bleibt"[3], erinnert an den alten Spruch: „Ich habe mich schon entschieden, belästigt mich nicht mit den Tatsachen."

In Wirklichkeit ist Irving ein Sensationsschreiber. Sein detektivischer Spürsinn, mit dem er oft sehr wertvolle Schätze bisher ungenutzter Informationen gehoben hat, übertrifft bei weitem seine Fähigkeit zur analytischen Interpretation. Wie seine früheren Schriften gezeigt haben, hat er sich seit langem das „épater le bourgeois" zur Gewohnheit gemacht. Die deutschen Verleger dieses Buches haben sich geweigert, die strittigen Passagen [aus der Originalausgabe] zu übernehmen: sie stellten einen „Affront gegen die historische Überzeugung" dar. Die unheimliche Faszination durch Hitlers Taten macht die Notwendigkeit, ständig phantastische Vermutungen von genauer Analyse zu trennen, keineswegs überflüssig.

A. R. Butz ist ein sehr viel tendenziöserer Schriftsteller. Nicht nur, daß Hitler an der Anstiftung der Judenmassaker unschuldig war – sie fanden überhaupt nie statt. Vielmehr wurde die breite Öffentlichkeit, die während des Krieges unfähig gewesen war, zwischen Greuelgeschichten und der Wahrheit zu unterscheiden, nach Kriegsende dazu gebracht, die Legende vom Völkermord zu akzeptieren. Im Interesse der damaligen Politik geschaffen und ausgeschlachtet, wurde der Schwindel, daß „sechs Millionen" Juden ermordet wurden, und zwar hauptsächlich in „Gaskammern", als unumstößliche Tatsache angesehen. „Die Fachwelt", so schreibt er, „die der Forscher zu Rate zieht, akzeptiert die Geschichte von der ‚Vernichtung'. Auf Deutschland spezialisierte Geschichtsprofessoren scheinen die Anschuldigung als so fest gegründet zu betrachten wie die Große Pyramide."[4] Einem einsamen Kreuzfahrer gleich, ausgerüstet mit seinen Zweifeln, machte sich Butz auf, zu zeigen, daß die Legende von den mehreren Millionen vergaster Juden eine Fälschung sein müsse.

Um die „jämmerliche Verwirrung" populärer Mißverständnisse durchdringen und mit ihr aufräumen zu können, hat Butz entschlossen jegliche Vorsicht oder sonstwelche praktischen Überlegungen außer acht gelassen. „Wenn ein Gelehrter . . . merkt, daß die gelehrte Welt, aus welchem Grunde auch immer, einer monströsen Lüge zustimmt, dann ist es seine Pflicht, die Lüge aufzudecken, wie immer seine Qualifikationen beschaffen sein mögen" und wenn er auch „mit der gesamten ‚etablierten' Gelehrsamkeit auf diesem Gebiet zusammenstößt"[5]. Indes sollte man doch darauf hinweisen, daß Butz' eigene Qualifikationen für diese Aufgabe dürftig zu sein scheinen. Es ist nicht bekannt, daß er eine Ausbildung zum Historiker hätte, er verfügt über keinerlei Kenntnisse osteuropäischer Sprachen, er hat es unterlassen, noch lebende Zeugen zu befragen, und sein Buch wurde lediglich von einem obskuren Verlag in England und den Vereinigten Staaten

[3] Irving, S. XV.
[4] Butz, S. 6.
[5] Butz, S. 8.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herausgebracht. Dennoch wäre es unklug, Butz' Arbeit ganz und gar zu ignorieren. Zweifellos findet er jetzt und künftig Leser, die seiner ikonoklastischen Herausforderung Glauben schenken. In gewissen Kreisen Deutschlands beispielsweise wird die Tatsache, daß er Amerikaner und ordentlicher Professor – für Elektrotechnik – an einer angesehenen Universität, der Northwestern University (Evanston, Illinois) ist, ihm den Kredit eines „objektiven und respektablen Autors" verschaffen. Indem er die Echtheit der Quellen in Zweifel zieht und eine „Generation inzestuöser Historie" herausfordert, könnte es Butz gelingen, weiteren „Revisionisten" der Endlösung Munition zu liefern. Hier liegt die Gefahr. Butz sollte demaskiert, nicht ignoriert werden.

Nehmen wir Auschwitz als Beispiel. Butz ist überzeugt, daß die Auschwitz-„Legende" zunächst das Produkt einer Greuelpropaganda war und seither unkritisch für die Wahrheit gehalten wurde. Beachtlichen Raum widmet er einer genauen und äußerst kritischen Untersuchung der wichtigsten Quelle, zieht ihre Echtheit in Zweifel und diskreditiert ihre Urheberschaft. Seine radikal-zweiflerischen Unterstellungen zeigen klar genug die Schwierigkeiten, die dem Nachweis von Greueltaten entgegenstehen, und die Mühelosigkeit, mit der falsche und irreführende Schlüsse auf inadäquater Untersuchung oder, wahrscheinlicher, auf politischem Vorurteil basiert werden können.

Wie wurden die Auschwitz betreffenden Tatsachen zuerst in der breiteren Öffentlichkeit bekannt? Beim Nürnberger Prozeß war eines der wiederholt benutzten Hauptdokumente 022-L[6]. Es handelt sich um einen 59 Seiten langen, vervielfältigten Bericht, den das War Refugee Board in Washington, D. C., im November 1944 veröffentlicht hatte. Er besteht aus zwei Augenzeugenberichten, die „beide von dem Geschehen nahestehenden Repräsentanten" stammten; der erste beruhte auf den Erfahrungen zweier junger slowakischer Juden, die im April 1944 aus Auschwitz hatten ausbrechen können (Teil I, S. 1–33), der zweite war von einem nicht-jüdischen polnischen Major (Teil II, S. 1–19). Außerdem behandelte eine spätere, von zwei anderen Entflohenen gemachte Aussage (Teil I, S. 33–40) jene Ereignisse in Auschwitz, die zwischen April und Ende Mai 1944 durchgesickert waren, also die Periode, in der die Vernichtung der ungarischen Deportierten begann. Die Identität dieser Augenzeugen wurde „im Interesse ihrer eigenen Sicherheit" nicht aufgedeckt. Die Bedeutung des gesamten Berichts lag darin, daß hier zum ersten Mal, und mit offizieller Bestätigung, eine detaillierte Beschreibung der Lager Auschwitz und Birkenau vorlag sowie eine Aufstellung über Nummern und Klassifizierung der Gefangenen, die Methoden des Vernichtungsprozesses in den Gaskammern, die Behandlung der nicht zur sofortigen Vergasung bestimmten Häftlinge, und eine sorgfältige Schätzung der Anzahl der in Birkenau in der Zeit von April 1942 bis Juni 1944 vergasten Juden. Merkwürdig ist freilich, daß keiner der Autoren als Zeuge beim Nürnberger Prozeß

[6] Von diesem Bericht wurde in den Nürnberger Dokumentensammlungen nur eine Seite abgedruckt, siehe IMT, XXXVII, S. 433, Dok. 022-L, ferner Nazi Conspiracy and Aggression, Washington 1946/47.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und nicht einmal bei dem späteren Prozeß gegen Adolf Eichmann 1961 geladen war. Diese Tatsache benützt Butz als Beweis für die Behauptung, der Bericht sei ein Schwindel. Die Autoren seien niemals als Zeugen geladen worden, weil sie niemals existiert hätten.

Solche Zweifel habe, so behauptet er, auch der britische Schriftsteller Gerald Reitlinger gehabt, als er 1953 die erste Auflage seines Buches „The Final Solution" besorgte. Die Anonymität der Autoren des War Refugee Board-Berichts sei ein „auffälliges und beunruhigendes Zeichen" gewesen. Deshalb habe Reitlinger, so unterstellt Butz, einen Autor zu „produzieren" versucht, der diesen Greuelgeschichten Glaubwürdigkeit verleihen sollte. Tatsächlich sei es ihm gelungen, einen jungen Mann, Rudolf Vrba, ausfindig zu machen, der damals in Cardiff, „nur 150 Meilen von Reitlingers Zuhause", lebte und der, so die Folgerung, dann – möglicherweise des finanziellen Profits wegen – überredet wurde, Autor des Hauptabschnitts des WRB-Berichts zu „werden". Dementsprechend braute Vrba, so unterstellt Butz weiterhin, seine eigene Version der vergangenen Geschehnisse zusammen, stellte dem Eichmann-Prozeß eine eidesstattliche Erklärung zur Verfügung – die zurückgewiesen wurde – und erschien später beim Frankfurter Auschwitz-Prozeß. Er verfertigte auch (zusammen mit Alan Bestic) ein populäres Buch mit dem Titel „I Cannot Forgive" (1964), das unter anderem anschauliche – doch für Butz unglaubwürdige – Details des Lebens in Auschwitz-Birkenau vermittelte. Später identifizierte er seinen Mit-Zeugen Alfred Wetzler, der mit ihm im April 1944 geflohen war, sowie zwei weitere, ebenfalls geflohene Zeugen, Czeslaw Mordowicz und Arnošt Rosin, deren Aussage in dem Abschnitt des WRB-Berichts über die Zeit von Anfang April bis Ende Mai 1944 enthalten war. Butz sagt, die Glaubwürdigkeit dieser anderen Zeugen sei umso zweifelhafter, als sie nach ihrem Ausbruch zur Tarnung Decknamen angenommen und überdies noch sehr viel länger als Vrba über ihre heroischen Taten geschwiegen hätten. Wenn, wie jetzt behauptet wurde, vier lebende Zeugen zur Verfügung standen – warum waren sie nicht eher hervorgetreten?

Nicht nur die Urheberschaft des WRB-Berichts sei suspekt; Butz glaubt, daß auch sein Inhalt unglaubwürdig sei. Vor allem seien die Alliierten zu ihrer eigenen Unterrichtung nicht auf die wundersamen Ausbrüche ungewöhnlich gut informierter Häftlinge angewiesen gewesen. Informationen über Auschwitz seien vielmehr bereits damals durch geheime Kanäle zugänglich gewesen:

> „Das Innere des Lagers Auschwitz war nicht von den Alliierten isoliert, so sehr man auch die Einbildung strapazieren mag. Der bestfunktionierende Nachrichtendienst der Welt, die Kommunistische Partei, konnte jedwede gewünschte Information zu jedwedem Bestimmungsort weiterleiten . . . Informationen über das Lager, einschließlich, wie behauptet wird, von Kopien aus Berlin oder Oranienburg empfangener Befehle, kamen ständig aus Auschwitz heraus."[7]

[7] Butz, S. 93 f. Vgl. auch Josef Garlinski, Fighting Auschwitz. The Resistance Movement in the Concentration Camp, London 1975, wo die Existenz derartiger Informationskanäle bestätigt wird.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um den WRB-Bericht zu verfassen, sei nicht mehr erforderlich gewesen, als von solchen mit konventionellen Methoden gesammelten Informationen Gebrauch zu machen und ihnen einen beträchtlichen Teil Erfindung hinzuzufügen.

„Die Situation war äußerst günstig für die Herstellung einer auf Auschwitz basierenden Judenvernichtungslüge, die vorsichtshalber genügend wahre Tatsachen enthielt, um gedankenlosen Leuten zu suggerieren, die Behauptungen seien wahr."[8]

Das Motiv für eine solche Erfindung sei augenfällig. Sie sei als ein weiteres Stück Greuelpropaganda erdacht und vom War Refugee Board und dem American Office for Strategic Studies geplant worden, beide stark von Kommunisten und deren Verbündeten von der Jewish Agency infiltriert. Butz behauptet zusammenfassend:

„Jedenfalls ist es offenkundig, daß der WRB-Bericht gefälscht ist. Die im Bericht angeführten Angaben sind nicht solche Informationen, wie sie von Entflohenen hinausgebracht werden, und die Behauptung, daß später zwei weitere Juden entflohen seien, die diese Angaben ergänzten, ist erst recht unglaubwürdig. Statt unmittelbar nach dem Kriege mit angeblichen Autoren des Berichts hervorzutreten, um der Lüge aufzuhelfen, hat man anscheinend angenommen, die ganze Sache habe keine Bedeutung, bis aus irgendeinem Grunde (wahrscheinlich Reitlingers Neugier wegen) sechzehn Jahre nach dem Ereignis ein Autor hervorgezaubert wurde. Die Geschichte dieser Person ist nicht glaubhaft. So wurde die Auschwitz-Lüge geboren."[9]

Butz' ganze Beweisführung beruht also auf seiner Unterstellung, bei der Hauptquelle für die behauptete Ausrottung in Auschwitz habe es sich lediglich um „Greuelpropaganda" gehandelt, die Ende 1944 von einer zionistisch-kommunistischen Verschwörung amerikanischen Ursprungs in Szene gesetzt worden sei. Diese Ansicht wäre glaubwürdiger, wenn seine Angaben korrekt wären. Sie sind es nicht: Erstens sind mindestens vier der Zeugen am Leben und in der Lage, sich für ihre Erfahrungen zu verbürgen[10]; zweitens existieren Kopien ihres Berichts, die mit dem vom WRB veröffentlichten Bericht identisch oder nahezu identisch sind, noch immer in europäischen Archiven, bemerkenswerterweise in Genf und im Vatikan. Eine Untersuchung dieser Texte und der Vergleich mit späteren Ermittlungen beweisen, daß Butz' Argumente irreführend sind und als tendenziöse Polemik abgetan werden können.

[8] Butz, S. 94.

[9] Butz, S. 99.

[10] Es handelt sich um: Dr. R. Vrba, Vancouver, Kanada; F. Wetzler, Bratislava, CSSR; C. Mordowicz, Jerusalem, Israel; A. Rosin, Köln/Düsseldorf, Bundesrepublik Deutschland. Der Verfasser ist Herrn Dr. R. Vrba für seine Mitwirkung besonderen Dank schuldig, da er auf Grund seiner persönlichen Verwicklung in die geschilderten Vorgänge zur Klärung von Details beitragen konnte, wobei er den in seinem Buch (R. Vrba und A. Bestic, I cannot forgive, London 1963) gegebenen Bericht noch ergänzt hat.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Ursprung des Berichts

Am 7. April 1944 entkamen zwei slowakische Häftlinge aus Auschwitz. Alfred Wetzler (mit der auf den linken Oberarm tätowierten Häftlingsnummer 29 192) und Walter Rosenberg, später Rudolf Vrba (Häftlingsnummer 44 070), flohen nach zwei Jahren Gefangenschaft in dem schwer bewachten Lager über die Berge in ihr slowakisches Heimatdorf[11]. Zu dieser Zeit wurde Auschwitz, wie sie wußten, auf die Massenausrottung der restlichen Juden aus Europa vorbereitet, besonders der Juden aus Ungarn, das von den Deutschen im März 1944 gewaltsam besetzt worden war. Die Vorbereitungen für die größte Aktion, die der Vernichtungsapparat des NS-Regimes jemals durchführte, waren weit fortgeschritten; sie sollte mehreren Hunderttausend Juden zwischen dem 16. Mai und Anfang Oktober 1944 das Leben kosten. Seit Januar hatten die NS-Behörden alle Anstrengungen unternommen, um die Kapazität der Auschwitzer Mordmaschine auf täglich 20 000 Opfer zu steigern.

„Es war in Auschwitz kein Geheimnis", versicherte Vrba, „daß diese außergewöhnlichen Vorbereitungen der schnellen Vernichtung der Juden aus Ungarn dienen sollten."[12] Für Vrba und Wetzler war es klar, daß ihre auf eigner Beobachtung beruhenden Kenntnisse von diesen Plänen unverzüglich dazu benutzt werden mußten, ihre jüdischen Brüder vor dem ihnen drohenden Schicksal zu warnen. Die Sorge um ihre eigene Sicherheit ging Hand in Hand mit der Entschlossenheit, die jüdischen Autoritäten in Ungarn und anderswo über die infamen Pläne und Praktiken der Nazis in Kenntnis zu setzen. Sie waren überzeugt, daß dem gesamten Vernichtungsvorgang Einhalt geboten oder daß er zumindest verlangsamt werden könne, indem man den potentiellen Opfern das Geheimnis der „Umsiedlungsgebiete" enthüllte und die Welt im allgemeinen wie die Juden im besonderen über die Vernichtungsmaschinerie aufklärte.

Eben diese Absicht, jüdische Institutionen zu informieren, vor allem jene Komitees, die unter deutscher Leitung zur Mitwirkung an den sogenannten „Umsiedlungsplänen" geschaffen worden waren, veranlaßte Vrba und Wetzler, nicht den leichteren Weg zu wählen und sich den in den Bergen hausenden Partisanen anzuschließen, sondern das Risiko einzugehen, mit slowakischen jüdischen Autoritäten in den dichter besiedelten Gebieten Verbindung aufzunehmen. Am 25. April 1944 gelang es ihnen, Žilina in der nördlichen Slowakei zu erreichen, wo sie in Kontakt mit dem Judenrat der Slowakei, der sogenannten Ústředna Židov, traten; die führenden Mitglieder des Rats, Dr. Oscar Neumann, Ing. Oskar Krasnansky, Ervin Steiner und andere, wurden sofort aus Bratislava herbeigerufen, um die beiden Männer zu befragen[13].

---

[11] Für eine Übersicht über Flüchtlinge aus Auschwitz siehe H. Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 295 ff.

[12] Siehe R. Vrba, Footnote to Auschwitz Report, in: Jewish Currents, März 1966, S. 23.

[13] Oskar Neumanns Autobiographie (Im Schatten des Todes, Tel Aviv 1956) enthält eine vollständige Beschreibung der Aktivitäten des Judenrates und erwähnt die Ankunft Vrbas

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Treffen war spannungsgeladen. Vrba und Wetzler wußten, daß sie die Hilfe des Judenrates brauchten, um die Juden in Ungarn und anderswo wegen der ihnen drohenden Gefahr zu alarmieren. Andererseits wußten sie auch, daß gerade jene Männer, die mit der slowakischen Regierung und mit den NS-Organisatoren der jüdischen „Säuberungen" zusammenarbeiteten, im Jahre 1942 für die Aufstellung von Listen der zur Deportation in „Arbeitslager" bei unbekannten Bestimmungsorten „verfügbaren" Juden mitverantwortlich gewesen waren. Vrba und Wetzler hatten selbst zu den 58 000 slowakischen Juden gehört, die 1942 nach diesen vom Judenrat zur Verfügung gestellten Listen deportiert worden waren. Zu jener Zeit hatte der Rat die Juden zur Willfährigkeit gegenüber den Plänen der Nazis angehalten und mit der Versicherung, bei einem solchen Arbeitsdienst werde niemanden etwas geschehen, vor jeglichem Widerstand gewarnt. Durch die Übernahme der ihnen von den Nazis zugemuteten Aufgaben hofften sie, zumindest noch größere Katastrophen für den Rest der slowakischen Juden abwenden zu können. Das ominöse Schweigen, das den Deportationen folgte, war unheimlich. Doch selbst 1944 hegten sie noch immer die Hoffnung, sie selbst könnten dem gleichen Schicksal irgendwie entkommen. Derartiges Wunschdenken wurde durch die neuen Enthüllungen unmöglich gemacht.

Zunächst reagierten die jüdischen Führer mit skeptischem Unglauben. Die persönliche Glaubwürdigkeit der jungen Männer stand jedoch bald fest, und ihre Aussagen über das Schicksal anderer slowakischer Juden wurden durch die Kopien der den Nazis zur Verfügung gestellten Deportationslisten sowie durch die vom Judenrat selbst aufbewahrten Kopien von Personalausweisen bestätigt. Ihre detaillierte Beschreibung des mechanisierten Massenmordsystems in Auschwitz zwang die Führer des Judenrates, das volle Ausmaß des Ausrottungsprogramms der Nazis zur Kenntnis zu nehmen, und rief eine Reaktion des Entsetzens hervor. Vrba und Wetzler wurden dann angewiesen, in slowakischer Sprache separate Aussagen mit einer Beschreibung der Vorgänge in Auschwitz zu diktieren: der Massenexekutionen, der kommerziellen Verwertung des den Opfern weggenommenen Eigentums und der gesamten Prozedur von Deportation, Selektion und Beseitigung der verbrannten Leichen; ferner sollten sie Einzelheiten über die den Kontinent umfassende Ausrottung von Juden aus allen Teilen Europas nennen, deren Zeugen sie in der Zeit ihrer Gefangenschaft seit April 1942 gewesen waren. Da Vrba erst 20 Jahre alt war, mußte seine Zeugenaussage von einem „verantwortlichen Erwachsenen" beglaubigt werden.

Die beiden in der ersten Person geschriebenen Zeugenaussagen wurden dann zu einem Bericht zusammengefaßt, und jeder der beiden Männer ergänzte ihn mit Details über Vorgänge, die der andere nicht miterlebt hatte. Mit größtmöglicher Schnelligkeit wurde der etwa 60 Schreibmaschinenseiten umfassende Ge-

---

und Wetzlers. Das maßgebliche Werk von Isaiah Trunk, Judenrat, New York 1972, behandelt die Slowakei oder Ungarn überhaupt nicht. Das gilt auch für Lucy S. Dawidowicz, The War against the Jews 1933–1945, New York 1975.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

samtbericht gleichzeitig in slowakischer und deutscher Sprache hergestellt. Die Namen oder auch nur die Decknamen der beiden Verfasser wurden nicht unter den Bericht gesetzt, weniger im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, sondern vor allem deshalb, weil der Judenrat jetzt ihre Aussagen akzeptierte und dem Bericht seinen Rückhalt gab. Dies würde in den Augen der Führer der ungarischen Juden, für die der Bericht bestimmt war, weit mehr zählen. Wie damals in allen derartigen Fällen hing der Wert auch dieses Berichts mehr davon ab, wer sich für seine Echtheit verbürgte, als von der Autorschaft zweier unbekannter und „obskurer" Juden.

Der Inhalt des Berichts

Wie schon erwähnt, enthielt das schließlich veröffentlichte Gesamtdokument drei Abschnitte: die von Vrba und Wetzler Ende April gegenüber dem Judenrat abgegebene und eben skizzierte Erklärung; einen zweiten Bericht, der dem Judenrat Anfang Juni von Rosin und Mordowicz – unabhängig von den beiden ersten Geflohenen – zur Verfügung gestellt wurde, und einen dritten, verfaßt von einem polnischen Major, dessen Identität bis heute nicht ermittelt werden konnte[14]. Es ist auch nicht bekannt, auf welchem Wege dieser letzte Abschnitt des Dokuments in die Hände des Weltjudenrates in Genf gelangte, der ihn, zusammen mit den vorangehenden Abschnitten, den amerikanischen diplomatischen Vertretern in Bern übermittelte[15]. Der bemerkenswerte Zug aller drei Abschnitte ist die Beschränkung auf Tatsachenbeschreibung. Emotionale Sprache oder Kommentare fehlen gänzlich, und abgesehen von einer oder zwei weniger wichtigen Ausnahmen, die auch als solche gekennzeichnet sind, waren die angeführten Einzelheiten von jedem Zeugen selbst beobachtet worden. Diese detaillierten Beschreibungen enthielten auch die Namen vieler Häftlinge und einiger Wachen, womit zum Beweis der Echtheit der Augenzeugenberichte nachprüfbare Identifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden sollten.

---

[14] Er war zweifellos vor 1944 geschrieben worden und seine Existenz konnte den jüdischen Flüchtlingen nicht bekannt sein.

[15] Als der Bericht im November 1944 in Washington veröffentlicht wurde, hielt man die Möglichkeit von Repressalien gegen Häftlinge oder ihre Verwandten für so groß, daß man auf die Nennung von Namen verzichten zu müssen glaubte. So notierte ein Angehöriger des War Refugee Board in einem internen Memorandum vom 22. November: „Vor der Freigabe der Berichte sind Mitarbeiter des Stabes von Mr. Pehle [Direktor des War Refugee Board] Seite für Seite durchgegangen; sie strichen dort die Namen von Personen, die noch am Leben sein und unter Umständen durch eine Veröffentlichung leiden können. Auch überlegten sie gründlich, ob es ratsam sei, Hinweise auf Juden zu streichen, die anderen Juden Grausamkeiten zugefügt haben, doch entschlossen sie sich, in den Originaltext nicht einzugreifen" (War Refugee Board files, Box 6: German Extermination Camps, folder 9). In den anderen erhaltenen Kopien des Berichtes wurden die Namen nicht gestrichen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß diese Berichte, die Butz als das unglaubwürdige Produkt imaginärer Gerüchtemacher bezeichnet, die Wahrheit sagen, wurde später durch eine ungeheure Fülle von Informationen über die Zustände in Auschwitz bestätigt: durch Interviews mit anderen Überlebenden, durch die Masse der erbeuteten deutschen Akten, durch Verhöre von Tätern in leitender Stellung, etwa von Rudolf Höss, der von 1940 bis 1943 als Kommandant von Auschwitz fungierte, durch die Beweise, die der Nürnberger Prozeß erbrachte, und durch gründliche Untersuchungen während der darauffolgenden Jahre[16]. Bestätigung fanden beispielsweise die Angaben über das System der Häftlingsklassifizierung durch verschiedenfarbige, auf die Kleidung genähte Stoffdreiecke, über die Zählung und Tätowierung der zur Arbeit im Lager bestimmten Häftlinge, über die Anlage des Lagers und seine Sicherheitseinrichtungen, über die brutale Behandlung der Häftlinge und die Maßnahmen zur Fluchtverhinderung wie über die Gaskammern, die Krematorien und den Vorgang der „Selektion" für die Exekution.

Einiges davon war natürlich auch damals schon bekannt, freilich in ungesicherter Form. Hilberg hat z. B. darauf hingewiesen, daß die erhebliche industrielle Aktivität in Auschwitz eine ständige Zu- und Abwanderung von Personal zur Folge hatte, das Informationen bis in die hintersten Winkel des Reiches verbreitete[17].

Zumindest unter den polnischen Juden gab es schon vor ihrer Deportation in die Todeslager Vermutungen über ihr wahrscheinliches Schicksal. Und die fragmentarischen Kontakte zwischen den Häftlingen und der Polnischen Heimatarmee sowie anderen Widerstandsgruppen reichten aus, um wenigstens einigen Informationen – allerdings ungenauen oder sensationellen Charakters – weite Verbreitung zu sichern, sogar bis in alliierte Länder. Die Bedeutung der Berichte von 1944 lag darin, daß sie anschauliche und genaue Beschreibungen lieferten, die solche furchtbaren Gerüchte in Tatsachen verwandelten und, selbst für Skeptiker, Details enthielten, die nicht mehr als übertriebenes Gerede weggewischt werden konnten.

Gleichermaßen bedeutsam, vor allem im Hinblick auf eine spätere Nachprüfung, waren jene Abschnitte des Berichts, in denen die Verfasser bis zu diesem Zeitpunkt nur den Nazi-Behörden bekannte Einzelheiten enthüllten, insbesondere die – auf dem fortlaufenden Zählsystem der zur Zwangsarbeit in das Lager verbrachten Häftlinge beruhenden – Berechnungen über Anzahl, Herkunft und „Fracht" der während ihrer eigenen Haftzeit in Auschwitz eingetroffenen De-

[16] Neben den schon erwähnten Arbeiten vgl. vor allem R. Hilberg, The Destruction of the European Jews, New York 1961; R. Höss, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958; H. Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., Olten 1965; B. Naumann, Auschwitz, London 1966; H. Langbein, Der Auschwitz-Prozeß, Frankfurt 1965; J. Sehn, Oswiecim-Brzezinka (Auschwitz-Birkenau) Concentration Camp, Warschau 1961; IMT, insbes. Bd. XI.

[17] Hilberg, a. a. O., S. 623, und Garlinski, a. a. O., S. 55, stellen fest, daß beweiskräftiges Material über die Verhältnisse in Auschwitz der polnischen Widerstandsbewegung und dem polnischen Generalstab in London bereits im November 1940 übergeben wurde.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

portationszüge. Diese Informationen wurden von den zur Arbeit selektierten Häftlingen sorgfältig zusammengetragen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens war es dadurch möglich, die Identität der Nazi-Opfer festzustellen, zweitens hielt sich lange Zeit die Illusion, der Vernichtungsprozeß habe eine obere Grenze, die von den Deutschen nicht überschritten werde. Zunächst glaubte man, daß nicht mehr als 500 000 Menschen „erledigt" werden würden; später revidierte man die Zahl nach oben auf 1 Million. Schon im Jahr 1943 war auch diese Zahl überschritten, und Anfang 1944 wurden Vorbereitungen getroffen, eine weitere Million Juden aus Ungarn zu vernichten. Diese Erkenntnis hatte Vrbas und Wetzlers Entschluß, zu fliehen und jene Tatsachen der Welt zu berichten, so dringlich gemacht.

Auf Grund der Willkür der „Selektion" bei der Ankunft der Transporte in Auschwitz kann die Anzahl der sofort Vergasten, da ihnen keine Häftlingsnummer zugeteilt wurde, nicht mehr rekonstruiert werden[18]. Durch persönliche Teilnahme an den „Selektionen" hatten die beiden Männer beobachten können, daß annähernd 10 Prozent der männlichen und 5 Prozent der weiblichen Deportierten in die Lager verbracht wurden, während man den Rest sofort zu den Gaskammern trieb und dort umbrachte[19]. Durch Überschlagen dieser Ziffern kamen Vrba und Wetzler nach ihrer Flucht zu einer sorgfältigen Schätzung der Gesamtzahl und des auf die verschiedenen Nationalitäten entfallenden Anteils der in Auschwitz-Birkenau in der Zeit von April 1942 bis April 1944 vergasten Juden[20].

Im Anschluß an die Beschlüsse der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 wurde der Fahrplan für die Deportationen und Vernichtungen in Gang gesetzt. Die ersten größeren Transporte trafen im März und April 1942 aus Frankreich und der Slowakei in Auschwitz ein. Die ins Lager eingewiesenen Franzosen wurden von der Nummer 27 400 an gezählt, die Zählung der slowakischen Gruppe (mit Wetzler), die eine Woche später kam, begann mit der Nummer 28 600[21]. Der Bericht führte viele der folgenden Transporte auf, mit den ungefähren Num-

---

18 Zur Diskussion über die Gesamtzahl der ermordeten Juden siehe R. Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Stuttgart 1964; N. Levin, The Holocaust, New York 1968, S. 715 ff. Zu Auschwitz siehe Höss, a. a. O., S. 162 f., und Langbein, Menschen in Auschwitz, S. 78 ff.

19 Höss (a. a. O., S. 159) stellt die Behauptung auf, daß der Prozentsatz der zur Arbeit eingeteilten Häftlinge „durchschnittlich 25–30% bei allen Transporten betrug, allerdings stark variierte". Der polnische Untersuchungsrichter J. Sehn (a. a. O., S. 119) kam auf 10 Prozent. In seiner Aussage beim Auschwitz-Prozeß erklärte Vrba: „Bisweilen wurden 10% der Neuankömmlinge ins Lager gebracht; es variierte stark" (Langbein, Der Auschwitz-Prozeß, S. 77).

20 Diese „sorgfältige Schätzung" wurde auf S. 33 der Veröffentlichung des War Refugee Board abgedruckt und in die Dokumente des IMT übernommen (Bd. XXXVII, S. 433).

21 Vrba und Wetzler gaben an (S. 7), daß der französische Transport 1320 nationalisierte französische Juden aus Paris umfaßte. Henkys (a. a. O., S. 154) datiert die Ankunft des Transports auf den 30. März und beziffert die Anzahl auf 1112.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mern der zur Zwangsarbeit Bestimmten sowie mit kurzen Angaben über ihre Herkunft, ihren Charakter und ihr Schicksal. Diese Auflistungen begannen mit den erwähnten Transporten von März/April 1942 und registrierten die darauffolgenden Transporte bis März 1944, als die Häftlingsnummern 174 000 erreicht hatten. In dem späteren Abschnitt des Berichts, der Ende Mai von den beiden anderen Flüchtlingen hinzugefügt wurde, waren die Einzelheiten über die Transporte bis hinauf zur Häftlingsnummer 198 000 angegeben.

Diese Berechnungen waren notwendigerweise nur approximativ und wurden jeweils bis hundert aufgerundet. Vrbas Kalkulation beruhte auf seiner persönlichen Beobachtung als Mitglied jenes Kommandos, das die dem Transport abgenommenen Gepäckstücke, die Kleidung und die Wertsachen in die „Kanada" genannten Baracken zu schaffen hatte, wo erhebliche Mengen dieser Güter zur späteren Verfrachtung nach Deutschland gelagert wurden[22].

In einigen Fällen fügten Vrba und Wetzler die Daten hinzu, an denen diese Transporte Auschwitz erreicht hatten; im Falle der slowakischen Transporte waren häufig die Namen von Personen erwähnt. Sie berichteten, daß Ende 1942, mit der Nummer 80 000 beginnend, die systematische Ausrottung der polnischen Ghettos einsetzte. Täglich wurden etwa 4 000 Juden in die Gaskammern getrieben. Sie bemerkten auch, daß der Druck der großen Zahl die Deutschen dazu zwang, das System der Verbrennung der Leichen in Massengräbern, die im Wald von Birkenau angelegt worden waren, aufzugeben. Stattdessen wurden nach dem Februar 1943 vier moderne Krematorien in Betrieb genommen, die, in zwei großen und zwei kleineren Gebäuden untergebracht, zusammen eine Kapazität von täglich 6 000 hatten[23]. Bei der Ingangsetzung des ersten neuen Krematoriums im März 1943 waren prominente Gäste aus Berlin anwesend, um die Vergasung und die Verbrennung von 8 000 Krakauer Juden zu beobachten. „Sie waren überschwänglich in ihrem Lob dieser neu erbauten Einrichtung."[24]

Der Vrba-Wetzler-Bericht lieferte auch andere Informationen, die durch spätere Nachforschungen verifiziert wurden, etwa über die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, die Methoden der Einsammlung jüdischen Eigentums und die Anstrengungen der Deutschen, die Deportierten über ihr Schicksal zu täuschen. So gaben sie beispielsweise Einzelheiten über die Transporte jüdischer Familien aus Theresienstadt an, denen bei ihrer Ankunft im September 1943 die Nummern 148 000 bis 152 000 zugeteilt wurden, und die sich „eines uns unbegreiflichen Sonderstatus erfreuten"[25]. Sie wurden nicht der „Selektion" unterworfen, die Familien durften zusammenbleiben und sie wurden angewiesen, ihren Verwandten in Theresienstadt über die gute Behandlung, die ihnen zuteil

---

[22] Zu dieser sog. „Aktion Reinhard" siehe Höss, a. a. O., S. 163 ff., und Langbein, Menschen in Auschwitz, S. 158 ff.

[23] Vgl. Höss, a. a. O., S. 159 ff.

[24] Vrba-Wetzler-Bericht, S. 16.

[25] Ebenda, S. 19.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde, Postkarten zu schreiben. Nach sechs Monaten solcher „Quarantäne" wurden sie alle in die Gaskammern gebracht[26].

Auch andere Versuche der Nazis, die Geschehnisse in Auschwitz zu verheimlichen, wurden aufgeführt, denn ungeachtet der striktesten Befehle zur Geheimhaltung fürchteten die Deutschen, daß Nachrichten über die Greuel durchsickern könnten[27]. So hielten Vrba und Wetzler fest, daß der politischen Abteilung in Auschwitz Anfang 1943 nicht weniger als 500 000 Entlassungsscheine gesandt wurden. „Mit kaum verhohlener Freude dachten wir, daß wenigstens einige von uns freikommen würden. Doch die Formulare wurden einfach nur mit den Namen der Vergasten ausgefüllt und zu den Akten gelegt."[28] Sie waren Zeugen einer weiteren Maßnahme zur Verheimlichung des Ausmaßes der Vernichtungen, als die Lagerbehörden das Ende des wahllosen Mordes an Gefangenen durch die „Kapos" und „Blockältesten" anordneten und diese Berufskriminellen zur Unterzeichnung schriftlicher Erklärungen veranlaßten, sie hätten so und so viele Häftlinge getötet[29].

So erkannten Vrba und Wetzler, daß die Deutschen noch vor ihrer Niederlage in Stalingrad danach trachteten, sich Alibis zu verschaffen, eine Übung, die sich organisatorisch und individuell in den Endstadien des Krieges noch ausweitete und die mit der auf Befehl Himmlers von November 1944 bis Januar 1945 durchgeführten Zerstörung des größten Teils von Auschwitz-Birkenau und der Vernichtung seiner Akten abschloß.

Im Lichte dieser eindrucksvollen Bestätigung kann gesagt werden, daß sowohl das Zeugnis von Vrba und Wetzler wie das des nicht-jüdischen polnischen Majors nicht nur als erste Augenzeugenberichte von Zuständen gelten dürfen, über die nach 1945 eine Fülle bekräftigender Tatsachen bekannt wurde, sondern überdies als Augenzeugenberichte, denen durch die später zugänglichen Informationen keine Ungenauigkeit nachgewiesen werden konnte.

Was mit dem Bericht geschah

Die Vertreter des Judenrats aus Bratislava mußten entscheiden, was mit dieser lebenswichtigen Information zu tun sei. Auf Vrbas Vorstellungen hin versprachen sie, sofort mit den ungarischen jüdischen Führern in Verbindung zu treten,

[26] Vgl. Henkys, a. a. O., S. 155, dagegen Butz, S. 108 f.

[27] Siehe Hilberg, a. a. O., S. 619 ff. Höss gab später selbst zu, daß es unmöglich war, den Schmuggel von Nachrichten in das Lager und aus dem Lager zu unterbinden (a. a. O., S. 99). Anfang 1942 wurde ein schlesischer Mönch aus einem nahegelegenen Kloster, Fr. Karl Golda, von der Gestapo verhaftet, weil er Einzelheiten über die Zustände in Auschwitz zusammengestellt hatte. Er kam ins Lager und starb dort am 14. Mai 1942, wahrscheinlich vom Lagerpersonal ermordet; vgl. Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944, hrsg. von H. Boberach, Mainz 1971, S. 633.

[28] Vrba-Wetzler-Bericht, S. 17.

[29] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um sie vor der Gefahr zu warnen, in der sie schwebten. Gleichzeitig stimmten sie darin überein, daß Maßnahmen ergriffen werden mußten, um den Vernichtungsprozeß in Auschwitz selbst zu stoppen oder wenigstens zu behindern. Auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse wußte Vrba, daß die Bombardierung der nach Auschwitz führenden Bahnlinien eine wirksame Methode sein würde, da die Massenvernichtung vom schnellen und ungehinderten Verkehr der Züge zwischen Ungarn und Auschwitz abhing. Solche Luftangriffe konnten nur die alliierten Mächte durchführen, die daher sofort zu informieren waren.

Am folgenden Tag kehrten die Führer des Judenrats nach Bratislava zurück, wo sie, wie Krasnansky später berichtete[30], den Beschluß faßten, das von Vrba und Wetzler gelieferte Protokoll einer Anzahl anderer jüdischer und nichtjüdischer Institutionen zuzuleiten. Kopien in deutscher Sprache wurden für das Verbindungskomitee in Istanbul vorbereitet, für Nathan Schwalb von der Jewish Agency in Genf, für Dr. Weissmandel, den orthodoxen Rabbi von Bratislava, der seinerseits eine Übersetzung ins Jiddische veranlaßte, die er seinen orthodoxen Verbindungsleuten in der Schweiz zu schicken versprach, und für den Vertreter des Vatikans in Bratislava, der sie dem Papst übermitteln sollte. Zwar ist nicht klar, wann die Berichte nun tatsächlich weitergeleitet wurden, doch versicherte Krasnansky später, daß man die Informationen sofort einem der prominenten Mitglieder des Budapester Hilfskomitees gegeben habe, nämlich Dr. Kastner, der nach Bratislava gerufen worden war und für den Krasnansky das Dokument persönlich ins Ungarische übersetzt hatte[31].

Die Führer des Judenrates waren jetzt auch mit dem schwierigen Problem ihrer eigenen Zukunft konfrontiert. Die Rückkehr zweier Opfer von der anderen Seite des Todes, entschlossen, nicht nur die Greueltaten und die Vernichtungspolitik der Nazis in Auschwitz zu enthüllen, sondern auch die üble Verbindung des Judenrats mit den Mördern aufzudecken, versetzte Krasnansky, Neumann und ihre Kollegen in eine äußerst unangenehme Lage. Die einzige Hoffnung, den Fortgang der Ausrottung der restlichen Juden in Europa zu verhindern, lag in der unverzüglichen Verbreitung dieser Augenzeugenberichte. Doch ein solches Handeln mußte auch höchst unangenehme Fragen über die Rolle des Judenrates und über das Ausmaß seiner eigenen Verstrickung in die Tragödie hervorrufen. War es nicht länger möglich zu glauben, daß Willfährigkeit auch nur einen einzigen Juden retten könnte, verlor die bisherige Politik der Zusammenarbeit mit den Nazis und der Versuch, das Unheil durch „Verhandlungen" zu mildern, jeden Sinn. Die Komplicenschaft des Rates beim Mord an Tausenden ihrer Landsleute und jüdischen Brüdern konnte aufgedeckt und ihre verbliebene Autorität zerstört werden, ihr Leben in Gefahr geraten. Andererseits durfte, wenn die Position des Rates aufrechterhalten bleiben sollte, den eigenen Leuten

---

[30] Siehe E. Kulka, Five Escapes from Auschwitz, in: They Fought Back, London 1968, S. 234.

[31] Aussage von O. Krasnansky, aufgenommen am 8. Juni 1964, Archives of the Institute for the History of Contemporary Jewry, Jerusalem, abgedr. in: Terezin, Prag 1965, S. 195 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegenüber eine Kehrtwendung nicht zugegeben werden. Daher mußten Vrbas Enthüllungen „unter Kontrolle gehalten werden". Man erklärte ihm, er sei ein zu wertvoller Zeuge, als daß man das Risiko einer erneuten Gefangennahme zulassen könne. Auch solle er nicht versuchen, die Wahrheit über Auschwitz jedermann zu erzählen. Eine wahllose Verbreitung der Fakten könne eine schädliche Panik verursachen.

Um im Besitz der Initiative zu bleiben, gaben die Führer des Judenrats Vrba und Wetzler strenge Anweisung, in der relativ sicheren und abgelegenen Siedlung Liptovsky Svaty Mikulas in der Tatra Zuflucht zu nehmen; man gab ihnen neue Papiere, die sie als junge protestantische Studenten auswiesen, die in den Bergen Ferien machten. Wiederholt sagte man ihnen, sie sollten für alles, was für sie getan werde, dankbar sein und die Angelegenheit erfahreneren und älteren Männern, d. h. dem Rat, überlassen.

Vrbas Erwartung, nach Eintreffen seiner Nachrichten in Ungarn würden dort die Juden rebellieren und dadurch den Gaskammern entgehen, sollte bitter enttäuscht werden. Seine Warnungen vor dem Schicksal, das einer Million ungarischer Juden drohte, haben diese letzten Opfer der „Endlösung" nicht mehr rechtzeitig erreicht. Über die Verantwortung dafür hat man lange gestritten. Weil die slowakischen Judenführer behaupteten, daß die von Vrba und Wetzler gelieferten Angaben bis Ende April an die ungarischen Brüder weitergeleitet worden seien, fiel der Verdacht, die Mitteilungen unterdrückt zu haben, auf letztere, insbesondere auf Dr. Kastner. Wegen seiner zweideutigen Beziehung zu den Nazis – er war vom Zentralrat der ungarischen Juden dazu bestimmt worden, mit der SS zu verhandeln – hat man Dr. Kastner und andere Führer des Judenrats beschuldigt, die Wahrheit über die geplante „Umsiedlung" zurückgehalten und an den Plänen der Nazis mitgewirkt zu haben, nämlich durch den an alle Juden gerichteten Aufruf zur Kollaboration und durch Vorbereitung und Verteilung jener Aufforderungen, die zur Zusammentreibung und Deportation von täglich 12 000 Juden führten[32].

Vrba und seine Freunde in Žilina wurden sich Anfang Mai bewußt, daß der Bericht über Auschwitz nicht das gewünschte Ergebnis erzielt hatte. Da die Stadt an der Bahnlinie lag, die Ungarn mit Schlesien verband, haben sie von dem ersten Deportationszug, der mit den in stickige Viehwaggons gepferchten ungarischen Juden den Bahnhof passierte, erfahren, noch bevor sie nach Svaty Mikulas aufbrachen. Es schien nur allzu klar, daß der Judenrat sie wiederum betrogen hatte. Die ungarischen Juden, genau wie vor ihnen die slowakischen, kannten immer noch nicht die Wahrheit über das ihnen drohende Schicksal. Ihre Führer in Budapest hatten es unterlassen, der beruhigenden Propagandaparole entgegen-

[32] Kastners Version dieser Ereignisse wurde 1946 als „Rapport du Comité Juif d'assistance de Budapest 1942–1945" veröffentlicht und erschien 1961, redigiert und hrsg. von E. Landau, in München als „Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn". Eine ausführlichere Beschreibung gibt A. Biss, A Million Jews to Save, London 1973.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zutreten, derzufolge die Umsiedlungsgebiete größere Sicherheit und Gelegenheit zu „harter Arbeit" boten. Es konnte solche Illusionen nur verstärken, daß die Deportierten am Bahnhof von Žilina von Vertretern des slowakischen Judenrats empfangen und eifrig mit Milch und belegten Broten versorgt wurden. So sind die Opfer auch hier beruhigt und von jeder Widersetzlichkeit abgehalten worden.

Vrba und Wetzler blieben mit einigen Unterbrechungen fast sechs Wochen in Mikulas. Zu ihrer großen Verwunderung erfuhren sie am 6. Juni – dem Tag der Invasion in der Normandie –, daß zwei weitere frühere Auschwitz-Häftlinge, Czeslaw Mordowicz und Arnošt Rosin, an der Grenze von slowakischen Wachtposten festgenommen und in die Stadt gebracht worden waren. Glücklicherweise gelang es ihnen, ihren erfolgreichen Ausbruch aus Auschwitz zu verheimlichen, und so wurden sie stattdessen des Devisenschmuggels beschuldigt. Nach einer Woche kamen Mordowicz und Rosin dank der Bestechlichkeit der örtlichen Beamten frei. Nachdem sie den Vertretern des Judenrats ihre eigene Darstellung diktiert hatten, entschlossen sich Rosin und Mordowicz, zusammen mit Vrba und Wetzler, sofort nach Bratislava zu gehen und dort unterzutauchen.

Wetzlers und Vrbas Bericht hatte in unmißverständlichen Worten vor der drohenden Ausrottung der ungarischen Juden gewarnt. Mordowicz und Rosin, die am 27. Mai geflüchtet waren, konnten die Angaben jetzt bestätigen. Seit Ende April, vor allem aber nach dem 16. Mai, als die Massendeportationen aus verschiedenen Teilen Ungarns begannen, hatten bereits zehntausende ungarischer Juden den Tod gefunden. Jeder Tag mußte wiederum Tausenden das Leben kosten. Es war unumgänglich geworden, daß authentische Berichte ohne Verzug die Außenwelt erreichten. Sie hofften, in Bratislava Kontakt mit einflußreichen Kreisen aufnehmen zu können.

Kurz nach ihrer Ankunft in Bratislava wurden sie zu Oskar Krasnansky gerufen, der sie davon in Kenntnis setzte, daß er, wie beschlossen, dem Vertreter des Heiligen Stuhls in der Slowakei, Monsignore Angelo Burzio, eine Kopie von Vrbas Bericht übermittelt und ein geheimes Treffen im Piaristenkloster bei Svaty Jur, etwa 20 Meilen außerhalb von Bratislava, verabredet hatte. Um keine Aufmerksamkeit zu erregen, gingen lediglich Vrba und Mordowicz, der fließend Französisch sprach, sowie Krasnansky und dessen Dolmetscher Kalb Mitte Juni nach Svaty Jur, wo sie höflich empfangen wurden.

Damals glaubte Vrba, mit dem päpstlichen Nuntius persönlich zu sprechen. Tatsächlich aber wurde die Unterredung von Monsignore Mario Martilotti geführt[33], einem Mitglied der Vatikanischen Nuntiatur in der Schweiz, der vorüber-

[33] Es gab keine Nuntiatur in der Slowakei. Da der Vatikan sich geweigert hatte, den slowakischen Vorschlag einer Konkordatsrevision mit der neugegründeten Republik zu akzeptieren, stand die päpstliche Vertretung in dem niedrigeren Rang einer Apostolischen Legation. Mgr. Angelo Burzio, früher Apostolischer Legat in Litauen, war Anfang 1942 nach Bratislava versetzt worden. F. R. Graham ist der Verf. für die Identifizierung dieses päpstlichen Vertreters Dank schuldig.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehend nach Bratislava versetzt worden war. Auf der Grundlage des Berichts, den er bereits in deutscher Übersetzung erhalten hatte, hat er nach Vrbas Aussage den jungen Slowaken sechs Stunden lang mit dem Geschick eines erfahrenen Anwalts – in deutscher Sprache – ins Kreuzverhör genommen, um sich von der Glaubwürdigkeit des Berichts und seiner Autoren zu überzeugen. Als unabhängiger Zeuge ergänzte Mordowicz Vrbas Ausführungen mit Beobachtungen darüber, daß die Massaker in Auschwitz tatsächlich so stattfanden, wie es Vrba vorausgesagt hatte[34]. Beide beharrten darauf, daß vor allem die Geheimhaltung der Vernichtungsvorgänge in Auschwitz ihren Erfolg gewährleistete. Daher müsse man der Wahrheit sofort die größtmögliche Publizität verschaffen: Die Deutschen würden mit einem weltweiten Ausbruch der Empörung konfrontiert und ihre potentiellen Opfer könnten aufgerufen werden, beizeiten zu fliehen. Außerdem könnten in Ungarn selbst, wo die Katholische Kirche so einflußreich sei, deren Vertreter angewiesen werden, ihren jüdischen Mitbürgern angesichts der Deportations- und Vernichtungsmaßnahmen jede nur mögliche Hilfe zu gewähren.

Das Ziel dieser Unterredung lag auf der Hand. Die slowakischen Juden hofften, mit Hilfe des Vatikans jenes weltweite Aufsehen über die Geschehnisse in Auschwitz zu wecken, das sie durch ihre Kontakte zu den Führern des ungarischen Judentums offensichtlich nicht zu erreichen vermocht hatten.

Zur gleichen Zeit wurden auch andere Kanäle erforscht. Vrba hatte, noch während er sich in Liptovsky Svaty Mikulas aufhielt und gelegentlich nach Bratislava kam, insgeheim weitere Kopien seines Berichts ohne Wissen des Judenrats an verschiedene Juden in der Slowakei versandt, die in Verbindung mit Juden in Ungarn standen. Diese Kopien waren heimlich mit der Hilfe eines seiner Freunde – Josef Weiss, damals beim Gesundheitsministerium angestellt – angefertigt worden. Von dem in Žilina entstandenen und von den vier Flüchtlingen aufbewahrten Original, das sie hinter einem Bildnis der Jungfrau Maria in ihrer Mietwohnung versteckt hielten, wurden gleichzeitig vier Kopien in slowakischer Sprache hergestellt. Diese Kopien wurden dann ins Ungarische übersetzt und in Ungarn verbreitet. Als Beweis für die Verbreitung in Ungarn kann die Tatsache gelten, daß der Bericht in einer der ersten Veröffentlichungen, die zu diesem Thema nach dem Kriege erschienen, nämlich in Jenö Levais Buch „Zsidosors Europaban" (Budapest 1948), wörtlich aus einer ungarischen Quelle abgedruckt wurde.

Ein zeitgenössischer Beweis dafür, daß der Bericht auch andere Sympathisanten erreichte, die bereit waren, ihm in westlichen Ländern größere Publizität zu verschaffen, ist in mindestens drei unabhängig voneinander ergriffenen Initiativen zu sehen. Später im Jahre 1944 flog ein Offizier der ungarischen Luftwaffe allein von Ungarn nach Süditalien, wo er hinter den alliierten Linien landete.

---

[34] Da sowohl Mgr. Martilotti wie Mordowicz besser französisch als deutsch sprachen, wurde dieser Teil der Unterredung in französischer Sprache geführt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dort wurde er von einem amerikanischen Nachrichtenoffizier ungarischer Abstammung, E. Fodor, verhört; er überreichte Fodor eine Mikrofilmkopie des Auschwitz-Berichtes, wobei er erklärte, daß diese Information über die Nazi-Greuel ihn bewogen habe, zu desertieren und sich der alliierten Sache anzuschließen. Damals hatten allerdings die Westmächte die gleichen Informationen bereits über andere Kanäle erhalten.

Im zweiten Fall gab es ein sofortiges und bemerkenswertes Resultat. Am 19./20. Juni händigte in Bern ein Kurier der tschechoslowakischen Untergrundbewegung dem tschechoslowakischen Gesandten in der Schweiz, Dr. Jaromir Kopacky, eine Kopie des Wetzler-Vrba-Berichts aus. Dr. Kopacky machte den Bericht umgehend den Einrichtungen des Jüdischen Weltkongresses in Genf und der Schweizer Presse zugänglich, die umfangreiche Auszüge veröffentlichte[35].

Zur gleichen Zeit erhielt Georges Mandel-Mantello, damals Erster Sekretär des Konsulats von El Salvador in Genf, von einem seiner Kuriere aus Budapest eine weitere Kopie, die aus dem Palästina-Büro in Ungarn stammte und neben dem Material von Wetzler und Vrba auch neue und detaillierte Informationen über die ersten vier Wochen der Massendeportationen ungarischer Juden bot. Mantello gab das Material sofort an den Chefkorrespondenten der Exchange Press in Zürich weiter, einen Engländer namens Walter Garrett, dessen ungarisch sprechende Sekretärin sich daran erinnert, die Dokumente aus dem Ungarischen ins Englische übertragen zu haben[36]. Es liegt auf der Hand, daß diese Kopie weder vom Judenrat noch von den Vertretern des Vatikans in der Slowakei stammen konnte, die beide keine ungarische Version in die Schweiz übermittelt haben würden.

In vier ausführlichen Telegrammen, die er am 24. Juni 1944 nach London aufgab, beschrieb Garrett „EINES DER DUNKELSTEN KAPITEL MODERNER GESCHICHTE ENTHÜLLUNG ÜBER ERMORDUNG 1 MILLION 715 TAUSEND JUDEN VERNICHTUNGSLAGER AUSCHWITZ-BIRKENAU UND HARMANSEE"[37]. Garrett fügte hinzu, daß die absolute Genauigkeit des Berichts außer Frage stehe und daß sich sowohl ein neutraler Diplomat, wahrscheinlich Mandel-Mantello, wie ungenannte Amtsträger der Katholischen Kirche, die dem Vatikan wohlbekannt seien, für ihn verbürgten und eine weltweite Verbreitung wünschten.

Am gleichen Tag telegraphierte der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Gerhard Riegner, eine sechs Seiten lange Zusammenfassung jener Informationen, die für die Regierungen Großbritanniens, der USA und der Tschechoslowakei bestimmt war; er verlangte militärische Maßnahmen gegen

[35] In den folgenden 18 Tagen erschienen nicht weniger als 383 Artikel und Nachdrucke in der Schweizer Presse; vgl. W. Rings, Advokaten des Feindes, Wien 1966, S. 146. Es war das erste Mal, daß die Schweizer Zensur den Abdruck solcher Berichte erlaubte.

[36] Rings, a. a. O., S. 144.

[37] Garretts Telegramme wurden auf Englisch und in ungarischer Übersetzung abgedruckt bei J. Levai, Zsidosors Europaban, Budapest 1948, S. 68–72.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Vernichtungsprozeß sowie eine möglichst umfassende Berichterstattung über die Greuel durch Presse und Rundfunk. Riegner drängte besonders darauf, den Heiligen Stuhl zu einer strengen Verurteilung der Verbrechen aufzufordern[38].

Ebenfalls am 24. Juni 1944 gab der Weltkirchenrat (der sich damals gerade bildete) eine Mitteilung an die Presse, in der er seine weltweite ökumenische Gefolgschaft aufrief, dagegen zu protestieren, daß bereits 400 000 ungarische Juden unter den unmenschlichsten Bedingungen deportiert und in Auschwitz ermordet worden waren. „Angesichts dieser Greueltaten können Christen nicht schweigen."[39] Zehn Tage später teilte ein Rundschreiben, das vier der prominentesten Schweizer Protestantenführer versandten, ausführliche Einzelheiten über den Massenmord in Auschwitz mit, die wörtlich Vrbas Bericht entnommen waren. Es darf angenommen werden, daß diese Kopie vom Jüdischen Weltkongreß nach dem von Mantello gelieferten Original zur Verfügung gestellt worden war.

Die Aktion zeitigte sofortige Wirkungen. Am nächsten Tag, also am 25. Juni, richtete der Papst in einem offenen Telegramm einen ohne Beispiel dastehenden Appell an Admiral Horthy, in dem er den ungarischen Reichsverweser aufforderte, „so vielen unglückseligen Menschen weitere Leiden zu ersparen"[40]. Ähnliche Vorstellungen erhoben der König von Schweden und die Schweizer, die türkischen wie die spanischen Behörden. Am wirksamsten war wohl die Drohung der Alliierten, Budapest zu bombardieren. Am 6. Juli befahl Admiral Horthy, die Deportationen nach Auschwitz einzustellen.

Ohne jeden Zweifel war die Durchbrechung der Mauer des Schweigens, auf deren Errichtung die Deutschen und ihre Kollaborateure so große Mühe verwandt hatten, der Veröffentlichung und weiten Verbreitung der von den Flüchtlingen gelieferten Berichte zu verdanken. Da die verschiedenen Kopien, die in die Schweiz und zum Vatikan gelangten, eindeutig entweder aus der Slowakei oder aus Ungarn stammten, ist die Behauptung völlig abwegig, diese Dokumente seien in den Vereinigten Staaten als ein Stück „schwarzer Propaganda" vom War Refugee Board oder vom Office of Strategic Services oder gar von beiden gemeinsam fabriziert worden. Überdies ist es lächerlich, zu unterstellen, die Kopien seien im November 1944 vom War Refugee Board in Washington angefertigt worden, wo sie doch im Juni 1944 in die Schweiz gelangten und seither dort, beziehungsweise im Vatikan, geblieben sind.

Natürlich ist es vorstellbar, daß ein bis jetzt unbekannter Agent des War Refugee Board in Osteuropa, die damalige Lage ausnutzend, „alles Erdenkliche"

[38] *Telegramm des Jüdischen Weltkongresses nach Washington*, via US-Gesandtschaft Bern, 24. Juni 1944, Akten des Generalsekretariats des Jüdischen Weltkongresses, Genf. Zur Frage eines Luftangriffs auf Auschwitz siehe D. S. Wyman, Why Auschwitz was never bombed, in: Commentary, Bd. 65, Nr. 5, Mai 1978, S. 37–46.

[39] Archiv des Weltkirchenrats, Genf, Freudenberg papers, Dokumente Ungarn. Ein Telegramm mit dem gleichen Erfolg ging über die britische Gesandtschaft in Bern an den Erzbischof von Canterbury, Public Record Office, London, FO 371/42807.

[40] Text des päpstlichen Telegramms und Antwort des Reichsverwesers bei J. Levai, Geheime Reichssache. Hungarian Jewry and the Papacy, London 1968, S. 26.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

getan hat, „um einen wunderbarerweise in die Slowakei und dann in die Schweiz geschmuggelten Bericht zu erfinden"[41]. Doch widerspricht die Annahme aller Vernunft, ein solcher Agent habe nicht nur ein Paar, sondern gleich zwei Paare geflüchteter slowakischer Juden „erfunden" (deren Identität durch eine genaue Untersuchung der Dokumente mühelos festzustellen war) und sei außerdem in der Lage gewesen, verschiedene Sätze dieser Dokumente durch die Kanäle des Widerstandes zu leiten, wo man ja das Material, zumindest was die Deportationen anging, sehr wohl überprüfen konnte. Eine derartige Annahme wäre in der Tat lächerlich.

Für einige Monate waren die Deportationen aus der Slowakei und aus Ungarn nach Auschwitz gestoppt. In dieser Zeit wurde in London und Washington fieberhaft darüber diskutiert, welche wirksamen Anstrengungen zur Rettung der Juden unternommen werden könnten; allerdings mit höchst unbefriedigenden Ergebnissen[42]. Nichts von alledem wußten die vier jungen Flüchtlinge aus Auschwitz, die immer noch darüber tief enttäuscht waren, daß ihre Warnungen und Informationen von den Führern der jüdischen Gruppen nicht weitergeleitet worden waren und nicht zu einer Massenerhebung oder doch zu Widerstandsakten der ungarischen Juden geführt hatten. Darüberhinaus drohte ihnen täglich die Gefahr, verhaftet zu werden. Kurz darauf machte sich Vrba heimlich auf und schloß sich den in den Bergen der westlichen Slowakei kämpfenden Partisanengruppen an; sechs Monate später stieß Wetzler dazu. Mordowicz hatte das Unglück, entdeckt und unter einem anderen Namen wieder nach Auschwitz transportiert zu werden, verbarg jedoch erfolgreich seine frühere Identität und entging auf diese Weise dem Tode.

Nach dem Kriege kehrte Wetzler nach Bratislava zurück, wo er Journalist bei einer Lokalzeitung wurde. Einige Monate später fertigten er und Vrba einen kurzen Bericht über ihre Erfahrungen in Auschwitz an, der auch das Zeugnis von Rosin und Mordowicz einschloß und unter dem Titel „Oswiecim hrobka styroch millionov ludi" (Kosice 1945) veröffentlicht wurde. Vrba begann sein Chemiestudium in Bratislava, das er später an der Prager Universität fortsetzte, während Rosin in Prag ins Geschäftsleben eintrat; Mordowicz wurde Leiter einer Fabrik in Bratislava und emigrierte 1966 nach Israel. Keiner von ihnen stand bei den überlebenden Führern der Judenräte in Gunst, die nunmehr ihren Einfluß für die zionistischen Emigrationspläne nach Israel geltend machten. Nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei, die Vrba für sein Teil begrüßte, änderte sich das politische Klima. Seit damals liegt die Betonung einzig auf dem kommunistischen Widerstand gegen die Nazis. Auschwitz ist zum Symbol der faschistischen Brutalität gegen alle „friedliebenden Menschen" geworden, und die besondere Katastrophe der Juden wird herunterge-

[41] Butz, S. 99

[42] Siehe J. S. Conway, Between Apprehension and Indifference. Attitudes to the Destruction of Hungarian Jewry, in: The Wiener Library Bulletin 1973/74, Bd. XXVII, Nr. 30/31, S. 37–48.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spielt, wenn nicht ignoriert. Die bösartigen antijüdischen Säuberungen in den letzten Jahren der Herrschaft Stalins führten zu einer weiteren Einschüchterung der überlebenden Juden in Osteuropa. Angeekelt von dieser Fortsetzung antijüdischer Verfolgung und geheilt von seinen anfänglichen Sympathien für den Kommunismus, floh Vrba im Jahre 1958 aus der Tschechoslowakei. Erst nach seiner Ankunft in Großbritannien war er in der Lage, seine Identität und seine Rolle in der quälenden Geschichte von Auschwitz zu enthüllen; dies tat er in einer Artikelserie, die im März 1961 im Daily Herald erschien, als in Jerusalem gerade der Prozeß gegen Adolf Eichmann im Gange war. Vrbas folgendes Buch, „I cannot forgive", das sich zugegebenermaßen an die Massen wendet, wurde geschrieben, um die weitverbreitete Skepsis zu bekämpfen, auf die er in Großbritannien gestoßen war, wo die Bevölkerung sich wieder einmal bereit zeigte, den Greuelgeschichten aus dem letzten Krieg mit Mißtrauen zu begegnen. Angesichts seiner leidenschaftlichen Angriffe auf die Judenführer in der Slowakei und in Ungarn ist die Behauptung absurd, Vrba sei von dem Historiker Reitlinger „produziert" worden, um die prozionistische „Auschwitz-Legende" zu retten.

Im Juni 1944 schrieb Arthur Koestler ein paar treffende Worte zu Berichten über Greueltaten:

> „Ein Hund, den ein Auto überfahren hat, stört unser Gleichgewicht und unsere Verdauung; drei Millionen getöteter Juden in Polen verursachen nur mäßiges Unbehagen. Statistiken bluten nicht; die Einzelheit ist es, die zählt. Wir sind unfähig, uns den gesamten Prozeß bewußt zu machen, wir können uns nur auf kleine Teile der Realität konzentrieren ... Diese Begrenztheit des Bewußtseins erklärt die Grenzen der Aufklärung durch Propaganda. Die Leute gehen in die Kinos, sehen Filme mit Nazi-Folterungen ... doch verbinden sie das nicht mit den Realitäten ihrer normalen Lebenssphäre."[43]

Dieser Mangel an Vorstellungskraft war weit verbreitet. So bemerkte ein führender Kirchenmann:

> „Die Menschen konnten in ihrem Bewußtsein keinen Platz für solch unvorstellbaren Schrecken finden, sie besaßen nicht die Vorstellungskraft und hatten keinen Mut, sich ihm zu stellen. Es ist durchaus möglich, in einem Zwielicht zwischen Wissen und Nichtwissen zu leben. Es ist möglich, ein vollständiges Begreifen der Tatsachen zu verweigern, weil man sich unfähig fühlt, der eigentlichen Bedeutung dieser Tatsachen ins Auge zu sehen ... Das war die merkwürdige Lage 1942 und 1943. Eine beträchtliche Anzahl von Leuten in Deutschland, in den besetzten, in alliierten und neutralen Ländern, hörten Geschichten von Massenmorden. Doch die Nachrichten blieben ohne Wirkung, weil sie allzu unwahrscheinlich schienen. Ein jeder, der sie zum ersten Male hörte, fragte, ob dies nicht ein typisches Stück wild übertreibender Kriegspropaganda sei. Die neutrale Presse wagte nicht, diese Geschichten zu veröffentlichen. Selbst die Untergrundpresse in den besetzten Län-

[43] A. Koestler, On disbelieving atrocities, in: New York Times Magazine, Januar 1944, zit. bei A. Sharf, The British Press and Jews under Nazi Rule, London 1964, S. 71.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern berichtete erst sehr spät von den Tatsachen. Und in den alliierten Ländern sprach die Presse nur in sehr vagen Wendungen von der großen jüdischen Katastrophe."[44]

Zu dieser Haltung neigten besonders unbeteiligte Beobachter und professionelle Skeptiker wie Diplomaten oder verantwortungsbewußte Redakteure. Das ständige Bombardement mit schwülstigen Berichten führte nicht zu Empörung, sondern zu Ermattung. Wer in internationalen Angelegenheiten Erfahrung hatte, war in der Vergangenheit vielen solcher Geschichten ausgesetzt gewesen. Wer seine eigene Glaubwürdigkeit behalten wollte, mußte alle derartigen Erzählungen mit Skepsis behandeln und sich außerdem vor Fälschungen oder Manipulationen zu politischen Zwecken in acht nehmen. Daß die Ereignisse auch noch in Gebieten stattfanden, in denen Quellen kaum verifizierbar waren, konnte die Skepsis nur noch verstärken. Doch gab es noch mächtigere Schranken. Den gebildeten Schichten in Westeuropa und Amerika waren die Länder Osteuropas fremd; überdies war es Tradition, die Bevölkerung dort hochmütig als leicht erregbar und wenig vertrauenswürdig anzusehen. Durch Überlegenheitsgefühl und Geringschätzung geschützt, machten sich solche Meinungsmacher schuldig, die Ausmaße der Bestialität der Nazis zu ignorieren. Selbst wenn sie fähig waren, die Ungeheuerlichkeit der NS-Verbrechen zu sehen, schrieben sie den Massenmord allzu oft den blutdürstigen Instinkten der unteren Klassen des kontinentalen Europa zu. Diese Sperre aus intellektuellem Dünkel erklärt zu einem guten Teil jenes Zögern, den aus Osteuropa kommenden Erzählungen von beispiellosen Schrecknissen Glauben zu schenken.

Anders die Lage in Ungarn. Erst spät, im März 1944, war dort die deutsche Kontrolle etabliert worden, und das diplomatische Korps der neutralen Länder residierte in den folgenden Monaten noch in Budapest und konnte mit seinen jeweiligen Regierungen Kontakt halten. Nachrichten über die Deportationen der Juden aus Ungarn wurden in der Tat regelmäßig dem Vatikan, Schweden und der Schweiz übermittelt, damit der ganzen Welt. Infolgedessen war schon genügend bekannt, um Augenzeugenberichte über das Schicksal der Opfer in Auschwitz, wie sie von Vrba und Wetzler geliefert wurden, glaubwürdig erscheinen zu lassen. Nur dieser Zusammenhang verschaffte ihrem Zeugnis seine große Wirkung.

Im Wesen des Holocaust lag es, daß die Mehrzahl der Opfer nur deshalb getötet wurde, weil es sich um Angehörige der jüdischen Rasse handelte; außerhalb ihres engeren Lebensbereichs kannte sie niemand. Auch die Überlebenden und Zeugen waren der breiteren Öffentlichkeit unbekannt. Wie bereits erwähnt, bedurften ihre Berichte der Bestätigung durch bekannte Autoritäten oder Persönlichkeiten. Aus diesem Grunde wurde sowohl in der Slowakei wie in Ungarn die Hilfe der Katholischen Kirche gesucht. Auf der anderen Seite mußten die

[44] W. A. Visser't Hooft, Memoirs, London 1973, S. 166. Vgl. auch R. Ainsztein, Jewish Resistance in Nazi-occupied Eastern Europe, New York 1974, S. 807.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Autoren solcher Berichte darauf achten, keine Namen zu nennen. Denn sie hatten damit zu rechnen, daß die Deutschen Repressalien gegen die Familien derjenigen (ob lebendig oder tot) ergreifen würden, deren Identität festgestellt werden konnte. Äußerste Vorsicht war geboten, damit derartige Berichte nicht weitere Menschenleben kosteten. Wenn man aber, aus gutem Grund, verifizierbare Einzelheiten aus den Berichten entfernte, wurde es noch schwieriger, ihre Glaubwürdigkeit darzutun.

Die Reaktion auf die Kriegsverbrechen der Nazis war zu schwach und kam zu spät. Bei der Mehrzahl der Deutschen können patriotische Gründe, bei der Mehrzahl in den westlichen Demokratien dagegen Mangel an Vorstellungskraft und die Skepsis gegen Greuelgeschichten verantwortlich gemacht werden. Die Fahrlässigkeit einiger jüdischer Führer, die ihre jüdischen Brüder nicht vor dem ihnen drohenden Schicksal warnten, trug zweifellos zu dem ungeheuren Ausmaß der Tragödie bei. Vor allem aber stützten sich die schuldigen NS-Funktionäre bei der erfolgreichen Durchführung des Genocids auf die willfährige Teilnahme tausender deutscher wie nichtdeutscher Soldaten, Wachtposten und Helfershelfer. Den Goebbels'schen Propagandakampagnen war es gelungen, viele Deutsche glauben zu machen, das jüdische „Ungeziefer" verdiene es, so schnell und so grausam wie möglich ausgerottet zu werden. All dem gegenüber mußte der Einfluß notgedrungen unverifizierbarer und oft unbestätigter Augenzeugenberichte gering bleiben. Diese Berichte, die unter großen Gefahren und Schwierigkeiten verfaßt und über verschiedene geheime Wege aus der Reichweite des Feindes geschmuggelt worden waren, stellten für viele den Versuch dar, „die Schicksalsschläge, die sie erduldet hatten, den Terror und den Schrecken, die Qual und den Jammer, die ihr Los gewesen waren, bekannt zu machen, so gut sie es vermochten"[45].

Historiker, die mit der Gelassenheit räumlicher und zeitlicher Distanz schreiben, neigen oft dazu, die Bedingungen, unter denen solche Berichte entstanden sind, außer acht zu lassen. Sie betonen die Unzulänglichkeit des Genres – die Subjektivität, die Begrenztheit der Erfahrung und das, was David Aaron als die „Tücken des Gedächtnisses"[46] bezeichnet hat. Die nahezu unvermeidlichen Widersprüche im Detail und die Parteilichkeit, die in der Tat jedes noch erhaltene Dokument aufweist, geben dem skeptischen Kritiker Gelegenheit, sein Talent zum Mißtrauen zu entfalten. Wenn solche Tendenzen noch mit politischem Vorurteil vermischt sind, fällt es nicht schwer, die Theorie aufzustellen, daß nur „skrupellose Propaganda" ein Bild abscheulicher Verbrechen entworfen habe, und dieses Bild kann dann als kaum mehr denn eine „Legende" abgetan oder lediglich den „Unglücksfällen des Krieges" zugeschrieben werden.

Es wäre beruhigend, könnten wir glauben, daß der Wunsch, die Greuel der nationalsozialistischen Herrschaft zu bagatellisieren, lediglich von der Abneigung

[45] L. S. Dawidowicz, A Holocaust Reader, New York 1976, S. 9.

[46] Dawidowicz, a. a. O., S. 11. Ihre Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten, auf die der Historiker bei der Erhellung der Holocaust-Dokumente stößt, ist meisterhaft.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrührt, eine so beispiellose menschliche Verderbtheit zur Kenntnis zu nehmen, oder von einer naiven Überzeugung, die europäische Zivilisation des 20. Jahrhunderts sei zu solchen Niederträchtigkeiten nicht imstande. Die Wahrheit ist weit weniger angenehm. Heute, eine Generation nach den Ereignissen, können Versuche, die Faktizität des Holocaust abzustreiten, weder mit Unwissenheit noch mit Naivität erklärt werden. Vielmehr werden die Behauptungen sogenannter „revisionistischer" Schriftsteller jetzt und zweifellos auch weiterhin von noch weniger lobenswerten Überlegungen diktiert.

Es wäre ebenso beruhigend, dürften wir annehmen, daß nur die kleinen Zirkel unverbesserlicher Bewunderer des NS-Regimes solche Bücher lesen und ihnen Glauben schenken. Unglücklicherweise läßt die lange Geschichte antisemitischer Vorurteile einen derart bequemen Optimismus nicht zu. Wer versucht, die Faktizität des Holocaust in Zweifel zu ziehen, tut dies, um seine gegenwärtigen politischen Interessen zu fördern und um antisemitische Ressentiments am Leben zu erhalten. Hierin liegt die Gefahr. Sollte die Geschichte wieder einmal für politische Zwecke und für das Schüren rassischer Intoleranz mißbraucht werden, dann haben wir aus einer der wichtigsten Lektionen jener tragischen Jahre nichts gelernt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN BROSZAT

„HOLOCAUST" UND DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT

„Schwarzer Freitag für die Geschichtswissenschaft", so kommentierte „Der Spiegel" die sensationelle Resonanz, die Gerald Greens Holocaust-Fernseh-Serie Ende Januar 1979 in der Bundesrepublik ausgelöst hatte. Die Breitenwirkung des melodramatischen Spielfilms erteilte nicht nur deutschen Historikern, sondern vor allem auch Filmemachern und Publizisten eine Lektion. Sie alle hatten sich bisher, wenn überhaupt, an das hierzulande besonders heikle Thema des jüdischen Schicksals in der Hitlerzeit nur auf sehr vorsichtige, sachlich unterkühlte Weise herangewagt. Jetzt geschah dies: Millionen von Zuschauern in der Bundesrepublik wurden durch die Fernseh-Serie von der jüdischen Katastrophe während der NS-Herrschaft intensiver als je zuvor berührt, viele vielleicht zum erstenmal überhaupt nachdrücklich mit ihr konfrontiert. „Eine Nation ist betroffen"[1], so konnten die für die Sendung verantwortlichen Fernseh-Redakteure das Ereignis nachträglich zusammenfassen. Nicht ein sorgsam erarbeitetes Geschichtswerk hatte dies erreicht, sondern ein in bezug auf historische Stimmigkeit eher unbekümmert inszenierter Hollywood-Film.

Erst aus längerem Abstand von dem zeitgeschichtlichen Fernsehereignis wird sich abschätzen lassen, wie nachhaltig und bedeutsam der starke momentane Eindruck, wie lang- oder kurzfristig der durch ihn bewirkte, von Verlagen und Akademien schnell „umgesetzte" Schub zeitgeschichtlichen Diskussions-, Mitteilungs- und Lese-Interesses sein wird. Zwischen der schon reichlich geleisteten aktuellen Kommentierung des Holocaust-Films und der später vielleicht möglichen Beantwortung der Frage, ob er einen neuen Trend ausgelöst und für das Holocaust-Thema ein positiv verändertes Rezeptionsklima in der Bundesrepublik erzeugt hat, scheint es angebracht, in dieser Zeitschrift einige derjenigen Bedenken und Überlegungen aufzunehmen, die sich unter dem unmittelbaren Filmeindruck nicht oder nicht angemessen artikulieren ließen, dem Historiker der Zeitgeschichte aber schwerlich erlassen werden können. Ich beschränke mich dabei auf drei mir wichtig erscheinende Komplexe:

Die durch den Film grell beleuchtete Diskrepanz zwischen Breitenwirkung und Qualität geschichtlicher Erlebnisvermittlung;

die „Vergeßlichkeit" in bezug auf längst vorliegende geschichtliche Zeugnisse, die in der Reaktion auf den Film hervortrat;

die unbestreitbaren Unzulänglichkeiten der deutschen Zeitgeschichtswissenschaft bei der Behandlung des Holocaust-Themas.

[1] Untertitel des Anfang März 1979 beim Fischer-Verlag (Frankfurt) von Peter Märthesheimer und Ivo Frenzel herausgegebenen Taschenbuches „Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust".

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1.

Wenn die durch Fernsehen, Rundfunk und Presse vermittelten Eindrücke über die Art der Zuschauerreaktion auf den Holocaust-Film in der Bundesrepublik nicht täuschen (eine systematische Meinungsauswertung steht noch aus), dann überwog die positive Aufgeschlossenheit in ihren verschiedensten Ausdrucksformen (der interessierten Nachfrage, der Betroffenheit, des Mitleids u. a.) deutlich die ablehnenden Äußerungen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat den Film nicht als deutschfeindlich empfunden, sondern, wie auf jeweils verschiedene Weise auch die Bevölkerung in den USA, in Israel und in Frankreich, überwiegend selbstkritisch auf ihn reagiert. Für die politische Sekte betriebsamer rechtsradikaler Publizisten in der Bundesrepublik, die seit Jahren den Judenmord in den Gaskammern als Lüge hinzustellen suchen und sich für diese Propaganda eine potentiell stärker werdende Resonanz ausrechneten, weil es manche Anzeichen dafür gab, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik von dem Massenmord an den Juden und seiner Aufklärung, etwa durch die Justiz, nichts mehr wissen wollte, war *diese* Beteiligung des Fernseh-Publikums eine verlorene Schlacht. Die Genugtuung darüber kann aber nicht ganz ungetrübt sein.

Ist geschichtliche Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten nur durch so gemachte Filme erreichbar, und was bedeutet dies für die Qualität historischer Erinnerung? Das Ereignis der Ausstrahlung des Fernseh-Films ließ die Erörterung seiner historischen Zeige-Qualität, vorher heftig geführt, auffällig verstummen. Die Rekordziffer der Einschaltquoten und die mit fassungslosen Fragen oder erschütternden Erinnerungen direkt in die Sendung eingespielten Telefonanrufe signalisierten oder suggerierten eine neue Form der – sonst aus Fußball-Länderspielen und Familien-Quiz bekannten – Fernseh-Nation, gekennzeichnet nicht nur durch die Massenhaftigkeit, sondern auch die Gleichzeitigkeit der Beteiligung: Vier Abende lang von der eigenen Geschichte betroffen, mit abgründigster Vergangenheit beschäftigt, viele erstmalig das nun konkret, leibhaftig sehend, worüber es damals, im Krieg, bestenfalls Gerüchte gab: das Warschauer Ghetto, Massenerschießungen Kiewer Juden in der Schlucht von Babi Yar, Judenvergasungen in Auschwitz. Der Film machte das mörderische Geschichtskapitel zur lebendigen Szene. Daß Millionen von Fernsehteilnehmern ergriffen wurden vom Schicksal einer gepeinigten jüdischen Familie, etwas erfuhren von der sinnlosen fanatischen Judenfeindschaft, die Deutschland in der Hitler-Zeit überschwemmte und schließlich zur gnadenlosen Ausrottung der Juden führte, mag bei vielen Zuschauern, welche Geschichte vielleicht nur auf solche, spielfilm-vermittelte Weise aufnehmen, ein neues moralisches Gefühl, ein Stück politische Aufmerksamkeit erweckt haben für das noch immer in die Gegenwart hineinragende Geschichtsthema: Deutsche und Juden.

Das Großartige des elektronischen Mediums, seine konkurrenzlose Reichweite und Suggestivkraft, die solches ermöglichten, offenbart aber zugleich das

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Medium innewohnende manipulative Potential bei der Ausstrahlung eines Filmes, der in solchem Maße nur „ankommen" konnte, weil er dem erprobten Erfolgsrezept melodramatischer historischer Spielfilm-Show-Inszenierung weithin widerstandslos folgte. Wenn, bei nur grober Tatsachenrichtigkeit, erfundene Filmhandlung und historische Vorgänge, Film-Figuren und historische Figuren so bedenkenlos und für den Zuschauer unkontrollierbar vermischt werden, droht geschichtliche Überlieferung selbst zum Arsenal der Filmfiktion zu werden: Der erfundene Erik Dorf führt mit dem historischen Heydrich oder Eichmann Gespräche über das Wesen der SS und die NS-Judenfeindschaft, die, als historische Kommentare in die Spielhandlung eingesetzt, mit ihrer Mischung aus willkürlicher Deutung und der Vermittlung hurtig angeeigneter Grob-Kenntnisse über SS-Mentalität und -Jargon die Dimension historischer Authentizität gerade nicht erreichen. Auch sonst ist der Tatsachenkern geschichtlicher Vorgänge häufig mit übergroßer Freiheit abgewandelt. Der Film-Autor inszeniert die berüchtigte Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 auf seine Weise: Neben dem erfundenen Erik Dorf läßt er den historischen Generalgouverneur Hans Frank, der an der Konferenz nicht teilnahm, auftreten und lange Reden führen. Die Film-Konferenz-Teilnehmer unterhalten sich offen über die anzuwendende Vergasungstechnik, worüber sie in Wirklichkeit schwiegen. In ähnlicher Weise verzerrt der Autor die Überlieferung der berüchtigten Tagung höherer SS-Führer am 4. Oktober 1943, in der sich Himmler offen über den Massenmord an den Juden aussprach. Elemente der verbürgten Himmler-Rede werden mit abwegigen Rede-Erfindungen, die der Autor dem SS-Führer Dorf in den Mund legt, frei kombiniert. Der Warschauer Ghetto-Aufstand und die mit Folklore umgebene jüdische Partisanentätigkeit in der Ukraine sind weit über das Maß der nur minimalen jüdischen Widerstands-Aktivitäten hinaus in Szene gesetzt, so proportioniert, wie junge Israelis sich wahrscheinlich wünschen, daß es gewesen sein möge.

Besonders bedauerlich ist: Der Film veranschaulicht und erklärt fast nichts von dem historisch-politischen System und Umfeld, das die Judenverfolgung in Gang setzte bzw. ermöglichte. Die im Dritten Reich zur Staatsdoktrin erhobene Judenfeindschaft erscheint meist als schierer Zynismus. Die ideologischen Motive und Stereotypen antisemitischer Dauerpropaganda im Rahmen eines totalitären Systems mit ihren sich ergänzenden Wirkungen – der systematischen Verunstaltung des Bildes von „den Juden", der Untergrabung humanitärer Verhaltensnormen, der intellektuellen Verunsicherung und moralischen Einschüchterung – und andere Bedingungen der jüdischen Tragödie bleiben außerhalb der Filmdarstellung. Nur selten gelingt ihr eine einfühlsame, verdichtete Wiedergabe des Wesentlichen historischer Situationen, Zustände und Verhaltensweisen. Angesichts so vieler Fehlgriffe bleibt auch fraglich, ob treffend eingesetzte Filmsymbole (der Bechstein-Flügel als Ausdruck leidenschaftlicher jüdischer Kunst- und Kulturbejahung, die Figur des jüdischen Hausarztes als historischer Archetyp jüdischen Aufstiegs in die freien akademischen Berufe) aus solchem Verständnis

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heraus oder nur aus Gründen publikumswirksamer Sympathiewerbung für die Helden des Films gewählt sind. Was Judentum damals in Deutschland war, tritt nur marginal in Erscheinung. Die kultivierte Film-Familie Weiß repräsentiert nur den kleinen Teil großstädtischer jüdischer besserer Gesellschaft, nicht die Masse der armen „Ostjuden" in den schmalen Gassen am Berliner Alexanderplatz, den jüdischen Vieh-, Getreide- oder Weinhändler in den kleinen Städten und Dörfern Hessens, Frankens, der Pfalz mit ihren noch immer „fremden", orthodoxen Lebensgewohnheiten, ihrer sozialen Abseitsstellung, ihren eigenen Identifikationsproblemen.

Resolut entschlossen, alles in Szene zu setzen, was historische „Tatsache" gewesen ist, verfehlt der Film aber vor allem die Realität dessen, was Lager-Fabriken wie Auschwitz an Degradierung, Entpersönlichung, Enthumanisierung bedeutet haben. Die Colorfilm-Rühr- und -Redseligkeit noch immer wohlgenährter jüdischer Opfer auf dem Weg zur Gaskammer erscheint als fast blasphemische Ahnungslosigkeit, weitab von der Realität, die für den Zurückblickenden im Kern unvorstellbar bleibt, auch und gerade nach diesem Film. Die Wirklichkeit der geschundenen und moribunden, am Ende menschlicher Existenzmöglichkeit lebenden, angsterfüllt der nächsten „Selektion" entgegensehenden jüdischen Häftlinge von Auschwitz, die der soeben veröffentlichte Erlebnisbericht des Häftlingscapos Wieslaw Kielar wenigstens andeutungsweise zeigt, hätte die Einschaltquoten des Fernsehens drastisch reduziert. Hier steht der auf Publikumserfolg programmierte Film dem Anspruch, Holocaust-Wirklichkeit zu zeigen, hilflos im Wege.

Andere gleichzeitig erfolgreiche historische Darstellungen, etwa Diwalds „Geschichte der Deutschen", die zur Zeit der Holocaust-Sendung als Besteller auf dem Buchmarkt figurierte, deuten darauf hin, daß emotionale nationale Ressentiments ebenso ein breites empfängliches Publikum zu finden vermögen wie die primär über die Emotionalität wirkungskräftiger Bild-Eindrücke vermittelten moralischen Anstöße zur Vergangenheitsbewältigung. Neben den großen positiven Möglichkeiten der Wirkung des Holocaust-Films werden auch fatale Gefahren historischen Realitätsverlustes sichtbar: Die fernsehgerecht geschnittene, verschönte und vereinfachte Film-Geschichte anstelle der auch moralisch viel komplizierteren tatsächlichen Geschichte, der Holocaust-Film und seine suggestiven Spiel-Figuren und -Szenen für Millionen von Zuschauern das eigentliche Nacherlebnis jüdischen Schicksals in der NS-Zeit, an das Eindrücke und Kenntnisse von dieser Vergangenheit für viele Zuschauer vielleicht ausschließlich geheftet bleiben. Solche nicht abzuwehrenden Empfindungen veranlassen den Historiker, gleichzeitig Gegensätzliches zu wünschen: Der durch den Film gegebene Erinnerungsanstoß möge anhalten, viele einzelne optische Eindrücke aber ausgewischt und ersetzt werden durch genauere, von historischer Einbildungskraft geleitete Aufnahme dessen, was damals war und geschah.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine ganze Reihe ereignisgeschichtlicher Komplexe der jüdischen Katastrophe in der NS-Zeit wurde vielen Zuschauern durch den Holocaust-Film, wie aus den Reaktionen ersichtlich, zum erstenmal bekannt. Die hierbei hervortretende Kenntnislosigkeit des Fernseh-Publikums ist gewiß bedauerlich, aber als normal einzuschätzen, wenn man in Betracht zieht, daß es sich um 15 Millionen Zuschauer handelte und selbst das erfolgreichste zeitgeschichtliche Buch kaum mehr als einige hunderttausend Leser erreicht. Nachdenklicher machten ratlose Anfragen auch von zeitgeschichtlich sonst versierten Verlegern, Publizisten, ja selbst von Historikern („gibt es wissenschaftliche Darstellungen über das Ghetto Warschau, über die jüdischen Partisanen in der Ukraine u. a. m.?"), die nach der Sendung gestellt wurden. Sie deuten darauf hin, daß vieles von dem, was zur Geschichte des Holocaust längst geschrieben und dokumentiert worden ist, auch bei der „Zunft" nicht angenommen oder in Vergessenheit geraten ist. Veränderte Produktions- und Konsum-„Gesetze" auch auf dem wissenschaftlichen Buchmarkt spielen dabei mit: Zeitgeschichtlich bedeutende Werke, die vor 25 Jahren erschienen, aber dann lange vergriffen waren, sind für eine neu heranwachsende Akademiker-Generation nicht mehr so ohne weiteres vorhanden. Der späte Bestseller-Rekord der 1974 herausgekommenen Neuauflage von Eugen Kogons „SS-Staat", zum erstenmal 1946 verlegt, ist ein Beispiel dafür, daß auch auf dem Gebiet wissenschaftlicher zeitgeschichtlicher Kenntnisvermittlung längst „Bekanntes" einige Dekaden später als ganz „Neues" erscheinen kann. Nicht nur die wissenschaftliche Erstproduktion, auch die immer wieder neue Reproduktion scheint nötig, wenn die Kontinuität geschichtlichen Wissens – über wenige Spezialisten hinaus – einigermaßen erhalten bleiben soll.

Im Falle der Geschichte des Holocaust ist diese Kontinuität von Anfang an fraglich und brüchig gewesen. Die Geschichte der jüdischen Katastrophe im Zweiten Weltkrieg war zunächst und vor allem *jüdische* Geschichte und Erinnerung. Diese trat anfangs, vor allem in den Jahren 1945–1948, auch in der Form einer breiten, spontan entstandenen jüdischen Erinnerungs-„Trivialliteratur" hervor, rasch und oft unbeholfen in Displaced-Persons-Camps von Überlebenden der Katastrophe niedergeschrieben, von improvisierten jüdischen „Geschichtskommissionen" in kurzlebigen Serien oder Zeitungen (in der amerikanischen Zone Deutschlands, in Polen, Palästina oder den USA) zur Veröffentlichung gebracht, meist – da es sich überwiegend um Juden aus Osteuropa handelte – in jiddischer Sprache[2]. Neben dieser vielfältigen, heute kaum noch zugänglichen

[2] Ein Beispiel dieser Literaturgattung sind die zwischen 1946 und 1948 von der (für die jüdischen DP's in der US-Zone Deutschlands zuständigen) jüdischen „Central Historical Commission" in München in jiddischer Sprache (nur mit englisch-sprachigem Titelblatt) herausgegebenen Hefte der Serie „From the last Extermination. Journal for the History of the Jewish people during the Nazi regime" mit zahlreichen Erlebnisberichten über Lager und Ghettos in Polen, Litauen, der Ukraine u. a. m. (das Institut für Zeitgeschichte besitzt die Nummern 2–10). Diese Münchener jüdische Kommission gab außer-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„khurbn"-Literatur entstanden in derselben Zeit viele Tausende unveröffentlicht gebliebene jüdische Erlebnis- und Augenzeugenberichte, die später in entsprechend umfangreichen Sammlungen in jüdischen wissenschaftlichen Instituten in Warschau, Paris, New York, Jerusalem und anderswo aufbewahrt wurden.

Diese Überlieferungsschicht der Holocaust-Erinnerung blieb schon aus sprachlichen Gründen nichtjüdischen, auch deutschen Historikern weitgehend verschlossen[3]. Aber auch die Fülle der wissenschaftlich erarbeiteten Dokumentation und methodisch oft vorbildlichen Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte des Holocaust, die von jüdischen historischen Instituten im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, in den USA zum Teil schon während der Kriegsjahre, herausgebracht wurde, ist von der später einsetzenden Zeitgeschichtswissenschaft in der Bundesrepublik nie mehr ganz zur Kenntnis genommen und verarbeitet worden. Der Holocaust-Film gibt Veranlassung, einiges in Erinnerung zu rufen, was schon damals an wertvoller jüdischer Zeitgeschichtsliteratur entstand.

Das „Institute of Jewish Affairs", im Februar 1940 in New York auf Initiative des „American Jewish Congress" gegründet, war wohl das erste große jüdische historische Institut, das schon während des Krieges systematische Materialsammlungen zum Schicksal der Juden im europäischen Herrschaftsbereich des NS-Regimes anlegte und mit einschlägigen Veröffentlichungen hervortrat[4]. Ihr Wert besteht noch heute u. a. darin, daß sie deutlich machen, wie weitreichend und wie genau oder ungenau die Kenntnis dieser „Fakten" bereits 1943 oder 1944 in den Vereinigten Staaten war.

Zu dem wohl bedeutendsten Zentrum jüdisch-historischer Forschung in den USA entwickelte sich nach 1945 das 1939 von Wilna nach New York übergesiedelte berühmte Yiddish Scientific Institute (YIVO) mit seinen großen Sammlungen von authentischen Materialien aus polnischen und litauischen Ghettos (Lodz, Wilna u. a.), umfangreichen Aktenbeständen zur Situation der jüdischen Displaced Persons und vielen anderen Dokumenten und Zeugnissen. Traditionsgemäß stand die Geschichte des ost-mitteleuropäischen Judentums im Zentrum der wissenschaftlichen Veröffentlichungen des YIVO[5].

dem bis Dezember 1948 eine jüdische Zeitung „Fun letstn khurbn" („Von der letzten Zerstörung") heraus. Vgl. zu dieser jüdischen Literaturgattung Philip Friedman, Research and Literature on the recent Jewish tragedy, in: Jewish Social Studies 12 (1950), S. 17 ff.

[3] Vergleichbare, aber kleinere Sammlungen von Erinnerungsberichten deutscher, meist vor 1939 emigrierter Juden sind im Leo Baeck-Institut in New York, in der „Wiener Library" in London und in Yad Vashem in Jerusalem aufbewahrt.

[4] Zu den über 20 Publikationen, die das Institut schon 1941–1944 herausbrachte, gehören die Gemeinschaftsarbeit „Hitler's Ten Year's War on the Jews" (1943) und die von Jacob Lestschinsky verfaßte Schrift „The Jewish Catastrophe" (1944), wohl die ersten wissenschaftlich erarbeiteten Gesamtdarstellungen der nationalsozialistischen Judenpolitik überhaupt.

[5] Die im Auftrag des YIVO-Institute von Joseph Tenenbaum verfaßte Schrift „In search of a lost people" (New York 1948) bildete die erste Gesamtdarstellung der Vernichtung des

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein Blick in die ‚alten' Jahrgänge des YIVO-Annual[6] oder der seit 1938 ebenfalls in New York (im Auftrag der American Conference on Jewish Relations) vierteljährlich herausgegebenen „Jewish Social Studies"[7] bestätigt, wie reichhaltig in dieser frühen Phase in den USA die dokumentarische und intellektuelle jüdische wissenschaftliche Produktion zur Holocaust-Geschichte gewesen ist, getragen von einer Gruppe hervorragender jüdischer Gelehrter, die zum großen Teil als Flüchtlinge oder Überlebende der NS-Judenpolitik erst nach 1933 oder nach 1945 aus Deutschland, Polen, Ungarn, Litauen u. a. europäischen Ländern nach Amerika gelangt waren.

Den Aktivitäten jüdisch-amerikanischer Wissenschaftler war es vor allem auch zuzuschreiben, daß wenigstens einige der wichtigsten unmittelbar nach dem Krieg von jüdischen Überlebenden aus Osteuropa in ebenso großer Zahl wie unterschiedlicher Qualität geschriebenen Lager- und Ghetto-Memoiren sowie der nach 1945 ans Licht kommenden zeitgenössischen Berichte und Tagebücher jüdischer Chronisten aus Warschau, Wilna und anderen jüdischen Zentren (meist ebenfalls in jiddischer Sprache verfaßt) durch angelsächsische Auswahleditionen und -übersetzungen wenigstens teilweise zugänglich wurden[8]. Die wohl berühm-

polnischen Judentums. Seit 1946 wurde in englischer Sprache das YIVO-Annual of Jewish Social Science herausgegeben neben den älteren (noch materialreicheren) jiddischen „YIVO-Bleter" (die Jahrgänge 1947 und 1953 ausschließlich mit Studien über die jüdische Katastrophe im Zweiten Weltkrieg).

6 Zur Illustration seien im Folgenden die Beiträge des YIVO-Annual 1953 aufgeführt, die sich ausschließlich auf die Holocaust-Thematik bezogen: Zelig Kalmanovitch, A diary of the Nazi Ghetto in Vilna; Isaiah Trunk, Epidemics and Mortality in the Warsaw Ghetto, 1939–1942; W. Glicksmen, Social Differentation in the German Concentration Camps; Philip Friedman, The Lublin Reservation and the Madagaskar Plan; Joseph B. Shechtman, The Transnistria Reservation; Bruno Blau, The last days of German Jewry in the Third Reich; L. Koninchowsky, The liquidation of the Jews of Marcinconis; Hugo Valentin, Rescue and Relief activities in behalf of Jewish victims of Nazism in Scandinavia; L. Poliakow, Jewish resistance in France; Zanvel Diamant, Jewish Refugees on the French Rivéra; Isoae Kabeli, The resistance of Greek Jews; J. Kermish, Multilated version of Ringelblum's Notes.

7 In den ersten Nachkriegs-Jahrgängen der Jewish Social Studies u. a. folgende besonders informative Beiträge: Leon Shapiro/Joshua Starr, Recent population data concerning the Jews in Europe (Jg. 8/1946, S. 75); Jacob Lestchinsky, The economic struggle of the Jews in Independent Lithuania (Jg. 8/1946, S. 267); Koppel S. Pinson, Jewish Life in Liberated Germany (Jg. 9/1947, S. 101); Sosa Szajkowski, The organization of the „UGIF" in Nazi Occupied France (Jg. 9/1947, S. 239); Jacob Lestchinsky, Economic Aspects of the Jewish Community Organization in Independent Poland (Jg. 9/1947, S. 319); Leon Poliakoff, Mussolini and the extermination of Jews (Jg. 11/1949, S. 249); Hannah Arendt, Social Science and the Study of Concentration Camps (Jg. 11/1949, S. 129); Bruno Blau, The Jewish Population in Germany 1939–1945 (Jg. 12/1950. S. 161); Samuel Gringauz, Some methodological Problems in the study of the ghetto (Jg. 12/1950, S. 65); Philip Friedman, Research and literature on the recent Jews tragedy (Jg. 12/1950, S. 17).

8 Ein Beispiel ist die von Leo W. Schwarz unter dem Titel „The Root and the Bough" sorgfältig editierte Anthologie unveröffentlichter jüdischer Augenzeugen- und Erlebnisberichte (New York 1949).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teste, aber keineswegs einzige dieser letztgenannten, wegen ihrer zeitgenössischen Entstehung besonders wichtigen jüdischen Primär-Quellen bildet das sogen. Ringelblum-Archiv, eine die Jahre 1941–1943 umfassende umfangreiche Sammlung tagebuchartiger Notizen über die Geschichte des Ghettos Warschau, die der jüdische Chronist Emmanuel Ringelblum vor der Zerstörung des Ghettos vergrub und von der Teile 1946 und 1950 in den Trümmern des Ghettos aufgefunden wurden[9]. Als weiteres wichtiges außerdeutsches Zentrum jüdischer Forschung und Dokumentation, das sich nach 1945 intensiv mit der Holocaust-Geschichte beschäftigte, entstand 1945 in Paris das „Centre de Documentation Juive Contemporaine" mit der Zeitschrift „Le Monde Juif" und zahlreichen Buchveröffentlichungen[10]. Ebenso große Bedeutung als Forschungs- und Editionszentrum mit umfangreichen Sammlungen hatte das 1945 in Warschau gegründete Jüdische Historische Institut, ehe seine Existenz und Aktivität unter dem Einfluß der antizionistischen Ideologie in der polnischen Volksrepublik in den 60er Jahren auf ein kümmerliches Schattendasein reduziert wurde. Wichtige Veröffentlichungen und Dokumentationen zur nationalsozialistischen Judenpolitik in Polen (meist aus deutschen Akten, die den polnischen Behörden in die Hände fielen) brachten daneben vor allem die dem polnischen Justizministerium unterstellte Warschauer „Hauptkommission zur Untersuchung Hitlerscher Verbrechen in Polen"[11] und das „Staatliche Museum Auschwitz"[12] heraus.

[9] Ringelblum, der 1943 außerhalb des Ghettos untertauchen konnte, wurde 1944 entdeckt und mit seinem Sohn in Warschau erschossen. Die Originale des Ringelblum-Archivs befinden sich im Jüdischen Historischen Institut in Warschau (eine Gesamtkopie im israelischen Museum und Forschungszentrum Yad Vashem). Die von Jacob Sloan ins Englische übersetzte Auswahl-Edition (Emmanuel Ringelblum, Notes from the Warsaw Ghetto, New York 1956) basiert auf der vorangegangenen, im Auftrag des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau 1953 herausgegebenen polnischen Auswahl und Übersetzung (aus dem Jiddischen). Eine umfassende und kritische wissenschaftliche Edition des Originals steht noch aus. Ein vergleichbares Tagebuch von bedeutendem Wert und z. T. erschütternder Authentizität aus dem Ghetto Wilna veröffentlichte das YIVO-Annual auszugsweise in den Jahrgängen 1953 (vgl. Anm. 6). Eine der frühesten Quellenveröffentlichungen dieser Kategorien bildet die englische Ausgabe des Tagebuches einer jungen jüdischen Frau polnischer Herkunft, die aufgrund ihrer amerikanischen Staatsangehörigkeit schon während des Krieges aus Warschau entkommen konnte: Mary Bergs, Warsaw Ghetto. A Diary. Translated by Norbert Guterman and edited by S. L. Schneiderman, New York 1945.

[10] Zu den ersten Veröffentlichungen des Instituts gehören: R. Sarrants/P. Tager (Hrsg.), Les Juifs sous l'occupation. Recueil des textes français et allemands, 1940–1944, Paris 1945, und J. Lubetzki, La condition des juifs en France sous l'occupation allemande, 1940–1945. La legislation raciale, Paris 1945.

[11] Vgl. vor allem das von der „Hauptkommission" in Warschau herausgegebene „Biuletyn" (von 1946 bis 1975: 26 Nummern) mit zahlreichen Veröffentlichungen in Polen aufgefundener deutscher Dokumente, auch in bezug auf die antijüdischen deutschen Maßnahmen; sehr informativ und materialreich in dieser Hinsicht z. B. Nr. XIII des „Biuletyn" (1960).

[12] Besonders bemerkenswert die auch in deutscher Sprache seit 1959 herausgegebenen „Hefte von Auschwitz" (bis 1975: 15 Nummern mit zahlreichen Veröffentlichungen auch deutscher Dokumente; besonders informativ das von Danuta Czech seit 1959 zusammengestellte „Kalendarium der Ereignisse in Auschwitz").

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seit den 50er Jahren ist neben der amerikanischen jüdischen Geschichtswissenschaft vor allem Israel zum Zentrum der Holocaust-Forschung geworden, und zwar mit dem staatlichen Museum und Forschungszentrum Yad Vashem und verschiedenen Universitäts-Instituten für jüdische Geschichte (vorrangig das „Institute for Contemporary Jewry" an der Hebrew University/Jerusalem) als führenden Einrichtungen. Seit 1957 bilden die „Yad Vashem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance" eine unentbehrliche Grundlage für den Historiker, der sich mit der Holocaust-Geschichte ausführlicher befassen will. Wie bei vielen nach 1945 in jiddischer Sprache erschienenen wertvollen Dokumentationen erschwerte freilich auch bei der neueren in Israel entstandenen, nur z. T. ins Englische übersetzten (hebräischen) Holocaust-Literatur die Sprachbarriere für die deutschen Historiker den vollen Zugang, vor allem zu den Primärquellen der Geschichte des osteuropäischen Judentums im Zweiten Weltkrieg.

Die ohne jeden systematischen Anspruch aufgeführten Beispiele der reichen veröffentlichten dokumentarischen und historiographischen Überlieferung zur Vorgeschichte und Geschichte des „Holocaust", die schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb Deutschlands entstand und bald auch in große zusammenfassende Darstellungen über die NS-Judenpolitik[13] und das Schicksal der Juden einzelner Länder im Machtbereich des NS-Regimes[14] mündete, verdeutlichen, wieviel Vergeßlichkeit hinter dem Defizit an Kenntnissen steht, das auch bei Publizisten und Historikern mit der Fernseh-Holocaust-Serie zutagetrat.

Für die nichtjüdische, gerade auch für die deutsche Zeitgeschichtswissenschaft wird es nicht zuletzt darauf ankommen, daß die Fülle der von jüdischen Überlebenden und Wissenschaftlern nach 1945 verfaßten Literatur zur Vorgeschichte und Geschichte des Holocaust nicht nur jüdische Historiographie und Erinnerung bleibt, sondern stärker rezipiert und integriert wird.

3.

Der Holocaust-Film hat insbesondere die Frage aufgeworfen, ob von der deutschen Geschichtswissenschaft für die Aufklärung und Darstellung der NS-Zeit und des jüdischen Schicksals genügend getan worden ist.

---

[13] Gerald Reitlinger, The Final Solution. The attempt to exterminate the Jews of Europe 1939–1943, London 1953; Léon Poliakov, Bréviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs, Paris 1951; Raul Hilberg, The destruction of the European Jews, Chicago and London 1961.

[14] Zu den frühen, noch überwiegend memoirenhaften Werken dieser Kategorie gehört das Buch des lettischen Juden Max Kaufmann, Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947. Zu den späteren, wissenschaftlich organisierten Werken u. a. Randolph L. Braham, The Destruction of Hungarian Jewry. A documentary account, New York 1963, oder Jacob Presser, The Destruction of the Dutch Jews, New York 1965.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In quantitativer Hinsicht kann sich der Befund sehen lassen. Aus dem Index dieser Zeitschrift und der in ihr regelmäßig erscheinenden Bibliographie läßt sich unschwer feststellen, daß wissenschaftliche Arbeiten zur NS-Zeit seit Jahren an der Spitze zeitgeschichtlicher Neuveröffentlichungen in der Bundesrepublik stehen, weit vor den Untersuchungen zur Weimarer Zeit oder zur deutschen Geschichte nach 1945. Diese wissenschaftlich erarbeitete zeitgeschichtliche Literatur blüht auch keineswegs nur im Winkel spezialistischen Akademikertums. Nicht allein die Hitler-Bücher von Joachim Fest und Sebastian Haffner, auch von prominenten akademischen Historikern stammende Gesamtdarstellungen zur NS-Zeit haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große oder doch respektable Auflagen erzielt und als Grundlektüre in einschlägigen zeitgeschichtlichen Universitätsseminaren oft eine nicht allein nach Auflagenzahlen bemeßbare Bedeutung erlangt: z. B. Helga Grebings Schrift über Ursprung und Wesen des Nationalsozialismus (zwischen 1959 und 1964: 15 Auflagen!), „Die Deutsche Diktatur" (1969) von Karl-Dietrich Bracher, Karl Dietrich Erdmanns Darstellung über die NS-Zeit in Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte, auch die auf die NS-Zeit bezogenen Bände von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte im Rahmen der „dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts". Antisemitismus und NS-Judenpolitik sind in diesen Gesamtdarstellungen keineswegs ausgeklammert und wurden seit den 60er Jahren auch wiederholt Gegenstand spezieller Studien in der Bundesrepublik, nachdem die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung den Vorsprung der ausländischen Wissenschaft auf diesem Gebiet einzuholen begonnen hatte[15].

In den 27 Jahren seit ihrer Gründung sind in dieser Zeitschrift nicht weniger als 16 Beiträge zum Thema Antisemitismus und NS-Judenpolitik veröffentlicht worden, schon im zweiten Heft (Juli 1953) eines der bemerkenswertesten Schlüsseldokumente: Kurt Gersteins Augenzeugenbericht über die Judenvergasungen. Daß die auf den ganzen Umkreis der Geschichte bezogenen allgemeinen historischen Fachzeitschriften sich der Thematik nicht in gleichem Maße annahmen, ist verständlich. Bemerkenswert ist freilich, daß das führende historische Organ

---

[15] Zu nennen sind hier u. a.: das 2-bändige Werk „Anatomie des SS-Staates" (Freiburg 1965) mit Beiträgen über NS-Judenverfolgung und nationalsozialistische Konzentrationslager, auch als dtv-Taschenbuch erschienen; die Untersuchungen von Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945, Berlin 1960; Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; sowie Eberhard Jäckels erfolgreiche Schrift „Hitlers Weltanschauung", Tübingen 1969. Methodisch vorbildlich vor allem auch die aus regionalen Polizei- und Verwaltungsakten (besonders Unterfrankens) gearbeitete Darstellung H. G. Adlers, Der verwaltete Mensch, Tübingen 1974, über die Deportation der Juden. Eine im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Helmut Krausnick und Heinrich Wilhelm erarbeitete Studie über die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die als erste in der Sowjetunion im Sommer 1941 mit den Massenexekutionen von Juden begannen, ist soeben fertiggestellt und wird demnächst in der Reihe „Studien zur Zeitgeschichte" erscheinen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der DDR, die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", das Thema ausgespart hat[16].

Wir sind auch der Frage nachgegangen, wie es im Lehrangebot der Universitäten der Bundesrepublik mit der Behandlung der NS-Zeit aussieht, und haben deswegen die Vorlesungsverzeichnisse von 22 Universitäten[17] für den Zeitraum Wintersemester 1970/71 bis Sommersemester 1978 in bezug auf die Fächer Geschichte und Politische Wissenschaft durchgesehen. Das Ergebnis ist erstaunlich positiv.

An diesen Universitäten wurden in den letzten neun Jahren (18 Semestern) insgesamt 650 Vorlesungen, Übungen oder Seminare zum Thema der deutschen Geschichte in der NS-Zeit abgehalten, d. h. durchschnittlich pro Universität ca. 30 und pro Semester an jeder Universität fast 2. An der Spitze lagen die großen Universitäten Berlin (75), Hamburg (61), Frankfurt (60), daneben auch Mainz (59) und Tübingen (40), über dem Durchschnitt ferner Freiburg (36), Bonn (35), Göttingen (34), Marburg (31). Auch die skeptische Annahme, bei der Behandlung der NS-Zeit an der Universität würden die Themen Außenpolitik, Geschichte des Zweiten Weltkrieges oder allgemeine Faschismustheorie einseitig dominant sein, hat sich nicht bestätigt. Die insgesamt 650 Lehrveranstaltungen zur Deutschen Geschichte der NS-Zeit verteilten sich folgendermaßen auf einzelne Themengruppen:

Vorgeschichte des NS bis 1933	38
Allgemeine Geschichte der NS-Zeit	71
NS-Außenpolitik (allgemein und speziell)	120
Zweiter Weltkrieg (allgemein und speziell, ohne Besatzungspolitik, Widerstand und Verfolgung)	61
NS-Innenpolitik (allgemein und speziell, einschl. Verfassungs- und Machtstruktur, Propaganda, Erziehungs-, Kultur- und Kirchenpolitik)	97
Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der NS-Zeit (allgemein und speziell)	86
Faschismus allgemein, außerdeutscher Faschismus	73
Sonstiges	104
	insges. 650

[16] In den 20 Jahrgängen der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" in der DDR zwischen 1953 und 1972 ließ sich außer einem Literaturbericht von Klaus Drobisch über „Westdeutsche Neuerscheinungen zur Geschichte der faschistischen Judenverfolgung" (in Jg. 7/1961, S. 1680) kein einschlägiger Beitrag entdecken.

[17] Die Untersuchung wurde wegen der Vollständigkeit der Verzeichnisse nur dieser Universitäten in der Bibliothek des IfZ für den angegebenen Zeitraum begrenzt auf die FU Berlin sowie die Universitäten Bielefeld, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Erlangen, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Konstanz, Mainz, Mannheim, Marburg, München (Ludwig-Maximilians-Universität), Münster, Tübingen, Saarbrücken, Würzburg.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter „Sonstiges" sind u. a. enthalten: 46 Lehrveranstaltungen zum Thema Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit, 22 zur Geschichte des Antisemitismus und des deutschen und außerdeutschen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert (wegen ihres evidenten Bezugs zur NS-Zeit in die Zählung aufgenommen), 17 über die Person Hitlers, seine Ideen, Schriften u. a., 6 über NS-Rassetheorie oder ihre ideologischen Vorläufer und 2 weitere Vorlesungen, die sich ausschließlich mit der „Jüdischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg" bzw. der „Nationalsozialistischen Endlösungs-Politik" beschäftigten.

Die Themenauszählung universitärer zeitgeschichtlicher Lehrveranstaltungen vermittelt einen ähnlichen Eindruck wie die Lektüre der meisten in der Bundesrepublik erarbeiteten historischen Werke über die NS-Zeit: Die „Endlösung der Judenfrage" ist keineswegs ausgespart, aber ganz überwiegend nur im Kontext allgemeiner Darstellungen über die Geschichte des Dritten Reiches, d. h. meist relativ kurz behandelt und nur sehr selten Gegenstand ausführlicher Vertiefung. Das schlimmste Verbrechen der Hitler-Zeit wird beim Namen genannt, aber mehr konstatiert als veranschaulicht. Aus der Lektüre mancher einschlägiger Darstellungen aus akademischer Feder ergibt sich der Eindruck, daß die Kürze der Erwähnung des heiklen Themas nicht nur auf moralischer, sondern auch auf sozusagen „stilistischer" Verlegenheit beruht. Für die an erhabene Geschichtsideen gewöhnte Sprache und Reflexion des Historismus sind Massenexekutionen und Gaskammern ein „Stilbruch" der Geschichte, über den man schnell hinwegzukommen sucht. Die Ausrottung der Juden entzieht sich aber auch der funktionalen, auf gesellschaftliche Interessen abhebenden Faschismus-Deutung, bereitet deshalb auch in der „linken" Zeitgeschichtsschreibung erkennbare Verlegenheit. Nicht allein die mangelnde Rezeption jüdischer Historiographie, auch solche „deutschen" Gründe haben es der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik oft verwehrt, das NS-Verbrechen gegenüber den Juden als historischen Vorgang ereignisgeschichtlich zu erzählen und plastisch zu machen, es nicht nur als Tatsache pflichtschuldig-lakonisch festzuhalten.

Der Holocaust-Film hat deutlich gemacht, daß es noch andere Defizite gibt. Seine Wirksamkeit beruht hauptsächlich darauf, daß er am unterschiedlichen Schicksal der Großeltern, Eltern und Kinder einer Familie jüdische Betroffenheits- und Leidensgeschichte in historisch typischen Varianten emotional nahebrachte. In der Bundesrepublik ist die Darstellung der *jüdischen* Geschichte in der NS-Zeit, *jüdischer* Erlebnisse und Schicksale, mit Ausnahme einiger bemerkenswerter vor allem auch lokal- und landesgeschichtlicher Dokumentationen[18],

[18] Diese Dokumentationen, z. T. von Staats- oder Stadt-Archiven herausgegeben, sind zahlreich und eindrucksvoll. Vgl. u. a.: Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, Stuttgart 1969; Franz Hundsnurscher/Gerhard Taddey, Die jüdischen Gemeinden in Baden, Stuttgart 1968; Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Frankfurt/M. 1971; Kurt Düwell, Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942, Bonn 1968; Johannes Simmert (Bearb.), Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rhein-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bisher weitgehend unterblieben bzw. dem New Yorker Leo Baeck-Institute[19] überlassen worden. Die einschlägige deutsche Zeitgeschichtsschreibung, auch die Bild- und Filmdokumentationen, stellte in aller Regel nicht die *jüdische* Erlebnis- und Verhaltensgeschichte, sondern fast ausschließlich die *deutsche* Aktionsgeschichte der Judenverfolgung in den Mittelpunkt. Basierend vor allem auf amtlichen deutschen Quellen aus der NS-Zeit, blieb die Verfolger-Perspektive dieser Quellengrundlage auch für die Darstellung des Themas weitgehend maßgeblich. Die jüdischen Opfer kommen meist nur schemenhaft vor, als Objekte der Verfolgung. Nicht Geschichte des Holocaust, sondern der „Endlösung" wurde geschrieben, auch in den Schulbüchern.

Der Exodus deutsch-jüdischer Gelehrter nach 1933, der auch nach 1945 in der Bundesrepublik nur eine kümmerliche historische Judaistik wiederentstehen ließ, ist sicher neben der deutschzentrischen Quellenlage ein wesentlicher Grund dafür, daß die jüdische Geschichte in der NS-Zeit in den einschlägigen deutschen zeitgeschichtlichen Darstellungen so stark ausgeklammert blieb. Die Überwindung dieses Defizits ist, schon aus pädagogischen Gründen, gleichwohl nötig und auch möglich. Deutschen Historikern, auch wenn sie sich für innerjüdische Geschichte nicht kompetent fühlen, bietet sich genügend Material, das es ihnen erlaubt, die wichtigen Züge der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des deutschen Judentums, die nach 1933 Schritt für Schritt ausgelöscht wurde, in eine integrale deutsche Geschichte der NS-Zeit einzubeziehen. Ähnliches gilt für die Geschichte des außerdeutschen Judentums, soweit es Opfer nationalsozialistischer Politik wurde. Wenn wissenschaftliche Geschichtsschreibung zunächst und vor allem organisierte Erinnerung sein will, darf sie sich nicht auf die Rekonstruktion des Zerstörungshandelns beschränken, sondern muß vor allem festhalten, *was* zerstört wurde und verloren ging.

Unter dem Gesichtspunkt politischer Erfahrungsbildung kommt dabei vor allem auch der Darstellung der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen und Juden eminente Bedeutung zu. Bezogen auf die NS-Zeit wird sich erst aus einer systematischen Darstellung deutsch-jüdischer sozialer Beziehungen und reziproker Verhaltensweisen erkennen lassen, inwieweit die „amtliche" NS-Judenpolitik eingebettet war in judenfeindliche Volksstimmungen und inwieweit und

land-Pfalz 1933–1945, Koblenz 1974; Arnd Müller, Geschichte der Juden in Nürnberg 1146–1945, Nürnberg 1968; Jens-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933 bis 1945, 2 Bde., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971.

[19] Vor allem das seit 1956 herausgegebene Year-Book des New Yorker Leo Baeck-Institutes enthält eine Fülle hervorragender Beiträge zur Geschichte des deutschen Judentums bis zum Zweiten Weltkrieg. Aus den Leo Baeck-Instituten in New York und London gingen auch hervorragende Einzelveröffentlichungen hervor, z. B. der Sammelband zur „Struktur" des deutschen Judentums vor Beginn der NS-Herrschaft: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, hrsg. von Werner E. Mosse, Tübingen 1965, oder die von Monika Richarz herausgegebenen zwei Bände „Jüdisches Leben in Deutschland" (ein 3. Bd., bezogen auf die Weimarer und NS-Zeit, befindet sich in Vorbereitung).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wann sie sich davon loslöste, sich zum paranoiden Wahn einer Führungs-Clique verselbständigte. Erste Ansätze solcher Untersuchungen[20] zeigen die Fruchtbarkeit dieser Perspektive, die auch genauere Auskunft verspricht zu der immer wieder gestellten Frage: Was hat die deutsche Bevölkerung gewußt und mitgemacht, was ist ohne ihr Wissen geschehen?

Der Holocaust-Film von Gerald Green ist hinter der großen historiographischen Überlieferung zur Geschichte der jüdischen Katastrophe in der NS-Zeit weit zurück geblieben. Er kann gleichwohl dazu beitragen, daß sie besser genutzt wird und die Geschichtswissenschaft bei der Erforschung der NS-Zeit die in dieser enthaltene jüdische Betroffenheitsgeschichte und deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte stärker in den Blick nimmt. Dann besteht auch eine größere Chance, daß NS-Judenpolitik nicht ein erratischer Block unvorstellbaren, gleichsam metahistorischen Verbrechens bleibt, sondern als menschliche Erfahrungs- und Verhaltensgeschichte der Opfer nacherlebbar wird.

---

[20] Vgl. Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung, in: Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann, München 1977. Eine systematische Studie zum gleichen Thema von dem britischen Historiker Jan Kershaw wird im zweiten Band dieser vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe („Bayern in der NS-Zeit") 1979 erscheinen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

GEORGE C. BROWDER

DIE ANFÄNGE DES SD
DOKUMENTE AUS DER ORGANISATIONSGESCHICHTE DES SICHERHEITSDIENSTES DES REICHSFÜHRERS SS

Der SD oder Sicherheitsdienst des Reichsführers SS war jene Organisation, die bei der Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Polizeiterrorsystems am engsten mit der Gestapo verbunden war. Obwohl über diese beiden Organisationen viel geschrieben worden ist, haben Journalisten und Wissenschaftler Einzelheiten über die ersten Jahre des SD meist übergangen. In dem bis heute gültigsten Werk verfolgt Shlomo Aronson die Entwicklung von einem frühen und lockeren nachrichtendienstlichen System, das im Sommer 1933 als Sonderabteilung der SS erscheint, bis zur engen Bindung an die Gestapo, als der Chef des SD, Reinhard Heydrich, zugleich Leiter der gesamten Politischen Polizei in Deutschland wurde. Trotzdem konnte, was speziell die Anfänge der Organisation betrifft, jeder nur annehmen, daß der SD damals eben jene Organisationsform ausbildete, die wir für die Zeit nach 1936 kennen, als der SD ein „Hauptamt" der SS war, dessen Aufgaben sich auf drei „Ämter" verteilten. Unterhalb dieser Zentrale bestand ein Gefüge von regionalen Stellen, nämlich von „Oberabschnitten", „Abschnitten" und „Außenstellen"[1].

Es schien zweifelhaft, daß weitere Einzelheiten zu ermitteln seien, denn die noch lebenden ehemaligen Angehörigen des SD, auf die sich die Wissenschaftler gestützt hatten, konnten nichts mehr aus ihrem Gedächtnis hervorholen. Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz legten die Vermutung nahe, daß die ersten Jahre des SD nur spärlich dokumentiert sind, und es fanden sich nirgends Hinweise, daß irgendwelche Bestände im Osten, in der DDR oder sonstwo, die Löcher im Puzzle ausfüllen könnten[2].

* Diese Dokumentation wurde durch die finanzielle Unterstützung der Research Foundation of the State University of New York und der U. S. National Endowment for the Humanities ermöglicht. Der Autor möchte auch den Mitarbeitern des Hessischen Staatsarchivs für ihre Hilfe und für die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Dokumente danken.

[1] Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 142 f; Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Anatomie des SS-Staates, München 1967, Bd. 1, S. 59.

[2] Bevor Dr. Werner Best sein Gedächtnis durch die folgenden Dokumente auffrischen konnte, teilte er Shlomo Aronson mit, daß er sich an keine Einzelheiten aus dem Sicherheitsamt erinnern könne; Schreiben vom 3. 12. 1964 (dem Autor von Dr. Aronson zur Verfügung gestellt). Leider erhielt der Autor keine Erlaubnis, die Untersuchung in den Archiven der DDR fortzusetzen. Das Buch von Alwin Ramme, Der Sicherheitsdienst der SS, Berlin 1970, S. 46, zeigt, daß ihm für das frühe Sicherheitsamt nur fragmentarische Informationen zur Verfügung standen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jedoch gab es deutliche Anzeichen, daß die Organisation des SD sich komplizierter entwickelt hatte und daß uns eine Fülle von Einzelheiten entgangen war. Dies zeigte sich vor allem bei der Auswertung der erhaltenen Personalakten von SD-Angehörigen, zugänglich im Berliner Document Center. Darin finden sich einige Dokumente aus den Jahren 1931–1936 und – was sehr wertvoll ist – Lebensläufe, viele schon damals von den Mitgliedern verfaßt oder als die Erinnerung jedenfalls noch frisch war. Obwohl die Lebensläufe nicht in erster Linie die Organisation beschreiben, enthalten sie doch viele Hinweise zum Aufbau des SD und liefern Angaben zu seiner Entwicklung, seiner Zusammensetzung und seinem Wesen. Beispielsweise erwähnen sie viel mehr als drei Abteilungen im SD-Amt, und ungewohnte Begriffe wie „Gruppe" und „Bezirk" beweisen unsere Unkenntnis des frühen SD.

Die Lebensläufe und andere Dokumente aus den Personalakten stellen offensichtlich eine brauchbare Quelle zur Rekonstruktion der frühen SD-Organisation dar. Schon eine erste Auswertung ließ die Umrisse der Organisation schärfer hervortreten. Außerdem aber – und das ist noch wichtiger – liefern sie Schlüssel zur Interpretation der wenigen erhalten gebliebenen Dokumente einer regionalen Stelle des SD, und zwar jener, die ihr Zentrum in Frankfurt am Main hatte. Diese Dokumente, die sich jetzt im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden befinden, ergeben, zusammen mit den anderen Quellenfragmenten, erstmals ein klareres Bild von den organisatorischen Anfängen des SD.

Im Juni 1932, nach Aufhebung des Verbots von SA und SS, wurde der SD unter dem Befehl des damaligen SS-Sturmbannführers Reinhard Heydrich offiziell eingerichtet. Seit dem Frühjahr hatte Heydrich daran gearbeitet, die Organisation ohne Aufsehen aus Nachrichtenleuten der SS-Abteilung Ic aufzubauen, die er früher geleitet hatte. Im Herbst existierte das Gerüst einer Organisation. In München bestand nun eine Zentrale mit sieben Angestellten für die Bearbeitung und Sammlung von Berichten und Zeitungsausschnitten. Die regionale Struktur setzte sich aus fünf SD-Gruppen zusammen, die ungefähr mit den fünf SS-Gruppenkommandos übereinstimmten: Nord, West, Süd, Südost und Ost. Im folgenden Jahr erhielt jede Gruppe ihren eigenen Stab und ihren Unterbau. Die größeren Unterteilungen waren zunächst die „Bezirke", in etwa dem SS-Sturmbann entsprechend, die mehrere Kreise oder einen Gau der NSDAP umfaßten. Diese wurden wiederum in „Unterbezirke" für jeden Kreis unterteilt, und anscheinend waren sogar „Reviere" als unterste Ebene vorgesehen. Allerdings erscheinen die Bezeichnungen „Unterbezirk" und „Revier" in den Quellen nur selten; an ihre Stelle trat bald der weitere Begriff „Außenstellen", der jeden Posten der unteren Ebene einschloß[3].

[3] Aronson, Heydrich, S. 55–65, bringt die detaillierteste Studie dieser Entwicklungen. In den National Archives, Washington, enthält die Microfilm Record Group T-175, Records of the Reichsführer SS, roll 200, frames 2741062–63 (im folgenden zitiert: T-175/200/frames), zwei SS-Übersichts-Karten, datiert 13. IV. 32–17. VI. 32 und 15. XI. 32, die die SS-Gebietsaufteilung zeigen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Offensichtlich handelte es sich noch um eine sehr kleine Organisation. Über die Größe Genaueres auszusagen, ist leider fast unmöglich. Zum einen scheinen keine Personalverzeichnisse erhalten geblieben zu sein, zum anderen ist das Benennungssystem bei der Mitgliedschaft hoffnungslos verwirrend. Himmler und Heydrich wollten in den ersten Jahren die Mitglieder anscheinend vorsichtig anwerben und ihre Zahl kleinhalten. Sie kommandierten auch ihre Ic-Funktionäre nur in einer begrenzten und ausgewählten Anzahl zum SD ab. Offenbar gedachten sie die meiste Arbeit im SD von freien „Mitarbeitern" erledigen zu lassen[4]. Die „Mitarbeiter" wurden augenscheinlich von den Gruppen- oder Bezirksleitern ausgesucht, möglicherweise ohne Wissen der Zentrale. Ic-Leute und andere SS-Mitglieder stellten den Hauptanteil der Mitarbeiter, obgleich auch SA-Männer oder einfache Parteigenossen herangezogen wurden. Die meisten arbeiteten unentgeltlich, einige mögen eine Entschädigung erhalten haben. Viele wurden später SD-Mitglieder, aber nicht alle. Die Mitgliedschaft war stärker eingeschränkt, setzte aber eine SS-Mitgliedschaft nicht notwendig voraus. Es gab zwei Kategorien von Mitgliedern, hauptamtliche und ehrenamtliche; der einzige Unterschied bestand allerdings darin, daß die einen Gehälter bezogen und die anderen nicht. Die meisten wurden nicht bezahlt. Nur manche Inhaber von Schlüsselpositionen wie Heydrich und einige ansonsten arbeitslose Mitglieder bezogen Gehälter. Bis Ende 1933 konnten selbst hohe Ämter von ehrenamtlichen Mitgliedern besetzt sein, und viele „Experten", die Forschungseinrichtungen leiteten, wirkten fast immer ehrenamtlich[5].

Da in den Personalakten aus jenen frühen Jahren für gewöhnlich nicht genau zwischen Mitarbeiter und Mitglied unterschieden wird, können Schätzungen

---

Die Begriffe „Gruppe", „Bezirk" etc. als SD-Bezeichnungen erscheinen in den Lebensläufen einiger früher SD-Mitglieder (U. S. Document Center Berlin, SS Officers and RuSHA Files, im folgenden zitiert: BDC/SSO oder RuSHA/Name der Person). In den Akten des SD-Oberabschnitts Rhein (SD-Gruppe West) verwenden zwei undatierte Listen (anscheinend von Ende 1932 oder 1933) „Farben der Bestecknadeln" und „Neue Chiffre-Nummern" alle erwähnten Ausdrücke (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 483/625, S. 20 und 26). Die Lebensläufe und die Dokumente der Gruppe West-Akten bilden die Grundlage für die Rekonstruktion des frühen SD-Bereichs.

[4] Aronson, Heydrich, S. 61.

[5] Die Feststellungen des Autors über die Mitgliedschaft und seine Schätzung der Größe des SD sind Berechnungen, die auf einer Reihe von fragmentarischen Angaben und Listen, besonders der SS-Dienstaltersliste, vor allem aber auf genauer Auswertung der BDC-Personalakten basieren. Der Autor stieß dabei auf 33 Mitglieder und Mitarbeiter aus dem Jahr 1932, 94 neu hinzugekommene Mitglieder aus dem Jahr 1933, 201 aus dem Jahr 1934, 224 aus dem Jahr 1935 und 269 aus dem Jahr 1936. Wie lange dieser Mitarbeiter-Status im SD bestand, ist noch nicht eindeutig geklärt. Weitere Forschung mag erweisen, daß die hier beschriebene Mitgliedschaftsstruktur in späteren Jahren eine Änderung erfuhr. Nach dem Eindruck des Autors wurden Mitarbeiter in zunehmendem Maße durch ehrenamtliche Mitglieder ersetzt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Größe der Organisation zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Nach der sehr freien Schätzung des Verfassers gab es Ende 1932 wahrscheinlich weniger als vierzig Mitglieder, von denen nur eine Handvoll bezahlt wurde. Die Mitarbeiter, vor allem Ic-Leute, brachten die Summe ungefähr auf hundert. Die Anzahl wuchs verhältnismäßig langsam, bis sie gegen Ende 1935 schließlich tausend erreichte. Danach stieg sie schneller, hauptsächlich dank des Überwechselns der meisten SS-Angehörigen der Gestapo und der Reichskriminalpolizei zum SD. Eine Aufstellung der frühen Mitgliederschaft zeigt einen regional ungleichmäßigen Zuwachs für 1932. Die Mehrzahl der Mitglieder rekrutierte sich aus vier Bereichen. Der Bereich Mitte (Braunschweig-Anhalt-Sachsen) war Heydrichs Heimat und wurde zum Kern der gut organisierten Gruppe Südost unter SS-Sturmbannführer Lothar Beutel. Ein weiterer rühriger Bereich scheint Kiel-Hamburg-Schwerin gewesen zu sein, also die Gegend, wo Heydrich während seiner Marinezeit stationiert war. Hier fand er zum Beispiel seine erste rechte Hand, den SS-Hauptsturmführer Hans Kobelinski, der die Gruppe Ost in Berlin gründete. Berlin und die Zentrale in München bildeten die anderen beiden Rekrutierungsgebiete. Nur wenige Leute wurden außerhalb dieser Gebiete angeworben, so vor allem SS-Hauptsturmführer Dr. med August Simon, der den Aufbau der Gruppe West übernahm, die zunächst ihr Zentrum in Düsseldorf hatte[6].

Dr. Simon war bei seiner Berufung Ic-Leiter der SS-Gruppe West. Es ist bemerkenswert, daß er für seine SD-Tätigkeit nicht bezahlt wurde, sondern es vorzog, seinen Beruf weiter auszuüben und die SD-Arbeit als freiwillige Nebenbeschäftigung zu leisten. Als Leiter der SD-Gruppe West blieb er bis September 1933 ohne Gehalt, als er, weiterhin ehrenamtlich, einen Bezirk übernahm. Die Tatsache, daß Heydrich einem so wichtigen Funktionär wie einem Gruppenleiter erlaubte, so lange, bis zum Herbst 1933, nebenberuflich tätig zu sein, ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß der frühe SD eine bescheidene, dilettantische und gering dotierte Organisation war[7].

Ein Gruppenleiter wie Simon war weitgehend unabhängig; abgesehen vom Grundkonsens über Wesen und Auftrag des SD (d. h., über alles zu berichten, was Himmler und Heydrich interessierte), konnte er selbständig bestimmen, was seine Gruppe tun sollte und wen er als Mitarbeiter beschäftigte. Ursprünglich muß sich seine Gruppe West von der Saar im Süden (zeitweise mit der Pfalz) über die Rheinprovinz und Westfalen erstreckt haben, einschließlich der Länder Hessen, Lippe und Schaumburg-Lippe und der Provinz Hessen-Nassau. Das Gebiet war wohl in zehn Bezirke unterteilt – jedenfalls trifft das für 1933 zu. Er scheint seine Mannschaft vorsichtig angeworben zu haben, wobei er sich vorwiegend, aber nicht ausschließlich, auf seine früheren Ic-Leute stützte. Die meisten

---

[6] Siehe Anmerkung 5. BDC/SSO/Beutel Kobelinski und Simon.

[7] BDC/SSO/Simon.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erhielten nur Mitarbeiter-Status; es gab Anfang 1933 nur wenige ordentliche Mitglieder[8].

Im Herbst 1933, als Dr. Simon sein Amt einem bezahlten hauptberuflichen „Leiter" übergab, verlor der SD etwas von seinem dilettantischen Charakter. Der neue Gruppenleiter, SS-Sturmführer Wilhelm Albert, errichtete sein Hauptquartier in Frankfurt. Albert, ein fünfunddreißigjähriger Elektro-Ingenieur, Kriegsteilnehmer und Freikorpskämpfer, arbeitete seit 1930 für die Partei und war 1932 in die SS eingetreten. Unter seiner Führung wurde die Gruppe West eines der besser organisierten Gebiete mit einem besoldeten Stab entsprechend der Münchner Zentrale. Er erweiterte sein Netz im damals wichtigen Saargebiet und dehnte es anscheinend bis nach Frankreich hinein aus[9].

Für Ende 1933 und Anfang 1934 zeigen die Dokumente ein etwas detaillierteres Bild der Gruppe West. Im September 1933 bestanden noch zehn Bezirke, aber kurz darauf wurde der Bezirk 2, der Münster, Minden und die lippischen Gebiete umfaßte, an die neugebildete Gruppe Nord-West abgetreten. Die SD-Gruppe unterschied sich deutlich von der SS-Gruppe West, denn sie schloß zwar den Regierungsbezirk Kassel, den SS-Sturmbann 35, mit ein, aber nichts von dem restlichen SS-Abschnitt XVIII (der kurze Zeit später SS-Oberabschnitt Mitte wurde). Im Süden umfaßte die SD-Gruppe West nicht mehr den ganzen SS-Sturmbann 10 (Saar und Pfalz), zumindest nicht den Teil in der Pfalz[10]. Die Pfalz war anscheinend herausgenommen worden, weil sie politisch mit Bayern verbunden war. So scheint die SD-Bereichsgliederung nur annähernd derjenigen der SS entsprochen zu haben, wobei politische und andere Gesichtspunkte der SD-Arbeit bei der Einteilung den Vorrang hatten.

---

[8] Nach Werner Bests Erinnerung besaß er noch im Herbst 1933 als Oberabschnittsleiter weitgehende Unabhängigkeit und hatte sich nur an ganz allgemeine Richtlinien zu halten („Beantwortung des Fragebogens", Aronson, B. 1–3, dem Autor von Dr. Aronson zur Verfügung gestellt). Zwei undatierte Listen, „Deckadressen für ausgehende Post" (allem Anschein nach von 1933) und „Chiffre-Nummern" (von 1932 oder 1933), nennen 10 Bezirke; Hess. HStA, 483/625/117–118. BDC/SSO/Paul Blobel, Erich Körting, Wilhelm Pallas und Erich Rasner zeigen die Rekrutierung und die späte Zuerkennung des Mitglieder-Status sogar für Bezirksleiter.

[9] BDC/SSO und Partei-Korrespondenz/Wilhelm Albert; ferner Heinrich Orb (Pseudonym), Nationalsozialismus. 13 Jahre Machtrausch, Olten/Schweiz 1945, S. 65, mit angeblich von Beteiligten stammenden Informationen über Albert und seine Arbeit. „Aufteilung der Chiffre-Nummern", undatiert, circa 1934 (Hess. HStA 483/625/21–23), zeigt die Reichweite des Netzes der Gruppe West. In BDC/SSO und RuSHA/Franz Glende und Wilhelm Pallas Angaben über frühe bezahlte SD-Angehörige und organisatorische Veränderungen.

[10] „Deckadressen für ausgehende Post", undatiert (Hess. HStA 483/625/117), bezieht sich auf 10 Bezirke und enthält Alberts Namen. Zum Wechsel in der SS-Gruppe 1933/1934 vgl. T-175/200/2741059–055. Für den der SD-Gruppe West unterstehenden Bereich „Liste der NF. im Bezirk des SS-Oberabschnitts West", undatiert (Hess. HStA, 483/625/81–82), wahrscheinlich vor April 1934 zu datieren, und „Mitarbeiter"-Liste, undatiert (Hess. HStA, 483/625/90–91), ebenfalls vor April 1934 zu datieren.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß etwa zur gleichen Zeit SS und SD erheblich umorganisiert wurden, läßt jedoch das Bild wieder unscharf werden. Sowohl die Terminologie als auch die geographische Einteilung änderten sich. So ist zum Beispiel nicht klar, wie lange der „Bezirk" territoriale Grundeinheit blieb, offenbar bis weit in das Jahr 1934 hinein. Er wurde dann durch den größeren „Abschnitt" ersetzt, der einen oder mehrere Gaue der NSDAP umfaßte. Der neue SS-Begriff „Oberabschnitt" ersetzte die „Gruppe", und die nun übliche Einteilung in Oberabschnitt, Abschnitt und Außenstelle wurde einheitlich festgesetzt. Die SS-Umorganisation diente wohl der Angleichung an die Wehrkreise; die Änderung wurde in Übereinstimmung mit der SA vorgenommen, als Teil der Pläne für eine wirksamere Mobilisierung im Angriffsfall. Dies brachte auch Änderungen der Grenzen der SD-Gebiete mit sich. Anders als in allen Veröffentlichungen zur SD-Geschichte behauptet, entsprachen die SD-Grenzen nach der Umorganisation aber nicht immer den Wehrkreisen. Die anfänglich eventuell vorhandene Übereinstimmung blieb nicht bestehen, und die Grenzen der SD-Bereiche fielen bis 1939 im wesentlichen mit denen der Gaue der NSDAP zusammen[11].

Durch diese Veränderungen ergab sich auch eine Aufteilung der SD-Gruppe West in zwei Oberabschnitte. Alberts Oberabschnitt, mit Frankfurt als Zentrum, hieß jetzt „Rhein" und bestand aus zwei Abschnitten, XI und XXX. Wenigstens für kurze Zeit entsprachen diese Abschnitte weitgehend denen der SS: XI setzte sich aus Saar, südlicher Rheinprovinz und einem Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden zusammen; der Rest von Wiesbaden, ganz Kassel und der nördliche Teil der Provinz Hessen gehörten zu Abschnitt XXX. Auf diese Weise wurden politische Grenzen mißachtet, und das südliche Hessen war, zumindest zeitweise, vom SD-Oberabschnitt Rhein ausgeschlossen[12].

Der Personalbestand in diesem stark reduzierten Oberabschnitt stellt sich klarer dar. Zusätzlich zu Alberts Stab von acht SD-Mitgliedern, hauptamtlichen und anderen, gab es in zwei Abschnitten und fünf Bezirken jeweils mindestens einen N. D.-Führer oder SD-Leiter. Die N. D.-Führer waren anscheinend als Mitarbeiter tätige Ic-Leute. Abschnitt XI, mit der Zentrale Frankfurt, war ein Sonderfall. Der N. D.-Führer war SS-Mann Wilhelm Günther, anfänglich nur Mitarbeiter, wenn auch bald ehrenamtliches Mitglied. Für sein ziemlich bedeutendes Gebiet hatte er einundzwanzig Mitarbeiter, von denen drei Unterbezirke in der Stadt leiteten. Drei weitere stellten Unterbezirke außerhalb Frankfurts dar. Vierzehn waren Referenten für verschiedene Interessengebiete des SD. Einer diente

---

[11] Zur SS-Reorganisierung siehe SS-Übersichtskarte, Stand vom 1. 6. 34, T-175/200/2741048, und Nationalsozialistisches Jahrbuch, München 1934, S. 161. Für die Nichtübereinstimmung von SD-Grenzen mit den Wehrkreisen bis 1939 und die Probleme, die spätere Änderungen mit sich brachten, vgl. George C. Browder, Sipo and SD 1931–1940. The Formation of an Instrument of Power, unveröff. Diss., University of Wisconsin 1968, S. 278, 283–286. Ferner Aronson, Heydrich, S. 164, und Orb, Nationalsozialismus, S. 68 f.

[12] Aus T-175/200/2741048 und „Aufteilung der Chiffre-Nummern" für Oberabschnitt Rhein (Hess. HStA 483/625/21–23) ergibt sich das Gebiet des Oberabschnitts.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Übersetzer. Vierzehn waren SS-Mitglieder, einer SA-Mann, von den anderen waren zwei Bauräte, einer Offizier und einer Ingenieur. Nur einer ist eindeutig als SD-Mitglied zu identifizieren und ein anderer als früherer SD-Mann[13].

Für den Unterbezirk Wiesbaden existiert eine Liste von Vertrauensleuten (V-Leute). Das waren Ortsansässige, die den Unterbezirksleiter über wichtige Vorgänge in ihren Orten informierten. Es gab vierzehn V-Leute in dreizehn ungleichmäßig über den ganzen Regierungsbezirk verteilten Kleinstädten. Dreizehn waren SS-Mitglieder, einer ein ehemaliger Ic-Mann. Einer war Bürgermeister, ein anderer „bei Polizei tätig". Äußerst interessant ist die Tatsache, daß der N. D.-Führer, der diese Liste von V-Leuten zusammenstellte, nicht in der Lage war, die Zuverlässigkeit von zehn der vierzehn einzuschätzen, drei von ihnen kannte er nicht einmal. Zweifellos geht das darauf zurück, daß die SD-Arbeit für jedermann nur eine Nebenbeschäftigung war. Zu denen, die er beurteilen konnte, gehörten der ehemalige Ic-Mann, ein „alter Parteigenosse", und der bei der Polizei Beschäftigte, der SD-Mitarbeiter werden wollte. Der vierte war ein „Neuling, macht aber ganz guten Eindruck"[14]. Dieser Bericht war kaum dazu angetan, Vertrauen zum SD-Nachrichtennetz einzuflößen.

Anfang 1934 zählte der SD-Oberabschnitt Rhein also wahrscheinlich zehn Mitglieder, davon einige hauptamtlich. Sie wurden von mindestens sieben N. D.-Führern in den SS-Einheiten und von mindestens sechzehn weiteren Mitarbeitern unterstützt. Wenn jeder von ihnen vierzehn V-Leute hatte (was unwahrscheinlich ist), kann das Netz aus hundert bis hundertfünfzig Leuten bestanden haben.

Inzwischen hatte es auch bedeutsame Entwicklungen in der SD-Zentrale gegeben. Daß Heydrich am 27. Januar 1933 zum Führer z. b. V. beim Stab des Reichsführers SS ernannt worden ist, wurde schon oft besonders hervorgehoben, doch scheint das seine Verantwortlichkeit für den SD nicht berührt zu haben. Tatsächlich hat er wohl zu keiner Zeit die Leitung des SD aufgegeben. Während er in Berlin amtierte, versandte er Berichte unter seinem alten Titel „Stabsführer des SD", und zu einem nicht genau bestimmbaren Zeitpunkt Anfang 1933 wurde die SD-Zentrale nach Berlin verlegt, wo der größte Teil des Stabs bis weit in den Sommer blieb, nachdem Heydrich nach München zurückgekehrt war. Während dieser Zeit übernahm Kobelinski eine nicht eindeutig umrissene Rolle bei der Leitung der SD-Arbeit, bald unterstützt von seinem Stabsleiter, dem SS-Hauptsturmführer Paul Leffler, aber Heydrich blieb Stabsführer[15].

---

[13] „Mitarbeiter", undatiert, wahrscheinlich Anfang 1934 (Hess. HStA, 483/625/90–91).

[14] „SD-Vertrauensleute im Unterbezirk 1/2", wahrscheinlich April 1934 (Hess. HStA 483/625/83–84). Siehe auch Anm. 17.

[15] Vgl. Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967, S. 166, der irrtümlich Aronson zitiert, und Aronson, Heydrich, S. 139 f. Berichte aus Berlin: SDdRFSS an RFSS betr. SS-Befehl, 26. Januar 1933, und SDdRFSS an RFSS betr. RGO-Streikversammlung, 3. Februar 1933, in: Nachlaß Daluege, U. S. National Archives Microfilm Group T-580/223/75. Leffler gehörte in Berlin wieder dem SD an; Generalstaatsanwalt Braunschweig, Klageschrift gegen Selle, 7. Oktober 1933 (Bundesarchiv [BA], R 43 11/1323/85). Lefflers

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Sommer 1933, als Heydrich durch seine neue Aufgabe als Chef der Bayerischen Politischen Polizei stark in Anspruch genommen war, kam der SD in Schwierigkeiten. Etliche Gauleiter warfen ihm Bespitzelung der Partei und Untergrabung ihrer Autorität vor[16]. Daraufhin nahm Heydrich den SD wieder enger unter seine Fittiche und wurde von nun an Chef des Sicherheitsdienstes genannt[17]. Ungefähr gleichzeitig sind die meisten Angehörigen der SD-Zentrale nach München zurückbeordert worden.

Am 9. November 1933, nachdem der SD die Attacken der Gauleiter überstanden hatte, machte Himmler ihn zum fünften Amt seiner SS. Als Chef des Sicherheitsamtes wurde Heydrich SS-Brigadeführer. Bislang wußten wir nichts über die Organisation des Amtes. Die Akten des Oberabschnitts Rhein enthalten jedoch über seine Organisation und Tätigkeit aufschlußreiche Dokumente.
Auf elf halben Seiten Seidenpapier – es handelt sich um einen Durchschlag – ist der Aufbau des Sicherheitsamtes festgehalten (Dokument 1). Laut Dr. Werner Best, damals Abteilungsleiter 1, ist diese Kopie „entweder nicht echt oder fehlerhaft abgeschrieben. Denn aus sprachlichen Gründen bezweifle ich, daß in dem Original Worte standen wie ‚Einzeichnung des Einlaufs' oder ‚Beamtennachschub Staatl. Organe'". Aber: „In ihrem sachlichen Inhalt entspricht die Anlage 1 ungefähr dem Organisationsplan oder Geschäftsverteilungsplan des Sicherheitsamtes, wie ich ihn aus dem Jahre 1934 in Erinnerung habe."[18] Höchstwahrscheinlich handelt es sich um eine nicht in der Zentrale angefertigte Arbeitsunterlage. Sie gehörte vielleicht Wilhelm Pallas, Referent in der Oberabschnittsführung; denn sein Name steht in der Ecke oben rechts.

Zusammen mit der geheimen Direktive „Anweisungen für Berichterstattung" (Dokument 2) vermittelt der Organisationsplan ein deutliches Bild des Sicherheitsamtes und seiner Tätigkeit. Die beiden Dokumente sprechen weitgehend für sich selbst. Einige Bemerkungen sind jedoch angebracht.

Die „Abteilung I, Organisation" hatte keineswegs nur mit einfachen Organisations- und Personalfragen zu tun. Referat „1/3 beobachtete die Beamten-Ernennungen in den Staatsbehörden; 1/4 bearbeitete die Organisation des SD und

Ersatz in Braunschweig berichtete im Juli an Leffler in Berlin, vgl. Vernehmung Leffler (R 43 11/1323/45). Der SD-Ausweis des Ersatzmannes wurde von Kobelinski unterzeichnet, vgl. Vernehmung Bonewald (R 43 11 /1323/18). Im Juni erledigte Kobelinski auch Heydrichs Korrespondenz mit Gauleiter Kaufmann, vgl. Kaufmann an Oberste Leitung der P. O., 21. Juni 1933, „Bericht über die Spitzeltätigkeit des SS-Sicherheitsdienstes" (BA, Sammlung Schumacher 457).

16 Die in Anmerkung 15 zitierten Dokumente beziehen sich auf die beiden Fälle Braunschweig und Hamburg.

17 In SDdRFSS an Schwarz, 19. Juli 1933 (T-580/93/457), unterzeichnet Heydrich mit „der Stabsführer", aber RFSS, SS-Gericht, 2. August 1933, ist an den „Chef des Sicherheitsdienstes, Heydrich" gerichtet (BDC/RuSHA/Josef Strohmeier).

18 Brief Dr. Bests v. 2. 4. 1977. Wahrscheinlich existierte diese Organisationsform mindestens seit Ende 1933; denn in seinem Lebenslauf stellt Erich Ehlers (BDC/SSO) fest, daß er am 12. 11. 33 an das Sicherheitsamt in München versetzt wurde, um in Abteilung V an der Einrichtung der Freimaurerkartei zu arbeiten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Anfertigung von Berichten über die Tätigkeit des SD; 1/5 hielt die Verbindung mit anderen Partei-Nachrichtendiensten"[19].

Die übrigen Abteilungen koordinierten die nachrichtendienstliche Tätigkeit (Beschaffung von Informationen und Gegenspionage) des SD, wie aus Dokument 2 hervorgeht. Besonders bemerkenswert ist das Fehlen einer Abteilung, die über andere Teile der NS-Bewegung zu berichten gehabt hätte; nicht einmal die SA taucht als Beobachtungsobjekt auf. Das beruht zweifellos auf jenen Direktiven der Reichsleitung, mit denen die zuvor aufgetretenen Spannungen zwischen SD und Gauleitern beigelegt worden waren. Wie oder von wem im Rahmen dieser Organisationsstruktur die gewiß trotzdem erfolgte Berichterstattung über die Bewegung gehandhabt wurde, wird also nicht deutlich. Ebenso bemerkenswert ist die verhältnismäßig untergeordnete Stellung des zur Abteilung IV gehörenden Auslandsnachrichtendienstes. Die Auslandsarbeit des SD war offensichtlich noch sehr unterentwickelt.

Auf den ersten Blick deutet die Zuordnung von „Judentum" zu lediglich einer Unterabteilung im Referat IV/2 darauf hin, daß man dem nur geringe Aufmerksamkeit schenkte; die Anlage B4 (in Dokument 2) legt jedoch den gegenteiligen Schluß nahe. Hier muß es sich um das neue „Judenreferat" gehandelt haben, dessen Leitung im August 1934 Leopold von Mildenstein übernahm und in dem bald Adolf Eichmann arbeiten sollte[20].

Erstaunlicher ist jedoch die weit größere Beachtung, die den Freimaurern gewidmet wurde; mit ihnen hatte sich die gesamte Abteilung V zu beschäftigen. Zwar mag das tatsächlich mit den damaligen Prioritäten Himmlers und Heydrichs zusammenhängen, doch sollte man diesen Gesichtspunkt nicht überbetonen. Vielleicht entstand ein solcher Schwerpunkt nur deshalb, weil Heydrich zufällig genügend ‚Experten' für jene Abteilung zur Verfügung hatte. Sowohl in der Zentrale als auch in den regionalen Dienststellen scheint die Greifbarkeit brauchbaren Personals ein vorrangiger Faktor für die Bestimmung der anfänglichen Entwicklungstendenz des SD gewesen zu sein.

Ein weiteres Dokument aus den Akten des Oberabschnitts Rhein ist zwar nur ein Registraturverzeichnis für das Sicherheitsamt, enthüllt aber wichtige Veränderungen in dessen Organisation (Dokument 3). Laut Werner Best „gibt [es] den – gegenüber der Anlage 1 weiterentwickelten – Stand der Organisation und Geschäftsverteilung von etwa Anfang 1935 wieder"[21].

Dr. Bests Abteilung I zum Beispiel war nun von der Beschäftigung mit Personalangelegenheiten entbunden; sie befaßte sich ausschließlich mit organisatorischen Fragen und mit Beziehungen zu befreundeten oder kooperierenden

---

[19] Brief Dr. Bests v. 2. 4. 1977.

[20] Aronson, Heydrich, S. 202 f.

[21] Brief Dr. Bests v. 2. 4. 1977. Da das SD-Amt am 30. Januar 1935 ein Hauptamt wurde, ist anzunehmen, daß dieses Dokument von Ende 1934 stammt. Wenn Dr. Bests Erinnerung richtig ist und diese Form bis 1935 vorherrschte, müssen die Abteilungen einfach Ämter geworden sein.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dienststellen. Es spiegelt die zunehmende Bedeutung des SD als „wesentliche Unterstützung" der Politischen Polizei wider, daß I/1 zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit solchen Polizeistellen gebildet wurde. Bests Abteilung war auch für die Kontakte mit anderen staatlichen Behörden und mit den Gliederungen der NS-Bewegung zuständig. Die Zusammenfassung derartiger Aufgaben in der „Abteilung Organisation" sollte allem Anschein nach in der Partei und in staatlichen Dienststellen die Furcht vor Bespitzelung durch den SD beschwichtigen. Bests beachtliches Talent, die Beziehungen zu konkurrierenden Diensten zu entspannen, mag auch eine Rolle gespielt haben, denn noch heute beschreibt er die Tätigkeit seines damaligen Amts als Pflege der Beziehungen zu befreundete[n] Organisationen . . . nicht Gegner[n] [deren Fälle] in den Abteilungen III–VI bearbeitet wurden"[22]. Trotzdem wurde Best zu Anfang des Jahres 1935 in das Geheime Staatspolizeiamt übernommen und durch den mittlerweile SS-Sturmbannführer gewordenen Wilhelm Albert vom Oberabschnitt Rhein ersetzt[23].

Von Bedeutung ist auch das Referat I/10, „Nachrichtendienste fremder Formationen", das an die Stelle des Referats I/5, „Andere Parteinachrichtendienste", trat. Hierin kam zum Ausdruck, daß der SD seit Juni 1934 das nachrichtendienstliche Monopol in der NS-Bewegung besaß[24], und daß er nun die offizielle Anerkennung anderer Nachrichtendienste wie Abwehr, Forschungsamt und Auswärtiges Amt gefunden hatte.

Die umgestalteten Abteilungen III und V und die neue Abteilung VI (Ausland) arbeiteten als „weltanschaulicher" Nachrichtendienst gegen „Feinde"[25]. Für alle Feindgruppen, die von den ehemaligen Abteilungen III und IV bearbeitet worden waren, sowohl für die illegalen wie für die anderen, war jetzt Abteilung III zuständig. Zur Erreichung von Himmlers Ziel, die Verbindungsfäden im großen Gespinst der internationalen Verschwörung gegen Deutschland sichtbar zu machen, wurde die berühmte ausgeklügelte SD-Kartei angelegt. Karteikarten für Personen enthielten Querverweise, die die aufgeführten Individuen mit anderen Individuen in Beziehung setzten, mit Organisationen, mit Orten und mit abstrakten Feindgruppen, besonders mit der Feindgruppe „Judentum". Organisationen wurden auf ähnliche Weise erfaßt, und beide Karteien wurden mit einer dritten Kartei verbunden, die jede Erwähnung der verzeichneten Personen und Organisationen in der Presse festhielt[26]. Diese Art weltanschaulicher Schnüffelei ging über normale politische Polizeiarbeit weit hinaus und etablierte so den SD als „wesentliche Unterstützung" der Politischen Polizei.

---

[22] Brief Dr. Bests v. 2. 4. 1977.

[23] BDC/SSO/Best und Albert.

[24] Aronson, Heydrich, S. 195 f.

[25] Himmlers Konzept eines weltanschaulichen Nachrichtendienstes wurde im Januar 1937 Wehrmachtsoffizieren dargelegt, vgl. Buchheim, Die SS, S. 61 f.

[26] „Kartei" und „Vorläufige Richtlinien für die Einrichtung einer Verbändekartei", undatiert, aber anscheinend gleichzeitig (Hess. HStA 483/625/94–98, 115–116).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während die „weltanschauliche" Nachrichtentätigkeit schließlich zur Sammlung von Informationen über die ausgefallensten Themen führte, die alle in Himmlers Mystizismus wurzelten, hat eine observierende Aktivität, die doch etwas anders orientiert war, tatsächlich die Nützlichkeit des SD für die Reichsleitung erhöht und außerdem endlich eine befriedigende Aufgabe für viele SD-„Intellektuelle" gebracht. Diese Rolle fiel der reorganisierten Abteilung IV zu, die nun die ausländische und einheimische Presse zu überwachen hatte, ferner die gesamte Volkswirtschaft, das geistige Leben, das Erziehungswesen, die Verwaltung und die Justiz. Reinhard Höhn verlegte seine Tätigkeit von der vormaligen Abteilung III/4 in IV/3. Unter seiner Anleitung begann Otto Ohlendorf seine SD-Karriere. Die Abteilung IV entwickelte schließlich die „Lageberichte und Meldungen aus dem Reich" zu einem brauchbaren Mittel, die NS-Führerschaft über die Stimmung der Bevölkerung und die Wirkung von Maßnahmen des Regimes zu unterrichten[27].

Die später vorgenommene Erhebung zum Sicherheitshauptamt und die Einteilung in drei Ämter, die Aronson und Ramme beschrieben haben, stellten nur eine Umorganisation der SD-Zentrale dar und spiegeln die ständige Verlagerung des Schwerpunktes wider[28]. Vor allem die Auslandsarbeit wuchs von einem Referat (IV/1) zu einer Abteilung (VI) und zuguterletzt zu einem eigenen Amt (III). Der SD hatte sich von einer dilettantischen Schmalspur-Organisation zu einem ernster zu nehmenden Nachrichtendienst entwickelt.

Dokument 1[29]

Chef des Sicherheitsamtes
Adjutant
1. Telefonzentrale.
   Ordonnanzdienst.
   Empfangskontrolle.
2. Kraftfahrzeuge.

---

[27] Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied und Berlin 1965.

[28] Aronson, Heydrich, S. 202 f., 206, 213, liefert eine ziemlich genaue Rekonstruktion aus fragmentarischer Überlieferung. Ramme, Der Sicherheitsdienst, S. 54–57, 248, hatte den Vorteil, ein Dokument benützen zu können, das, wie das hier vorgelegte Dokument 3, die Rekonstruktion des Sicherheitshauptamtes für 1937 erlaubt: Stabsbefehl für SD-Hauptamt Nr. 3/37, betr.: Signenzeichnung, 15. Januar 1937. Es gibt leichte Abweichungen zwischen Aronson, Ramme und dem Stabsbefehl, von dem eine Kopie der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin am 16. Juni 1970 aus Beständen des Zentralen Staatsarchivs der Oktoberrevolution in Moskau überlassen wurde. Solche Abweichungen ergeben sich unvermeidlich aus der Notwendigkeit, aus fragmentarischer Überlieferung zu rekonstruieren, die zeitlich nicht genau ist und im Original Fehler enthalten kann.

[29] Dieses und die folgenden Dokumente stammen aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, Abteilung 483, Nr. 625. Das Dokument ist 70–80 paginiert. Daher wird abgekürzt zitiert als Hess. HStA, 483/625/Seitenzahl. Orthographische Fehler in den Dokumenten wurden vom Bearbeiter stillschweigend korrigiert.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stabsabteilung – St
1. Geheimarchiv.
2. Geheimregistratur.
3. Staatliche Angelegenheiten.

Abteilung Z (Zentral)
1. Einzeichnung des Einlaufs.
2. Dienstkorrespondenz des Chefs des SD, soweit sie nicht zum Aufgabenkreis der Abt. 1 – VII gehört.
3. A.-Registratur.

Abteilung I Organisation
1. Personal.
2. Personalkartei.
3. Beamtennachschub Staatl. Organe.
4. Allgem. Organisationsfragen, Tätigkeitsberichte.
5. Andere Parteinachrichtendienste.
6. Schulungsleiter.

Abteilung II Verwaltung
1. Kassenverwaltung.
2. Buchhaltung.
3. Revision.
4. Hausverwaltung.
5. Material, Inventar.

Abteilung III Information (Innenpolitik)
1. N. S. völk. monarch. Opposition, gleichgesch. Organisationen.
2. Religion u. Weltanschauung, eingeschl. Separatismus.
3. Marxisten.
4. Wissenschaft u. Erziehung
5. Verfassung u. Recht.
6. Verstärkung des weltanschaulichen Gedankens in der öffentlichen Meinung.

Abteilung IV Spionageabwehr u. Auslandsfragen.
1. Ausland.
2. Juden, Pazifisten, Greuelpropaganda, Emigranten im Ausland.
3. G. P. U. Landesverrat, Emigranten im Inland.
4. Spionageabwehr, militärisch, wirtschaftlich u. in den Werken.
5. Rüstungen.
6. Wirtschaft und Korruption.

Abteilung V Freimaurer
1. Freimaurer-Kartei (Inland – Ausland).
2. Auswertung.
3. Logenkarten.
4. Bibliothek.
5. Archiv.
6. Museum.

Selbständ. Referat. Presse
1. Überwachung und Auswertung.
2. Informationsdienst.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbständ. Referat. Technische Hilfsmittel und Funk
1. Gegner-Verbändekartei.
2. Photo, Labor, Zeichner.
3. Statistik (Stellenbesetzung).
4. Bibliothek.
5. Funk.

Dokument 2[30]

Abschrift.
An alle SD=Oberabschnitte
Betrifft: Anweisungen für Berichterstattung.

In der Anlage werden Anweisungen für Berichterstattungen übersandt, enthaltend:
1.) Allgemeine Anweisung für Berichterstattung,
2.) Muster für Sammelberichte (Anlage A)[31]
3.) Sonderanweisungen für einzelne Referate (Anlage B 1–6)
Für die noch nicht berücksichtigten Referate erfolgt die entsprechende Anweisung später.

Die Anweisungen sind als bindende Richtlinien für die Berichterstattung zu betrachten. Sie kennzeichnen den gesamten Aufgabenkreis der berichtenden Stellen auf längere Zeit hinaus. Die darin geforderten Informationen sollen also erst nach und nach erarbeitet werden.

Diese Anweisungen sind nur für die Leiter der Oberabschnitte und ihre Referenten bestimmt, dürfen nicht vervielfältigt werden und sind unter Verschluß zu halten. Die unteren Dienststellen sind lediglich mündlich zu unterrichten.

Die in der Allgemeinen Anweisung erwähnten *Lageberichte* sind zum 25. jedes geraden Monats (also Juni, August usw.) pünktlich einzureichen. Die *Tätigkeitsberichte* zum gleichen Tag der dazwischen liegenden Monate.
8 Anlagen

Anlage B 2

Referat III/2: Religion und Weltanschauung
A. Katholizismus

I. *Ehem. Parteien und politische Verbände.*
1.) *Personen.*
Zu melden ist alles was über heutige Betätigung ehem. Gegner (Funktionäre, Abgeordnete, Führer u. Anhänger der aufgelösten Parteien u. Verbände.) in Erfahrung gebracht wird. Insbesondere: Wovon leben sie? Wo und mit wem verkehren sie? Verreisen sie öfters? (Ausland) Sind sie in der Partei? SA, Stahlhelm, NSBO usw. Sind sie noch oder wieder in staatlichen oder gemeindlichen Stellen?

---

[30] Hess. HStA, 483/625/42–59.
[31] Anlage A, S. 50/51, wurde gestrichen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2.) *Organisationen.*
Zu melden ist, ob aufgelöste Verbände bestehen (geheim, getarnt als unpolitische Vereinigung, als Zellen in nat. soz. Organisat. in kirchlichen Vereinen oder relig. Sekten) Wichtig ist die Sicherstellung des Aktenmaterials aufgelöster Vereine und Verbände (Mitgliederlisten) Bei Erfassung solchen Materials ist Meldung unter Beifügung eines Inhaltsverzeichnisses einzureichen. (Hierzu gehören auch gegnerische Zeitschriften, Flugschriften, Parteiliteratur, Bilder.)

II. *Geistlichkeit.*

1.) *Personalien.*
Die kirchl. Organisationen und die Namen der Geistlichen sind nach dem kirchl. Handbuch und dem Generalschematismus bekannt. Die Dienststellen sollen sich den Schematismus (örtlichen) (die Kirchenstatistik ihres Bezirks) beschaffen und regelmäßig alle Veränderungen nachtragen.

2.) *Einstellung zum Nationalsozialismus.*
Aufgaben der Meldestellen ist es, nach und nach die pol. Einstel. sämtlicher Ortsgeistlicher ihres Bezirkes (auf Grund rednerischer u. schriftstellerischer Betätigung usw.) festzustellen. Um unnötige Aufbauschung des Apparates zu vermeiden, sind dabei *zunächst alle ausgesprochenen Gegner* von Fall zu Fall zu erfassen, nicht dagegen die große Masse derer, über die vorerst nichts besonderes bekannt ist. Neben gegnerischen sind namentlich auch *sympathisierende Geistliche* zu melden.

3.) *Frühere Betätigung in der Politik.*
(als Abgeordneter, Redner, Schriftsteller usw. ist zu erfassen.)

4.) *Verwicklung in Straf- und Zivilprozesse.*
Bes. wichtige *politische* Prozesse, z. B. *Separatistenprozesse.* Zu melden sind auch beweisbare Verfehlungen, die nicht zu einer gerichtlichen Verfolgung geführt haben (sittl. Verstöße).

5.) *Mißbrauch seelsorgerlicher Mittel zu polit. Zwecken.*
(Predigten, Beichtstuhl, Hausbesuche usw.)

III. *Religiöse Orden und Verbände.*

1.) *Orden und Klöster.*
Welche Orden sind im Bezirk vorhanden (zu trennen: männlich und weibl.), Ort u. Größe der einzelnen Niederlassungen? Besonders wichtig: *Jesuiten!*

Anlage C.3

2.) *Kirchliche Vereine.*
a.) Name und Zweck, Satzung, Beitragshöhe usw.?
b.) Vorstand, Mitgliederzahl? (nach Möglichkeit Mitgl. Liste), Zunahme oder Abnahme an Mitgliedern.
c.) Zweck und Verlauf von Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen?
d.) In übergeordnete Verbände eingegliedert? Wie in die kath. Aktion eingegliedert? Besonders zu erwähnen Verbände unter ausländischer Leitung.
e.) Werden schriftliche oder gedruckte Rundschreiben ausgegeben, Verbandszeitschriften? (Belege!)
f.) Werden besondere Schulungskurse veranstaltet?
Von wem geleitet?
g.) *Entspricht die Betätigung des Vereins den Bestimmungen des Reichskonkordats?* Bericht über alle Verstöße gegen das Reichskonkordat ist von größter Wichtigkeit! (Ein Abdruck des Reichskonkordat ist von jedem Oberabschnitt zu beschaffen.)

3.) *Jugendorganisationen.*
a.) alle Angaben wie zu 2.)

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b.) Verhältnis zur Hitlerjugend?
c.) wird der Beitritt zu HJ verhindert oder erschwert? durch wen?
d.) sind Übertritte zur HJ bekannt, die eine Beeinflussung der HJ in kirchlicher Richtung (z. B. durch Jesuiten) zu bezwecken erscheinen?

4.) *Akademische Verbände.*
a.) Korporationen (C. V., K. V. usw.). Betätigung der Alten Herrn. Gruppen. Protektion?
b.) „*Kath. Akademikerverband*", Beobachtung besonders wichtig.

IV. *Kirchliches Vermögen und Einkommen.* (Tote Hand)

1.) *Vermögen der Kirche, der Klöster, der kirchl. Vereine.*
Eigentum an Grund und Boden, Gebäuden, Bankkapitalien. Jeder Besitzwechsel und neue Ankauf ist zu melden.

2.) *Erwerbsgesellschaften* (rein kirchl. oder Beteiligung an weltl.) Betrieb von Landwirtschaft, von Handwerks- und Industrieunternehmungen? Schulen mit Internat? Krankenhäuser, Erholungsheime usw.? Zahl der Beschäftigten? Umsatz? Besondere *Steuervergünstigungen*, (Steuerfreiheit?)

3.) *Einkünfte.*
a.) Kirchensteuer
b.) staatliche Zuschüsse
c.) Erträgnisse von Sammlungen usw., Gebühreneinnahmen.

4.) *Stiftungen.*
Von allen neuen Stiftungen, Erbschaften (Legaten) und Schenkungen ist Meldung zu machen.

Anlage D.4

5.) *Kirchliche Gelder.*
Die jährlich ins Ausland wandern: Peterspfennig, Gelder für Dispense, Ernennungen usw., für Missionen, für Wallfahrten.

V. *Caritas.*

1.) *Organisationen.* Umfang u. Arbeitsweise?

2.) *Verhältnis zur NS Volkswohlfahrt.*
Über örtliche Zusammenstöße ist zu berichten. (Beweismaterial)

VI. *Veranstaltungen.*

1.) *Kath. Aktion.*
(im engeren Sinne) Aufbau und Betätigung?

2.) *Öffentliche Kundgebungen und Versammlungen.*
Auch Feste und Kongresse usw.

3.) *Missionen und Exerzitien.*
(auch Pfarrkurse, Einkehrtage und dgl.)
für welche Berufsgruppen? Exerzitienhäuser?

4.) *Pilgerfahrten.* (Rom!!)

VII. *Kultur und Presse.*

1.) *Kulturelle Betätigung.*
a.) Wissenschaft und Bildungswesen (Schulen u. Erziehungsanstalten, Kath. Volkshochschule, Pfarrbibliotheken usw.)
b.) Literatur (auch Buchhandel, Verlagswesen)
c.) Kunst (besonders Theater, Film und Funk)

2.) *Hirtenbriefe.* und andere Erlasse sind einzusenden.

3.) *Zeitungen und Zeitschriften.*
Alle Lokalblätter sind regelmäßig zu überwachen (Pfarr- und Diözesanblätter, kirchl. Anzeiger und Sonntagszeitungen, Volkskalender usw.)
Die Überwachung der über das ganze Reichsgebiet verbreiteten Zeitungen und

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitschriften wird dagegen bei 1 durchgeführt, soweit nicht einzelne Referenten von Oberabschnitten mit der Überwachung bestimmter Zeitschriften beauftragt sind.

Bei 1 wird z. Zt. gehalten:

Germania, Berlin
Kölnische Volkszeitung
Augsburger Postzeitung
Fuldaer Zeitung
Regensburger Anzeiger
Reichspost, Wien
Salzburger Chronik
Basler Nachrichten
Neue Züricher Zeitung
Vaterland, Luzern
Junge Front, Düsseldorf
Stimmen der Zeit, Freiburg
Zeit und Volk, München (zur Zt. verboten)
Kirche im Volk, Düsseldorf
Die Seelsorge, Hildesheim
Das Wort in der Zeit, Regensburg

Anlage E.5

Katholische Kirchenzeitung, Salzburg
Der Seelsorger, Wien

Bisher ist die Überwachung folgender Zeitungen bestimmten Referenten übertragen worden:

Ecclesia (zur Zt. verboten), Junge Front, Katholik, Kirche im Volk.

Anmerkung:

Als außerhalb dieser Aufstellung stehend wird auf die von der NSDAP eingerichtete *„Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher" (AKD)* hingewiesen. Über die Erfolge ihrer Arbeit ist zu berichten. Versucht der politische Katholizismus dort Einfluß zu gewinnen? Werden alte Nationalsozialisten zurückgedrängt?

B. Protestantismus.

I. *Geistlichkeit und Kirchenverwaltung.*
Sinngemäß wie unter A/II (Kath. Geistlichkeit)
II. *Kirchliche Vereine und freie Verbände.*
Sinngemäß unter A/III (Kath. Verbände)
Im einzelnen ist zu beachten:
1.) *Innere Mission.*
a.) Einrichtung und Betätigung
b.) Verhältnis zur NS – Volkswohlfahrt
2.) *Äußere Mission* (einschl. Judenmission.)
vor allem wichtige Geldaufbringung fürs Ausland.
3.) *Gustav Adolf Verein.*
Auslandsbeziehungen (Auslandsdeutschtum)
4.) *Evangelischer Bund.*
Verhalten gegenüber dem röm. Katholizismus!
III. *Kirchenpolitische Bewegungen.*
1.) *Deutsche Christen.*
Sondereinrichtungen in den einzelnen Ländern!
Gewissenszwang.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2.) *Pfarrernotbund.*
einschl. Laiennotbünde, in Sachsen z. B. Gemeindebewegung („Evangelische Volkskirche")
a.) Politisch vorbelastete Mitglieder?
b.) Übergriffe aus der kirchlichen Auseinandersetzung ins politische Gebiet.
3.) *Jungreformatorische Richtung* (frei Synoden usw.)
4.) *Sonstige Richtungen* (vergl. D II)
Deutsche Volkskirche, (früher Geistchristentum A. Dinter)

Anlage F.6

Volkskirchliche Deutsche Glaubensbewegung (Dr. Krause) usw.
V. *Presse.*
Es gelten dieselben Grundsätze wie für die kath. Presse. Bei 1 wird regelmäßig gelesen:
Deutsch evangelische Korrespondenz, Berlin
Junge Kirche, Göttingen
Protestantische Rundschau, Berlin
Von kirchenpolitischen Flugschriften der Deutschen Christen, des Pfarrernotbundes usw. sind Belegstücke einzusenden.

C. Sekten.

I. *Christliche Sekten.*
Verbreitung, geistige Richtung usw.
(Adventisten, Baptisten, Bibelforscher, Christian Science = Christl. Wissenschaft, Heilsarmee, Methodisten, Gruppenbewegung = Oxfordbewegung usw.)
II. *Nichtchristliche Sekten und Religionen.*
Hierher z. B. Buddhisten, Mohammedaner usw.
Israeliten gehören zum Referat Judentum!

D. *Deutsche Glaubensbewegung.*

I. *Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung. (ADG)*
1.) Anhängerkreis (Ehem. Marxisten u. dgl.?)
2.) (wird *Gewissenszwang* von irgend einer Seite gegen die Mitglieder der ADG ausgeübt? (Zuwiderhandlungen gegen den Erlaß des Stellvertreters des Führers vom 13. 10. 33)
II. *Verwandte Richtungen.*
z. B. Nordische Richtungen, auch Skaldenorden, Thulegesellschaft usw.
Dienen diese Vereinigungen als Auffangorganisationen für irgendwelche Gegner?
III. *Presse.*
Bei 1 wird regelmäßig gelesen:
Deutscher Glaube, Stuttgart
Flammenzeichen, Leonberg
Reichswart, Berlin
Völkischer Herold, Lorch

Anlage G.7

E. *Gottlosenbewegung.*

Was ist aus den früheren

E. *Gottlosenverbände.*

Was ist aus den Anhängern der früheren Gottlosenverbände (bes. „Proletarische Freidenker") geworden?

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sonderfrage: *Feuerbestattungsvereine?*
Anmerkung.
Die obige *Einteilung des Referates III/2* ist bei der Berichterstattung und beim Aufbau aller Dienststellen zu beachten, also: III/2/A: Katholizismus
III/2/B: Protestantismus
III/2/C: Sekten
III/2/D: Deutsche Glaubensbewegung usw.
III/2/E: Gottlosenbewegung

Allgemeine Anweisung für Berichterstattung.

Im folgenden werden allgemeine Anweisungen für die Berichterstattung gegeben, die für alle Referate Geltung haben.
Sonderanweisungen für einzelne Referate enthalten die Anlagen B 1–6.

1.) *Wichtigkeit der Meldung.*
Bericht zu erstatten ist über alle Vorgänge, die in Bezug auf die Person oder Sache wichtig sind. Kein Klatsch! Nebensächliches ist zunächst bei den Oberabschnitten zu sammeln. (Kartei)

2.) *Genauigkeit der Meldung.*
Die Meldestelle, von der die Meldung ausgeht, ist verantwortlich für die Richtigkeit der Angaben. Bloße Gerüchte sind als solche zu kennzeichnen.
Alle Angaben sind vor Weiterleitung einer Meldung von der höheren Dienststelle auf ihre Wahrscheinlichkeit nachzuprüfen und im Anschreiben mit einer entsprechenden Beurteilung zu versehen.

3.) *Beweisführung.*
Für jede Meldung ist die Quelle anzugeben und das Beweismaterial beizufügen.
Insbesondere: Eidesstattliche (Erklärungen) Versicherungen von Zeugen. Polizeiliche oder gerichtliche Feststellungen oder Entscheidungen. (Dazu stets Angabe von Gerichtsstand, Datum, Aktenzeichen.) Nach Möglichkeit Beifügung von Presseberichten.
Ergänzung des Beweismaterials durch eigene Feststellungen der Meldestellen ist, besonders bei wichtigen Vorgängen, durchzuführen.

4.) *Einreichung der Meldungen.*
a.) Wichtige Einzelmeldungen sind sofort weiterzugeben.
b.) Weniger wichtige Meldungen, die jedoch für höhere Dienststellen von Wert sein können, sind zurückzulegen und in die nach Bedarf, spätestens jedoch alle 14 Tage einzureichenden *Sammelberichten* aufzunehmen.
(Muster mit Erläuterungen: Anlage A)

5.) *Erstattung von Lage- und Tätigkeitsberichten.*
a) *Lageberichte,* getrennt nach Referaten, und
b) *Tätigkeitsberichte* (Stand der Organisation, Erfolg der Arbeit) sind alle 2 Monate zu einem vorgeschriebenen Zeitpunkt einzureichen. Dabei wird in der Weise abgewechselt, daß jeden Monat *ein* Bericht fällig ist.

6.) *Form der Meldungen.*
a) Alle so kurz wie möglich. Übersichtlich gliedern!
b) Jeder Vorgang auf besonderem Blatt.
c) Die Blätter nur einseitig beschreiben, aber
d) keine Papierverschwendung!
e) Jede Meldung in doppelter Ausfertigung (Urschrift mit Durchschlag!)
f) Im Anschreiben kurze Angabe des wesentlichen Inhalts des Schreibens, Bezeichnung des zuständigen Referats.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7.) *Zeitungsausschnitte.*

Die Überwachung der *Presse des Bezirks* nach den Gesichtspunkten der einzelnen Referate ist eine der wichtigsten Aufgaben der Meldestellen.

a) Für die Einreichung der Zeitungsausschnitte gilt das gleiche wie für die Einreichung von Meldungen. (Siehe Anweisung unter Nr. 4)

b) Jeder Zeitungsausschnitt muß mit folgenden Angaben versehen sein:
Titel und Erscheinungsort des Blattes, sowie Nummer und Datum.
(bei weniger bekannten Zeitschriften u. Zeitungen außerdem kurzer Hinweis auf die Tendenz, z. B. „Katholisch")

c) Bei Neuerscheinungen sowie erstmalig erwähnten Druckschriften möglichst Einreichung eines Probestücks.

Grundsätzlich muß unter allen Umständen die Begünstigung oder gar Heranzüchtung eines Denunziantentums vermieden werden.

Anlage B.

Referat III/1.

(Nat. soz. völkische und monarch. Opposition.)

I. *Aufteilung und Aufgabenkreis.*

Die nat. soz., die völkische, sowohl die monarch. Opposition haben nicht den Willen, den nat. soz. Staat grundlegend zu zerstören. Sie haben vielmehr die Ansicht, daß der augenblickliche Staat eine Zwischenstufe zur Staatsform in ihrem Sinne darstellt. Dadurch ergibt sich, daß die Anhänger der oppositionellen Bestrebungen zu der heutigen Regierung teilweise engen Kontakt haben und in fast allen Organisationen als überzeugte Nationalsozialisten vertreten sind.

Es liegt also im Aufgabenkreis des Referats III/1 die Erfassung des gesamten Verbändewesens.

Die nachstehend angeführten Verbände, die teilweise schon verboten, bzw. gleichgeschaltet sind, treten besonders stark als Sammelbecken der nat. soz. Opposition hervor.

A. *Nationalsozialistische Opposition.*

a) *Die Strasserbewegung.* (Schwarze Front)

b) *Rolandbund.* (Unter diesem Namen tarnt sich die schwarze Front in Deutschland.)

B. *Völkische Opposition.*

1. *Wehrverbände.*

a) Stahlhelm,
b) Wehrwolf,
c) Gefolgschaft Erhardt,
d) Ring alter Landsknechte,
e) Bund der Ruhrkämpfer,
f) Das Graue Korps.

2. *Gesellschaftliche Vereinigungen.*

a) Reichsbund ehemaliger Berufssoldaten,
b) Kyffhäuserbund,
c) Deutscher Klub,
d) Union Klub,
e) Hamburger nationaler Klub von 1919, u. a. nationale Klubs.
f) Harmonie, Leipzig.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. *Tannenbergbund.*

4. *Deutsch-völkische Freiheitsbewegung.*
(Verband national gesinnter Soldaten.)

C. *Monarchistische Opposition.*

1. *Offiziersverbände*
a) DOB. (Deutscher Offiziersbund.)
b) NDO. (Nationalverband Deutscher Offiziere.)
zusammengefaßt zum RDO. Reichsverband Deutscher Offiziere.

2. *Deutsche Kaiserbewegung.*
a) Hohenzollernbund.
b) Bund „Die Aufrechten".

3. *Deutsche Kaisergarde.*
a) Ehemaliger Wiking,
b) Deutschbannerstamm,

4. *Deutsche Junggarde.*

Anmerkung zu 2, 3 und 4.
Die Deutsche Kaisergarde und die Deutsche Junggarde sind für die Deutsche Kaiserbewegung etwa dasselbe, wie für die NSDAP die SA und die HJ.

Besonders wichtig ist auch die Erfassung von örtlichen kleinen Gruppen, die sich meistens um bestimmte Personen bilden und durch die gesellschaftlichen Beziehungen der „Anhänger" untereinander enge Verbindung haben.

II. *Überwachung der Opposition.*
Mit Ausnahme der Otto Strasserbewegung (Schwarze Front), die vom Ausland her (Österreich und neuerdings Saargebiet) gegen den nat. soz. Staat einen offenen Kampf mit allen Mitteln führt, arbeiten die anderen Oppositionsgruppen ganz versteckt. Dadurch gestaltete sich die Abwehr und Überwachung sehr schwierig. Die genaue Beachtung der folgenden Richtlinien ist daher notwendig.

1. *Personen.*
Zu melden ist alles, was über die heutige Betätigung der Abgeordneten, Führer und Anhänger der aufgelösten Parteien und Verbände in Erfahrung gebracht wird. Insbesondere:
a) Wo und mit wem verkehren sie?
b) Verreisen sie öfters? (Ausland)
c) Sind sie in der Partei? (SA, Stahlhelm usw.?)
d) Sind sie noch oder wieder in wichtigen staatlichen oder kommunalen Stellen?
e) Wenn in Schutzhaft, wie verhalten sie sich? welche Verbindungen nutzen sie aus zur Freilassung? wie verhalten sie sich nach ihrer Freilassung?

2. *Organisationen.*
Zu melden ist, ob aufgelöste Verbände fortbestehen,
a) Geheim (illegal)
b) öffentlich, getarnt als unpolitische Vereinigungen (Wanderklubs, Sportvereine usw.)
c) als geschlossene Gruppen oder Zellen in NS-Org.
Wichtig ist die Sicherstellung des Aktenmaterials aufgelöster Vereine u. Verbände. Bei Erfassung solchen Materials ist Meldung unter Beifügung eines Inhaltsverzeichnisses einzureichen. (Auch Zeitschriften, Flugblätter, Literatur, Bilder.)

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. *Arbeitsweise und Propaganda der Opposition.*

A. *Nat. soz. Opposition.* (Otto Strasser, Wien u. Saargebiet.)

Es ist zu melden:

Werden Flugblätter verteilt? Auf welchem Wege kommen sie nach Deutschland? Sind Postsendungen an bestimmte Personen gerichtet?

B. *Völkische und monarch. Opposition.*

1. *Kulturelle Betätigung.*

Zu melden ist jede bemerkenswerte Betätigung in:

a) Wissenschaft und Bildungswesen.
b) Literatur (auch Buchhandel)
c) Kunst, besonders Theater, Film und Funk.

2. *Presse.*

Wichtig als Propagandamittel für die nat. soz. Opposit. ist die Presse. Es werden unauffällig kleinere Artikel gebracht, die besonders für die Reaktion Stimmung machen. Zur wirksamen Bekämpfung dieses für die Opposition wichtigen Propagandamittels sind genaue Meldungen über Verfasser, Zeitung usw. einzureichen.

Anlage B 3

Marxismus.

Für alle Beobachtungen und Meldungen sind drei Gesichtspunkte zu beachten:

a) Wer arbeitet *jetzt* gegen Staat und Partei?
Wie arbeitet er und mit welchem Erfolg?
b) Wer hat früher gegen uns gearbeitet? Welche Personen und Organisationen? Was ist aus ihnen geworden?
c) Wie wird sich die gegen uns gerichtete Arbeit in Zukunft entwickeln?

Im einzelnen:

1. Die *ehemaligen Mitglieder* der marxistischen Parteien, Gewerkschaften und ihre Nebenorganisationen sind zu beobachten. Besonders die ehemaligen führenden Personen u. die Mitglieder der *KJV*.
Welchen Beruf haben sie jetzt? Wovon leben sie? Mit wem verkehren sie? Welche Lokale, Wärmehallen, Parkanlagen, Wohnungen suchen sie öfters auf? Verreisen sie häufig? Wohin? Warum?
2. Haben sie sich etwa in irgendwelchen *„unpolitischen Vereinen"* wie Sport-, Wander- u. Geselligkeitsvereine, Schrebergarten, religiöse Sekten zusammengefunden?
3. Sind sie in der *Partei*, SA, Stahlhelm, NSBO, usw.,
Sammeln sie sich dort in besonderen Gruppen, Zellen, Stürmen?
4. Wenn in *Schutzhaft*, wie verhalten sich ihre Angehörige?
Wie verhalten sie sich selbst nach ihrer Entlassung?
5. Es ist Wert darauf zu legen, für die Kartei möglichst viele *alte Funktionärlisten*, Mitgliederverzeichnisse, Organisationspläne, Jahresberichte usw. zu erhalten.
6. Was ist aus den marxistischen *Sport- u. Kulturvereinigungen* geworden? Wo sind deren Mitglieder jetzt? Was geschah mit dem Vereinsvermögen? Mit den Bibliotheken u. Akten? Zu berichten ist über alle größeren *Polizeiaktionen*, von der Verhaftung wichtiger Kuriere angefangen.
7. Zu berichten ist über alle *Gerichtsurteile* gegen ehemalige Marxisten wegen politischer oder sonstiger Vergehen.
8. Liegen *Bekenntnisse* früherer Führer zum Nationalsozialismus vor (Löbe)? Wie wirken diese auf ihre Anhänger und die gesamte Öffentlichkeit?
9. Einzusenden sind Belege aller *Flugzettel, Propagandaschriften* und eingeschleppter Zeitungen (s. Anlage).
Zu melden ist wenn möglich, Verbreitung, Ursprungsort und Verteilungsweise.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im S-Amt werden regelmäßig gelesen:

Neuer Vorwärts, Karlsbad
Der Gegenangriff, Prag, Basel, Paris
Zeitschrift für Sozialismus, Karlsbad
Rundschau, Basel
Die neue Weltbühne, Prag, Zürich
Aufruf, Prag
Die Wahrheit, Karlsbad
Pariser Tageblatt
Basler Vorwärts
Sozialdemokrat, Prag
Arbeiter Illustrierte Zeitung, Prag
Der Simplicius, Satirische Wochenschrift, Prag.

Anlage B 4

Referat IV/2 Judentum.

I. *Organisation.*

1. *Bestehen Orts-, Bezirks-, Landesgruppen.*
   a) des Zentralvereins (C. V.)
   b) des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten
   c) des Verbandes nationaldeutscher Juden
   d) der Zionisten
   e) des Reichsverbandes deutscher christlicher Staatsbürger nichtarischer oder reinrassiger Abstammung?
2. *Wie arbeiten diese Gruppen?* Wie stark sind sie? Wer leitet sie? Besitzen sie Häuser, Vermögen usw.?
3. Macht sich die Tätigkeit des Dachverbandes der „*Reichsvertretung der deutschen Juden*" bemerkbar? Wird sie von Juden abgelehnt?
4. Bestehen israelitische *Religionsgemeinden?* Eigene Synagogen, Bethäuser, Rabbiner? Zahlenmäßige Stärke, Beitragshöhe, Vermögen?
   Spielen die politischen Richtungsstreitigkeiten in den Gemeindevertretungen eine Rolle?
5. Bestehen jüdische *Jugendorganisationen?* Wie stark sind sie? Was tun sie? Leitung? Welcher Richtung angehörig?
6. *Sonstige Vereine* mit gesellschaftlichen, kulturellen, caritativen Zielen?
   Welchen Anklang finden die Veranstaltungen des „Kulturbundes deutscher Juden"?

II. *Einrichtungen.*

1. Bestehen jüdische *Schulen und Kinderheime?* Wieviel Schüler und Lehrer? Erfassen sie alle jüdischen Schüler am Ort? Schulgeld? Staatlich anerkannt? Berechtigungen? Bestrebungen nach Schulneugründungen?
2. Haben die Juden *Umschulungsmaßnahmen* eingerichtet? Handwerk und Gärtnerschulen? Haben sie sich landwirtschaftliche Lehrstellen erschlossen? (Volontärstellen.)

III. *Verhalten der Juden.*

1. *Betätigung im öffentlichen Leben?* (In nichtjüdischen Vereinen, in kulturellen Dingen?)

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. *Wirtschaftliche Betätigung.* Versuchen sie durch Umgründungen, Scheinverkäufe usw. ihren Einfluß zu verstecken? *Beliefern sie Parteistellen?* Oder versuchen sie an solche heran zu kommen? Versuchen sie ihr Kapital zu verschleiern oder ins Ausland zu bringen?
3. *Verstöße gegen die Judengesetzgebung?* Versuchen sie diese zu umgehen? Gerichtsurteile? Polizeimaßnahmen?

IV. *Statistik.*

1. Zuwanderung seit 1914?
2. *Abwanderung seit 1933?*
   Wer wandert aus? (Alter, Beruf?) Mit Familie? Wohin? Mit Vermögen?
3. Berufsumschichtung seit 1933?

V. *Presse.*

Über Einreichung von Zeitungsausschnitten usw. sowie Beobachtung der jüdischen Presse s. näheres in den allgem. Anweisungen und den Sonderanweisungen für Referat Presse.

Im S-Amt wird regelmäßig gelesen:

C. V. Zeitung, Berlin
Der Morgen, Berlin
Der Nationaldeutsche Jude, Berlin
Jüdische Rundschau, Berlin
Selbstwehr Jüdisches Volksblatt, Wien

Es sind ab und zu einzusenden:

Die Blätter der jüdischen Gemeinden und Landesverbände.

Anlage B 5

Referat IV/2 Greuelpropaganda

Zu melden sind alle Vorgänge, die für dieses Gebiet von Wichtigkeit sind. Im einzelnen ist zu beachten:

1. Wenn Angaben gemacht werden, daß ausländische Firmen ihre alten Verbindungen nach Deutschland abbrechen oder von irgendwem zum Abbruch veranlaßt werden, so ist Wert auf genaue Angaben zu legen. Zeit, Ort, genaue Branchenangabe, Namen der Firma im Ausland und im Inland, Höhe des Objektes.
2. Wie wirken sich die deutschen Gegenmaßnahmen aus? Wo müssen sie neu eingesetzt werden? Bedürfen sie einer Änderung ihrer Methoden?

Referat IV/2 Demokraten, Pazifisten usw.

Arbeitsweise und Berichterstattung sinngemäß wie bei den anderen Referaten.

Anlage B 6

Referat IV/6 Wirtschaftl. Korruption.

Es ist regelmäßig kurz über die *allgemeine Wirtschaftslage und Stimmung* im Bezirk zu berichten. (Dabei ist zu unterscheiden zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben, Arbeitgebern, selbständigen Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern). Daneben sind *bemerkenswerte Einzelvorkommnisse* zu melden. Zu gliedern ist zweckmäßig:

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. *Industrie und Gewerbe.*
Sonderfrage: Auswirkung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit.

II. *Landwirtschaft.*
Sonderfrage: Einstellung zum Erbhofgesetz.

III. *Handel und Banken.*

Sonderfrage: Auswirkung des Rassegrundsatzes
a. Auf den jüdischen Anteil in der Wirtschaft
b. auf die gesamte Wirtschaft.

IV. *Sonstiges.*

1.) Auswirkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

2.) Vergebung öffentlicher Aufträge

3.) Wirtschaftsspionage (Verrat wirtschaftlicher Geheimnisse)

4.) Wirtschaftspresse (wichtige Berichte über Geschäftsabschlüsse, Generalversammlungen, Konzern- und Trustbildung, Kapitalveränderungen, Personalwechsel in leitenden Stellungen.)

Anlage B 7

Referat Pr. Presse.

I. *Gesamtaufgabe.*

1. *Angabe sämtlicher Tageszeitungen und periodischen Druckschriften* des Dienstbezirks, und zwar
   a) Titel (bei Veränderung auch frühere Titel)
   b) Erscheinungsweise
   c) Verlag und Druckerei
   d) Konzern und Hintermänner
   e) Hauptschriftleiter und Schriftleiter vor und nach Inkrafttreten des Pressegesetzes, sowie ständige Mitarbeiter.
   f) Auflageziffer März 33 und jetzt
2. *Einsendung eines Belegstückes* jeder Zeitung u. Zeitschrift
3. *Bericht über die Tendenz* jeder Zeitung u. Zeitschrift, vor und nach der Machtübernahme.

II. *Monatlicher Bericht über:*

1. Personalwechsel in Zeitschriften u. Verlagen.
2. Titelwechsel.
3. Änderungen in den Besitzverhältnissen.
4. " " in der Auflageziffer.
5. die im Berichtmonat eingehaltene politische und weltanschauliche Linie.
6. Neuerscheinungen.

III. *Einzelberichterstattung.*
über besondere Vorkommnisse in eiligen Fällen.

IV. *Einsendung von Zeitungsausschnitten.*
ist im allgemeinen Aufgabe der einzelnen Referate. Nähere Vorschrift dafür siehe Allgemeine Anweisungen sowie Sonderanweisungen für die einzelnen Referate.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3 [32]

Registraturverzeichnis

Referate Z und I.

Verkehr mit den politischen Polizeibehörden	I/1	
Allgemeine Organisationsfragen (Amt)	I/2a	
Allgemeine Organisationsfragen (Bezirke)	I/2b	
Reichswehr, Polizei, Beamtenschaft	I/3	
Gleichgeschaltete Opposition (Stahlhelm usw.)	I/4	
Parteiangelegenheiten – SS	I/5	
Parteiangelegenheiten – SA	I/6	grün
Parteiangelegenheiten – NSBO	I/7	
Parteiangelegenheiten – PO	I/8	
Parteiangelegenheiten – Pg.	I/9	
Nachrichtendienst fremder Formationen	I/10	
Freiwilliger Arbeitsdienst	I/11	

Referat II.

Geldverwaltung (Amt)	II/1a	
Geldverwaltung (Bezirke)	II/1b	
Personalangelegenheiten (Amt)	II/2a	gelb
Personalangelegenheiten (Bezirke)	II/2b	
Hausverwaltung, Material, Inventar	II/3	

Referat III.

Nationalsozialistische und völkische Opposition	III/1	
Katholische Aktion (Allgemeine Kirchenfragen)	III/2	
G. P. U.	III/3a	
Spionage	III/3b	rot
Separatismus	III/3c	
KPD Einzelpersönlichkeiten	III/4a	
KPD Verbände	III/4b	
KPD im Ausland	III/4c	
KPD Lageberichte	III/4d	
KPD Allgemeines	III/4e	
KPD Flugblatt und Zeitschriften	III/4f	
KPD Nachrichtendienst	III/4g	rot
SPD Einzelpersönlichkeiten, Verbände	III/5a	
SPD Allgemeines, Ausland, Flugblätter u. Zeitschr.	III/5b	
Judentum, Pazifismus, Greuelhetze	III/6	
Gegnerkartei	III/7	
Verbände- und Pressekartei	III/8	

[32] Hess. HStA, 483/625/85–86.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Referat IV.

Presse (Inland – Ausland)	IV/1	
Wirtschaft (Industrie, Finanz, Handel u. Gewerbe)	IV/2a	h'braun
Wirtschaft (Landwirtschaft, Lageberichte, Wirtschaftspresse)	IV/2b	
Geistiger S.-D., Verfassung/Recht	IV/3	

Referat V.

Freimaurer	V	blau

Referat Ausland.

Ausland (Europa – Übersee)	VI	blau

Referat Funk.

Funk und Funkdienst	VII	blau

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Rolf Steininger, Privatdozent und Akademischer Oberrat für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Hannover, 3202 Bad Salzdetfurth, Waldstraße 3.

Denise Artaud, Maître de Recherches au Centre National de la Recherche Scientifique, 14, rue Le Verrier, F–75006 Paris.

Dr. John S. Conway, Professor für Geschichte, University of British Columbia, Vancouver, B. C., V6T 1W5, Canada.

Prof. Dr. Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 8000 München 19.

Dr. George C. Browder, Associate Professor of History, State University of New York, College at Fredonia, Fredonia, New York 14063.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte